

Materialensammlung
zum Krieg
im Kosovo /
Ex-Jugoslawien

Zusammengestellt vom Wildcat-Zirkular

August 1999

Hallo!

Die folgende Zusammenstellung von Texten zur Situation in Ex-Jugoslawien, bzw. die Hintergrundartikel zum Krieg geben grob unseren Diskussionsstand während des Krieges wieder. Wenn wir unsere eigenen Thesen (siehe Wildcat-Zirkular 50/51 und 52/53) ernst nehmen, daß mit dem Ende der Bombardierung nicht »Frieden« ist, dann dürfen wir den Faden nicht verlieren, müssen an den aktuellen Entwicklungen drann bleiben. Mit dem Reader wollen wir unseren bisherigen Diskussionsstand für uns und andere als Ausgangspunkt verfügbar machen.

Die Texte sind zum Teil in deutsch, zum Teil in englisch. Es gibt sicherlich viele, denen das Lesen eines englischsprachigen Textes nicht leicht fällt, deswegen bringen wir auf den nächsten Seiten kurze Einführungen in die Texte, damit ihr ungefähr wisst, was euch erwartet. Diese Einführungen sollen keine Besprechungen oder Kritiken sein, sie sollen einen Überblick über das Material geben.

Potsdam, August 1999

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|---|----|
| Kurzeinführung in die Texte | 3 |
| Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Berlin: | |
| Überlegungen zum Krieg | 7 |
| Why is the NATO in Yugoslavia? | |
| von Sean Gervasi | 11 |
| Von Dayton nach Rambouillet, 1. Teil | |
| von Peter Gowan | 21 |
| Krise, Klassenkampf und sozialer Krieg in Jugoslawien-Kosovo | |
| von Martin Rheinländer | 24 |
| The War in Yugoslavia – On Whom the Bombs Are Falling? | |
| von Massimo de Angelis und Silvia Federici | 34 |
| Die Innenseite des Regimes Milosevic: Überleben ohne Reformen | |
| Friedrich-Ebert Stiftung | 39 |
| Seeing Yugoslavia Through a Dark Glass: | |
| Politics, Media and the Ideology of Globalization | |
| von Diane Johnstone | 47 |
| Arbeiterklasse und Nationalismus in Jugoslawien | |
| aus der Wildcat Nr. 61 | 58 |
| Jugoslavia: From Wagecuts to War | |
| von Wildcat/England | 67 |
| The Workers Movement in Serbia and Ex-Jugoslawia | |
| an anarchist view | |
| von Aleksandar Simic/Gruppe TORPEDO | 78 |
| IF YOU WANT PEACE, PREPARE FOR CLASS WAR | |
| Zur Situation in Mazedonien und dem Klassenkampf auf dem Balkan | |
| von der griechischen Gruppe TPTG | 86 |

Kontaktadressen des Wildcat-Zirkulars:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin; jaa@wilber.aball.de

Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln; wildcat@link-lev.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat, Mannheim; suba@wildcat.rhein-neckar.de; <http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/>

Kurzeinführungen in die Texte:

Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Berlin: Überlegungen zum Krieg in Kosovo

Der Text hat einen großen Vorteil: er ist im Vergleich zu anderen Texten relativ kurz und bringt trotzdem die wesentlichen Fragen und Thesen: Ein Krieg, der auf dem Balkan günstigere Ausbeutungsbedingungen durchsetzen soll, der aber auch eine neue »soziale Aggressivität« in ganz Europa initiieren soll. Die forcierte Auflösung und Zersetzung bisheriger Strukturen durch den Krieg war gewollt. Sehr komprimiert werden auch die sog. »geostrategischen« Ziele benannt: Drohung gegen Rußland, endlich die IWF-Diktate umzusetzen, das Öl am kaspischen Meer und dazugehörige Transportprojekte. Das Alles sei eigentlich relativ klar, weswegen sich die Frage stellt, warum die Bewegung gegen den Krieg nicht breiter war. Neben dem »autoritären und totalitären Regime« in Serbien benennt der Text den »innenpolitischen« Einschnitt: die »Ex-68« konnten einen »Tabubruch« durchsetzen, den sich die alte Regierung so nicht hätte leisten können. Und auch der Aufforderung am Ende des Textes ist zuzustimmen: »Wesentlich ist, ob es gelingt, neue Debatten über den Imperialismus der Jahrtausendwende und die soziale Aggressivität in Europa zu initiieren (...)«.

Der Text hat aber auch einen Nachteil: wegen der Kürze und der Sprache muß mensch schon genau lesen, um die zentralen Überlegungen auch mitzubekommen, die aufgrund der Kürze meist nur angeführt und nicht weiter erklärt werden.

Why is the NATO in Yugoslavia?

von Sean Gervasi

Der Text ist bereits Anfang 1996 geschrieben worden, nach dem Abkommen von Dayton, während der Entsendung von Natotruppen zur »Absicherung« des Abkommens. Gervasi stellt gleich zu Beginn des etwas längeren Textes seine Hauptthesen auf: diese Truppen sind nur ein Zwischenschritt der Rekolonisierung von Osteuropa und dem mittleren Osten. Es geht um die Durchsetzung kapitalistischer Ausbeutungsbedingungen, also eines »Systems«, von dem gleichzeitig klar ist, daß es auch im Westen in einer tiefen, nicht »zyklischen«, sondern »systemischen« Krise steckt. Der Artikel macht grob zwei Schritte. Zunächst schaut sich Gervasi nochmal genauer den Ablauf und die Widersprüche der NATO-Osterweiterung an. In einem zweiten Schritt fragt er sich, worum es dabei eigentlich geht: nämlich um die Schaffung eines »Zentralen Europas« mit Osterweiterung der EU unter der Führung Deutschlands und um eine Neuorganisation des Arbeitsmarkts in diesem Europa. Zum Schluß bringt er alles nochmal zusammen: Ausgangspunkt ist die »systemische« Krise des westlichen Kapitalismus seit den 70er Jahren, daraus resultiert der »Krisenlöser Osterweiterung«. Die Suche nach einem Krisenlöser scheint so dringend zu sein, daß in den westlichen Planungsstäben sogar übersehen wird, daß hierbei Prozesse angestoßen werden, die z.B. einen Atomkrieg unter Umständen wahrscheinlicher machen, als er es zu Zeiten des »kalten Krieges« gewesen ist.

Gut an dem Text ist, daß er die Krise des Kapitalismus mitdenkt, die von ihm aufgestellten Szenarien oder Modelle bleiben allerdings etwas zu abstrakt. Um die Neuorganisation des Arbeitsmarktes und der Ausbeutung in diesem »neuen Europa« zu beschreiben nimmt er eine Art »Dependenza-Ansatz« zur Hilfe: in Europa bildet sich ein Zentrum, um das sich in konzentrischen Kreisen eine in sich nach unten weiter abgestufte Peripherie legt. Wir müssen bestimmt genauer schauen, was sich da zusammenbraut und sein Bild vom Zentrum und den nach außen abgestuften Peripherien trifft sicherlich Einiges der ablaufenden Entwicklungen. Aber hier nimmt sich der Autor selber nicht ernst genug. Sie haben viel zu viel Probleme, anstatt Szenarien zu entwerfen, vor denen wir dann hilflos erstarren, sollten wir die Hinweise auf die Widersprüche und Krisenhaftigkeit aufnehmen, um es zu solchen »Ergebnissen« erst gar nicht kommen zu lassen.

Von Dayton nach Rambouillet, 1. Teil

von Peter Gowan

Eine Analyse der Vorgeschichte des Kosovo-Konflikts, veröffentlicht in der "jungen Welt" vom 28. und 29.5.99. Gowan verweist auf die Bedeutung des Aufstandes in Albanien 1997. In dessen Folge kamen massenweise Waffen unter die Leute, mit denen u.a. die UCK bewaffnet wurde, die dann Anfang 1998 eine sehr erfolgreiche Offensive gegen die Sicherheitskräfte im Kosovo führte. Dadurch war die Stabilität der ganzen Region bedroht ("Groß--Albanien"). Die USA mußten etwas tun. Die übliche Lösung wäre gewesen, daß USA/NATO in Albanien und

Mazedonien intervenieren und das Kosovo den Serben für eine "Bekämpfung der UCK im türkischen oder kolumbianischen Stil überlassen". Dann wäre aber das Bündnis der USA mit Milosevic offensichtlich geworden, den sie gerade "zum Saddam Hussein des Balkans aufgebaut hatten".

Trotzdem unterstützten die USA bis September 1998 die serbische Aufstandsbekämpfungspolitik. Auch die NATO-Bombendrohungen von Oktober 1998 hielten noch gleiche Distanz zum serbischen Regime und der UCK. Im Oktober 1998 gab es danach eine totale Kehrtwendung der US-Politik durch Albright mit dem Hill-Papier. "Zentrale Veränderung: Milosevic sollte de facto ein NATO-Protectorat über das Kosovo akzeptieren". Damit war der Krieg programmiert, denn "Albright wußte, daß kein serbischer Politiker es wagen konnte, ein solches NATO-Diktat zu akzeptieren". Die offizielle Begründung für die neue Linie war, daß das Vorgehen der serbischen Sicherheitskräfte zwischen Oktober und Dezember 1998 sich stark verschärft habe. Wirklicher Grund war keine veränderte Einschätzung der Lage im Kosovo, sondern "allgemeinere Ziele der US-Politik in Europa". Bezeichnend für diese Ziele ist Clintons Rede vom 23. März 1999, wo er sagte, "daß 'eine starke US-Europäische Partnerschaft alles (sei), worum es bei dieser Kosovo-Angelegenheit gehe'". Ein erfolgreicher NATO-Krieg "würde den Führungsanspruch der USA in Europa entscheidend festigen. Ein Erfolg außerhalb des Rahmens der Zustimmung des UN-Sicherheitsrates würde garantieren, daß kein kollektives Sicherheitssystem in Europa - durch die Hintertür eines russischen Vetos im Sicherheitsrat - geschaffen würde. Und es würde die Einheit der Allianz besiegeln - zu einem Zeitpunkt, da die Einführung des Euro, ein Ereignis von möglicherweise globaler politischer Bedeutung, sie auseinanderreißen könnte."

Krise, Klassenkampf und sozialer Krieg in Jugoslawien-Kosovo von Martin Rheinländer

Inzwischen wird einleitend in Vorträgen, aber auch in Vorworten gerne betont, daß der Krieg nicht nur »den einen« Grund hätte, sondern viele Ebenen mitgedacht werden müßten. Der Text von Rheinländer schafft es, die unterschiedlichen Ebenen zu benennen – die Krise im Jugoslawien der 80er Jahre, die nationalistischen Wendungen, den Kampfplatz »Neue Weltordnung«, die konkrete Situation in Serbien/Kosovo/Albanien – ohne sich dabei zu verzetteln. Nur »ein Politikverständnis das allein Staaten und Eliten als Akteure kennt«, wird z.B. die Hinweise auf die internationale Unterstützung der UCK überbewerten. Dagegen arbeitet der Text immer wieder den Krieg als »sozialen Krieg« heraus, als »Militarisierung der sozialen Konfrontation«. Die Entwicklungen im Jugoslawien der letzten 20 Jahre hätten gezeigt, daß diese nur mit den Begriffen Klassen und Klassenkampf zu verstehen sind, trotz des Dilemmas, daß sich keine »sozialistische Perspektive« entwickelt hat. Soziale Widerstandsperspektive statt simpler antiimperialistischer Rhetorik, mit dieser Aufforderung endet der Text.

The War in Yugoslavia – On Whom the Bombs Are Falling? von Massimo de Angelis und Silvia Federici

Die beiden AutorInnen beginnen mit der Entlarvung der »offiziellen Kriegsgründe«, den Menschenrechten, und enden mit einem Appell an die Anti-MAI, Anti-WTO, Anti-G7 Bewegungen, sich bereits jetzt im Kampf gegen den nächsten »Krieg um Menschenrechte« zusammenzuschließen. Dazwischen bringen sie in knapper und verständlicher Form eine Analyse des Krieges und der weltpolitischen Lage. Der Krieg ist für sie ein Krieg gegen die Arbeiterklasse in Jugoslawien/Serbien, die sich den Privatisierungen widersetzt hatte und gleichzeitig eine Drohung an die ArbeiterInnen in ganz Osteuropa. Der Krieg soll ein Weg aus der kapitalistischen Krise sein, die sie dreifach bestimmen: Kollaps der asiatischen Ökonomien, Profitkrise in Europa und ein wachsende Widerstand gegen Liberalisierung und Austerität. Deswegen sollen die Bomben dieses Krieges nocheinmal explodieren, sie sollen die Reste des Sozialstaats in den USA und Europa niederreißen. Zusammengefaßt sprechen die beiden AutorInnen von einer »neuen Stufe des Imperialismus«, der mittels kollektiver Allianz die ökonomische Globalisierung durchsetzt – in Abgrenzung zu den territorialen inter-kapitalistischen Rivalitäten aus Lenins Zeiten.

Die Stärke des Textes liegt in den griffig dargestellten weltweiten Zusammenhängen, ihr Schlußappell an die Anti-MAI, Anti-WTO, Anti-G7... Bewegungen verweist auf die Schwäche des Textes: Alle Begriffe fallen, die politisch gerade hip sind. Dabei scheint den beiden AutorInnen gar nicht mehr aufzufallen, daß es die geforderte Verbindung oder Zusammenarbeit zwischen Anti-MAI, Anti-WTO, Anti-G7 Kampagnen längst gibt. Das wird nur hinten und vorne nicht reichen, um, wie der Text zu Beginn fordert, Kriege nicht nur zu stoppen, sondern zu verhindern.

Die Innenseite des Regimes Milosevic: Überleben ohne Reformen

Diesen Text der Friedrich-Ebert-Stiftung/Informationsdienst der Abteilung Internationaler Dialog von 1997 haben wir um ca. ein Drittel gekürzt – um die Teile, die überholt sind. Der Text bietet den umfassendsten Überblick in die soziale Situation in Serbien Ende der 90er Jahre, den wir gefunden haben. Auch wenn er keinen wirklichen Einblick liefert – er schildert die Situation als Transformationsproblem der Regierung und will der nächsten Regierung einen Aufgabenkatalog vorgeben – liefert er doch wichtige Informationen. Zwei Dinge werden deutlich: das Regime Milosevic wich in den letzten Jahren jeglicher Konfrontation mit den ArbeiterInnen aus. Mitte der 80er Jahre war Milosevic ein Verfechter der »Transformation« und Privatisierung gewesen, aber in Serbien fand diese praktisch nicht statt. Der zweite Punkt betrifft das Festhalten auch der ArbeiterInnen am Status quo, der jegliche Umstrukturierung blockiert, aber auch jeden wirklichen Widerstand gegen die Regierung verhindert. Der Text schreibt ganz trocken, daß sich die ArbeiterInnen lieber in der schlechten Situation einrichten, als z.B. die bürgerliche Oppositionsbewegung zu unterstützen. Wissen sie doch, daß diese »Reformbewegung« die Umstrukturierung einleiten würde.

Die in dem Text benannten Hauptprobleme der »Transformation«, Infrastruktur, öffentliche Versorgungsbetriebe, die Rohstoffbetriebe, allgemein die Großbetriebe, waren Bombenziele der NATO. Vor dem Krieg hatte die Regierung noch versucht, z.B. für die Zastava Autofabrik einen Käufer im Ausland zu finden. Das hat sich durch die Bomben der NATO erledigt. Daraus müssen wir nicht gleich die These ableiten, daß Milosevic mit den Bomben seine größten Probleme losgeworden ist, oder loswerden wollte. Aber die »warme Sanierung« der NATO hat deutlich gemacht, was mit »Transformation« gemeint ist. Um die Ausbeutung wieder in Schwung zu bringen, soll »neu angefangen« werden.

Seeing Yugoslavia Through a Dark Glass: Politics, Media and the Ideology of Globalization von Diane Johnstone

Dieser Text ist vom Spätsommer 1998 und ist in der Nr. 65 der COVERT ACTION QUATERLY erschienen. Die Autorin hat in den 50er Jahren in Belgrad studiert und bereits in einem Artikel von 1984 vor dem Hintergrund der Austeritätspolitik des IWF, der zunehmenden Spannungen zwischen den reichen und armen Regionen, vor den Konsequenzen, bzw. dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens gewarnt. Ihr Artikel von 1998 ist eine kurze Beschreibung und Kritik von Akteuren und Ideologien auf dem Balkan in den letzten 15 Jahren. Hinter der antiserbischen Propaganda sieht sie vor allem den Versuch der reicheren Regionen, den Anschluß an Europa zu bewerkstelligen. Diese Propaganda ist besonders aus Deutschland gefüttert worden, für sie Teil einer endgültigen Entsorgung der deutschen Geschichte (die Serben als die neuen Nazis). Einen eigenen Abschnitt widmet sie dem Markt der Meinungsmacher, den Medien, und zeigt an einigen Beispielen, daß es nicht unbedingt die wirklichen Ereignisse sind, die bestimmen, was in den Medien breitgetreten wird.

Besonders wichtig ist ihr der Staat. Ganz richtig kritisiert sie zwei aktuelle Tendenzen in der Linken. Für viele ist alles was klein und überschaubar ist eine Alternative zur Unübersichtlichkeit im globalen Kapitalismus. Andere wollen mit Hilfe globaler Akteure wie NGO's, der UNO, Menschenrechtsvereinen, usw. dem Weltkapitalismus die Zivilgesellschaft gegenüberstellen. Die Rolle der NGO's kritisiert sie an einem konkreten Beispiel, die linke Zuflucht zu solchen Organisation ist für sie die Folge des Rückgangs der Massenbewegungen seit den 70ern und die folgende Privatisierung der Linken. Schwach ist allerdings, daß ihre Kritik wieder beim Staat landet, sie ihn gar als historischen Ort sozialen Fortschritts interpretiert.

Den Abschluß bildet ein Block aus vier längeren und auch älteren Texten. Sind sind zwischen 1993 und 1996 geschrieben worden, zu einer Zeit, in der Krieg bereits im Gange war, und sich abzeichnete, daß es sich hierbei um eine Neuordnung des Balkans handelt, die gleichzeitig auf die Ukraine, auf Rußland und Aserbaidschan zielt. Ein militärischer Konflikt, der einerseits regional begrenzt gehalten wird, andererseits bei Bedarf wieder hochgekocht wird. Das ist zumindest die These des ersten Artikels, *Arbeiterklasse und Nationalismus in Jugoslawien*, der aus der Wildcat Nr. 61 ist. Dem Artikel geht es darum, nicht nur die Fernsehbilder in Frage zu stellen, sondern vor allem die politischen Bilder und Motive, die uns präsentiert werden. Das hieß und heißt es noch immer, den Krieg als soziale Auseinandersetzung, als Klassenkampf zu entschlüsseln, die scheinbar klare Logik des »Ethnischen« zu hinterfragen. Mit dieser Ausgangsfrage beleuchtet der Artikel recht genau die Klassenkämpfe der 80er Jahre und den Nationalismus von unten. Auch im folgenden Text, *Jugoslawia: From Wagecuts to War*, von Wildcat/England geht es um die Klassenkämpfe der 80er. Aber der Text hat noch einen anderen Schwerpunkt: er betont und

beschreibt die wichtige Rolle des Widerstandes von Soldaten und Männern, die eingezogen werden sollen. In dieser Beschreibung wird deutlich, daß das Bild des Krieges in Ex-Jugoslawien, indem plötzlich alle über ihre ehemaligen Nachbarn herfallen, nix mit der Wirklichkeit zutun hat. *The Workers Movement in Serbia and Ex-Jugoslawia – an anarchist view* von Aleksandar Simic aus der Gruppe TORPEDO ist Ende 1995 in Serbien geschrieben worden. Auch dieser Text stellt sich die Frage nach dem Umbruch zwischen den breiten Klassenkämpfen der 80er/-beginnenden 90er Jahre und dem folgenden Krieg. Der größte Teil des Textes macht aber zunächst einen Sprung zurück und gibt uns einen hilfreichen Überblick über Klassenkämpfe und Arbeiterbewegung im Jugoslawien der letzten hundert Jahre. Der letzte Text, *IF YOU WANT PEACE, PREPARE FOR CLASS WAR – Zur Situation in Mazedonien und dem Klassenkampf auf dem Balkan*, ist von der griechischen Gruppe TPTG 1993 geschrieben worden. Dem Text geht es zum einen um die (künstliche) Konstruktion von Nationen und Ethnien auf dem Balkan. Interessant ist der Text auch deswegen, weil er die Situation in Griechenland, Mazedonien, bzw. dem gesamten Balkan anhand wichtiger politischer Fragen diskutiert. Die Nationalisierung Europas ist für die AutorInnen die wichtigste politische und soziale Konsequenz der Klassenkämpfe in den letzten 200 Jahren, und mittels dieser These nehmen sich die AutorInnen die Ereignisse auf dem Balkan vor.

Materialien für einen neuen Antimperialismus, Berlin: Überlegungen zum Krieg in Kosovo

Überlegungen zum Krieg in Kosovo In den ersten Kriegstagen gab es auch innerhalb der radikalen Linken einiges an Verunsicherung, was die Haltung gegenüber dem Krieg in Kosovo angeht. Allerdings war schnell klar, daß wir uns solche Verunsicherung nicht sehr lange leisten könnten. Die Ereignisse haben sich zugespitzt und könnten sich in noch viel dramatischerer Weise zuspitzen, und auf einen umfangreichen und lange anhaltenden Kriegszustand hinauslaufen. Wer darunter zuallererst und am allermeisten zu leiden hat und haben wird, dürfte klar sein. Die Bevölkerung in Serbien, im Kosovo, in Mazedonien, Albanien, Bosnien usw. Aber auch, wenn es zu einem schnellen Ende der Kriegshandlungen gekommen wäre, (was von Anfang an unwahrscheinlich war) könnten wir uns nicht beruhigt zurücklehnen und durch unser Nichtverhalten, den Kriegseinsatz der BRD und Nato rechtfertigen, die angeblich, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, den Krieg führt(e). Die durch den erstmaligen Kriegseinsatz der Bundeswehr hervorgerufenen Veränderungen innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft, werden gravierend sein, sie werden nicht einfach wieder rückgängig zu machen sein, und sie werden die Spielräume politischer und sozialer Auseinandersetzungen weiter einschränken. Das ist zumindest eine sich aufdrängende Befürchtung, schaut man sich den Verlauf der Auseinandersetzungen der letzten Wochen an. Bis tief in die vierte Kriegswoche hinein, ist es außer bei den Ostermärschen, zu keinerlei größeren Demonstrationen gegen den Krieg gekommen. Von einer radikalen Linken ist bislang kaum etwas zu hören. Einige waren zumindest in den ersten Kriegstagen verunsichert, ob den Vertreibungen damit nicht doch ein Ende gesetzt werden könnte. Zudem will man nicht als Fürsprecher eines serbischen Nationalismus mißverstanden werden. Andere versuchen das Thema Nationalismus möglichst außen vor zu lassen, weil sie darin eine Schwächung der Proteste gegen den Nato-Einsatz sehen (wodurch sich die erst genannten bestätigt fühlen könnten) und offenbaren damit das Dilemma einer Linken, deren Verhältnis zu nationalistischen (Befreiungs-) Bewegungen noch immer von deren Beziehungen zur ehemaligen SU, bzw. einer marxistisch-leninistischen Rhetorik abhängt.

Auch wenn sich in den bürgerlichen Medien die uneingeschränkte Zustimmung zum Vorgehen der Nato relativiert hat, gibt es kaum ernsthafte Zweifel und eine dem entsprechende Berichterstattung zur Notwendigkeit der Nato-Angriffe. Einzig dann, wenn

Flüchtlingszüge unmittelbar durch Nato-Bomben getroffen werden, wächst der Rechtfertigungsdruck. Ansonsten floriert das Geschäft mit der Instrumentalisierung der Flüchtlinge. Wer behauptet, die Nato-Bomben hätten das Ausmaß der Flüchtlingsströme erst hervorgerufen, der "verrät" zwar hie und da "das Vaterland", eine besondere vaterländische Mobilisierung für den Krieg ist trotzdem nicht zu erkennen. Die Akzeptanz für den deutschen Kriegseinsatz wird ja gerade dadurch geschaffen, daß er so zerknirscht, innerlich zerrissen und von Seelenplagen gepeinigt daher kommt (wenn auch der Tonfall von Schröder und Fischer sich da schon verändert hat, und Schröder an Ostern an die deutschen Soldaten denkt, "die von Italien aus ihre Pflicht erfüllen" ARD - Interview). Der hochgelobte, von Fischer eingebrachte, "deutsche Friedensplan", dient einerseits dazu, die Gefahr einer weiteren Destabilisierung Russlands und eines dadurch wahrscheinlicher werdenden russischen Kriegseintritts, entgegen zu wirken, und andererseits sich innenpolitisch den Rücken frei zu halten. Militärisch wird dennoch der Einsatz von Bodentruppen vorbereitet. Politisch-propagandistisch changiert man zwischen Ablehnung und Verständnis für die Nöte beschränkter Kriegsführungsmöglichkeiten. Die TAZ hat ihn schon mehrmals offen gefordert ("Der Plan, den Krieg in der südserbischen Provinz durch gezielte Schläge aus der Luft zu beenden, ist gescheitert. Und damit steht – ob man das gut findet oder nicht – der Einsatz von Bodentruppen auf der Tagesordnung. Mit allen Risiken für den Weltfrieden". R. Rossig TAZ v. 14.4.99). Die Schaffung eines Flüchtlingskorridors könnte der Türöffner, der Granatenbeschuß auf die UCK-Stellungen in Albanien durch die serbische Armee (oder ähnliches) könnte der Anlaß sein. Sicherlich gibt es hier Widersprüche innerhalb der "Allianz". Albright hat mittlerweile angemahnt, daß, wer wie Deutschland den Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre entscheidend forciert hat, heute nicht vor einer umfassenden militärischen Intervention zurückschrecken darf, was sie den Deutschen damals schon gesagt hätte (laut eines Korrespondentenberichts aus Washington). Als hegemonial angelegtes Projekt militärischer Einhegung sozialer Kämpfe, emanzipiert sich die Nato (neue Nato-Strategie) von bisherigen, durch UN, Völker- und Kriegsrecht festgelegten (wie auch immer unzureichenden) Restriktionen. Die BRD emanzipiert sich im Prozeß der sogenannten Normalisierung von den so empfundenen "Altlasten" deutscher Geschichte, um sich in Zukunft auch unmittelbar kriegsmäßig am hegemonialen Zugriff auf die Verwertungsbedingungen ("Einflußsphären") betei-

gen zu können. Gegenüber Rußland dokumentiert die Nato ihre Bereitschaft, selbst unter dem Risiko eines russischen Kriegseintritts, als Ordnungsfaktor im Balkan einzugreifen. Darin steckt der Hinweis, dies gegebenenfalls in den südlichen GUS Staaten oder im Kaukasus ebenfalls zu tun, sollte das russische Regime und die instabilen ehemaligen Sowjetrepubliken nicht endlich die IWF- und anderen Kredite dazu nutzen, den Modernisierungsangriff gegen die zählebigen Hemmnisse einer verschärften Verwertungsordnung effektiv einzusetzen. Im Zusammenhang der "geostrategischen Absicherung ihrer Interessen" steht beispielsweise auch der anvisierte sog. "eurasische Korridor" (Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia, Traceca-Programm der EU, der Bau von Häfen, Straßen, Eisenbahnlinien, Pipelines, Schaffung eines Luftkorridors). "Man spricht bereits von einer neuen Runde des "Großen Spiels", um die Anziehungskraft deutlich zu machen, die dieses Gebiet (Zentralasien, das Kaspische Meer, der Kaukasus), das lange Zeit als exklusiv russische Einflußsphäre galt, auf die multinationalen Konzerne bzw. die westlichen Staaten ausübt". *Le Monde diplomatique* v. 12.6.98) Mit dem Krieg in Kosovo setzt die Nato auch ein Zeichen dafür, wie sie zukünftig in Krisenregionen gegebenenfalls vorzugehen gedenkt. Woher kommt die Verunsicherung? Es handelt sich in Serbien um ein autoritär totalitäres Regime, das Oppositionsbewegungen rigide unterdrückt, nationalistisch und chauvinistisch agiert, eine ethnisierende Politik bis hin zu Massaker und Vertreibung betreibt. Diese Charakterisierung ist zutreffend und deshalb darf der Protest gegen den Krieg, nicht als Zustimmung für das diktatorische serbische Regime umdeutbar sein. Der Kosovo war eine Region Jugoslawiens, der seit 1945 vom Zentralstaat, aus unterschiedlichen Gründen mal mehr, mal weniger Autonomie zugestanden wurde und gegen die sich, mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in Jugoslawien Anfang der 80er Jahre, der serbische Nationalismus massiv richtete. Gleichzeitig tauchten in Zusammenhang mit sozialen Kämpfen in Kosovo ebenfalls albanisch-nationalistische Parolen auf: wie "Kosovo den Kosovaren" Die Ethnisierung des Sozialen hat in Ex- Jugoslawien mit Hilfe der sog. Ethnischen Säuberungen, und in den Strategien ihrer Ermöglichung eine neue Dimension erreicht. Insbesondere die BRD hat durch ihre (nicht nur) Annerkennungspolitik, gegenüber Kroatien, Slowenien und Bosnien einen erheblichen Anteil am Funktionieren dieser ethnisierenden, und nationalisierenden Gewalt. Der Prozeß dieser kriegsmäßigen Ethnisierung erleichtert die Durchsetzung patriarchaler Ansprüche in neuen Formen, er unterminiert die Stellung und Stärke der Frauen, die sie in den ehemaligen (ebenfalls patriarchalischen) Reproduktionszusammenhängen noch hatten. Eine der wenigen, wenn

nicht die einzige Möglichkeit, sich diesem Mechanismus der Ethnisierung, durch geplante und gezielte Massaker an hierüber serbisierten, kroatisierten, usw. Bevölkerungsteilen und den Kriegsauseinandersetzungen zu entziehen, war damals wie heute die Flucht. Damals wie heute erschweren und behindern aber die selbsternannten Verhinderer einer humanitären Katastrophe genauso gezielt und bewußt, eben diese Fluchtmöglichkeiten. Deserteure der jugoslawischen Armee wurden abgeschoben, die Grenzen wie wir alle wissen zu kaum mehr zu überwindenden Hindernissen ausgebaut, das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft. Wie kommen Linke zu der Ansicht der Nato, den USA und der EU ginge es um die Verhinderung einer humanitären Katastrophe? Auch wenn die Verantwortung für die derzeitige Vertreibung und die Massaker im Kosovo, beim serbischen Regime liegt, so war den Kriegsstrategen der Nato ebenfalls klar, daß ein totalitäres Regime, das auf ethnische Säuberungen setzt, kaum eine bessere Gelegenheit haben wird diese durchzusetzen und vor der "eigenen" Bevölkerung zu legitimieren, als im Falle eines gegen ihn geführten (nicht erklärten) Krieges. "Jeder kennt die Begrenzung dessen, was man mit Luftangriffen allein machen kann", so ein namentlich nicht genannter Nato- Stratege in der FR. v. 3.4.98. Je mehr über das Abkommen von Rambouillet an die Öffentlichkeit gelangte, um so deutlicher wurde, daß die Nato den Krieg wollte. Sie hatte die Verhandlungsführung darauf angelegt, ihn als unausweichlich erscheinen zu lassen. Denn nirgendwo auf der Welt gibt es ein Regime, ob im demokratischen oder totalitär-autokratischen Gewand, das seine Souveränität freiwillig abtritt. Und es war den erfahrenen Kriegsstrategen klar, daß das serbische Regime im Schatten der Luftangriffe seine Vertreibungspolitik intensivieren würde. Sie wußten, daß Luftangriffe im Zusammenhang des Kosovo-Konflikts, anders als im Zusammenhang mit Dayton, eine allgemeine Katastrophe nach sich ziehen würden (vgl. *Le Monde diplomatique* v. 4/ u. 11/ 98). Hieraus ist nur eine Schlußfolgerung möglich: das Ausmaß des Mordens und der Vertreibung im Kosovo, ist von den Nato-Verbündeten zumindest bewußt in Kauf genommen worden. Wir müssen uns mit der Möglichkeit vertraut machen, daß dieser Prozeß der Vertreibung und der damit verbundenen Auflösung der alten, sich einer Modernisierung widersetzen sozialen Zusammenhänge (den Menschen werden sämtliche Dokumente abgenommen, ihre Familien werden auseinandergerissen, sie können nicht mehr "beweisen" wer sie sind, woher sie kommen und was ihnen einmal gehörte, sofern es nicht sowieso zerstört ist) durchaus ein Kriegsziel nicht nur des serbischen Regimes, sondern ebenfalls der Nato-Strategen ist. Denn die Verwertungsbedingungen auf dem Balkan lassen sich erst

dann profitabel verbessern, wenn die bisherigen sozial-ökonomischen Zusammenhänge radikal über den Haufen geworfen worden sind. Flucht heißt nicht nur, den Versuch zu unternehmen, sich der Gewalt zu entziehen, sondern heißt insbesondere, die ehemaligen sozialen Strukturen aufgeben zu müssen – im Krieg zwangsmobilisiert zu werden und, sofern man überhaupt wieder zurückkehren kann, unter weitaus schlechteren Bedingungen leben und arbeiten zu müssen. Aus Sicht des Kapitals ein Versuch, günstigere Verwertungsbedingungen durchzusetzen. Krieg und Vertreibung sind aus der Sicht des Kapitals noch nie eine "humanitäre Katastrophe" gewesen, sondern immer ein Versuch, Blockierungen der Akkumulation, soziale Antagonismen und innere Hemmnisse, durch Mobilisierungs- und Innovationsoffensiven zu überwinden. Auch wenn nicht klar absehbar ist und sie selbst nicht wissen, worauf es genau hinaus läuft. Und Krieg ist immer mit einer ungehemmten Freisetzung patriarchaler Gewalt verbunden, die sich über Tötung, Vergewaltigung und Erniedrigung rekonstruiert. Die Nato-Partner, allen voran die BRD, hatten schon im Jugoslawienkrieg durch ihre Anerkennungs- und Flüchtlingspolitik, durch die ökonomische Anbindung von Slowenien und Teile Kroatiens, sein Interesse an der Zerstörung des jugoslawischen ökonomisch-sozialen Zusammenhangs deutlich gemacht. Die Anbindung an das europäische Wertschöpfungsgefälle konnte nur gelingen in dem Maße, wie die alten Strukturen der spezifischen jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung in Zusammenhang mit den Subsistenzbasen auf dem Land, durch eine Politik der Vertreibung aufgelöst wurden. Voraussetzung dieser Vertreibungspolitik und der Auflösung starker sozialer Bindungen mit ihren Aneignungsforderungen, waren die letztlich erfolgreichen Strategien der Ethnisierung. In deren kriegsförmigen Durchsetzung erfolgte die patriarchale Restrukturierung der jugoslawischen Gesellschaft. Die kriegsmäßige Auflösung Jugoslawiens gehört zur unumgänglichen Vorgeschichte des heutigen Kosovo-Krieges. (vgl. Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 6: Die Ethnisierung des Sozialen, Berlin 1993, vergriffen, im Internet bei nadir)

Der Kosovo-Krieg erklärt sich auch aus der Neubestimmung der Nato-Strategie nach dem Ende des Ost-West Konflikts. Hierzu gehört die Verhinderung unerwünschter Migrationsbewegungen genauso wie die Beseitigung unerwünschter Regimes. Unerwünscht sind die Migrationsbewegungen aber vor allem, wenn sie bis in die europäischen Zentren gelangen. Deshalb auch die "humanitären" Anstrengungen, die Flüchtlinge in der Region zu belassen. Daß nur ein "Marshall"-Plan auf dem Balkan langfristig mehr "Stabilität" bringen würde, war auch vor dem Krieg bekannt. Jetzt scheint breite Einigkeit darüber

zu bestehen, nach dem Krieg einen solchen initiieren zu müssen (siehe EU-Finanzministerkonferenz am 17./18.4.99). Die geschätzten Kriegsschäden belaufen sich für Jugoslawien bis zur vierten Kriegswoche auf ca. 180 Mrd. DM. Anscheinend wurde eine kriegsmäßige Auflösung und Zerstörung, als Voraussetzung für das Gelingen einer neuen Verwertungsordnung angesehen. So ließe sich auch das relative Desinteresse der EU / BRD an der gemäßigten Fraktion eines Rugova im Kosovo und das Gewähren lassen der militant nationalistischen UCK verstehen. (Ohne irgendwelchen Verschwörungstheorien das Wort reden zu wollen, deutet einiges auf die Unterstützung der UCK durch CIA und BND hin, siehe den Artikel von M. Chossudovsky, Department of Economics, University of Ottawa, in partizan net). Marshall-Plan ist ein Euphemismus. Die Bedingungen an Kreditvergabe und Investitionsvorhaben werden an Rigidität nichts zu wünschen übrig lassen. Was das Ende des "unerwünschten" serbischen Regimes anbelangt, so ist noch nicht ausgemacht, ob Milosevic die Auseinandersetzung politisch überleben wird. Die Krise in Jugoslawien war jedenfalls vor dem Krieg für sein Regime bedrohlich genug. Der Durchschnittslohn lag bei ca. 150.- DM im Monat, 80% der jugoslawischen Unternehmen arbeiteten defizitär. (vgl. Le monde dipl: v. 16.4.99) In der von Gysi besuchten, zerbombten Fabrik waren zu Hochzeiten 240 000 Autos produziert worden. Vor dem Krieg waren es gerade noch 8000 jährlich. Nichtsdestotrotz soll es der Arbeitsplatz von ca. 50 000 gewesen sein, was das Ausmaß der verdeckten Arbeitslosigkeit deutlich macht. Auch "der Nationalismus hat (te) keine Zugkraft mehr", so J. A. Derens, in "Ein böses Erwachen für die Opfer des großserbischen Projekts" (ebd.). Zumindest bislang scheint der Krieg der Machtstellung von Milosevic keinen Abbruch zu tun. Im Gegenteil, einer radikalen Opposition wurde durch den Krieg vorläufig der Boden entzogen (vgl. Äußerungen von 17 unabhängigen Basisinitiativen, kursiert als Flugblatt). Die sogenannte demokratische Opposition wurde von Milosevic schon vorher zum Teil integriert bzw. schlägt sich jetzt im Krieg auf seine Seite. Überhaupt scheint unklar, welche Art von Regime eine, wie auch immer geartete Nachkriegsordnung ("Serbien muß einen Platz in Europa haben", Nato-Sprecher J. Shea) durchsetzen soll. Ob die Konstellation eines Großalbanien, Großserbien und Großkroatien durchführbar ist, was die (nochmalige) Aufspaltung/Auflösung Bosnien-Herzegowinas, Montenegros und Mazedoniens beinhalten würde, ob Kosovo geteilt werden wird, wofür sich schon seit längerem auch die serbische Akademie der Wissenschaften ausgesprochen hat und dessen Grenzverlauf ungefähr der Nato-Option der Schaffung eines Flüchtlingskorridors entsprechen könnte, oder ob verschiedene Pro-

tektorat-ähnliche Gebilde den Vorzug erhalten, wird darauf ankommen, wie sich der Konflikt militärisch und politisch weiter moderieren läßt. In jedem Fall wird es ein langfristiges "Engagement" von Nato / UN- Streitkräften geben. Die BRD ist dabei, ihre lang ersehnte neue Rolle auch als zukünftig wichtigste (?) militärische Macht neben den USA praktisch einzuüben. Daß hierbei noch Reibungsverluste zu verzeichnen sind, ist nicht verwunderlich. Allerdings setzt sich die "neue Mitte" überraschend schnell mit einer hegemonialen Aggressivität in Szene. Und die Sozialdemokratie ist dabei, sich auch als Trägerin einer verschärften Aggressivität nach innen durchzusetzen. Aber zweifellos hätte sich das innerdeutsche Szenario bei einer anderen Regierungskonstellation nicht grundlegend anders abgespielt. Aber in Deutschland hat dabei Rot/Grün eine spezifische Funktion. Das merken auch einige Grüne. Monika Knoche, grünes MdB wirft Fischer ein "ganz übles Geschäft der Rechts-wende" vor. Die "vermeintliche linke" Bundesregierung betreibe einen Tabubruch,, "den sich eine CDU nicht hätte leisten können". (aus FR v. 19.4.99) Tatsächlich, den ungeheuerlichen Versuch der Legitimierung des deutschen Kriegseinsatzes mit der Verantwortung für Auschwitz, hätte sich ein CDU/-CSU-Politiker wohl nicht so unwidersprochen erlauben können. Sicher, es gab eine jahrelange Einstimmung in der BRD-Öffentlichkeit für einen Kriegseinsatz der Bundeswehr. Dazu gehörten die Einsätze in Somalia und Bosnien, die öffentlichen Gelöbnisse, genauso wie die Debatten um die "Entsorgung" der deutschen Vergangenheit (Walser usw.) und die Art und Weise, wie sich Regierung und Konzerne den Wiedergutmachungsansprüchen der Zwangsarbeiterinnen entledigen wollen. Heute ist man sich darüber einig, daß der erste, auch von Deutschland aus geführte Krieg nach 1945, eine "Zäsur in der deutschen Geschichte" darstellt. Gerade deshalb ist es so verwunderlich, daß von einer starken Anti- Kriegs-bewegung (noch) wenig zu sehen ist. Trotzdem liegt das Dilemma der EU und der Nato darin, daß die gesellschaftliche Akzeptanz für den Krieg (hoffentlich) ein enges Zeitfenster vorgibt. Den Grünen steht spätestens Mitte Mai eine ernste Zerreißprobe bevor. Falls es zum Einsatz von Bodentruppen kommt, schon früher. Ob sich daraus Keimungen einer neuen außerparlamentarische Opposition ergeben, bleibt abzuwarten. Wesentlich ist, ob es gelingt, neue Debatten über den Imperialismus der Jahrtausendwende und die soziale Aggressivität in Europa zu initiieren. Genauso wie praktische Initiativen voran zu treiben, die die nationalisierenden, ethnischierenden und repatriarchalisierenden Beschränkungen überwinden könnten. Der Bezug auf solche Initiativen wie den für Mai und Juni geplanten InterContinental Caravan, der Initiative mehrerer Millionen Bauern und Bäuerinnen

des Trikonts, deren Vertreterinnen auch beim EU-Gipfel in Köln sein werden, wäre wünschenswert. Und selbstredend nicht zuletzt jetzt sofort den Druck gegen den Krieg auf der Straße zu verstärken.

WHY IS NATO IN YUGOSLAVIA?

BY Sean Gervasi

A Paper Delivered to the Conference on the Enlargement of NATO in Eastern Europe and the Mediterranean Prague, Czech Republic, January 13-14, 1996

Introduction

The *North Atlantic Treaty Organization* has recently sent a large task force into Yugoslavia, ostensibly to enforce a settlement of the Bosnian war arrived at in Dayton, Ohio at the end of 1995. This task force is said to consist of some 60,000 men, equipped with tanks, armor and artillery. It is backed by formidable air and naval forces. In fact, if one takes account of all the support forces involved, including forces deployed in nearby countries, it is clear that at least two hundred thousand troops are involved. This figure has been confirmed by U.S. defense sources. [1]

By any standards, the sending of a large Western military force into Central and Eastern Europe is a remarkable enterprise, even in the fluid situation created by the supposed end of the Cold War. The Balkan task force represents not only the first major NATO military operation, but a major operation staged "out of area", that is, outside the boundaries originally established for NATO military action. However, the sending of NATO troops into the Balkans is the result of enormous pressure for the general extension of NATO eastwards. If the Yugoslav enterprise is the first concrete step in the expansion of NATO, others are planned for the near future. Some Western powers want to bring the Visegrad countries into NATO as full members by the end of the century. There was resistance to the pressures for such extension among certain Western countries for some time. However, the recalcitrants have now been bludgeoned into accepting the alleged necessity of extending NATO.

The question is: why are the Western powers pressing for the expansion of NATO? Why is NATO being renewed and extended when the "Soviet threat" has disappeared? There is clearly much more to it than we have so far been told. The enforcement of a precarious peace in Bosnia is only the immediate reason for sending NATO forces into the Balkans. There are deeper reasons for the dispatch of NATO forces to the Balkans, and especially for the extension of NATO to Poland, the Czech Republic and Hungary in the relatively near future. These have to do with an emerging strategy for securing the resources of the Caspian Sea region and for "stabilizing" the countries of Eastern Europe – ultimately for "stabilizing" Russia and the countries of the Commonwealth of Independent States. This is, to put it mildly, an extremely ambitious and potentially self-contradictory policy. And it is important to pose

some basic questions about the reasons being given for pursuing it.

For the idea of "stabilizing" the countries which formerly constituted the Socialist bloc in Europe does not simply mean ensuring political stability there, ensuring that the regimes which replaced Socialism remain in place. It also means ensuring that economic and social conditions remain unchanged. And, since the so-called transition to democracy in the countries affected has in fact led to an incipient deindustrialization and a collapse of living standards for the majority, the question arises whether it is really desirable. The question is all the more pertinent since "stabilization", in the sense in which it is used in the West, means reproducing in the former Socialist bloc countries economic and social conditions which are similar to the economic and social conditions currently prevailing in the West. The economies of the Western industrial nations are, in fact, in a state of semi-collapse, although the governments of those countries would never really acknowledge the fact. Nonetheless, any reasonably objective assessment of the economic situation in the West leads to this conclusion. And that conclusion is supported by official statistics and most analyses coming from mainstream economists. It is also clear, as well, that the attempt to "stabilize" the former Socialist bloc countries is creating considerable tension with Russia, and potentially with other countries. Not a few commentators have made the point that Western actions in extending NATO even raise the risks of nuclear conflict. [2]

It is enough to raise these questions briefly to see that the extension of NATO which has, de facto, begun in Yugoslavia and is being proposed for other countries is to a large extent based on confused and even irrational reasoning. One is tempted to say that it results from the fear and willfulness of certain ruling groups. To put it most bluntly, why should the world see any benefit in the enforced extension to other countries of the economic and social chaos which prevails in the West, and why should it see any benefit in that when the very process itself increases the risks of nuclear war?

The purposes of this paper are to describe what lies behind the current efforts to extend NATO and to raise some basic questions about whether this makes any sense, in both the narrow and deeper meanings of the term.

The North Atlantic Treaty Organization was founded in 1949 with the stated purpose of protecting Western Europe from possible military aggression by the Soviet Union and its allies.

With the dissolution of the Communist regimes in the former Socialist bloc in 1990 and 1991, there was no longer any possibility of such aggression, if there ever really had been. The changes in the former Communist countries made NATO redundant. Its *raison d'être* had vanished. Yet certain groups within the NATO countries began almost immediately to press for a "renovation" of NATO and even for its extension into Central and Eastern Europe. They began to elaborate new rationales which would permit the continuation of business as usual. The most important of these was the idea that, with the changes brought about by the end of the Cold War, the Western countries nonetheless faced new "security challenges" outside the traditional NATO area which justified the perpetuation of the organization. The spokesmen for this point of view argued that NATO had to find new missions to justify its existence.

The implicit premise was that NATO had to be preserved in order to ensure the leadership of the United States in European and world affairs. This was certainly one of the reasons behind the large scale Western intervention in which the participation of US NATO partners was relatively meagre in Kuwait and Iraq in 1990 and 1991. The coalition which fought against Iraq was cobbled together with great difficulty. But it was seen by the United States government as necessary for the credibility of the US within the Western alliance as well as in world affairs.

The slogan put forward by the early supporters of NATO enlargement was "*NATO: out of area or out of business*", which made the point, although not the argument, as plainly as it could be made. [3] Yugoslavia has also been a test case, and obviously a much more important one. The Yugoslav crisis exploded on the edge of Europe, and the Western European nations had to do something about it. Germany and the United States, on the other hand, while seeming to support the idea of ending the civil wars in Yugoslavia, in fact did everything they could to prolong them, especially the war in Bosnia. [4] Their actions perpetuated and steadily deepened the Yugoslav crisis. It is important to recognize that, almost from the beginning of the Yugoslav crisis, NATO sought to involve itself. That involvement was obvious in 1993 when NATO began to support UNPROFOR operations in Yugoslavia, especially in the matter of the blockade against the Federal Republic of Yugoslavia and the enforcement of a no-fly zone in Bosnian airspace.

That involvement, however, had much smaller beginnings, and it must be remembered that NATO as an organization was involved in the war in Bosnia-Herzegovina at a very early stage. In 1992, NATO sent a group of about 100 personnel to Bosnia-Herzegovina, where they established a military headquarters at Kiseliak, a short distance from Sarajevo. Ostensibly, they were sent to help United Nations forces in Bosnia. It was obvious, however, that there was another purpose. A NATO diplomat described the operation to INTELLIGENCE DIGEST in the following terms at the time:

"This is a very cautious first step, and we are definitely not making much noise about it. But it could be the start of something bigger... You could argue that NATO now has a foot in the door. Whether we manage to open the door is not sure, but we have made a start." [4] It seems clear that NATO commanders were already anticipating the possibility that resistance to US and German pressures would be overcome and that NATO's role in Yugoslavia would be gradually expanded. Thus NATO was working to create a major "out of area" mission almost from the time that the war in Bosnia-Herzegovina began. The recent dispatch of tens of thousands of troops to Bosnia, Austria, Hungary, Croatia and Serbia is thus simply the culmination of a process which began almost four years ago. It was not a question of proposals and conferences. It was a question of inventing operations which, with the backing of key countries, could eventually lead to NATO's active engagement "out of area", and thus to its own renovation.

The Eastward Expansion of NATO

NATO had never carried out a formal study on the enlargement of the alliance until quite recently, when the Working Group on NATO Enlargement issued its report. No doubt there were internal classified studies, but nothing is known of their content to outsiders. Despite the lack of clear analysis, however, the engines for moving things forward were working hard from late 1991. At the end of that year, NATO created the North Atlantic Cooperation Council. NATO member nations then invited 9 Central and East European countries to join the NACC in order to begin fostering cooperation between the NATO powers and former members of the Warsaw Pact. This was a first effort to offer something to East European countries wishing to join NATO itself. The NACC, however, did not really satisfy the demands of those countries, and in the beginning of 1994 the US launched the idea of a Partnership for Peace. The PFP offered nations wishing to join NATO the possibility of co-operating in various NATO activities,

including training exercises and peacekeeping. More than 20 countries, including Russia, are now participating in the PFP.

Many of these countries wish eventually to join NATO. Russia obviously will not join. It believes that NATO should not be moving eastwards. According to the Center for Defense Information in Washington, a respected independent research center on military affairs, Russia is participating in the PFP *"to avoid being shut out of the European security structure altogether."* [5]

The movement toward the enlargement of NATO has therefore been steadily gathering momentum. The creation of the North Atlantic Cooperation Council was more or less an expression of sympathy and openness toward those aspiring to NATO membership. But it did not carry things very far. The creation of the Partnership for Peace was more concrete. It actually involved former Warsaw Pact members in NATO itself. It also began a "two-track" policy toward Russia, in which Russia was given a more or less empty relationship with NATO simply to allay its concerns about NATO expansion.

However, despite this continuous development, the public rationale for this expansion has for the most part rested on fairly vague premises. And this leads to the question of what has been driving the expansion of NATO during the last four years. The question must be posed for two areas: the Balkans and the countries of Central Europe. For there is an important struggle going on in the Balkans, a struggle for mastery of the southern Balkans in particular. And NATO is now involved in that struggle. There is also, of course, a new drift back to Cold-War policies on the part of certain Western countries. And that drift is carrying NATO into Central Europe.

The Struggle for Mastery in the Balkans

We have been witnessing, since 1990, a long and agonizing crisis in Yugoslavia. It has brought the deaths of tens of thousands, driven perhaps two million people from their homes and caused turmoil in the Balkan region. And in the West it is generally believed that this crisis, including the civil wars in Croatia and Bosnia-Herzegovina, was the result of internal Yugoslav conflicts, and specifically of conflicts between Croats, Serbs and Bosnian Muslims. This is far from the essence of the matter.

The main problem in Yugoslavia, from the first, was foreign intervention in the country's internal affairs. Two Western powers, the United States and Germany, deliberately contrived to destabilize and then dismantle the country. The process was in full swing in the 1980s and accelerated as the present decade

began. These powers carefully planned, prepared and assisted the secessions which broke Yugoslavia apart. And they did almost everything in their power to expand and prolong the civil wars which began in Croatia and then continued in Bosnia-Herzegovina. They were involved behind the scenes at every stage of the crisis.

Foreign intervention was designed to create precisely the conflicts which the Western powers decried. For they also conveniently served as an excuse for overt intervention once civil wars were under way. Such ideas are, of course, anathema in Western countries. That is only because the public in the West has been systematically misinformed by war propaganda. It accepted almost from the beginning the version of events promulgated by governments and disseminated through the mass media. It is nonetheless true that Germany and the US were the principal agents in dismantling Yugoslavia and sowing chaos there. This is an ugly fact in the new age of realpolitik and geopolitical struggles which has succeeded the Cold War order. Intelligence sources have begun recently to allude to this reality in a surprisingly open manner. In the summer of 1995, for instance, INTELLIGENCE DIGEST, a respected newsletter published in Great Britain, reported that: *"The original US-German design for the former Yugoslavia [included] an independent Muslim-Croat dominated Bosnia-Herzegovina in alliance with an independent Croatian and alongside a greatly weakened Serbia."* [6] Every senior official in most Western governments knows this description to be absolutely accurate. And this means, of course, that the standard descriptions of "Serbian aggression" as the root cause of the problem, the descriptions of Croatia as a "new democracy", etc. are not just untrue but actually designed to deceive.

But why? Why should the media seek to deceive the Western public? It was not simply that blatant and large scale intervention in Yugoslav affairs had to be hidden from public view. It was also that people would ask questions about why Germany and the US deliberately created havoc in the Balkans. They wanted inevitably to know the reasons for such actions. And these had to be hidden even more carefully than the destructive actions of great powers.

At root, the problem was that the United States had an extremely ambitious plan for the whole of Europe. It is now stated quite openly that the US considers itself a "European power". In the 1980s, this assertion could not be made so easily. That would have caused too much dissension among Western allies. But the US drive to establish its domination in Europe was nonetheless a fact. And the United States was already planning what is now openly talked about.

Quite recently, Richard Holbrooke, the Assistant

Secretary of State for European affairs, made the official position clear. In a recent article in the influential journal FOREIGN AFFAIRS, he not only described the United States as a "European power" but also outlined his government's ambitious plans for the whole of Europe. Referring to the system of collective security, including NATO, which the US and its allies created after the second world war, Mr. Holbrooke said: *"This time, the United States must lead in the creation of a security architecture that includes and thereby stabilizes all of Europe -- the West, the former Soviet satellites of Central Europe and, most critically, Russia and the former republics of the Soviet Union."* [7] In short, it is now official policy to move towards the integration of all of Europe under a Western political and economic system, and to do so through the exercise of "American leadership". This is simply a polite, and misleading, way of talking about the incorporation of the former Socialist countries into a vast new empire. [8]

It should not be surprising that the rest of Mr. Holbrooke's article is about the necessity of expanding NATO, especially into Central Europe, in order to ensure the "stability" of the whole of Europe. Mr. Holbrooke states that the *"expansion of NATO is an essential consequence of the raising of the Iron Curtain"*. [9]

Thus, behind the repeated interventions in the Yugoslav crisis, there lay long term strategic plans for the whole of Europe.

As part of this evolving scheme, Germany and the US originally determined to forge a new Balkan order, one based on the market organization of economies and parliamentary democracy. They wanted to put a definitive end to Socialism in the Balkans. [10] Ostensibly, they wanted to "foster democracy" by encouraging assertions of independence, as in Croatia. In reality, this was merely a ploy for breaking up the Balkans into small and vulnerable countries. Under the guise of "fostering democracy", the way was being opened to the recolonization of the Balkans.

By 1990, most of the countries of Eastern Europe had yielded to Western pressures to establish what were misleadingly called "reforms". Some had accepted all the Western conditions for aid and trade. Some, notably Bulgaria and Rumania, had only partially accepted them. In Yugoslavia, however, there was resistance. The 1990 elections in Serbia and Montenegro kept a socialist or social democratic party in power. The Federal government thus remained in the hands of politicians who, although they yielded to pressures for "reforms" from time to time, were nevertheless opposed to the recolonization of the Balkans. And many of them were opposed to the fragmentation of Yugoslavia. Since the third Yugos-

lavia, formed in the spring of 1992, had an industrial base and a large army, that country had to be destroyed.

From the German point of view, this was nothing more than the continuation of a policy pursued by the Kaiser and then by the Nazis. Once, Yugoslavia was dismantled and thrown into chaos, it was possible to begin reorganizing this central part of the Balkans. Slovenia, Croatia and Bosnia-Herzegovina were to be brought into a German sphere of interest. Germany acquired access to the sea on the Adriatic, and potentially, in the event that the Serbs could be overwhelmed, to the new Rhine-Danube canal, a route which can now carry 3,000 ton ships from the North Sea into the Black Sea. The southern reaches of Yugoslavia were to fall into an American sphere of interest. Macedonia, which commands the only east-west and north-south passages across the Balkan Mountains, was to be the centerpiece of an American region. But the American sphere would also include Albania and, if those regions could be stripped away from Serbia, the Sanjak and Kosovo. Some American planners have even talked of the eventual emergence of a Greater Albania, under US and Turkish tutelage, which would comprise a chain of small Muslim States, possibly including Bosnia-Herzegovina, with access to the Adriatic.

Not surprisingly, Germany and the US, although they worked in concert to bring about the dismantlement of Yugoslavia, are now struggling for control of various parts of that country, notably Croatia and Bosnia-Herzegovina. In fact, there is considerable jockeying for influence and commercial advantage throughout the Balkans. [11] Most of this competition is between Germany and the US, the partners who tore Yugoslavia apart. But important companies and banks from other European countries are also participating. The situation is similar to that which was created in Czechoslovakia by the Munich Agreement in 1938. Agreement was reached on a division of the spoils in order to avoid clashes which would lead immediately to war.

The New "Great Game" in the Caspian Sea

Yugoslavia is significant not just for its own position on the map, but also for the areas to which it allows access. And influential American analysts believe that it lies close to a zone of vital US interests, the Black Sea-Caspian Sea region.

This may be the real significance of the NATO task force in Yugoslavia. The United States is now seeking to consolidate a new European-Middle Eastern bloc of nations. It is presenting itself as the leader of an informal grouping of Muslim countries stretching

from the Persian Gulf into the Balkans. This grouping includes Turkey, which is of pivotal importance in the emerging new bloc. Turkey is not just a part of the southern Balkans and an Aegean power. It also borders on Iraq, Iran and Syria. It thus connects southern Europe to the Middle East, where the US considers that it has vital interests.

The US hopes to expand this informal alliance with Muslim states in the Middle East and southern Europe to include some of the new nations on the southern rim of the former Soviet Union.

The reasons are not far to seek. The US now conceives of itself as being engaged in a new race for world resources. Oil is especially important in this race. With the war against Iraq, the US established itself in the Middle East more securely than ever. The almost simultaneous disintegration of the Soviet Union opened the possibility of Western exploitation of the oil resources of the Caspian Sea region. This region is extremely rich in oil and gas resources. Some Western analysts believe that it could become as important to the West as the Persian Gulf. Countries like Kazakhstan have enormous oil reserves, probably in excess of 9 billion barrels. Kazakhstan could probably pump 700,000 barrels a day. The problem, as in other countries of the region, at least from the perspective of Western countries, has been to get the oil and gas resources out of the region and to the West by safe routes. The movement of this oil and gas is not simply a technical problem. It is also political.

It is of crucial importance to the US and to other Western countries today to maintain friendly relations with countries like Kazakhstan. More importantly, it is important to know that any rights acquired, to pump petroleum or to build pipelines to transport it, will be absolutely respected. For the amounts which are projected for investment in the region are very large.

What this means is that Western producers, banks, pipeline companies, etc. want to be assured of "political stability" in the region. They want to be assured that there will be no political changes which would threaten their new interests or potential ones.

An important article in THE NEW YORK TIMES recently described what has been called a new "great game" in the region, drawing an analogy to the competition between Russia and Great Britain in the northwest frontier of the Indian subcontinent in the nineteenth century. The authors of the article wrote that, *"Now, in the years after the cold war, the United States is again establishing sovereignty over the empire of a former foe. The disintegration of the Soviet Union has prompted the United States to expand its zone of military hegemony into Eastern Europe (through NATO) and into formerly neutral Yu-*

goslavia. And -- most important of all -- the end of the cold war has permitted America to deepen its involvement in the Middle East." [12]

Obviously, there have been several reasons which prompted Western leaders to seek the expansion of NATO. One of these, and an important one, has clearly been a commercial one. This becomes more evident as one looks more closely at the parallel development of commercial exploitation in the Caspian Sea region and the movement of NATO into the Balkans.

On May 22, 1992, the North Atlantic Treaty Organization issued a remarkable statement regarding the fighting then going on in Transcaucasia. This read in part as follows:

"[The] Allies are profoundly disturbed by the continuing conflict and loss of life. There can be no solution to the problem of Nagorno-Karabakh or to the differences it has caused between Armenia and Azerbaijan by force. Any action against Azerbaijan's or any other state's territorial integrity or to achieve political goals by force would represent a flagrant and unacceptable violation of the principles of international law. In particular we [NATO] could not accept that the recognized status of Nagorno-Karabakh or Nakhichevan can be changed unilaterally by force." [13]

This was a remarkable statement by any standards. For NATO was in fact issuing a veiled warning that it might have to take "steps" to prevent actions by governments in the Caspian Sea region which it construed as threatening vital Western interests.

Two days before NATO made this unusual declaration of interest in Transcaucasion affairs, an American oil Company, Chevron, had signed an agreement with the government of Kazakhstan for the development of the Tengiz and Korolev oil fields in the Western part of the country. The negotiations for this agreement had been under way for two years prior to its being signed. And reliable sources have reported that they were in danger of breaking down at the time because of Chevron's fears of political instability in the region. [14]

At the time that NATO made its declaration, of course, there would have been little possibility of backing up its warning. There was, first of all, no precedent at all for any large, out-of-area operation by NATO. NATO forces, furthermore, were far removed from Transcaucasia. It does not take a long look at a map of the Balkans, the Black Sea the Caspian Sea to realize that the situation is changing.

The Next Stage: "Stabilizing" the East

The current pressure for the enlargement of NATO to

Central and Eastern Europe is part of an effort to create what is mistakenly called "the new world order". It is the political-military complement of the economic policies initiated by the major Western powers and designed to transform Central and East European society.

The United States, Germany and some of their allies are trying to build a truly global order around the North Atlantic Basin economy. There is actually nothing very new about the kind of order which they are trying to establish. It is to be founded on capitalist institutions. What is new is that they are trying to extend "the old order" to the vast territories which were thrown into chaos by the disintegration of Communism. They are also trying to incorporate into this "order" countries which were previously not fully a part of it.

In a word, they are trying to create a functioning capitalist system in countries which have lived under Socialism for decades, or in countries, such as Angola, which were seeking to break free of the capitalist system.

As they try to establish a "new world order", the major Western powers must also think about how to preserve it. So, in the final analysis, they must think about extending their military power toward the new areas of Europe which they are trying to attach to the North Atlantic Basin. Hence the proposed role of NATO in the new European order. The two principal architects of what might be a new, integrated and capitalist, Europe are the United States and Germany. They are working together especially closely on East European questions. In effect, they have formed a close alliance in which the US expects Germany to help manage not only West European but also East European affairs. Germany has become, as George Bush put it in Mainz in 1989, a "partner in leadership".

This close relationship ties the US to Germany's vision of what German and American analysts are now calling Central Europe. It is a vision which calls for: 1) the expansion of the European Union to the East; 2) German leadership in Europe; and 3) a new division of labor in Europe.

It is the idea of a new division of labor which is particularly important. In the German view, Europe will in the future be organized in concentric rings around a center, which will be Germany. The center will be the most developed region in every sense. It will be the most technically developed and the wealthiest. It will have the highest levels of wages, salaries and per capita income. And it will undertake only the most profitable economic activities, those which put it in command of the system. Thus Germany will take charge of industrial planning, design, the development of technology, etc., of all the activities

which will shape and co-ordinate the activities of other regions.

As one moves away from the center, each concentric ring will have lower levels of development, wealth and income. The ring immediately surrounding Germany will include a great deal of profitable manufacturing and service activity. It is meant to comprise parts of Great Britain, France, Belgium, the Netherlands and northern Italy. The general level of income would be high, but lower than in Germany. The next ring would include the poorer parts of Western Europe and parts of Eastern Europe, with some manufacturing, processing and food production. Wage and salary levels would be significantly lower than at the center.

It goes without saying that, in this scheme of things, most areas of Eastern Europe will be in an outer ring. Eastern Europe will be a tributary of the center. It will produce some manufactured goods, but not primarily for its own consumption. Much of its manufacturing, along with raw materials, and even food, will be shipped abroad. Moreover, even manufacturing will pay low wages and salaries. And the general level of wages and salaries, and therefore of incomes, will be lower than they have been in the past.

In short, most of Eastern Europe will be poorer in the new, integrated system than it would have been if East European countries could make their own economic decisions about what kind of development to pursue. The only development possible in societies exposed to the penetration of powerful foreign capital and hemmed in by the rules of the International Monetary Fund is dependent development.

This will also be true of Russia and the other countries of the Commonwealth of Independent States. They will also become tributaries of the center, and there will be no question of Russia pursuing an independent path of development. There will obviously be some manufacturing in Russia, but there will be no possibility of balanced industrial development. For the priorities of development will be increasingly dictated by outsiders. Western corporations are not interested in promoting industrial development in Russia, as the foreign investment figures show.

The primary Western interest in the Commonwealth of Independent States is in the exploitation of its resources. The breakup of the Soviet Union was thus a critical step in opening the possibility of such exploitation. For the former republics of the USSR became much more vulnerable once they became independent. Furthermore, Western corporations are not interested in developing CIS resources for local use. They are interested in exporting them to the West. This is especially true of gas and petroleum resources. Much of the benefit from the export of resources would therefore accrue to foreign countries.

Large parts of the former Soviet Union are likely to find themselves in a situation similar to that of Third World countries. What Germany is seeking, then, with the support of the US, is a capitalist rationalization of the entire European economy around a powerful German core. Growth and high levels of wealth in the core are to be sustained by subordinate activities in the periphery. The periphery is to produce food and raw materials, and it is to manufacture exports for the core and for overseas markets. Compared to the (Western and Eastern) Europe of the 1980s, then, the future Europe is to be entirely restructured, with lower and lower levels of development as one moves away from the German center. Thus many parts of Eastern Europe, as well as much of the former Soviet Union, are meant to remain permanently underdeveloped areas, or relatively underdeveloped areas. Implementation of the new division of labor in Europe means that they must be locked into economic backwardness.

Thus, for Eastern Europe and the countries of the CIS, the creation of an "integrated" Europe within a capitalist framework will require a vast restructuring. This restructuring could be very profitable for Germany and the US. It will mean moving backwards in time for the parts of Europe being attached to the West.

The nature of the changes under way has already been prefigured in the effects of the "reforms" implemented in Russia from the early 1990s. It was said, of course, that these "reforms" would eventually bring prosperity. This was, however, a hollow claim from the beginning. For the "reforms" implemented at Western insistence were nothing more than the usual restructuring imposed by the World Bank and the International Monetary Fund on Third World countries. And they have had the same effects.

The most obvious is the precipitous fall in living standards. One third of the population of Russia is now trying to survive on income below the official poverty line. Production since 1991 has fallen by more than half. Inflation is running at an annual rate of 200 per cent. The life expectancy of a Russian male fell from 64.9 years in 1987 to 57.3 years in 1994. [15] These figures are similar to those for countries like Egypt and Bangladesh. And, in present circumstances, there is really no prospect of an improvement in economic and social conditions in Russia. Standards of living are actually likely to continue falling. Clearly, there is widespread, and justified, anger in Russia, and in other countries, about the collapse of living standards which has accompanied the early stages of restructuring. This has contributed to a growing political backlash inside Russia and other countries. The most obvious recent example may be found in the results of the December parliamentary

elections in Russia. It is also clear that the continuing fall in living standards in the future will create further angry reactions.

Thus the extension of the old world order into Eastern Europe and the CIS is a precarious exercise, fraught with uncertainty and risks. The major Western powers are extremely anxious that it should succeed, to some extent because they see success, which would be defined in terms of the efficient exploitation of these new regions, as a partial solution to their own grave economic problems. There is an increasingly strong tendency in Western countries to displace their own problems, to see the present international competition for the exploitation of new territories as some kind of solution to world economic stagnation. Western analysts rightly suppose that the future will bring political instability. So, as Senator Bradley put it recently, *"The question about Russia is whether reform is reversible"*. [16] Military analysts draw the obvious implication: the greater the military power which can potentially be brought to bear on Russia, the less the likelihood of the "reforms" being reversed. This is the meaning of the following extraordinary statement by the Working Group on NATO Enlargement: *"The security task of NATO is no longer limited to maintaining a defensive military posture against an opposing force. There is no immediate military security threat to Western Europe. The political instability and insecurity in Central and Eastern Europe, however, greatly affect the security of the NATO area. NATO should help to fulfill the Central and Eastern European desires for security and integration into Western structures, thus serving the interests in stability of its members."* [17]

This represents an entirely new position on the part of NATO. It is a position which some NATO countries thought imprudent not long ago. And it is alarming, because it does not confront the real reasons behind the present pressure for NATO's extension. However evasive and sophisticated the reasoning of the Working Group may be, it appears that the debate in many countries is now closed. It would, of course, be much better if the real issues could be debated publicly. But for the moment they cannot be, and the pressure for NATO enlargement is going to continue.

The Dangers of Extending NATO

The current proposal to expand NATO eastward creates many dangers. It should be stated that many leaders in Western countries oppose the expansion of NATO, and they have repeatedly explained the dangers of such expansion. It is important to recognize, that despite the official position of NATO and the recent report of the Working Group, there is strong

opposition to NATO's moving eastward. Nonetheless, for the moment, those in favor of NATO expansion have won the day.

Four dangers of NATO expansion in particular require discussion here. The first is that the expansion of NATO will bring new members under the NATO umbrella. This will mean, for instance, that the United States and other Western members are obliged to defend, say, Slovakia against an attack. Where will an attack come from? Is NATO really prepared to defend Slovakia in the event of a conflict with another East European country?

In a country like the United States, this would be very unpopular. As Senator Kassebaum put it in October of last year:

"Are the American people prepared to pledge, in the words of the North Atlantic Treaty, that an armed attack against one or more of these potential new members will be considered an attack against all?"

[18]. The issue of extending the umbrella is a critical one. For the NATO powers are nuclear powers. The Working Group report stated that, in appropriate circumstances, the forces of NATO allies could be stationed on the territory of new members. And the Working Group did not rule out, as it should have, the stationing of nuclear weapons on the territory of new members. The failure to rule out such a possibility means that NATO is embarking on a dangerous path, a path which increases the risks of nuclear war. The Working Group's silence on this matter cannot fail to be taken as a threat by those who are not joining NATO. And, clearly, the most important of these is Russia, because it, too, possesses nuclear weapons -- as do the Ukraine and Kazakhstan.

The second danger is that expansion will jeopardize relations between the United States and Russia, or even lead to a second Cold War. While NATO countries present the organization as a defensive alliance, Russia sees it quite differently. For more than forty years, the Soviet Union considered NATO as an offensive alliance aimed at all the members of the Warsaw pact. The general opinion in Russia is still that NATO is an offensive alliance. The former Foreign Minister, Mr. Kozyrev, made this quite clear to NATO members. How can Russia possibly see things differently in the future?

The expansion of NATO is inevitably perceived by Russia as encirclement. It is seen as assuming that Russia will inevitably again become an aggressive state. This, however, is much more likely to push Russia toward belligerence than to do anything else. It will certainly not calm its fears about the intentions of NATO in moving into Eastern Europe. Referring to the recent NATO decision on expansion, the Director of the Institute of USA and Canada Studies of the Russian Academy of Sciences, stated recently

that:

"Russia is still a military superpower with a huge area and a large population. It is a country with enormous economic capabilities which has extraordinary potential for good or ill. But now it is a humiliated country in search of identity and direction. To a certain extent, the West and its position on NATO expansion will determine what direction Russia chooses. The future of European Security depends on this decision." [19]

The third danger in extending NATO is that it will undermine the implementation of the START I Treaty and the ratification of the START II Treaty, as well as other arms control and arms limitation treaties designed to increase European security. The Russians, for instance, have made it clear that they will go ahead with the implementation of the Conventional Armed Forces in Europe (CFE) Treaty *"if the situation in Europe is stable"*. The expansion of NATO into Eastern Europe, however, significantly changes the present equilibrium in Europe. So NATO countries are risking many of the achievements of the last 25 years in the field of disarmament. Some argue convincingly that NATO expansion will undermine the nuclear Non-Proliferation Treaty. Such consequences will hardly make Europe, or the globe, a safer place in the future.

The fourth principal danger in NATO expansion is that it will unsettle the situation in Eastern Europe. NATO claims that its expansion will help to ensure stability. But Eastern Europe, particularly after the changes of the last five years, is already an unstable place. The piecemeal expansion of NATO into Eastern Europe will increase tensions between new members and those left outside. It cannot fail to do so. Those left outside NATO are bound to feel more insecure when NATO has established itself in a neighboring country. This would place them in a buffer zone between an expanding NATO and Russia. They are bound to react in a fearful, and even hostile manner. The piecemeal expansion of NATO could even trigger an arms race in Eastern Europe.

The Weakness of the Western Position

When closely considered, the proposal to extend NATO eastward is not just dangerous. It also seems something of a desperate act. It is obviously irrational, for it can become a self-fulfilling prophecy. It can lead to a second Cold War between the NATO powers and Russia, and possibly to nuclear war. It must be assumed that no one really wants that.

Why, then, would the NATO countries propose such a course of action? Why would they be unable to weigh the dangers of their decision objectively? Part

of the answer is that those who have made this decision have looked at it in very narrow terms, without seeing the larger context in which NATO expansion would take place. When one does look at the larger context, the proposal to expand NATO is obviously irrational.

Consider the larger context. NATO proposes to admit certain countries in Central Europe as full members of the alliance in the near future. Other East European countries are being considered for later admission. This extension has two possible purposes. The first is to prevent "the failure of Russian democracy", that is, to ensure the continuation of the present regime, or something like it, in Russia. The second is to place NATO in a favorable position if a war should ever break out between Russia and the West.

In an age of nuclear weapons, pursuing the second purpose is perhaps even more dangerous than it was during the years of the Cold War, since there are now several countries with nuclear weapons which would potentially be ranged against NATO. The argument that NATO should be expanded eastward in order to ensure the West an advantage in the event of a nuclear war is not a very convincing one. And it would certainly not be convincing to Central European countries if it were openly spoke of. Those would be the countries most likely to suffer in the first stages of such a war. Their situation would be similar to that of Germany during the Cold War, as the German antiwar movement began to understand in the 1980s.

The main purpose of expanding NATO, as almost everyone has acknowledged, is to make sure that there is no reversal of the changes which have taken place in Russia during the last five years. That would end the dream of a three-part Europe united under the capitalist banner and close a very large new space for the operation of Western capital. A NATO presence in Central and Eastern Europe is simply a means of maintaining new pressure on those who would wish to attempt to change the present situation in Russia. However, as has been seen, this also means locking Russia, and other countries of the CIS, into a state of underdevelopment and continuous economic and social crisis in which millions of people will suffer terribly, and in which there is no possibility of society seeking a path of economic and social development in which human needs determine economic priorities.

What is horribly ironic about this situation is that the Western countries are offering their model of economic organization as the solution to Russia's problems. The realist analysts, of course, know perfectly well that it is no such thing. They are interested only in extending Western domination further eastward. And they offer their experience as a model for others

only to beguile. But the idea that "the transition to democracy", as the installation of market rules is often called, is important in the world battle for public opinion. It has helped to justify and sustain the policies which the West has been pursuing toward the countries of the CIS.

The Western countries themselves, however, are locked in an intractable economic crisis. Beginning in the early 1970s, profits fell, production faltered, long-term unemployment began to rise and standards of living began to fall. There were, of course, the ups and downs of the business cycle. But what was important was the trend. The trend of GDP growth in the major Western countries has been downward since the major recession of 1973-1975. In the United States, for instance, the rate of growth fell from about 4 per cent per year in the 1950s and the 1960s, to 2.9 per cent in the 1970s and then to about 2.4 per cent in the 1980s. Current projections for growth are even lower.

The situation was not very different in other Western countries. Growth was somewhat faster, but unemployment was significantly higher. The current rates of unemployment in Western Europe average about 11 per cent, and there is more unemployment hidden in the statistics as a result of various government pseudoemployment plans.

Both Western Europe and North America have experienced a prolonged economic stagnation. And capitalist economies cannot sustain employment and living standards without relatively rapid growth. In the 25 years after the second world war, most Western countries experienced rapid growth, on the order of 4 and 5 per cent per year. It was that growth which made it possible to maintain high levels of employment, the rise in wages and the advance of living standards. And there is no doubt that, in the postwar period, the Western countries made great advances. Large numbers of working class people were able to achieve decent living standards. The middle and upper classes prospered, indeed, many of them reached a standard of living which can only be called luxurious. The postwar honeymoon, however, is clearly over. The great "capitalist revolution" touted by the Rockefellers is no more. "Humanized capitalism" is no more. Declining growth has now returned us to the age of "le capitalisme sauvage". It has triggered economic and social crisis in every Western country. It is undermining the principal achievements of the postwar period. In Europe, the Welfare state has been under attack for fifteen years by those who would shift the burden of crisis onto the shoulders of the less fortunate. In the United States, a relatively meagre "social net" to protect the poor is now being shredded by the aggressive and ignorant defenders of corporate interests, why also want to be sure that

those who can least afford it bear the brunt of the system's crisis of stagnation.

The West, then, is itself locked in crisis. This is not a transient crisis or a "long cycle", as academic apologists would have it. It is a systemic crisis. The market system can no longer produce anything like prosperity. The markets which drove the capitalist economy in the postwar period, automobiles, consumer durables, construction, etc. are all saturated, as sheats of government statistics in every country demonstrate. The system has not found new markets which could create an equivalent wave of prosperity. Moreover, the acceleration of technical progress in recent years has begun to eliminate jobs everywhere at a staggering rate. There is no possible way of compensating for its effect, for creating new employment in sufficient quantity and at high wage levels. Government and industry leaders in the West are fully aware of the situation in one sense. They know what the statistics are. They know what the problems are. But they are not able to see that the source of the problem is the fact that, having achieved very high levels of production, income and wealth, the present capitalist system has nowhere to go. Half-way solutions could be found, but Western leaders are unwilling to make the political concessions which they would require. In particular, the large concentrations of capital in Western countries are led by people who are constitutionally incapable of seeing that something fundamental is wrong. That would require them to agree to the curtailing of their power.

Therefore, the leaders of government and industry drive blindly on, not wishing to see, not prepared to accept policies that might set the present system on a path of transition to some more rational and more human way of organizing economic life. It is this blindness, grounded in confusion and fear, which has clouded the ability of Western leaders to think clearly about the risks of extending NATO into Eastern Europe. The Western system is experiencing a profound economic, social and political crisis. And Western leaders apparently see the exploitation of the East as the only large-scale project available which might stimulate growth, especially in Western Europe.

They are therefore prepared to risk a great deal for it. The question is: will the world accept the risks of East-West conflict and nuclear war in order to lock into one region economic arrangements which are already collapsing elsewhere?

FOOTNOTES

1. DEFENSE NEWS, 25 November 1995; see also Gary Wilson, "Anti-War Activists Demand: No More US Troops to the Balkans", Workers World News Service, December 7, 1995.

2. See for instance: "NATO Expansion: Flirting with Disaster", THE DEFENSE MONITOR, November/December 1995, Center for Defense Information, Washington, D.C.
3. Senatore Richard Lugar, "NATO: Out of Area or Out of Business", Remarks Delivered to the Open Forum of the US State Department, August 2, 1993, Washington, D.C.
4. "Changing Nature of NATO", INTELLIGENCE DIGEST, 16 October 1992.
5. THE DEFENSE MONITOR, loc.cit., page 2.
6. "Bonn's Balkans-to-Teheran Policy", INTELLIGENCE DIGEST, 11 - 25 August 1995.
7. Richard Holbrooke, "America, A European Power", FOREIGN AFFAIRS, March/April 1995, page 39.
8. The crucial point is that Eastern Europe and the countries of the former USSR are to adopt the institutions prevailing in Western Europe, i.e., capitalism and parliamentary democracy.
9. Holbrooke, loc.cit., page 43.
10. See National Security Decision Directive, "United States Policy toward Yugoslavia", Secret Sensitive, (declassified), The White House, Washington D.C., March 14, 1984.
11. Joan Hoey, "The U.S. 'Great Game' in Bosnia", THENATION, January 30, 1995.
12. Jacob Heilbrunn e Michael Lind, "The Third American Empire", THE NEW YORK TIMES, January 2, 1996.
13. "The Commercial Factor Behind NATO's Extended Remit", INTELLIGENCE DIGEST, May 29, 1992.
14. Idem.
15. Senator Bill Bradley, "Eurasia Letter: A Misguided Russia Policy", FOREIGN POLICY, Winter 1995-1996, page 89.
16. Ibid. page 93.
17. Draft Special Report of the Working Group on NATO Enlargement, May 1995.
18. Quoted in THE DEFENSE MONITOR, loc.cit., page 5.
19. Dr. Sergei Rogov, Director of the Russian Academy of Sciences' Institute of USA and Canada Studies, quoted in DEFENSE MONITOR, loc.cit. page 4.

Von Dayton nach Rambouillet

Von Peter Gowan

Die NATO-Mächte und die jugoslawische Tragödie. (Teil I)

Um den US-Beschluß, am 24. März 1999 Krieg gegen Jugoslawien zu beginnen, zu verstehen, müssen wir untersuchen, wie sich die Ereignisse auf dem Balkan und im weiteren europäischen Kontext nach Dayton entwickelten.

Die entscheidende Veränderung auf dem Balkan war die explosive Situation in Albanien, die zum noch immer fortschreitenden Zusammenbruch des albanischen Staates und zur Destabilisierung Serbiens und Mazedoniens durch die UCK führte. Die UCK ist selbst zum großen Teil ein Produkt des albanischen Zusammenbruchs.

Die tatsächliche Politik von Dayton lief nicht auf die Bildung eines lebensfähigen bosnischen Staates hinaus, sondern auf ein NATO-Protektorat in Bosnien - richtiger eine NATO-Diktatur - welches politisch überleben würde, wenn die beiden wichtigsten Staaten in der Region, Kroatien und Serbien, auf Linie gehalten werden könnten. Die kroatische Regierung hat sich nicht an die Vereinbarung gehalten, indem sie die kroatische Bevölkerung Bosniens nach Kroatien integrierte. Milosevic's Regime hingegen hielt sich an die Vereinbarung, auch wenn es nicht in der Lage war, die bosnischen Serben daran zu binden, die mehrheitlich Milosevic nach seiner Zustimmung zum Dayton-Abkommen als Verräter an der serbischen Sache betrachteten. Was die US-Politik allerdings nicht in Betracht zu ziehen gewillt war, war ein Groß-Albanien, denn dies hätte alle Pläne für Mazedonien, Bulgarien und möglicherweise auch für Griechenland und die Türkei zunichte gemacht. Aber paradoxerweise öffnete der innere Kollaps des albanischen Staates 1996/97 das Tor zu einem Groß-Albanien.

Die albanische Regierung Sali Berishas (bis 1996) war eine korrupte Diktatur, die Wahlen fälschte und die Oppositionsführer ins Gefängnis steckte, die aber der US-Politik nützlich war, weil sie die Grenze zu Jugoslawien geschlossen hielt und die nationalistischen Hoffnungen der Albaner im Kosovo und in Mazedonien nicht unterstützte. (Es scheint so, als sei Berisha eine Entdeckung des britischen Geheimdienstes gewesen, und die Briten sahen seinen Sturz nur sehr ungern.)

Mit dem Volksaufstand, der Berisha stürzte, wurde der albanische Staat zertrümmert, seine Sicherheitskräfte lösten sich auf, und die Waffen wurden von der Bevölkerung übernommen - unter anderem wurden etwa 750 000 Kalaschnikows privatisiert. Trotz

einer italienischen Militärintervention gelang es der neuen sozialistischen Regierung Nanos - gerade aus Berishas Gefängnissen entlassen - nicht, die Ordnung im Land wiederherzustellen und die Grenzen zu Jugoslawien und Mazedonien zu schließen. Dies eröffnete eine Chance für die UCK im Kosovo, eine Organisation, deren Führer einst Enver Hoxha bewundert hatten, jetzt aber ihre Tore für all jene öffneten, die die reformistische und pazifistische Position des moderaten Albanerführers Ibrahim Rugova zurückwiesen. Die Offensive der UCK wurde besonders im Kosovo wie auch in Mazedonien von der albanischstämmigen Bevölkerung positiv aufgenommen, wo die nationalen Hoffnungen der Albaner lange unterdrückt worden waren. Die UCK-Offensive im Kosovo begann im Februar 1998 und war sehr effektiv - in der gesamten Provinz wurde eine große Zahl serbischer Beamter und Sicherheitskräfte getötet.

Dies stellte für die Clinton-Regierung ein akutes Dilemma dar. Ihr Erfolg in Dayton bedeutete, daß die USA sich auf dem Balkan verpflichtet hatten. Also mußte etwas getan werden, denn ein Groß-Albanien stand nicht zur Debatte. Die Zeitschrift Economist stellte das Problem im Juni 1998 so dar: Die größte Sorge (des Westens) sei, daß der Krieg auf die zwei Nachbarstaaten des Kosovo, Albanien und Mazedonien, übergreifen könnte. Die Separatisten nutzen beide Länder als sichere Rückzugsgebiete und Quellen für Waffen.

Das sind Terroristen

Es gab natürlich eine offensichtliche Lösung: Die USA und die NATO hätten die Entwicklungen in Albanien und Mazedonien in die Hand nehmen und gleichzeitig die UCK im Kosovo dem Milosevic-Regime überlassen können - durch eine Kombination aus einer Autonomie für das Kosovo innerhalb Jugoslawiens, unterstützt vom moderaten Albanerführer Rugova, und einer Bekämpfung der UCK im türkischen oder kolumbianischen Stil - durch das Räumen von Dörfern entlang der Grenze zu Albanien. Es gab aber auch ein offensichtliches Problem: Man hätte erkennen können, daß es sich praktisch um eine Allianz zwischen den USA und jenem Mann handelte, den die USA zum Saddam Hussein des Balkans aufgebaut hatten - Slobodan Milosevic.

Trotzdem verfolgte die Clinton-Regierung diese Strategie von März bis September 1998, indem sie kosmetische und rhetorische Aktionen gegen Milosevic mit effektiver Zustimmung zum Autonomie-plus-Aufstandsbekämpfungsplan verband. Dies war auch

die Linie, die von den beiden Jugoslawien-Experten in Clintons Team, Holbrooke und Christopher Hill, unterstützt wurde. Sie wurde ebenfalls von vielen westlichen Regierungen und Rußland unterstützt.

Das Signal an Milosevic, seine Aufstandsbekämpfung zu beginnen, wurde im März 1998 von den USA gegeben. Der BBC-Korrespondent in Belgrad berichtete, der US-Sondergesandte, Botschafter Gelbard, habe die UCK als terroristische Organisation bezeichnet. Ich erkenne einen Terroristen, wenn ich einem begegne, und diese Leute sind Terroristen, sagte er. Zu dieser Zeit ging man davon aus, daß die UCK lediglich aus wenigen hundert Bewaffneten bestand. Gelbards Äußerung wurde in der jugoslawischen Hauptstadt als grünes Licht für eine Operation der Sicherheitskräfte gegen die UCK interpretiert, und die Polizei führte im März zwei Angriffe in der Region um Benitsar durch. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die offizielle Bezeichnung einer Gruppe als Terroristen umfangreiche und präzise Folgen für alle Zweige des amerikanischen Staates hat. Es ist daher etwas, was das Außenministerium nicht leichthin sagt. Milosevic kombinierte seine Maßnahmen gegen die UCK mit einem Gesprächsangebot an Rugova über die Wiedereinrichtung einer Autonomie für Kosovo - die Politik, die die US-Regierung unterstützte. Es war das Holbrooke-Konzept.

Während des Sommers 1998 meldete der Economist, daß die NATO nach wie vor diesem Konzept folge. So berichtete die Zeitschrift Anfang August, daß die Operationen (der serbischen Sicherheitskräfte), die im späten Juli in Kosovo begonnen hatten, von den westlichen Regierungen stillschweigend gebilligt wurden. Anfang Oktober hielt sich Albright noch immer an das Holbrooke-Konzept. Am 8. Oktober erklärte sie auf einer Pressekonferenz in London nach einem Treffen der Kontaktgruppe, daß die NATO die Option von Bombenangriffen habe, diese aber nur durchgeführt werden könnten, um die Ziele von Resolution 1199 des UN-Sicherheitsrates zu verfolgen. Die Resolution verlangte einen Waffenstillstand auf beiden Seiten, Friedensgespräche zwischen Milosevic und ungenannten albanischen Führern über eine interne Lösung unspezifizierter Natur; und ein Ende der Einsätze der Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung wie auch die Forderung, daß die Führung der Albaner im Kosovo jede terroristische Aktion verurteilt und unterstreicht, daß alle Teile der albanischen Gemeinschaft im Kosovo ihre Ziele nur mit friedlichen Mitteln verfolgen sollen. Weiterhin forderte die Resolution, daß internationale Beobachter ihre Arbeit im Kosovo ausführen können und die jugoslawischen Autoritäten angemessene humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung über den Winter leisten.

Kehrtwende der US-Politik

Auf dieser Pressekonferenz stellte Albright klar, daß jede Militäraktion der NATO auf die Durchsetzung der Bestimmungen der Resolution 1199 abzielen würde: Der Einsatz von Macht sei kein Zweck, sondern ein Mittel; es ginge um die Resolution 1199; und wenn Diplomatie, unterstützt von der Androhung von Gewalt, zu ihrer Umsetzung beitragen würde, so sei dies um so besser. Im Verlauf des Oktober begann Madeleine Albright, die US-Politik in eine vollständig andere Richtung zu lenken. Diese Wende beinhaltete die Weisung an Hill, ein neues Dokument zu erarbeiten, welches als Grundlage für Friedensgespräche zwischen den Parteien im Kosovo dienen sollte. Und dieses neue Dokument enthielt eine zentrale Veränderung: Milosevic sollte de facto ein NATO-Protectorat über das Kosovo akzeptieren. Im Dokument sind diese Worte nicht enthalten: Hier wird von einer militärischen compliance force unter NATO-Führung im Kosovo gesprochen, um die Transformation zu überwachen, während das Kosovo juristisch eine serbische Provinz bleiben würde. Aber politisch bedeutete es ein NATO-Protectorat. Albright wußte, daß kein serbischer Politiker es wagen konnte, ein solches NATO-Diktat zu akzeptieren. Und um jeden Zweifel auszuschließen, schärfte sie dieses diplomatische Messer noch in Rambouillet, indem sie darauf bestand, daß die NATO-compliance force ihre militärischen Aktivitäten nicht auf das Kosovo beschränken würde; sie forderte das Recht, in ganz Jugoslawien operieren zu können. Diese neue Linie wurde der jugoslawischen Regierung im Dezember vorgelegt und wurde von serbischer Seite mit Entrüstung zurückgewiesen.

Indem sie sicherstellte, daß die französische und die britische Regierung diese neue Linie unterstützten und die gemeinsame Leitung der Beratungen in Rambouillet (AP-Foto: Erpresser unter sich - Rambouillet im Februar 1999) übernahmen, brachte [Abbildung] Albright Europa und die NATO auf Kriegskurs (von dem unser zweites AP-Foto nur sehr oberflächlich Zeugnis ablegt).

Warum wurde diese neue Linie eingeschlagen?

Die Befürworter des Angriffs auf Jugoslawien neigen zu der Annahme, die Veränderung der amerikanischen Politik müsse etwas [Abbildung] zu tun haben mit dem Wunsch, das Leiden der Kosovaren zu lindern - vielleicht, wie der britische Außenminister Robin Cook argumentierte, weil Milosevic zwischen Oktober und Dezember 1998 einen neuen und brutaleren Weg im Kosovo eingeschlagen habe. Dies war aber nicht die Ansicht von Robin Cook und den übrigen europäischen Außenministern zum Zeitpunkt,

als Albright die Strategie bereits verändert hatte. Es ist daher unwahrscheinlich, daß dies der Grund für Albrights neue Sicht der Dinge war. Bei ihrem Treffen am 8. Dezember 1998 bewerteten Robin Cook und die EU-Außenminister die Situation im Kosovo. In einem Bericht über das Treffen in Agence Europe am nächsten Tag war darüber zu lesen: Zum Ende ihrer Beratungen über die Situation im westlichen Balkan, brachte >General Affairs Council< vor allem seine Sorge über die jüngste Intensivierung militärischer Aktionen im Kosovo zum Ausdruck, wobei er feststellte, daß eine gesteigerte Aktivität der UCK eine wachsende Präsenz serbischer Sicherheitskräfte in der Region ausgelöst hat. Dies stellt klar, daß die Analyse der EU keine qualitative Veränderung in Milosevics Vorgehen beschreibt. Vielmehr wurde die UCK als treibende Kraft angesehen, die das Zustandekommen eines Waffenstillstands verhinderte.

Albrights Pokerspiel

Die Lage in Jugoslawien war unverändert, als Albrights Strategiewechsel vorgenommen wurde. Das legt nahe anzunehmen, daß die Gründe für diese Veränderung nicht in der US-amerikanischen Wahrnehmung der Entwicklung in Jugoslawien zu finden sind. Wie im Falle des US-Vorgehens im Januar 1992, welches zum Bosnien-Krieg führte, muß die Quelle der Veränderung in allgemeineren Zielen der US-Politik in Europa gesucht werden.

Wenn Großmächte lokale Kriege beginnen, wissen sie natürlich sehr genau, daß dies auf zwei Ebenen enorme Wirkungen auslösen wird: im Kriegsgebiet selbst und im weiteren regionalen und globalen politischen Zusammenhang. Bei der Planung eines Krieges sieht die betroffene Macht daher manchmal den weiteren politischen Zusammenhang als eine Beschränkung der Möglichkeiten eines lokalen Krieges. Manchmal ist das Verhältnis zwischen Lokalem und Regionalem aber umgekehrt: Die Situation vor Ort erlegt erhebliche Beschränkungen der Handlungsmöglichkeiten auf, aber der weitere Zusammenhang verspricht große potentielle Gewinne eines militärischen Vorgehens. Es gibt wenig Zweifel, daß letzteres die Sicht der Dinge war, die Albright und die Clinton-Regierung in Vorbereitung auf den 24. März leitete.

In den Medien und Kommentaren zu Washingtons Kriegsmotiven wird derzeit eine solche Interpretation des Denkens der Clinton-Regierung zu Kriegsbeginn nicht geteilt. Die mehr oder weniger allgemeine Sicht ist, daß die Regierung ihre lokalen Ziele im Kosovo vorangestellt hat. Es gibt jedoch eine signifikante Ausnahme. Diese stammt von Präsident Clinton selbst und zwar aus seiner Rede vom 23. März, in der der Führer der NATO-Koalition den Krieg, den er am nächsten Tag beginnen würde, mit seinen euro-

atlantischen politischen Auswirkungen erklärte. Einem Bericht der Washington Post zufolge sagte Clinton, daß eine starke US-Europäische Partnerschaft alles (sei), worum es bei dieser Kosovo-Angelegenheit gehe. Er sagte also nicht, statt um den Kosovo und seine albanische Bevölkerung ginge es vor allem um die Beziehungen zwischen Europa und den USA. Er sagte, alles, worum es gehe, sei der regionale politische Effekt.

Für Präsident Clintons Analyse des Washington-Denkens bei Kriegsbeginn spricht sicher einiges. Ein militärischer Angriff auf Jugoslawien durch die NATO hat natürlich weitreichende gesamteuropäische politische Konsequenzen, weit bedeutender für die Staatsinteressen aller großen Mächte als das - für sie anscheinend bedeutungslose - Schicksal der Albaner im Kosovo. Ein Erfolg würde den Führungsanspruch der USA in Europa entscheidend festigen. Ein Erfolg außerhalb des Rahmens der Zustimmung des UNSicherheitsrates würde garantieren, daß kein kollektives Sicherheitssystem in Europa - durch die Hintertür eines russischen Vetos im Sicherheitsrat - geschaffen würde. Und es würde die Einheit der Allianz besiegeln - zu einem Zeitpunkt, da die Einführung des Euro, ein Ereignis von möglicherweise globaler politischer Bedeutung, sie auseinanderreißen könnte. Auf einer anderen Ebene hätte eine erfolgreiche Militäraktion gegen Milosevic vor dem Washingtoner NATO-Gipfel über die neue Rolle und Mission einen beeindruckenden Sieg für Madeleine Albright bedeutet, deren Amtszeit bisher durch eine lange Reihe von Mißerfolgen, vor allem im Mittleren Osten, gekennzeichnet war.

KRISE, KLASSENKAMPF UND SOZIALER KRIEG IN JUGOSLAWIEN-KOSOVO

Von Martin Rheinlaender

Wann und womit hat die Zerstörung Jugoslawiens begonnen? In einem länger als die jugoslawischen Kriege zurückliegenden Prozeß ging das einst relativ erfolgreiche jugoslawische Entwicklungsmodell unter veränderten internationalen Bedingungen in inneren sozialen Konfrontationen an sich selbst zugrunde. Ausgerechnet jene staats- und wirtschaftspolitischen Mechanismen, die für einen recht eindrucksvollen ökonomischen und sozialen Fortschritt nach 1945 gesorgt hatten, beschleunigten seit Anfang der achtziger Jahre die innere Erosion. Diese innere Dynamik der Zerstörung Jugoslawiens steht im Mittelpunkt der folgenden Darstellung, die keinen vollständigen historischen Abriß enthält, sondern wesentliche Momente der innerjugoslawischen Entwicklung - vor allem der serbischen Politik und der Situation im Kosovo - zu skizzieren versucht. Am Ende bleibt die Frage, ob das, was dort unterging, auch endgültig verloren bleibt - und was dies in sozialistischer Perspektive zu bedeuten hat.

Klassenkampf und Krise

Ein gesellschaftlicher Umbruch zeichnete sich 1980 ab, einem Datum von hoher symbolischer Bedeutung, denn in diesem Jahr starb Tito. Aber dieses Datum markiert auch ganz realpolitisch den Ausbruch einer tiefgreifenden Krise. In diesem Jahr wurde die dramatische Schuldenlast Jugoslawiens zum öffentlichen Thema. Die jahrzehntelange Erfahrung einer zwar nicht berauschenden doch stetigen Verbesserung des Massenwohlstands löste sich auf. Die noch in den siebziger Jahren unternommenen Versuche einer breiten Reorganisation von Produktion und Konsum im Rahmen einer reformierten Selbstverwaltung waren damit faktisch gescheitert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) zog die Schraube des Schuldendienstes an, Jugoslawien wurde, ebenso wie andere sogenannte »Entwicklungsländer«, mit drakonischen Forderungen durch den IWF konfrontiert; und entsprechend setzte mit dem Austeritätsprogramm 1983 ein großangelegter Angriff auf die Reste von Massenwohlstand.

Die Austeritätspolitik der Regierung stieß jedoch von Anfang an auf erbitterten sozialen Widerstand. Seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre bestimmten Streikwellen, zunächst kleineren, dann immer größeren Ausmaßes, die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung. Ihren Höhepunkt erreichten diese Bewegungen in den Jahren 1986-1988. Was den Arbei-

terwiderstand kennzeichnete, war die Unmittelbarkeit der Forderungen und die heute erstaunliche Tatsache, daß sich Widerstandsherde und Protestbewegungen in fast allen Republiken zeigten. Mit Ausnahme des Kosovo waren nationalistische Tendenzen in diesen Bewegungen äußerst schwach. Und dennoch blieben sie auf ihre Weise zugleich begrenzt und beschränkt. Eine Fusion der einzelnen Bewegungen zu einer selbständigen Arbeiterbewegung fand so gut wie nicht statt. In einigen zugespitzten Momenten - in der Gleichzeitigkeit von Aktionen in verschiedenen Regionen - zeigte sich zwar so etwas wie eine jugoslawische Arbeiterklasse als soziale Bewegung. Doch im nächsten Moment fiel diese dann wieder zurück und verstreute sich in ihre lokale und vor allem betriebliche Beschränktheit.

Diese offenkundige politische Schwäche hatte paradoxerweise ihren Grund in der sozialen Stärke dieser Beschränktheit. Denn die besondere Struktur der Interessenvermittlung und Organisation der Produktion in Jugoslawien - also Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungskompetenz (ins Management) und die Integration der Arbeiter durch die betriebliche Selbstverwaltungsstrukturen - ermöglichte eine Blockade der Krisenpolitik von unten - ohne einen weitergehenden gesellschaftlich-politisch organisierten Widerstand. Örtlich-betrieblich kam es häufig sogar zu Interessenkoalitionen zwischen betrieblichem Management und Räten der Selbstverwaltung.

Wenn man den Begriff nicht scheut, handelte es sich hier um den klassischen Fall, wo der Klassenkampf ein Kräfteverhältnis herbeiführt, in dem die herrschende Politik an ökonomische wie auch soziale Grenzen stößt, die ihr durch die Arbeiter gezogen werden. Das Dilemma der ökonomischen Politik wurde offenkundig. Es gab, bestimmt durch die externen Bedingungen, also die Weltmarktabhängigkeit, so gut wie keine Spielräume für die Regierung. Ein in diesen Kämpfen durchgesetzter Kompromiß hätte aber eben diesen Spielraum erfordert - oder aber die offene Konfrontation des jugoslawischen Staates mit dem internationalen Kapital. Zu diesem Zeitpunkt stand der soziale Widerstand in seinen Aktionen zwar unmittelbar der jugoslawischen Bundesregierung gegenüber, objektiv aber gegen die Weltmarktbedingungen, d.h. gegen die Ausbeutungsstrategien des internationalen Kapitals, zu deren Instrumentarium nun einmal vor allem der IWF gehört. Wenn nun die ökonomi-

sche Krise in der Folge weitgehend auch Ergebnis des sozialen Widerstandes war und die Regierungspolitik durch diesen Widerstand in die Defensive geriet, entsprachen die Bewegungen der Arbeiter zu keinem Zeitpunkt der wirklichen Dimension dieser Krise. Das kam allein darin zum Ausdruck, daß sich innerhalb dieser Bewegungen keinerlei alternative soziale und politische Orientierung verallgemeinerte.

Das jugoslawische Entwicklungsmodell als Krisenmechanismus

Was nun unter dem ökonomisch-sozialen Druck die soziale Krise auf fatale Weise zu einer regelrechten Staatskrise mitsamt folgenden Kriegszuständen wendete, das waren die besonderen politisch-staatlichen Strukturen des jugoslawischen Entwicklungsmodells. Dieses Modell funktionierte auf ökonomisch-politischer Ebene zunächst einmal als ein Verteilungsmechanismus. Die sogenannten »reicheren« Republiken, wie Slowenien und Kroatien, mußten hohe Beiträge in den zentralen Entwicklungsfonds abführen, aus dem dann Mittel für die nachholende Modernisierung in den ökonomisch und sozial »rückständigen« Regionen entnommen werden sollten. In der Stufenleiter der Entwicklungsprioritäten stand seit den sechziger Jahren der Kosovo weit oben. Innerhalb Jugoslawiens wurde also eben jenes Modell praktiziert, das Jugoslawien im internationalen Maßstab als ausgleichende Entwicklungspolitik im Nord-Süd-Verhältnis propagierte und mit einer eigenständigen Politik im Verbund mit den Blockfreien und anderen Dritte-Welt-Staaten durchzusetzen versuchte.

Solange die Entwicklung einer nachholenden Modernisierung tatsächlich noch nachvollziehbar war und wenigstens als erfolgreich dargestellt werden konnte, blieben zwar die verteilungspolitischen Konflikte nicht aus, sie konnten aber weitgehend durch die Zentralregierung - und das hieß vor allem: die Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) - kontrolliert werden. Zu den ökonomisch-sozialen Ungleichheiten und der Abforderung staatlicher Solidarbeiträge von den »reicheren« Republiken kamen andere Faktoren hinzu. Dazu gehörte insbesondere die Methode eines kompliziert ausbalancierten politischen Gleichgewichts, worin es keineswegs nur um ökonomische Stärke oder Schwäche ging. Das trifft vor allem für die serbische Republik zu, die von ihrer historischen Stellung innerhalb des Staates her einen potentiellen Machtfaktor darstellte, der die relative ökonomische Schwäche weitaus kompensieren konnte. Titos berühmter Satz: *»Nur ein schwaches Serbien ist ein starkes Jugoslawien«* spricht diesen politischen Konflikt offen aus. Um des Ausgleichs zwischen den Republiken-Nationalitäten wil-

len hatte sich die serbische Republik mit ihren besonderen Interessen (sozusagen im höheren Bundesinteresse) zurückzunehmen. Aus diesem Konfliktstoff wurde im Zusammenhang mit der sozialen Krise seit Mitte der achtziger Jahre buchstäblich Sprengstoff, und zwar in der Hand eines sich neu konstituierenden serbischen Nationalismus und dessen Auswirkungen innerhalb des BdKJ Serbiens.

Aber nicht nur in Serbien waren die ökonomischen Verteilungskonflikte eng verknüpft mit anderen politischen Auseinandersetzungen. Die Methode eines Ausgleichs potentiell auseinander und gegeneinander treibender Kräfte konnte nach der Logik des zentralen Regimes gar nicht auf politische Kontrolle und Repressalien verzichten. Viel früher als die nationalistische Wende in den achtziger Jahren zeigte sich dies in Kroatien und anderen Regionen. Ohne daß es tatsächlich in jedem Fall eine Übereinstimmung der Interessen gab, stärkten zum Beispiel oppositionelle Bewegungen mit demokratischen und sozialen Forderungen in Kroatien faktisch das ökonomische Eigeninteresse der Republikführung. Daß zum Beispiel die Bewegung 1971-1972 (»Kroatischer Frühling«) eine Dynamik in Richtung eines erneuerten kroatischen Nationalismus forcierten, widersprach nicht dem Kampf um Demokratisierung. Umgekehrt hat es dann die von der Bundesführung ausgehende Welle verstärkter Repression in Kroatien und anderen Republiken leicht werden lassen, den bereits manifest gewordenen ökonomisch-sozialen Konflikt neu und nachhaltig nationalistisch aufzuladen.

Dies sind nur einige der Problemfelder des insgesamt sehr komplizierten politisch-staatlichen Systems Jugoslawiens unter Tito. Was aber aus dem bislang Gesagten vielleicht schon deutlich wird, ist, daß es sich hierbei keineswegs nur um das alte cäsaristische Prinzip handelte: »Teile, um zu herrschen!« Es gilt für die Konzeption Jugoslawiens nach 1945 auch die glatte Umkehrung: »Herrsche, damit du (ver)teilen kannst!« Nicht zu unterschätzen sind dabei die historischen Erfahrungen, aufgrund derer diese Politik betrieben, fortgesetzt und durchgesetzt wurde. Es waren die Erfahrungen insbesondere der Jahre im Zweiten Weltkrieg, den ethnisch-nationalen Bürgerkriegszuständen. Und wenn es etwas gab, das einen historischen jugoslawischen Konsens nach 1945 begründete, dann war es die Erfahrung, wie unter kommunistischer Führung die breite antifaschistische und soziale Widerstandsbewegung diesen krassen Verwerfungen ein Ende setzte. Das teils durch verhandelte, teils erzwungene Kompromisse erreichte Kräftegleichgewicht in der jugoslawischen Bundesrepublik war zum einen die historische Voraussetzung des ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodells gewesen.

Zum anderen entschieden Erfolg und Mißerfolg der ökonomischen Entwicklungspolitik auf Dauer über die Lebensfähigkeit des politischen Systems. Es starb freilich nicht von alleine ab, es wurde regelrecht niedergemacht.

Die nationalistische Wendung

Was sich seit Mitte der achtziger Jahre auf dem Territorium Jugoslawiens ereignet hat, ist ein Lehrstück und damit eine exemplarische Erfahrung für den Zusammenhang von sozialen Antagonismen und deren krasser Umkehrung in nationalistisch-rassistische Grenzziehungen, die keineswegs mehr mit den offiziellen Republikgrenzen übereinstimmten. Sowohl die ökonomischen als auch weitergehende politische Konfliktlinien sind schon beschrieben worden. Was sich nun in Jugoslawien ab 1986 vollzog, war eine Neukonstituierung der nationalen Eliten gegen den sozialen Druck von unten. Und in diesem Zusammenhang ist die nationalistische Wende in Serbien von besonderer Bedeutung. War es zum Beispiel in Slowenien und Kroatien relativ einfach, die Verselbständigung der Regierungspolitik bis hin zur eigenstaatlichen Souveränität zu treiben, sah das in Serbien von der Interessenlage ganz anders aus. Wenn es eine Republik gab, die ein existenzielles Interesse am Erhalt des jugoslawischen Gesamtstaates haben mußte, dann war dies die serbische Republik. Spätestens ab 1986 zeichnete sich dort aber eine Wendung ab, mit der den Verselbständigungstendenzen anderer Republiken in gleicher Währung heimgezahlt wurde.

Es war nicht allein die bekannte serbisch-nationalistische Opposition, die hier das Wort führte. Denn da war zum einen die *crème de la crème* der serbischen Intelligenzia, darunter nicht wenige früher bekannte marxistische Theoretiker, die 1986 mit dem Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften eine eindeutig nationalistische Kritik am jugoslawischen Staatssystem und der politischen Praxis unter Tito formulierten. Und zum anderen begann innerhalb des BdkJ Serbiens ein Machtkampf, in dem Milosevic (seit 1986 Parteisekretär, seit 1987 Ministerpräsident) die nationalistische Karte ausspielte. Nicht die um Milosevic gruppierten Kräfte waren die genuinen Nationalisten, aber in dem Geflecht von Bündnissen und Koalitionen schien manchmal nicht mehr der Spieler mit der Karte, sondern die Karte mit dem Spieler zu spielen. Das vielgesuchte Geheimnis des Aufstiegs Milosevics bis hinauf zu den Spitzen des Staates ist genau damit zu erklären, daß er zu verschiedenen Zeiten auf beiden Klaviaturen zu spielen wußte: einerseits einem militanten serbischen Nationalismus, andererseits aber auch einem Rest-Jugoslawismus, der das Tito-Erbe zur

Legitimation der serbischen Teilstaatinteressen heranzuziehen wußte. Dabei ist daran zu erinnern, daß Milosevic massiv gegen Kräfte - vor allem inner halb der Armee - vorgehen mußte, die sich einer serbisch-nationalen Ausrichtung widersetzen.

Die Agitation Milosevics fand sowohl auf nationalistischem als auch auf sozialem Terrain fruchtbaren Boden. Auch dies gehört zum Geheimnis seiner Karriere und der relativen Stabilität seines Regimes: daß er zum einen die serbische Minderheit im Kosovo für die nationalistische Propaganda zu benutzen wußte und daß seine Politik zum anderen ein starkes Echo in Teilen der Arbeiterklasse Serbiens fand, nicht zuletzt aufgrund einer recht zurückhaltenden Privatisierungspolitik. Spektakulär wurde sein Auftritt in KosovoPolje im Frühjahr 1987, wo mehrheitlich Serben leben und sich seit langem als Opfer der Kosovo-Politik der Bundesregierung sahen. Auf diesem »Massen-Meeting, dem weitere folgten (und mit dem er übrigens eine von den sozialen Protestbewegungen praktizierte Versammlungsform übernahm), machte Milosevic die Kosovo-Frage zur Existenzfrage Serbiens.

Bemerkenswert daran ist, daß die Hauptstoßrichtung dieser Agitation keineswegs die Abwehr von Verselbständigungstendenzen in anderen Republiken war, sondern die Vorherrschaft Serbiens ausgerechnet im Kosovo, das gleichermaßen als Armenhaus wie als wichtigstes Entwicklungsgebiet Jugoslawiens zählt, zum Ziel hatte. Die nationalistisch-rassistische Kehre ist unverkennbar: Es reichte nicht, sich »gegen oben«, also gegen die »reicheren« Republiken zu wehren, es mußte auch noch ein nationaler und ethnisch bestimmter Kampf »gegen unten« geführt werden. Damit verschränkten sich die beiden Tendenzen, die Milosevics Politik wahlweise bestimmt hatten, auf fatale Weise zur Serbisierung des Jugoslawismus. Wobei dies noch als Wiedergutmachung am »serbischen Opfer« von Titos Politik verkauft werden konnte.

Die nationalistische Wende funktionierte in ganz Jugoslawien als ein Täter-Opfer-System. Die Ausgleichspolitik innerhalb des jugoslawischen Modells, auf diese oder jene Weise von allen Republiken und Regionen (als »Täter«) auch zum eigenen Vorteil genutzt, hinterließ auf allen Seiten nur noch »Opfer« der Tito-Politik. In Wahrheit blieben die jeweiligen staatlichen Eliten nach wie vor die verantwortlichen Akteure, die sich durch die nationalistische und ethnische Grenzziehung den sozialen Druck vom Halse hielten und gegen die nunmehr gespaltene Arbeiterklasse kehrten. Ein »unmaking«, eine Erosion dieser Arbeiterklasse, die gerade erst ansatzweise als soziale

Bewegung den offenen Kampfplatz betreten hatte.

Kampfplatz »Neue Weltordnung«

Die irrationale Mythologie historischer Schlachten, Völkerabstammungen und alter, von der lebenden Generation zum Teil schon längst vergessener ethnischer Verwerfungen - dieses ideologische Monstrum entsprach in seiner ganzen Irrationalität einer höchst rationalen Machtpolitik, mit der man in Jugoslawien auf die veränderten internationalen Bedingungen reagierte. Häufig wird in diesem Zusammenhang die besondere Rolle Deutschlands bei der Lostrennung Sloweniens und Kroatiens 1991 genannt. Freilich wurde diese Option von Staaten wie Frankreich und Großbritannien eher abgelehnt. Von einer einheitlichen imperialistischen Politik zu sprechen, wäre in Bezug auf die Neugliederung Jugoslawiens zu diesem Zeitpunkt irreführend. Bedeutender dagegen ist der gesamte weltweite Zusammenhang. In dieser Hinsicht wird man sich das Jahr 1991 merken müssen - als weltpolitische Realisierung der Zäsur von 1989. Denn in diesem Jahr wurde im Krieg gegen Irak die »Neue Weltordnung« zu einer im wahrsten Sinne des Wortes »zündenden« Idee. Ferner wurde 1991 mit Maastricht die Gründungsakte der Europäischen Währungsunion als eines neuen imperialistischen Weltmarktzentrams formuliert. Im selben Jahr löste sich die Sowjetunion endgültig auf - und in Jugoslawien machten sich Slowenien und Kroatien zu souveränen Staaten.

Was sich in Jugoslawien seit Ende der achtziger Jahre abspielt, ist ein innerer Aufteilungskampf um Teilhabe an dieser imperialistischen Neugliederung. Ob es dieser oder jener imperialistische Staat wollte oder nicht: diese Aufteilungskämpfe um Integration oder zumindest Nähe zum europäischen imperialistischen Zentrum sind vom Standpunkt der ex-jugoslawischen Staatseliten aus unter den gegebenen internationalen Bedingungen eine rational gewählte Option gewesen. In dieser Hinsicht macht die Politik des serbischen Regimes unter Milosevic keinen Unterschied zur Politik Tudjmans oder eine der anderen ex-kommunistischen Staatsführungen - nur daß die eingesetzten Mittel sich unterscheiden. Die von Kommentatoren der hiesigen Presse gelegentlich formulierte Analyse, was Serbien aus ökonomischer Schwäche nicht könne müsse es durch politisch-militärische Kraft kompensieren, ist durchaus zutreffend.

Die Logik, die in diesem Kalkül steckt, ist nicht nur rational, sie ist auch recht erfolgreich gewesen, auch wenn sie sich zuletzt als äußerst riskant erwiesen hat. Von den imperialistischen Staaten sind sowohl Kroatien wie Serbien als Hauptteilungsmächte in Jugoslawien anerkannt und in dieser Rolle immer wieder

bestätigt worden. Bei allem westlichen Lamento heute, sei es in der Anklage politischer Repression in Serbien, sei es bei der massenmedialen Geißelung der ethnischen Vertreibungen in Kosovo, ist den bellizistischen Menschenrechtsverteidigern die Tatsache vorzuhalten, daß eben diese Politik der ethnischen Teilung mitsamt organisierter und terroristischer Vertreibung von den imperialistischen Staaten in der Vergangenheit nicht nur toleriert, sondern regelrecht legitimiert und gefördert wurde. Hunderttausende Serben aus der Krajina und Bosnien-Herzegowina leben als Flüchtlinge und Opfer der international herbeigeführten Aufteilungsabkommen in der Republik Serbien. (Nur ein Teil zeigte sich bereit, in den Kosovo überzusiedeln.) Nicht die serbische Opposition, nicht der zivile albanische Widerstand ist von den NATO-Alliierten unterstützt worden. Im Gegenteil, um der Kontrolle über Jugoslawien willen ist das serbische Regime als eine Macht in der Region erhalten worden.

Der serbisch-albanische Gegensatz

Der Kosovo, seine soziale und politische Geschichte nach 1945, ist keineswegs eine »Schicksalsstätte« nach dem Geschmack des serbischen Amselfeld-Mythos oder der ethnisierenden Schutzgemeinschaften bedrohter Völkerschaften. Eine nüchterne Bilanz der Nachkriegsäeschichte im Kosovo kann sich nicht darin erschöpfen, den serbisch-albanischen Gegensatz lediglich als Wiederholung der Geschichte zu beschwören. Denn auch innerhalb dieser Entwicklung wurde zwischen unterschiedlichen Optionen und Alternativen jeweils eine Wahl getroffen; vor allem aber handelte es sich um soziale Interessen, um soziale Kämpfe und Bewegungen, die keineswegs aus sich heraus dazu verdammt waren, im nationalistischen Gegensatz und schließlich in der militärischen Unterwerfung und ethnischen Vertreibung zu enden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerten im Kosovo die Kämpfe für die Durchsetzung eines einheitlichen jugoslawischen Staatsgebietes länger an als anderswo in Jugoslawien. Die albanische Bevölkerung hatte unter der serbischen Vorherrschaft nach den Grenzziehungen von 1912 und dem Ersten Weltkrieg extrem zu leiden gehabt. Ein Großteil der Kosovo-Albaner hatte deshalb die faschistische Intervention 1941 und den Anschluß an das faschistische Besatzungsprodukt »Großalbanien« durchaus begrüßt, übrigens ganz im Gegensatz zur Bevölkerung im albanischen Kernland. Anders als in anderen Gebieten des späteren Jugoslawien und auch Albanien blieben die Kommunisten im Kosovo zunächst eine schwache Minorität. Nach der Befreiung von der faschistischen Besatzung entfachten antikommunistische Partisanen

einen heftigen Guerillakampf gegen die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee. Diesem reaktionären Widerstand gelang es anfangs sogar Unterstützung durch kosovo-albanische Überläufer aus den kommunistisch organisierten Partisanenverbänden zu finden.

Wenn auch diese Widerstandsbewegung niedergelassen werden konnte, war doch von Anfang an klar, daß die Rekonstruktion eines einheitlichen jugoslawischen Staates im Kosovo auf Skepsis, wenn nicht sogar auf krasse Ablehnung stoßen würde. Umgekehrt hatte es der jugoslawische Staat ab Ende der vierziger Jahre auch nicht mehr allein mit dem historischen serbisch-albanischen Gegensatz und dem traditionellen albanischen Nationalismus zu tun. Mit der Loslösung vom Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) und damit vom Moskauer Hegemonialanspruch verstärkten sich auch die Spannungen zwischen dem jugoslawischen und dem albanischen kommunistischen Regime, das seinerseits stalinistisch blieb und in der Folgezeit die Spannungen im Kosovo für sich zu instrumentalisieren versuchte.

Aus kosovo-albanischer Sicht kamen die zwei Jahrzehnte, die dem Sieg der Volksarmee 1944 folgten, im Kosovo einer Kette von serbisch-jugoslawischen Unterdrückungswellen gleich. Die repressive Politik der Belarader Zentrale traf aber nicht nur den Kosovo. Die Tito-Führung ging nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich auch gegen Bestrebungen vor, die albanische Bevölkerung im Kosovo wegen deren Haltung im Krieg systematisch abzustrafen. Es gab kaum eine Region in Jugoslawien, die in den fünfziger Jahren nicht von Repressalien getroffen wurde. Die Säuberungswellen richteten sich dabei teils gegen »kominformistische«, also moskauorientierte Kommunisten, die im Jargon der jugoslawischen Staatsicherheit »reaktionäre Kommunisten« genannt wurden; im Kosovo zielte die Repression aber auch gegen die dauernde Gefahr einer Verschmelzung von stalinistischer und albanisch-nationalistischer Opposition.

Eine nachhaltige Tauwetterperiode setzte erst ab Anfang der sechziger Jahre ein. Kosovo war innerhalb Jugoslawiens eine Provinz der serbischen Republik. Dem nachhaltigen politischen Druck, der nicht allein durch die serbische, sondern auch durch die Bundesregierung in Belgrad in den fünfziger Jahren ausgeübt wurde, entsprach eine mehr als nur zurückhaltende ökonomische Entwicklungspolitik. Im Vergleich mit den anderen Regionen und Republiken wurde der Kosovo - trotz des großen »Nachholbedarfs« benachteiligt. Dies änderte sich mit der Tauwetterperiode seit Mitte der sechziger Jahre.

Antagonistische Modernisierung

Grundlage der sozialen und politischen Auseinandersetzungen war und blieb die Bevölkerungsstruktur der Region, sowohl in sozialer wie ethnisch-kultureller Hinsicht. In den dreißiger Jahren waren noch etwa ein Drittel der Bewohner im Kosovo Serben gewesen, binnen weniger Jahrzehnte stieg der Anteil der albanischen Bevölkerung von zwei Dritteln in der Nachkriegszeit auf heute über achtzig Prozent an. Ähnlich der israelischen Siedler-Ideologie, die in jedem palästinensischen Neugeborenen eine feindliche Kriegserklärung sieht, interpretierte die serbische Minderheit dieses relative Wachstum der albanischen Bevölkerung, dem ein rapides absolutes Bevölkerungswachstum im Kosovo entsprach, als »anti-serbische Waffe« der Kosovo-Albaner.

Tatsächlich hatte dieses Wachstum in der Hauptsache sozial-kulturelle Gründe nämlich die vorherrschenden groß-familiären Subsistenzweisen. Und dieser soziale Zusammenhang wanderte mit der zunehmenden Landflucht auch in die Stadt. Die Proletarisierung der Kosovo-Albaner brachte den klassischen Typ des Arbeiter-Bauern hervor, eine höchst explosive Vermittlung von sozialer Kollektivität, Tradition und Revolte. Hinzukam die Emigration, sowohl aus dem albanischen wie aus dem serbischen Bevölkerungsteil. Und wenn diese Emigration auch hauptsächlich ökonomische Gründe hatte, wurde sie dennoch ethnisch-rassistisch interpretiert. Zum Beispiel galt der Exodus von Kosovo-Albanern in die Türkei der serbischen Seite als Heimkehr in eine angestammte moslemisch geprägte »Heimstätte«. Während die meisten Serben die Region aus ökonomischen Gründen verließen, lasteten sie diese Emigration jedoch dem »Geburtenkrieg« der Kosovo-Albaner an.

Daß diese Sozialstruktur, deren innere Widersprüche durch die nachholende Modernisierung eher verschärft wurde, nicht schon viel früher zu einer neuen serbisch-albanischen Eskalation führte, lag an der entwicklungspolitischen Neuorientierung der Bundesregierung Jugoslawien seit Mitte der sechziger Jahre. Ein anspruchsvolles Entwicklungsprogramm wurde aufgelegt, und tatsächlich fand eine beschleunigte Industrialisierung und Modernisierung im Kosovo statt, begleitet von dem Ausbau eines Bildungssystems, dessen Symbol und Zentrum die Universität in Pristina wurde. Während hier, im Bildungswesen, mehr oder weniger »überschüssige« Qualifikation, jedenfalls weit über den planerischen Bedarf hinaus, produziert wurde, entstanden in den geförderten Industriezweigen - Bergbau und Energie - viel zu wenig Arbeitsplätze, um die Kehrseite der Modernisierung abzufangen, nämlich die massive Landflucht. Inner-

halb von etwa dreißig Jahren nahm der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft von etwa 81 Prozent nach 1945 auf nur noch 55 Prozent Ende der siebziger Jahre ab. Die informelle Selbstregulierung in Subsistenzweisen verbarg das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit, deren Zunahme sich aber selbst in den offiziellen Ziffern Ende der siebziger Jahre nicht mehr wegrechnen ließ.

Nur bedingt schien also die kosovo-albanische Bevölkerung erstmals von einer gesamtjugoslawischen Politik, in diesem Fall der ausgedehnten Dezentralisierung des ökonomischen Planungssystems, zu profitieren. Erstmals schlug sich dies auch durch die kosovo-albanische Präsenz in den staatlichen Institutionen der Region nieder. Seit dem Zweiten Weltkrieg hatte es zwar immer wieder Ansätze innerhalb des BdkJ, gegeben, auch für die Kosovo-Albaner einen Status einzuräumen, der einer der anerkannten Nationalitäten gleichkommen sollte. Rechtlich behielten die Kosovo-Albaner jedoch nur den Minderheiten-Status einer »Völkerschaft«, und entsprechend fanden sie bis zu den sechziger Jahren nicht einmal eine angemessene Vertretung innerhalb der Partei, geschweige denn in der serbischen Republik. Die Debatten über ein Kosovo-Statut gingen mit der politischen Öffnung in den sechziger Jahren aber schnell weiter als nur bis zu der Frage der Gleichstellung innerhalb der serbischen Republik.

Schon 1969 wurde in der Folge von Protestaktionen dem Kosovo innerhalb Serbiens eine relative Autonomie eingeräumt, was in erster Linie der Herausbildung einer eigenen Führungsschicht zugute kam. Schließlich kam es 1974 zum vollen Autonomie-Statut, das verfassungsrechtlich und auch realpolitisch eine weitergehende Bedeutung als die früheren Regelungen hatte. Denn mit der Verfassungsänderung von 1974 wurde der Region Kosovo nun auch eine Vertretung in Bundesorganen eingeräumt, und zwar mit Veto-Recht. Faktisch hatten die politischen Instanzen des Kosovo nunmehr einen Republik-Status, freilich standen ihnen in einer Frage keine Republik-Rechte zu: Als autonome Region in Jugoslawien hatte der Kosovo kein Lostrennungsrecht. Immerhin besaßen alle Republiken der jugoslawischen Bundesrepublik ein formelles Lostrennungsrecht, konnten also »frei« über den Austritt aus der Bundesrepublik entscheiden (wovon dann ab 1991 auch Gebrauch gemacht wurde). Natürlich dämmte diese Politik den serbisch-albanischen Gegensatz nur ein, aber in dieser Phase ging die Deeskalation eindeutig von der Bundesführung aus, auch wenn es innerhalb des BdkJ dagegen Widerstand gab. Umgekehrt wurde damit auch die Haltung innerhalb der serbischen Minderheit im Kosovo gestärkt, man werde von der eigenen Regierung sy-

stematisch benachteiligt.

Entscheidend für die erneute Eskalation, wie sie vor allem in den Aufstandsbewegungen 1981 zum Ausdruck kam, in denen sich ein neuer militanter albanischer Nationalismus artikuliert, waren aber die nicht nur ungelösten, sondern weiter zugespitzten sozialen Gegensätze. Das scheinbar goldene Zeitalter der nachholenden Modernisierung schleuderte den Kosovo im Eiltempo in den neuen Krisenzyklus der jugoslawischen Ökonomie hinein. Und nun zeigte sich auch, daß die gesamtjugoslawische Ausgleichspolitik, die innerhalb Kosovos zu einer ungleichzeitigen Entwicklung geführt hatte, zwar den Gegensatz zwischen den Nationalitäten zunächst hatte eindämmen können. Die Investitionspolitik, mitsamt dem Ausbau regionaler Entscheidungs- und Machtstrukturen im Kosovo, führte jedoch zur Herausbildung einer regionalen Partei- und Staatselite, die zwar mehrheitlich von Kosovo-Albanern gebildet wurde, sich aber in der Machtausübung und wirtschaftlichen Verteilungslogik nicht von anderen Republikführungen unterschied. Der Verdacht, große Geldmengen aus dem Entwicklungsfonds verschwänden in der kosovo-albanischen Nomenklatura, mochte nicht der Wirklichkeit entsprechen. Aber angesichts der sozial und ökonomisch ungleichzeitigen Entwicklung, die zwar Modernisierung, aber keinesfalls eine nachholende, geschweige denn einholende Entwicklung bedeutete, verbreitete sich dieser Verdacht als Vorwurf sowohl in anderen regionalen Partei- und Staatseliten wie in der albanischen Bevölkerung des Kosovo selbst.

Ein sozialer Krieg

Im März 1981 entlud sich ein bis dahin kaum geahntes Ausmaß an sozialem Haß auf die kosovo-albanische Parteiführung und die Regierung in Belgrad. Auslöser waren Protestaktionen der Studierenden der Universität in Pristina. In dieser Intelligenzia faßten albanisch-nationalistische Tendenzen erneut Fuß, aber erst die drakonische Repression mobilisierte andere soziale Kräfte. Eine Allianz von Intellektuellen und Arbeitern entstand in diesem neuen Zusammenhang von politischem Protest und Streikbewegungen, eine Allianz, die bis Anfang der neunziger Jahre für die Aufstandsbewegungen bestimmend werden sollten. Die Eskalation im Kosovo traf zusammen mit der offenen sozialen Krise in Gesamtjugoslawien, aber nirgendwo sonst im Land nahmen die sozialen Bewegungen eine derartige politische Kontinuität an wie im Kosovo - bis hin zu einer weitgehenden gesellschaftlichen Selbstorganisation: Zunächst aber dominierte die politische Repression, die unter den Vorzeichen der sozialen Krise auch diese Krise selbst zu einer Waffe gegen die Bevölkerung machte. Säube-

rungen in Fabriken, Entlassungen, zudem neue Emigrationswellen - überwiegend von Albanern, weniger von Serben - trafen zusammen mit einer Drosselung der ökonomischen Entwicklungsinvestitionen, die unter dem Druck der gesamtjugoslawischen Krise fast auf Null heruntergefahren wurden.

Das Modell einer »Dritten Welt« innerhalb eines »Entwicklungslandes« drehte sich förmlich um in die Kampflogik einer sozialen Bewegung, die sich in dieser Situation wie eine nationale Befreiungsbewegung konstituierte. Alle klassischen Elemente dieser nationalen und sozialer Widerstandsbewegungen waren im Kosovo vorhanden. Insbesondere die städtische Intelligenz, die in die alten familiären Sozialstrukturen integriert blieb, wurde zum Träger und Medium einer nationalen Idee, die nur noch wenig mit dem Konzept der Autonomie zu tun hatte. Freilich war Anfang der achtziger Jahre die großalbanische Ideologie noch nicht hegemoniefähig (ein Anschluß an Albanien besaß nun wahrlich keine große materielle Attraktivität), sie ist es noch nicht einmal in der extremen Zuspitzung nach 1989 geworden. Aber zweifellos hat die kosovoalbanische Sozialbewegung nach 1981 den innerjugoslawischen Konsens aufgekündigt und wäre möglicherweise durch die Einräumung eines nationalen, also formellen Republik-Status zu befrieden gewesen. Jedenfalls ist durch die fortgesetzte politische und soziale Repression das Bedürfnis nach Selbstbestimmung nur noch stärker geworden. Nationalistische Wendungen, sei es in Serbien oder in Kosovo-Albanien, zu kritisieren, ist das eine. Das darin politisch-ideologisch umgedrehte Bedürfnis nach sozialer Selbstbestimmung zu ignorieren, ist dagegen fahrlässig.

Was sich nun in den Jahren nach 1981 im Kosovo abspielte, ist eine Mischung aus gezielter Unterwerfung, Repression und einer immer stärker werdenden ideologischen Kampagne zur Verteidigung des Kosovo als historischem Stammland Serbiens. Für die gesamtjugoslawische Entwicklung ist folgendes von Bedeutung: Während sich die serbische Regierung gegenüber den anderen Republiken noch nicht dezidiert auf einen serbisch-nationalen Standpunkt zurückzog, wie dies nach 1987 unter Milosevic geschah, war dieser Standpunkt im Kosovo schon zur unmittelbaren Praxis geworden. Kraß kam dies dahingehend zum Ausdruck, daß die Repression vor allem die »Brutstätten« des albanischen Nationalismus treffen sollte, jene Institutionen, in denen die Sozialbewegungen ihre nationalistische Artikulation gefunden hatten. Die sozialen Bewegungen sollten gleichsam intellektuell geköpft werden. Hunderte von Professoren und Lehrern wurden aus dem Dienst entlassen, Zug um Zug setzte eine Serbisierung des Personals ein.

Der zweite Zyklus von Aufstandsbewegungen und Repression begann dann als Reaktion auf die nationalistische Mobilisierung durch Milosevic seit dem Frühjahr 1987. Ein Jahr nach dieser Kampagne, die erstmals den Opfer-Mythos der Kosovo-Serben durch die serbische Regierungspolitik staatsoffiziell legitimierte, wurde die kosovo-albanische Führung des BdkJ abgesetzt. Ironie oder Logik der Geschichte? Ausgerechnet der Sturz dieser zuvor verhaßten Parteiführung provozierte den offenen Ausbruch einer neuen Welle von Protestaktionen und Streikbewegungen im Kosovo. Die Allianz von nationalistisch orientierter Intelligenz und Arbeitern - allen voran die Bergarbeiter des Kosovo - trat wieder auf den Plan. Ein breite Generalstreikbewegung im Frühjahr 1989 veranlaßte die Bundesregierung, das Autonomie-Statut, das in der Realität schon Makulatur geworden war, auch formell aufzuheben. Seit Ende der achtziger Jahre befand sich der Kosovo in einem permanenten Ausnahmezustand. Ein Jahr nach der Aufhebung des Autonomie-Statuts herrschte eine Polizeidiktatur und setzte ihre rein militärische Macht gegen Streikbewegungen ein. Seit Sommer 1990 existierten im Kosovo keine politischen Institutionen mehr, die auch nur formal eine Integration der Kosovo-Albanern vorspiegelten. Die Republik Serbien befand sich damit zeitgleich mit der Loslösung Sloweniens und Kroatiens in einem regional eingegrenzten, aber von staatswegen intensiv betriebenen sozialen Bürgerkriegszustand.

Republik im Untergrund

An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß die Entwicklung im Kosovo, so sehr sie auch einer zwangsläufigen Eskalationsspirale ähnelt, alles andere als alternativlos war. In erster Linie liegt die Verantwortung für diese Eskalation auf serbischer Seite. Immerhin stand bis dahin, also bis zum Auseinanderbrechen der jugoslawischen Bundesrepublik Anfang der neunziger Jahre, der Verbleib des Kosovo in der Bundesrepublik nicht in Frage. Das Autonomie-Statut oder selbst eine Republik Kosovo hätte im Rahmen der jugoslawischen Föderation gewährt werden können. Es sind das Milosevic-Regime und seine Bündnispartner des radikalen serbischen Nationalismus gewesen, die eine solche Jugoslawische Alternative kategorisch ablehnten. Die Folgen betrafen aber die gesamte jugoslawische Bundesrepublik. Denn die repressive Politik des serbischen Regimes im Kosovo nahm insbesondere die slowenische Regierung zum Anlaß, den Verbleib in der Föderation aufzukündigen. Mit einer Republik, die jeden Anspruch auf föderalstaatliche Autonomie mit Füßen trat, wolle und könne man nicht mehr in der jugoslawischen Föderation zusammenbleiben. Fraglos mußte aber gerade Serbien

ein starkes Interesse an einer möglichst weitgehend den Bestandwahrung Gesamtjugoslawiens haben, und zwar aus rein «ökonomischen Gründen. Es gab aber mehr als nur einen politischen Weg, dieses Eigeninteresse zu sichern: Entweder ein »starkes Serbien«, das sich vor allem durch autoritärstaatliche Hoheit im Kosovo konstituierte, oder aber ein »starkes Jugoslawien«, dessen politische Stärke in erster Linie in einem föderalen Bündnis mit den verbliebenen Teilrepubliken, einschließlich des Kosovo, bestanden hätte. Kurz, zwischen einer jugoslawischen und einer serbisch-nationalen Antwort traf das Milošević-Regime die Wahl des »starken Serbiens«.

Während das serbische Regime im Kosovo Zug um Zug erst zu einer Serbisierung der Institutionen, dann zur reinen Herrschaft der Belgrader Exekutive überging, organisierte sich im Untergrund eine breite Selbstverwaltung: ein »Staat im Werden« - mit eigenem Schulwesen, illegalem Universitätsbetrieb und vor allem mit einem eigenen Steuerwesen, das diese Institutionalisierung des Untergrundes finanzieren half. Man kennt die gesellschaftliche Macht, die derartige Selbstorganisationsprozesse ausüben können. Die so entstehende Republik im Untergrund, 1991 auch formell von kosovo-albanischen Abgeordneten proklamiert, hat ihre Vorläufer, wenn nicht sogar Vorbilder, in der Herausbildung des israelischen Staates vor 1948 wie in den Intifada-Strukturen der palästinensischen Aufstandsbewegung nach 1987. Im Mai 1992 fand innerhalb dieser Untergrundstrukturen sogar die erste Präsidentschaftswahl statt: Ibrahim Rugova wurde zum ersten Präsidenten der »Republik Kosovo« gewählt. Diese soziale Macht im politischen Untergrund konnte mit der normalen, polizeilichen Repression weder eingedämmt noch kontrolliert werden - außer in den Formen und mit der Gewalt eines sozialen Krieges.

Und dieser soziale Krieg ging von Belgrad aus. Er wurde sanktioniert durch das »peace making« der imperialistischen Befriedungspolitik. BRD wie USA haben seit Ende der achtziger Jahre ihren ganzen Einfluß im Kosovo dahingehend geltend gemacht, daß von dort allein ein symbolischer Widerstand ausgehen sollte. Die »Republik Kosovo« blieb außenpolitisch ein Märchenland, mit Ausnahme von Albanien so gut wie nirgendwo anerkannt. Slowenien, das vor 1991 noch ein innerjugoslawischer Bündnispartner der Kosovo-Albaner gewesen war, machte sich aus dem Staub, nachdem die eigene Souveränität gesichert war. Ob in Paris, Bonn, London oder Washington - überall bekam Rugova, als im Westen gerühmter »Gandhi des Kosovo«, nur zu hören, er solle ruhig so weiter machen, dabei aber die serbische Souveränität bitteschön nicht in Frage stellen. Was Rugova wie andere Dissidenten in Wahrheit zu spü-

ren bekamen, das war die der kosovo-albanischen Opposition zugeschriebene Rolle eines nützlichen Idioten, für dessen Überleben man freilich keinen einzigen Dollar opfern wollte.

Es gibt viele Spekulationen über das Auftreten bewaffneter Gruppen im Kosovo, und der Aufstieg der UCK von einer kaum wahrgenommenen Fax-Armee, die im wesentlichen durch Proklamationen von sich reden machte, zu einer ernstzunehmenden militärischen und politischen Faktor, zieht Scharen von Agententheoretikern an wie das Licht die Motten. Hinweise, daß die ersten Kämpfer der UCK in Albanien ausgebildet wurden, daß sie ihre Stoßkraft, die sie seit 1996 bewiesen hat, zu großen Teilen der Unterstützung durch die USA und anderer internationaler Finanzierungsquellen verdankt - all dies sagt über den Erfolg der UCK weniger als die Hälfte aus. Denn zum einen haben weder die USA noch die BRD zu irgendeinem Zeitpunkt verlauten lassen, daß sie die Ziele der UCK billigten. Im Gegenteil, ein Großteil der diplomatischen Energie ging zuletzt dabei drauf, die UCK vor den Verhandlungen in Rambouillet auf den Verzicht auf nationale Souveränität einzuschwören. Aber der nach 1997 steigende Einfluß der UCK diente mindestens zwei Zwecken: zum einen destabilisierte sie das Kräfteverhältnis innerhalb der kosovo-albanischen Opposition nachhaltig. Zum anderen operierte sie wie ein idealer 'agent provocateur' als Eskalationsfaktor in der Militarisierung der sozialen Konfrontation. Ob es stimmt, daß die USA gleichzeitig anti-albanische Kommandoaktionen lancierten, wird irgendwann einmal vielleicht verifiziert werden können. Es paßt jedenfalls in die Logik der imperialistischen Destabilisierungspolitik.

Was aber besagt dies über die innere Entwicklung im Kosovo, über die Unterstützung, die der lange verhinderte bewaffnete Kampf in immer größeren Kreisen der albanischen Bevölkerung bekam? Ein Politikverständnis, das allein Staaten und Eliten als Akteure kennt, mag sich damit zufrieden geben, durch Hinweise auf die internationale Unterstützung - vor allem von Seiten Albaniens und der USA - den Erfolg der UCK zu erklären. Aber hat jemals ein nüchterner Analytiker versucht, die Verankerung der PKK in Kurdistan auf deren historische Syrien-Connection und die recht kruden Finanzierungsmethoden zu erklären? Was den Erfolg der UCK in Wahrheit ausmacht, ist die Logik des bewaffneten Kampfes selbst, wie man sie aus den Ursprüngen vieler bewaffneter Befreiungsbewegungen her kennt: daß der bewaffnete Kampf den militärischen Gegner verwundbar zeigt, und sei es auch nur durch die Erschießung von Polizisten oder durch Überfälle auf Polizeistationen. Die

Logik des bewaffneten Kampfes bedeutet aber auch, die Militarisierung der Auseinandersetzung durch die Militarisierung selbst durchzusetzen.

Noch als Antwort auf die Repressionswelle im Frühjahr 1998 nahmen Albaner im Kosovo massenhaft an den Wahlen im Untergrund teil und unterstützten die Partei Rugovas, während die UCK - politisch erfolglos - zum Wahlboykott aufgerufen hatte. Danach, nach dem März 1998, setzte eine militärische Offensive der UCK ein, und mit den Gegenangriffen seitens der serbischen Streitkräfte wurde der Kosovo zu einem rein militärischen Operationsfeld. Der scheinbare Widerspruch zwischen einer massenhaften Wahlunterstützung für Rugova und einer sich verbreitenden Popularität der UCK löst sich relativ schnell auf, wenn man bedenkt, daß es in beiden Fällen um dieselben politischen Ziele ging. Die UCK war ein nützlicher Eskalationsfaktor, aber sie ist deshalb populär geworden, weil sie die einzige Kraft zu sein schien, die dem serbischen Regime in der Sprache antwortete, in der die Kosovo-Albaner seit Jahren niedergehalten wurden. Und daß sie mit dem Angriff der NATO auf Jugoslawien faktisch zu einer Bodentruppe der NATO geworden ist, widerspricht dem nicht, sondern entspricht dieser Logik einer totalen militärischen Konfrontation.

Mit dem Eingriff der NATO und der dadurch noch verschärften Vertreibungsmaßnahmen ist das soziale Terrain im Kosovo buchstäblich zu Staub geworden. In dieser sozialen Wüste können sich nur noch diejenigen bewegen, die diese Verwüstung angerichtet haben, nämlich die drei Armeeverbände - die serbischen Streitkräfte, die NATO und die UCK. Im sozialen Sinne ist dies ein totaler Vernichtungskrieg, und nichts sieht danach aus, daß er aus sich heraus etwas anderes als weitere Kriegszustände hervorbringen kann. Im Gegenteil, die Massenvertreibung und -flucht von Albanern in die Nachbarstaaten ist zu einem gefährlich machtvollen Drohpotential des serbischen Regimes geworden, den sozialen Krieg über Kosovo hinaus zu treiben. Mit der sozialen Vernichtung des Kosovo ist die Logik sowohl des serbischen Regimes als auch der imperialistischen Politik aufgegangen. Kosovo-Albanien hat im März 1999 zu existieren aufgehört.

Kein Balkan-Staat zu machen?

Seit Ende der achtziger Jahre gehört es zu den Allgemeinplätzen der politischen Publizistik, Tito-Jugoslawien rückwirkend als eine »künstliche« Staatskonstruktion zu denunzieren, so als ob es eine »natürliche« Staatenbildung geben könnte. Die Rückkehr zu unentwirrbar ethnisch-nationalen Staatsvölkern in Jugoslawien ist einerseits tatsächlich in ge-

wisser Hinsicht eine Rückkehr zu früheren historischen Zuständen. Dieses historische Zurück hat weder in Jugoslawien noch in anderen Regionen des Balkans etwas mit einer Rückkehr zu ursprünglich einmal ethnisch bestimmbar Staatsformen und -völkern zu tun. Die Paradoxie der jugoslawischen Erfahrung besteht ja gerade darin, daß diese Konstruktion ethnisch begründeter Nationalstaaten auf dem Balkan historisch nie gelingen konnte und jeder Versuch in diese Richtung die politischen Kräftekonstellationen ernsthaft gefährdete. Auch die Erfahrung, daß in derartigen Prozessen die wirklichen Lebenszusammenhänge der Menschen aufgespalten und regelrecht zerrissen werden, ist nicht neu. Es gibt keinen »authentischen« Sozialcharakter der Volksgruppen oder Ethnien und erst recht keine eindeutige politische Artikulation eines solchen »Volkes«. Nirgendwo wird das deutlicher als in der Geschichte Jugoslawiens und dem paradoxen Bemühen, ausgerechnet auf diesem Terrain National-Staaten zu schaffen. Weshalb jetzt selbst in der »taz« Leo Trotzki's Sätze von 1909 zu lesen waren: »Nicht die nationale Vielfalt, sondern die Zersplitterung in Einzelstaaten hängt über dem Balkan wie ein Fluch. Die Grenzen zerschneiden ihn künstlich in Teile. Die Ränke der Mächte verflechten sich mit den blutigen Intrigen der Balkandynastien ...«

Heute werden wir Zeugen einer Entwicklung, deretwegen einst die Idee einer jugoslawischen Föderation als Restkern der noch älteren sozialistischen Konzeption einer Balkanföderation zum politischen Primat erhoben wurde. Geschichte wiederholt sich nicht einfach, aber »in Wahrheit dreht sich das Rad der Geschichte auch sehr gut rückwärts oder um sich selbst wie ein Kreisel« (Luigi Pintor). Die Idee einer Balkan-Föderation stand am Anfang der kommunistischen Politik in Jugoslawien, sie spielte selbst nach 1945 noch eine Rolle und war eine der Streitfragen, die zum Bruch zwischen Moskau und Belgrad Ende der vierziger Jahre führte. Jugoslawien, wie es unter der Tito-Führung konzipiert wurde, sollte nicht bloß eine Rekonstruktion des jugoslawischen Nationalstaates nach 1918 sein, sondern in sich selbst Modell einer solchen übergreifenden Föderation, ähnlich wie die Sowjetunion 1917 einmal als Beginn einer weltweiten Föderation von Sowjetrepubliken gedacht gewesen war.

Daß in ganz Osteuropa erst unter der staatssozialistischen Macht relativ stabile Nationalstaatskonstruktionen entstanden, legitimiert weder diese Systeme noch deren Nation-Form. Sie wirft aber die Frage nach einer fortschrittlichen Aneignung des historisch erreichten Standes von Vergesellschaftung auf. Die Nonchalance, mit der heute eine abstrakte Kritik der National-Staatlichkeit Hand in Hand gehen kann mit

der imperialen Zerstörung sozialer und politischer Räume, läßt diese Frage um so dringender erscheinen. Anders gesagt, nicht die Idee einer jugoslawischen 'Nation', wohl aber das Konzept einer Staatsform, die sich eben nicht mehr ethnisch-national begründete, ist ein historischer Fortschritt gewesen und bleibt es in der Rückschau angesichts der Zerstörung des Sozialen im ehemaligen Jugoslawien um so mehr. So paradox es erscheinen mag, steht und fällt doch eine fortschrittliche, freiheitlich-sozialistische Alternative in Ex-Jugoslawien mit den Chancen einer föderalen Staatlichkeit, und zwar über das Gebiet des früheren Jugoslawiens hinaus, wie es Catherine Samary in einem Kommentar zum NATO-Angriff auf Jugoslawien geschrieben hat: »Unter der Führung reaktionärer Regime, die auf der Grundlage der Auflösung des ehemaligen Jugoslawien tiefgreifende soziale Rückschritte eingeleitet haben, bekämpfen sich die Völker auf dem Balkan gegenseitig. Eine fortschrittliche Alternative, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt und die Grenzen durchlässig macht, kann nur auf der Ebene des ganzen Balkan entstehen.«

Das bedeutet nicht, eine Vergangenheit rückwirkend zu vergolden, in der sich soziale Bewegungen zurecht gegen die herrschenden Verhältnisse konstituiert haben. Aber das bedeutet gerade in Bezug auf diese Bewegungen, nach der Aneignungsperspektive solcher Kämpfe zu fragen. Die Arbeiterbewegungen der achtziger Jahre haben in Jugoslawien die existierenden Institutionen lediglich für sich instrumentalisiert, sie haben die Ausbeutungsstrategien auf ökonomischem Terrain blockiert und damit eine Macht bewiesen, die eine Zeitlang stark genug war, um sich nicht selbst zur gesellschaftlichen Alternative konstituieren zu müssen. Eben das beschreibt das Dilemma, das hier zu einer regelrechten Tragödie wurde, in sozialistischer Perspektive: daß der Prozeß der Zerstörung und Implosion sehr wohl in Begriffen wie Klassen und Klassenkampf zu erklären ist, daß aber umgekehrt eine sozialistische Perspektive daraus nicht hinreichend entwickelt werden kann.

In dieser Hinsicht ist die jugoslawische Erfahrung exemplarisch und paradigmatisch geworden für eine soziale Widerstandsperspektive, in der sich früher die »Kämpfe« selbst zu genügen schienen. Diese Fragen werden nun, unter den Bedingungen einer Kriegsdynamik, die weit über das Terrain des ehemaligen Jugoslawiens hinaustreibt, um so drängender - weil sie im Schematismus der simplen antiimperialistischen Rhetorik nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet werden können.

März 1999

THE WAR IN YUGOSLAVIA. ON WHOM THE BOMBS ARE FALLING?

Massimo De Angelis and Silvia Federici

As we are writing, June 7, 1999, in Kumanovo, Macedonia, the diplomats are negotiating the terms of the »agreement« that is supposed to bring peace back to Yugoslavia. For many people this may signify the end of the war. This, however, is not our view. We believe that the war is not over, and the anti-war movement would be mistaken if it now folded up its tents and shifted its attention to a new issue. This is why this article, written at the peak of the bombings, is presented here in its original form. In our view, the analysis it provides, and the issues it raises are as valid today, when the talks seem to be of peace, as they were yesterday, when the bombs openly intended to destroy Yugoslavia were falling. It is an analysis that wants to contribute to the creation of an anti-war movement aware of long-term trends and patterns, and aiming not just to stop wars once they start, but to prevent their occurrence.

1. *Prologue at 5,000 metres*

From the cockpit of an F-16 flying at 5,000 meters, you can't see, nor smell, nor be sprayed with the blood of "collateral damage." The sensory reality of war has been detached, cleaned away from the "productive" activity of the warrior, as it has from the language of NATO's reports on the alleged "mistakes." Here we cannot fail to notice the institutional, racist cynicism of NATO, which weighs the lives of Serbian children and other civilians and finds them less important than those of Western" soldiers; as we are told that "collateral damage" is "a price worth paying" to force Milosevic to concede defeat with a minimum of politically unsustainable allied casualties. This is trading the human rights of some, in this case mostly innocent civilians, for the human rights of other, with NATO as the self-appointed judge of their relative value.

2. *The (in)humanitarian war*

There is now mounting evidence that the justifications and aims given for the war against Yugoslavia are not credible, and far from protecting Kosovar Albanians the bombings have worsened their plight. We know for instance that - the Rambouillet Agreements was never meant to be accepted by the Yugoslavian government, as they were phrased in such a way as to ensure their rejection, demanding (among other things) that NATO have unlimited access to any part of Yugoslavia, by sea, air, and land, and be dispensed from any legal accountability (Pilger 1999).

- on the eve of the first bombings, the Yugoslavian Parliament had approved a resolution accepting the

restoration of Kosovo's autonomy, and the presence of a UN peace-keeping force to monitor its enforcement.

- far from protecting the Kosovar Albanians the bombings have increased the rate of their expulsions, killed and terrorized many of them, including the large number of those who did remain in Kosovo, or fled from Kosovo into Serbia.

- the health of Yugoslavian people, ethnic Albanians included, will continue for a long time to be damaged because of the devastation and contamination to which the Yugoslavian territory has been subjected, with the release in the air and ground of immense amounts of toxic substances, including depleted uranium (Depleted Uranium Education Project 1997).

Indeed, as many critics have pointed out, if humanitarian reasons were the motive, then this war was a catastrophic failure. Moreover, how can we believe that NATO is fighting for the self-determination of the Albanian population in Kosovo, when it has denied the same right to the Palestinians and the Kurds (among others), and when the US has subverted every democratically elected government in the world whenever it has suited its needs? Or, as Mumia Abu-Jamal puts it, "Isn't it strange that these same powers have, for half a century or more, turned a blind eye to virtual holocausts throughout the charnel houses of Europe? Where were the Western powers when the Kurds have been savaged, herded and decimated by the border states of Turkey, Iraq and Iran? The fate of the Basques in the borders between France and Spain is, for all intents and purposes, off the table. National ethnic minorities continue to be treated like the trash of Euro-states; consider the Roma (so-called Gypsies) who are seen, perceived and treated as the 'white niggers' of Europe. Even as we see NATO dropping metallic death on Serbia because of their mistreatment of "ethnic minorities," the cities and towns of Europe are doing all that they can to make immigration as difficult as possible for people seeking asylum." (Mumia Abu-Jamal 1999)

Last but not least, not only has the NATO bombings dramatically increased the flood of refugees, now reaching more than one million; the knowledge that this disaster would inevitably happen was well available before the bombing started. Why then has NATO decided to pursue this strategy? It is in answering this questions that we may find some hints on the reasons for today's war.

3. *The inhuman agenda of NATO (and G8, and WTO, and IMF, and OECD, and . . .)*

If the justifications given for the war against Yugoslavia are not credible, then what is the real agenda? To answer this question we must place the war in the context of the major developments that have been shaping politics in the Balkans and internationally since the fall of the Berlin Wall, that marked the end of the Cold War. Primary among them are:

The process of "economic globalization," by which international capital has imposed a neo-liberal agenda enforcing debt and austerity on every region of the world, and placed much of the former state socialist countries and the Third World under the control of the multinational corporations and the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank [(Chossudovsky 1997), (Midnight Notes 1992)].

The crisis of state-communism in Central and Eastern Europe (in part activated by the shift to market reforms) and the resultant eastward expansion of NATO [(Granville 1999), (Holbrooke 1995), (Kluger 1996), (The Economist 1989)]. The deepening capitalist crisis (reflected in the collapse of the Asian economies, the profit stagnation in Europe, and the increasing social opposition to further liberalization and austerity) which accelerates the rush to commercially exploit new areas of the world, and the effort by corporate capital to find new sources of cheap labor [(Chossudovsky 1997), (Gervasi 1998)].

Viewed in the context of these developments, NATO's attack on Yugoslavia (the last act in the dismemberment of the country) has many objectives:

The battering of Yugoslavia, added to the entry of Poland, Hungary, the Czech Republic into NATO, continues the political transformation of the map of Europe initiated by the reunification of Germany. It serves to create a capitalist block, stretching from the Adriatic to the edges of the former Soviet Union, and is part of the eastward expansion of NATO, decided by the Clinton Administration since at least 1994, and increasingly urgent for the EU and the US, in the face of the growing social opposition to neo-liberal programs in Central and Eastern Europe and Russia as well.

The war can be used to defeat the resistance of the Yugoslavian working class to neo-liberalism, which has forced the state to put a halt to the planned process of privatization, so that (until the bombings started) state-owned industries were still in place, and so were subsidies to farmers and unemployed workers [(Petras and Vieux 1996), (Dyker 1999), (Judah 1999), (Kuzmanic 1994)]. Not surprisingly, the bombings have targeted all of Yugoslavia's productive structures, including the plant that produced the famous Yugo (a cheap car widely used in the country and exported), making sure that people will have no means to resist their forced integration into the global economy. The bombings are also sending a message

to other resistant workers in Eastern Europe, as e.g. the coal miners in Romania, who, early this year had to be militarily defeated, because of their strong opposition to the closing of the mines demanded by the International Monetary Fund (New York Times 1999b).

The war also lays the groundwork for the encirclement of Russia which, although weakened economically and militarily, is still seen as threat. Here too political and economic goals go hand in hand.

The US and IMF anxiety about Russia's "commitment to reform" is now obsessive, since Russia has so far failed to complete the "transition" process. It has not privatized land, it has not shut down its subsidized state-industries, it is resisting the importation of grain from the US. Worst of all, as of June 2, 1999, it has, for the second time in less than a year, defaulted on its international debt.

Equally worrisome (from the viewpoint of NATO and the US) are reports that the great majority of Russians regard the US-supported Yeltsin regime with unconcealed hatred, and among ordinary people such terms as "market reforms" and "market economy" have now the force of obscenities, because of the collapse in the standard of living the attempted privatization process has caused (Burbach et al. 1997: 123-124). The support given by the US to the Russian reforms has also generated an anti-American mood in the most diverse Russian circles, and strengthened the ties between Russia and other parts of the former Soviet Union, especially Belarus and the Ukraine. Thus, the possibility of a "nostalgic return," or of a new type of communism is real (Dawisha 1996). In this context, the defeat of Yugoslavia could be used to remind the world, and above all wavering leaders of 'transition economies,' that there is no alternative to free-market capitalism and demonstrate the futility of resistance to it.

The war against Yugoslavia also gives US and European capital control over a region that is rich in mineral resources and is strategically located at the cross-roads between Western Europe, Eastern Europe and the Middle East, thus dominating some of Europe's most important trade routes [(Gambino 1999), (New York Times 1999e), (Flounders 1998)].

In particular, the battering and possible subjugation of Yugoslavia plays a role in the planned commercial exploitation of the Caspian Sea (Gervasi 1998), which has oil reserves comparable to those of the Persian Gulf and, accordingly, has been declared to be part of the US sphere of interest [(Levine 1999), (Financial Times 1999), (Finardi 1999), (Chatterjee 1998), (Shenov 1999), (New York Times 1999a)].

As the Clinton Administration has repeatedly stressed, the stakes here are very high, since it is believed that on the control of the Caspian oil depends the fate

of the post-communist world, and how much influence the US will have in determining its outcome (Kinzer 1998). At stake is the ability of the US to attract into its sphere of influence the post-Soviet Central Asian republics of Kazakhstan, Azerbaijan and Turkmenistan, by giving them an independent economic basis, and thereby weakening their ties with Russia and Russia's influence in global affairs. This the US plans to accomplish by building a pipeline transporting the Caspian oil to Western Europe--a pipeline that, moving through Georgia and Turkey, would by-pass Iran and especially Russia, so that both countries' ability to profit from the Caspian oil bonanza would be severely limited (Shenov et al. 1999). But to succeed Washington must assure the oil companies and the Caspian republics that it is ready to back their investments by military force against any possible Russian interference (Kinzer 1998). The bombings of Yugoslavia seal the deal, as the first test of both the Russian state's resolve in supporting a client state in the face of a NATO attack, and the US determination to use any available means to make its interest prevail.

Last, the war cements the alliance between US and the EU, and confirms US leadership in the alliance, as well as NATO's role as western capital's only credible military force. As already in the case of Bosnia (and we could add the Gulf War and Desert Storm in Somalia), one of the casualties of this new military intervention is European independence. Trumpeted since the early 1990s with the Maastricht Treaty and the construction of monetary union, this has been increasingly sacrificed to the need of overcoming Europe's economic stagnation, whose solution is partly entrusted to a process of eastward expansion [(Martin and Ross 1999), (Ash 1999)].

As the growing flow of European capital to Eastern Europe demonstrates, Europe has much to gain from a "colonization" of the Balkans (Clark et al. 1998). This is possible, however, only through the military intervention of the US, the only country in the world that has, persistently, for many decades, been committed to, and prepared for world domination. It is on this basis that Germany and France have accepted the humiliation inflicted upon them at Dayton, and suffered their marginalization in the first major European crisis since WWII, and today they are participating in the destruction of Yugoslavia, despite the risks it involves for the future of Europe.

Finally, the refugee crisis and the prospected integration of the Balkan area's battered economies into the global capitalist circuit provide the European ruling class with a new source of cheap labor right at the heart of Europe. They promote further competition in the labor markets throughout the continent, likely to result in downward pressures on workers' wages-- a

key objective at a time when European capital is much lamenting its slow growth, and striving to convince European workers to accept substantial cuts in social benefits (Singer 1996).

European workers will pay in another ways as well for the war. In addition to facing a stiffer competition on their jobs, they will also have to pay the bill for the reconstruction, for the "clean up," as Clinton put it, in his Memorial Day pronouncement on May 31, 1999 (New York Times 1999d).

Thus, the war in Yugoslavia, with its heavy demand on the military budget of the NATO countries, will also serve immediate domestic goals, by helping to complete (in the name of war spending and investment in the reconstruction) the dismantling of the European and US welfare systems (Wall Street Journal 1999). Put in other words, (and to paraphrase Martin Luther King) the bombs falling on Yugoslavia may indeed explode in Western Europe and the US, destroying, for instance, their pension and social security system, threatened by the rising cost of militarization. Whatever the partition of financial responsibility (no matter which working class is destined to pay more for it) the IMF and World Bank are already providing some post-war reconstruction scenarios (IMF and World Bank 1999). It seems that grants will be provided only to support the basic needs of the refugees, while the inevitable gap in the balance of payments for 1999, for the countries of the region, will be largely closed by further debt. In other words: first the economic and financial elites imposed impoverishing neoliberal policies in the region, policies that shattered the social fabric and created the context in which brutal and murderous nationalisms have flourished. Then, they seized the opportunity for military action resulting in further deaths and environmental devastation (since diplomatic options were left in a dead end, with the insistence, at Rambouillet, that NATO troops be present in the Yugoslav territory and NATO be allowed unchecked movement in any part of Yugoslavia). Soon, they will wear again the banker's hat to "help" in the reconstruction, cashing in new interest payments and, especially, prospecting a more "stable" environment for business, thanks to NATO heavy military presence in the region.

4. *The world's Panopticon.*

Projected on a global scenario, the war on Yugoslavia appears as the other side of the process of financial recolonization that has taken place in much of the world over the last decade, and the increasing subjugation of every aspect of life to the rule of money. By this rule markets have been introduced where previously there were commons, welfare provi-

sions have been cut across the globe, workers' entitlements have been reduced or eliminated, poverty has been imposed worldwide (Chossudovsky 1998). This war that the World Bank, the IMF and other financial elites managing the global economy are waging, ultimately needs missiles and other deadly weapons, to keep people on course, producing for the global economy, at rhythms and retributions favorable to capital accumulation. In other words, globalization is not possible without the presence a military force capable of breaking the resistance to it worldwide, a resistance often expressed in confused and contradictory forms. Today, only the US has the military capability to pursue "flexible" punishing raids across the globe--hence the European subordination to it. However, the war on Yugoslavia has accelerated the urgency for Europe to match and complement the military strength the US, especially in those technologies that make prompt and flexible intervention possible (Nicol 1999).

Today, war and conquest are not the outer manifestation of inter-capitalist rivalry, as the early twentieth century critics of imperialism like Hobson and Lenin claimed (Lenin 1967). In the late twentieth century inter-capitalist rivalry occurs within an alliance united by the determination to pursue economic globalization. Also, territorial conquest is not the objective of war. Rather, the goal is the construction of a global security prison, in which the rules of the market are unconditionally accepted, and every alternative is ruled out. It is a security prison resembling in spirit Jeremy Bentham's Panopticon, the total surveillance regime devised to increase the prisoners-workers' efficiency. As George Caffentzis (1998) pointed out in the case of the Gulf War, in this Panopticon regime "where everything that occurs on the planet has to be seen, controlled and approved by the US government (or its representatives in an international agency it controls), the US is not only aiming to be the 'cop' of the world, as it did in the 1960s, but it aspires to be the 'investigator,' 'warden' and 'executioner' of the 'world' as well at the dawn of the 21st century." The war on Yugoslavia thus is showing us that we are entering into a new stage of imperialism where the US and NATO-EU are claiming the right to violate the sovereignty of other nations for the most fraudulent excuses, and are now ready (as at the time of 19th century gunboat diplomacy) to just bomb their way to the resources or markets they want. This means that we need an anti-war movement that is now just concerned with this or that war, but with the whole "bloody neocolonial paradigm" that sustains, legitimizes and promotes each war venture. The opposition against the next wars to be fought for inhuman rights must start now with the opposition to it.

5. *The deadlock of the anti-war movement*

Against this background one has to wonder why the anti-war movement has failed so far to respond to the barbaric attack that has been launched against the Yugoslavian population, including the Albanian refugees, hundreds of whom have been carbonized by NATO bombs. Could it be that people are accepting the absurd logic whereby if they oppose the war they necessarily are making a stand in support of the Milosevic regime? If that is the case, then we encourage people to listen to the many appeals coming from those in Belgrade who have opposed the Milosevic regime, who repeatedly have denounced that the bombings only strengthen his position.

Or could it be that people believe that the pitiless, uninterrupted bombing of an entire population for 71 days so far, and the destruction of a century of people's work, can have some benefit after all? Then those who are tempted to take this path should consider the following.

Can the US (the leader of this operation) be entrusted with the well-being and rescue of the Kosovars, or for that matter of any other population? Have we forgotten Hiroshima and Nagasaki, or Vietnam where children are still born deformed because of the thousands of tons of napalm spread over the country during the war? or Nicaragua, Angola, Mozambique, Cambodia, Chile, Guatemala, Grenada, Panama, Iraq, Somalia[e.g., for Panama see (Independent Commission on Inquiry on the US Invasion of Panama 1991) and (Wheaton 1992); for Iraq see (Midnight Notes 1992) and (Clark 1994)]. What do people need to see and hear in order to distrust a power structure responsible for invading half the planet in the course of a few decades, directly or through proxies, and subverting any genuine attempt at self-determination all across the world? Again, shouldn't we be suspicious about the fact that the US allegedly wishes to protect the Albanians' right to self-determination, given that all throughout its history it has never granted this right to any nation -- certainly not to the Native American Indians, nor, more recently to the Palestinians, nor, to stay closer to the ground of the war, to the Serbs of the Kraina, who were brutally expelled from their homes in 1995, with a military operation comparable in its ferocity only to the Nazi invasion of Yugoslavia, amidst the deafening silence of the "international community"?

Last but not least, what would people say if Russia and China were to bomb the cities of the United States on account of the US government's massive violations of human rights?

And why should we believe that the destruction of Yugoslavia was the only possible path to assure the rights of the Albanian population? On the ground there are a million refugees who are said to support

the NATO intervention. However, nobody has asked them whether, given the choice, they would have rather liked to see the billion dollars that have been and will be used to bomb Serbia, invested in Kosovo's social services, or donated by western banks, as transfer payments, to the unemployed – which in 1998 reached 40% of the labor force (RIINVEST 1998) – or devoted to reducing income differences in the region, or spent in any way that might undermine the economic roots of "ethnic cleansing." Indeed, the question that nobody is asking is this: how many ethnic cleansings are carried on in conditions of prosperity for all? How many in conditions of poverty and social uncertainty? To exit the deadlock and prevent the next war – surely to be fought for very (in)humanitarian purposes – the anti-war movement of today must start to build bridges with the anti-debt movement, the various sections of the anti-globalization movement (anti-MAI, anti-WTO, anti-IMF, anti-G7, etc.), and continue to make connections between struggles on different issues. The alternative to war is often simpler than our arrogant governments think: just put the money where your mouth is and fund human rights!

References

Abu-Jamal, Mumia 1999. Column #414 - Written 14 April 1999. Making the world safe for capital. Antifa info - bulletin, May 19.

Ash, T. G. 1999. "Europe's Endangered Liberal Order." *Foreign Affairs.*, March-April.

Benderly, J. and Kraft, E. 1994. *Independent Slovenia. Origins, Movements and Prospects.* New York : St. Martin's Press.

Burbach, Roger et al. 1997. *Globalization and Its Discontents: The Rise of Mostmodern Socialisms.* London: Pluto Press.

Caffentzis, George. 1998. In the US, Dreaming of Iraq. *Midnight Notes.* P.O. Box 204 Jamaica Plain, MA 02130

Chatterjee, Pratap 1998. "Scramble for the Caspian: Big Oil Looks to Divvy Up Caspian Sea Oil Riches," *Multinational Monitor*, September, pp. 16-20.

Chossudovsky, Michel 1997. *The Globalization of Poverty: Impacts of the IMF and World Bank Reforms* London: Zed Books.

Clark, Ramsey 1994. *The Fire This Time: US War Crimes in the Gulf.* New York: Thuder's Mouth Press.

Clark, Ramsey et al. 1998, *NATO in the Balkans.* New York: International Action Center.

Copetas, A. Craig 1999. "It's Off To War Again For Big US Contractor." *Wall Street Journal* April 14.

Dawisha, Karen 1996. "Russian Policy in the Near Abroad and Beyond." *Current History.* October .

Depleted Uranium Education Project 1997. *Metal of Dishonor: Depleted Uranium.* New York: International Action Center.

Dyker, David A. 1999. *The [Yugoslavian] Economy.* Eastern Europe and the Commonwealth of Independent State 1999, Europa Publications Limited.

The Economist 1989. *East of Eden. A Survey of Eastern Europe,* August 12.

Financial Times 1999, "US is urged to step in to kickstart Caspian gas project," April 15.

Finardi, Sergio 1999. "Sporchi di oro nero." *Manifesto*, April 14, p.10.

Flounders, Sara 1998. "The war is about the mines," *Workers*

World, July 30, p. 9.

Gambino, Ferruccio 1999. "Dal Sottosuolo Alla Guerra. " *altrera-gione*, no. 8. (In Press)

Granville, Johanna 1999. "The Many Paradoxes of NATO Enlargement." *Current History.* April.

Gervasi, Sean 1998. *Why is NATO in Yugoslavia?* In (Clark et al. 1998).

Holbrooke, Richard 1995. "America a European Power." *Foreign Affairs*, March-April.

IMF and World Bank 1999. *The Economic Consequences of the Kosovo Crisis: A Preliminary Assessment of External Financing Needs and the Role of the Fund and the World Bank in the International Response.* Prepared jointly by the staffs of the International Monetary Fund and the World Bank April 16, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/kosovo/041699.htm>

Independent Commission of Inquiry on the US Invasion of Panama 1991. *The US Invasion of Panama: The Truth Behind Operation "Just Cause."* Boston: South End Press.

Judah, Tim 1999. "How Milosevic Hangs On." *New York Review* June 18 .

Kinzer, Steven 1998. "On Piping Out Caspian Oil, US Insists the Cheaper, Shorter Way Isn't Better," Nov. 8.

Kugler, Richard L. 1996. *Enlarging NATO: The Russian Factor.* Washington, DC: RAND .

Kuzmanic, Tonci 1994. "Strikes, Trade Unions and Slovene Independence." In (Benderly and Kraft 1994).

Lenin, V. I. 1967a. *Selected Works. Vol. 1: 1987 to January 1917.* New York: International Publishers.

Lenin, V.I. 1967b. *Imperialism: The Highest Stage of Capitalism.* In (Lenin 1967a).

Levine, Steve 1999. "Oilmen and U.S., Pin Hopes on a Strike in Kazakhstan." *New York Times*, Feb. 20.

Martin, Andrew and Ross, George 1999. "The Euro and Democracy's Devaluation." *Current History. A Journal of Contemporary World Affairs*, April.

Midnight Notes 1992. *Midnight Oil: Work, Energy, War, 1973-1992.* New York: Autonomedia.

Nasar, Sylvia 1999. "GDP Growth Fails to carry Profits With It." *New York Times*, April 1.

New York Times 1999a. "A New Big-Power Race Starts on a Sea of Crude," , Jan. 24.

New York Times 1999b. "Romania Seizes Miners' Chief in Fierce Clash," February 18.

New York Times 1999c. "Russian Anger Over Attack Tempered by Need for Cash." March 25.

New York Times 1999d. "Clinton Declares Most War Cleanup is Europe's Task." June 1.

New York Times 1999e, "The Prize: Issue of Who Controls Kosovo's Rich Mines," June 2, 1999, p. A15.

Nicoll, Alexander 1999. "Seeking a Level Battlefiled." *Financial Times*, June 3.

Petras, James and Vieux, Steve 1996. "Lethal Power Play in Bosnia. " *New Left Review* , N. 218, July-August.

Pilger, John. 1999. *Revealed: the amazing Nato plan, tabled at Rambouillet, to occupy Yugoslavia.* *New Statesman*, 17 May.

RIINVEST 1998. *Economic Activities and democratic development of Kosova.* Institute for Development Research, CIPE, September.

Shenov, Bhami V. et al. 1999. "Caspian Oil export choices clouded by geopolitics, project economics." *Oil and Gas Journal*, April 19.

Singer, Daniel 1996. "The Real Eurobattle." *The Nation.* Dec. 23.

Wall Street Journal 1999. "From Pentagon to Triangle," editorial, May 17.

Wheaton, Philip 1992. *Panama Invaded: Imperial Occupation Vrsus Struggle for Sovereignty.* Trenton, NJ: Red Sea Press.

Die Innenseite des Regimes Milosevic: Überleben ohne Reformen

Friedrich-Ebert-Stiftung

Politikinformation Osteuropa Online

Ein Informationsdienst der Abteilung Internationaler Dialog

Juni 1997

Nach über 3 Monate anhaltenden Demonstrationen gegen den Wahlbetrug bei den serbischen Kommunalwahlen schien Ende des vergangenen Jahres das politische Überleben des serbischen Präsidenten und seiner Regierung äußerst fraglich. Milosevic, der dieses Jahr den zehnten Jahrestag seines politischen Aufstiegs zum Führer und Präsidenten der Serben begehen kann, hält sich trotz einer dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage nach wie vor scheinbar fest an der Macht. Die letzten Wahlen zum Bundestparlament im Herbst 1996 bestätigten diese Position.

Nach dem Sieg der Opposition: Die überraschende Rückkehr Milosevic's

Im Ergebnis existiert bis heute in Serbien (und Montenegro) ein politisches System mit einer äußerst starken Konzentration der Macht beim Präsidenten und einem relativ schwachen Parlament. Die Vormachtstellung des Präsidenten kommt dabei nicht nur Kraft seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen zustande, sondern beruht auf einer intensiven Verschmelzung von Partei (SPS), Staat, Bürokratie und Wirtschaft. Instrumente hierfür sind vor allem aus sozialistischen Zeiten übernommene Methoden, wie Kaderpolitik, informelle Beziehungen, Ämterpatronage.

Selbst der Zerfall Jugoslawiens, die Kriege in Kroatien und Bosnien, Hyperinflation und Wirtschaftssanktionen im jugoslawischen Reststaat schienen seine Machtposition kaum zu bedrohen. Erst mit dem Entstehen des Oppositionsbündnisses Zajedno geriet sie ins Wanken. Je stärker im Verlauf der Dauerdemonstrationen "Zajedno" politisches Profil vor allem auch im Ausland gewinnen konnte, desto mehr sank die Popularität des serbischen Präsidenten, bis sie schließlich Ende Februar 1997 einen vorläufigen Tiefpunkt erreichte.

Doch Milosevic riß das Gesetz des Handelns wieder an sich und bemüht sich, die politische Krise mit altbewährten Instrumenten zu überwinden. Er ignoriert die Forderungen der Opposition und der internationalen Staatengemeinschaft (OSZE), wie z.B. nach Medienfreiheit oder nach Gesprächen am sogenannten "runden Tisch" oder beantwortet sie mit dem Erlaß von eher autoritären Gesetzen, wie zum Beispiel mit dem im Februar '97 vorgelegten Entwurf zum neuen Mediengesetz. Anstatt den Zugang zu den elektronischen Massenmedien zu demokratisieren, versucht die

Regierung mit dem neuen Gesetz, diesen weiter zu erschweren.

Auch innerhalb seiner Partei und deren montenegrinischer Schwesterorganisation setzt sich Milosevic gegen seine Kritiker scheinbar mühelos durch. So ließ er den montenegrinischen Premier Milo Djukanovic, einen scharfen Gegner seiner Politik und Person, kurzerhand aus der Partei entfernen. Gleichzeitig sorgte Milosevic offensichtlich als Reaktion auf wachsende innerparteiliche Kritik dafür, daß seine Ehefrau, die JUL-Ideologin Mira Markovic sich aus der Öffentlichkeit zunehmend zurückzieht. Um die Position seiner eigenen Partei zu stärken, gibt es offensichtlich auch Bestrebungen, den Koalitionspartner JUL (jugoslawische Linke) stärker zu integrieren. Diese Partei verfügt zwar über kein allzu großes Wähler- und Mitgliederpotential, ihre Funktionäre sind aber hervorragend in die wichtigsten informellen Netzwerke vor allem im Wirtschaftsbereich integriert und verfügen damit über großen Einfluß.

Als weiteres strategisches Instrument zum Machterhalt nutzt Milosevic offensichtlich auch eine Wiederbelebung der nationalistischen Komponente. In diesem Zusammenhang ist sicherlich das vor kurzem geschlossene Abkommen über spezielle Beziehungen mit der Republika Srpska (Bosnien-Herzegowina) zu sehen. Diese Vereinbarung setzt sich nicht nur über das Daytoner Friedensabkommen hinweg, sondern wurde hinter dem Rücken der eigentlich zuständigen Personen ausgehandelt. Inwiefern die damit auch beabsichtigte Demontage der bosnisch serbischen Präsidentin Biljana Plavsic, die die Unterzeichnung dieses Abkommens verweigert hat, gelingt, wird sich in nächster Zukunft zeigen und dürfte als weiterer Gradmesser für die politische Machtposition Milosevics dienen.

Diese Machtposition stützt sich nicht auf ein Konzept zur Entwicklung oder gar Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft, sondern ist die kaum veränderte Fortschreibung des alten kommunistischen Regimemodells. In ihm dominiert die Politik die Ökonomie mit dem Ziel weitgehender Kontrolle und Machterhaltung. Die Wirtschaft dient zur Bereicherung der politischen Klasse und klientelistischen Einbindung weiterer Schichten.

Das Regime braucht soziale Erfolge

Die größte Gefahr für die Position Milosevics geht

nicht direkt von innerparteilichen oder oppositionellen Gruppierungen aus. Sie liegt vielmehr im Unvermögen der jetzigen Regierung begründet, die wirtschaftliche und soziale Talfahrt Serbien-Montenegros zu stoppen oder umzukehren. Tatsächlich hingen der Erfolg und die Dauerhaftigkeit der Demonstrationen der Opposition wesentlich von sie begleitenden sozialen Unruhen ab. Selbst nach Beendigung der Demonstrationen fand die soziale Unzufriedenheit Ausdruck in einer Welle von Streiks, Blockaden, spontanen Demonstrationen und verschiedenen Formen des bürgerlichen Ungehorsams (organisierte Verweigerung von Steuer- und Gebührenzahlungen) durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Lehrer, Kindergärtner, Textilarbeiter, Kriegsinvaliden, Rentner usw.). Der größte dieser Streiks, die über einen Monat andauernde Arbeitsniederlegung durch Lehrer und Erzieher, die für die Auszahlung ihrer seit Monaten überfälligen, ohnehin sehr niedrigen Löhne und eine Verbesserung ihrer sozialen Situation kämpften, wurde allerdings durch geschicktes politisches Manövrieren ohne größere Zugeständnisse an die Streikenden beendet.

Dennoch wird aus den politischen Entwicklungen der letzten Monate - soziale Unruhen und der Aufstieg der Opposition - deutlich, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zum wichtigsten Antriebsmotor auch für politische Veränderungen geworden ist. Aber gerade die hierfür nötigen substantiellen Reformen des ökonomischen und politischen Systems werden durch mächtige wirtschaftliche Interessen der Partei und ihrer Klientel bisher verhindert.

Der Staatshaushalt überlebt durch Zwangsanleihen bei den Bürgern

Bei einer Staatsquote von ca. 50%, die eine entsprechend hohe Besteuerung der relativ armen Bevölkerung erfordert, sank der Anteil der öffentlichen Einnahmen am Bruttoinlandsprodukt 1996 auf 44,5% gegenüber 47% 1995. Dies läßt auf zunehmende Schwierigkeiten bei der Steuererhebung schließen. Über 40% des Steueraufkommens wird durch Einkommenssteuern erzielt, gefolgt von Verkaufssteuern in ähnlicher Höhe, die Einnahmen des Zolls sind am stärksten zurückgegangen.

Der Staat deckt seine Finanzierungslücke, indem er ausstehende Zahlungen an Angestellte der staatlichen Verwaltung, des öffentlichen Dienstleistungsbereichs, Empfänger von Kindergeld, durch Schulden bei Lieferanten und Bauern, sowie bei Beziehern öffentlicher Transferleistungen (Rentnern), sowie anderen Lieferanten öffentlicher Leistungen (Gesundheitswesen) nicht ausführt. Lehrer und Ärzte müssen monatelang auf ihre Gehaltszahlungen warten.

Die nicht beglichenen kumulierten Schulden betragen 1996 ca. 5% des Bruttoinlandsprodukts bzw. annähernd 10% der öffentlichen Ausgaben. Die Existenz solcher unregulierter Defizite stellt eine ständige akute Gefahr für die innere und äußere Währungsstabilität dar. Tatsächlich wurde im Dezember 1996 unter dem politischen Druck der Demonstrationen in Jugoslawien ein Teil der Schulden - vor allem ausstehende Rentenzahlungen - durch die Notenpresse beglichen. Der durch die Ausgabe von geschätzten 400 bis 500 Millionen Dinar verursachte monetäre Schock führte zu einer sprunghaften Abwertung des Dinar. Der Dinar, der nach einer Währungsreform ursprünglich mit 1,- DM bewertet war, sank vorübergehend von seinem Durchschnittswert 1996 von ca. 3 DIN/DM auf Werte von 4 DIN für 1DM.

Gleichzeitig muß der Staatshaushalt jedoch auch mit der Belastung aus hohen quasi-fiskalischen Defiziten fertig werden. Diese Defizite entstehen in erster Linie über den Bankensektor, d.h. durch die Nationalbank und die Geschäftsbanken, die verpflichtet sind, den großen, zumeist staatlichen Betrieben Kredite zu gewähren, deren Rückzahlung von vornherein ausgeschlossen ist. Die entsprechenden Verluste, die eigentlich in den Staatshaushalt eingestellt werden müßten, betragen 1996 nach einem starken Anstieg gegenüber den Vorjahren über 15 Mrd. DIN und sind nahezu identisch mit den Verlusten der staatlichen und im Sozialeigentum befindlichen Betriebe.

Auf der Ausgabenseite des offiziellen Budgets besteht das größte Problem in einem überladenen Sozialsystem, das ausschließlich über das Budget finanziert wird und noch aus den Zeiten des sozialistischen Verteilungssystems stammt. Für eine Stabilisierung der jugoslawischen Wirtschaft ist aber eine Anpassung an die niedrigen fiskalischen Möglichkeiten der Wirtschaft unbedingt erforderlich. Neben einer allgemeinen Reduzierung der Ausgaben steht auch deren Umstrukturierung seit langer Zeit an, also eine Revision der Transferleistungen, die Rationalisierung der Staatsfunktionen, Subventionsabbau, usw.. Eine Aufgabe, die zwar für die weitere Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft so schnell wie möglich angegangen werden müßte, die aber in jedem Fall größte politische Verteilungskämpfe und damit Widerstände mobilisiert.

Serbische "Reaganomics": Haushaltsdefizite und restriktive Geldpolitik

Vorläufig hat sich die Regierung zu einer grundsätzlichen Reform der Fiskalpolitik nicht entschließen können und beschränkt sich auf vereinzelte Eingriffe angesichts von krisenhaften Ungleichgewichten. Die staatlichen Weihnachtsgeschenke im Dezember 1996 lösten im Januar 1997 eine offene Budgetkrise aus.

Die Einnahmen des Staatshaushalts sanken um über 30%. Im Dezember '96 waren die Einnahmen vor allem aus der Besteuerung der Einkommen aufgrund von Lohnerhöhungen leicht gestiegen. Im Januar sanken damit die Steuereinnahmen aus Lohnsteuer und aus der Steuer auf Sozialsysteme nach Wiederherstellung der monetären Disziplin und dem folgenden Absinken der Löhne. Gleichzeitig sanken allerdings auch die Einnahmen aus indirekten Steuern (Verbrauchssteuern) von 300 Millionen DIN auf 70 Millionen DIN.

Die Geldpolitik reagierte auf die chaotische Haushaltspolitik mit einer Verschärfung ihres ohnehin restriktiven Kurses. Die Nationalbank reduzierte im Januar und Februar 1997 die Geldmenge um 5% und errichtete so eine Stabilisierung des Schwarzmarktkurses des Dinars und eine Absenkung der monatlichen Inflationsrate auf 0,6% im Februar. Angesichts der fehlenden Reform des Finanzsektors konnte diese monetäre Vollbremsung nicht durch Erhöhung der Mindestreserven, den Verkauf von Schuldverschreibungen oder eine direkte Verringerung des Kreditvolumens erreicht werden. Die Zentralbank wählte daher wahrscheinlich den Weg des direkten Bargeldeinzugs zusammen mit dem Verkauf von Devisenreserven (eigene Reserven und Einzug von ca. 100 Millionen \$ von Geschäftsbanken mit Devisenhandelslizenz) und des dann folgenden Einzugs der erlösten Dinare.

Die direkte Folge für die Wirtschaft war zum einen eine deutliche Rezession - die industrielle Produktion sank z.B. im Januar im Vergleich zum Vormonat um 18% - Löhne und öffentliche Einnahmen sanken ebenfalls erheblich. Zum anderen kam es zu einer sich dramatisch zuspitzenden Liquiditätskrise in der Wirtschaft, die sich wiederum negativ auf den Haushalt auswirkte.

Großunternehmen (z.B. im Mineralölbereich) entrichten mit dem Hinweis auf die geldpolitisch verschärfte Illiquidität und gegenseitige Verschuldung der Unternehmen die Steuern nicht mehr. Der Staat besteht nicht auf der Eintreibung dieser Steuerschuld und hofft auf wieder steigende Löhne. Die Einnahmen aus den Warenverbrauchssteuern sinken ebenfalls, was bei gleichbleibenden Einnahmen aus den Verkaufssteuern nur durch mangelnde Steuerdisziplin zu erklären ist. Daneben wird die gängige Praxis verzögerter Auszahlungen von Transferleistungen aus dem Budget beibehalten, unbesehen der akuten Gefahr der erneuten monetären Destabilisierung durch die so entstehenden Defizite.

Der Unternehmenssektor im versteckten Dauerbankrott ...

Die Unternehmen sind in riesigem Umfang verschul-

det. Der Hauptanteil entfällt dabei auf sog. öffentliche Unternehmen, d.h. Versorgungsbetriebe wie die staatliche Elektro- und Wasserwirtschaft, die Erdölindustrie, Eisenbahn, Post usw. Die Verluste der Staatsbetriebe stiegen allein in der 2. Hälfte 1996 um 4 Mrd. DIN auf insgesamt weit über 45 Mrd. DIN. Die Betriebe sind auf gegenseitige Kreditierung angewiesen, um ihre Tätigkeiten aufrechtzuerhalten. Die ausstehenden Forderungen der Unternehmen untereinander erreichten im März ca. 10 Mrd. DIN - ein Betrag der beinahe doppelt so hoch wie die Geldmenge (M1) ist - bzw. den Bargeldumlauf um ein Vielfaches übersteigt. Selbst eigentlich solvente und überlebensfähige Unternehmen werden in die immer länger werdenden Illiquiditätsketten hineingezogen. Löhne und Steuern werden nicht bezahlt, Lieferanten werden an das nächste Glied in der Verschuldungskette verwiesen, Banken können ihre Zinsen nicht einziehen usw. .

Die Folgen dieser Entwicklung sind neben einem allgemeinen Produktionsrückgang verschiedene effizienzmindere Ausweichstrategien. Bartergeschäfte nehmen zu und für Liquidität werden selbst Preise unter dem Kostenniveau gemacht. Dies hat zwar einen allgemein preisdämpfenden Effekt für die Wirtschaft, trägt aber nicht gerade zu einer gesunden Unternehmensentwicklung bei. Diese Entwicklung droht die Unternehmensaktivitäten und sämtliche Zahlungsoperationen zum Stillstand zu bringen.

Das entscheidende Glied in dieser Illiquiditätskette sind die Banken. Die Geschäftsbanken und die Zentralbank vergeben die meisten der uneinbringlichen Kredite an die großen Verlustbetriebe der Wirtschaft. Die Geschäftsbanken übernehmen somit quasi-fiskalische Defizite des Staates. Außerdem sind sie mit Verbindlichkeiten aus alten Spareinlagen, Auslandsschulden und inländischen Forderungen der Banken an den Staat belastet. Neben einer kumulierten Auslandsverschuldung von ca. 9 Mrd. \$ ist der jugoslawische Staat auch bei seinen eigenen Bürgern mit ca. 4,5 Mrd. \$ aus verbrauchten Spareinlagen auf Devisenkonten verschuldet.

Eine Umstrukturierung und Rehabilitation der Banken ist in Jugoslawien bisher unterblieben. Eine solche Umstrukturierung würde bedeuten, daß Verbindlichkeiten aus alten Spareinlagen, Verbindlichkeiten dem Ausland gegenüber und inländische Forderungen zum größten Teil von den Banken auf den Staat übertragen werden müßten. Anstelle einer Umstrukturierung wurden im Gegenteil bisher 16 Geschäftsbanken die Lizenzen wegen andauernder Illiquidität entzogen.

Die Geschäftsbanken insgesamt sind inzwischen in einer äußerst kritischen Lage. Sie müssen praktisch ohne Depositenbasis operieren, die Sparquote tendiert wegen des anhaltenden Vertrauensverlustes und we-

gen der relativ niedrigen Verzinsung von Einlagen gegen Null und ihre Kreditaktivitäten basieren bei einer extrem restriktiven Geldpolitik auf Bankschuldverschreibungen und den quasi-fiskalischen Aktivitäten der Zentralbank.

Die prekäre Liquiditätslage der Banken läßt sich an dem "Beinahekollaps" des Bankensystems im März 1997 ablesen, als die Girokonten mit insgesamt 19,5 Millionen DIN in den roten Zahlen und die aggregierten Bilanzen der Banken bei 118,5 Millionen DIN, bzw. ca. 22 Millionen DM im Minus standen. Diese Liquiditätskrise der Banken wurde im März offensichtlich durch den Druck von frischem Geld beigelegt. Da dieses Geld nur auf indirektem Weg in den Wirtschaftskreislauf gelangt, ist der entsprechende Inflationsschub erst im Sommer dieses Jahres zu erwarten.

... wandelt sich zur landesweiten Beschäftigungsgesellschaft

Der nicht erklärte Bankrott und die strukturelle Rigidität des Systems der staatlichen und öffentlichen Betriebe lindern allerdings die Beschäftigungssituation. Trotz des dramatischen Rückgangs der Produktion seit 1989 gab es aus politischen Gründen keine größeren Entlassungswellen. Bereits vor dem Verfall der Produktion und des Sozialprodukts wurde die versteckte Arbeitslosigkeit auf ca. 20% geschätzt. Demnach sind zwischen 800.000 und 1 Million Arbeiter zu viel beschäftigt, d.h. ihre Entlassung würde zu keinerlei Einbußen beim Sozialprodukt führen.

Ca. 50% dieser überschüssigen Beschäftigung wird dabei als direkte Sanktionsfolge eingeschätzt, die andere Hälfte gilt als durch die gegebene ökonomische Struktur verursacht. Die versteckte Arbeitslosigkeit trifft dabei auf eine extrem hohe Anzahl von offiziell registrierten Arbeitslosen. Weit über 800.000 Menschen waren zu Beginn des Jahres als arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Arbeitslosenrate von über 25%. Zusammen mit den versteckten Arbeitslosen würde dies eine Arbeitslosenrate von über 50% ergeben.

Die überschüssig beschäftigten Arbeitskräfte - dies sind ca. 40 bis 50% der insgesamt in der Industrie Beschäftigten - erhalten aber dennoch, wenn auch zum Teil reduzierten Lohn. Ein Teil dieser Summe wurde - zumindest während der Sanktionen - dadurch abgedeckt, daß der Verfall des Reallohnes wesentlich größer ausfiel, als das Absinken des Sozialprodukts. Der andere Teil wurde und wird durch ungesicherte Kredite, also indirekt über den Staatshaushalt abgedeckt. Ein solcher "Beschäftigungszwang" zementiert die existierenden Strukturen.

Auf der anderen Seite ist die soziale Lage breiter Bevölkerungskreise durch die ökonomische Entwick-

lung ebenfalls an bzw. unter die Armutsgrenze gerückt. Im Vergleich zu vor 6 Jahren leben ca. doppelt so viele Personen unter der Armutsgrenze. Die Real-löhne, die seit 1990 stark sanken, sind erst ab 1994 leicht gestiegen und erreichten 1995 wieder 46% des Niveaus von 1989. Der monatliche Durchschnittslohn betrug im Dezember 880 DIN bzw. ca. 225,- DM. Allerdings erhalten ca. 70% der Arbeiter Löhne, die unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Viele Unternehmen zahlen ihre Löhne erst mit monatelanger Verspätung aus.

Staatliche Kontrolle statt Privatisierung

Die seit 1990 unternommenen Privatisierungsschritte scheuten sich, die Bedeutung des öffentlichen Sektors zurückzudrängen. Die Privatisierung erfolgte auf dem Weg einer Unternehmensgesetzgebung, die die Gründung von neuen privaten Unternehmen zuließ, und durch Privatisierung existierender Unternehmen in gesellschaftlichem Eigentum. Allerdings wurde die rasch einsetzende Expansion des privaten Sektors durch Schockereignisse - Krieg und Wirtschaftssanktionen und in deren Gefolge die Hyperinflation - jäh beendet. Ein Teil der Privatisierung wurde später sogar wieder rückgängig gemacht, mit dem Argument, daß durch die Hyperinflation kein angemessener Betrag für den Kauf der Betriebe entrichtet wurde. Daraus wurde die Notwendigkeit einer Neubewertung der schon privatisierten Betriebe abgeleitet. Die meisten der davon betroffenen Betriebe haben gegen diese Rücknahme der Privatisierung geklagt. Eine endgültige Entscheidung steht zwar noch aus, alles deutet derzeit aber darauf hin, daß es bei der Rücknahme der Privatisierung bleibt.

Statt einer konsequenten Privatisierung fand eine direkte Verstaatlichung und Zentralisierung statt, die Unternehmen quasi in "Regierungseigentum" überführte. Unter diese Kategorie fallen auch rein rechtliche Änderungen des Eigentümerstatus großer Betriebe, die sogenanntes "institutionelles Eigentum" wurden. Auf der Grundlage direkter staatlicher oder quasistaatlicher finanzieller Operationen wurde das gesellschaftliche Eigentum auf verschiedene staatliche und quasistaatliche Institutionen und Organisationen übertragen. Durch solche Transaktionen ändern sich allerdings die betrieblichen Anreizstrukturen und Existenzbedingungen keineswegs, was zu gleichbleibenden Verhaltensweisen der Betriebe führt. Die vom privaten Eigentum erwarteten Effizienzsteigerungen bleiben naturgemäß aus.

Das gleiche gilt für Privatisierungsmodelle, die die Betriebe in Aktiengesellschaften umwandeln, deren Anteil intern verkauft oder verteilt werden. Die Subventionierung aus dem Staatshaushalt, das Produktionsprogramm, das Management usw. bleiben dabei

unverändert erhalten. Die Veränderungen betreffen allenfalls den rechtlichen Status der Betriebe, ihre ökonomische Funktionsweise ändert sich nicht.

Über 40% des Kapitals wurde in den letzten Jahren direkt verstaatlicht (komplette Infrastruktur, Dienstleistungen, öffentliche Versorgungsbetriebe, Rohstoffindustrie usw.) während über 40% in verschiedenen Formen von gesellschaftlichem Eigentum verblieben ist. Der größte Teil dieser staatlichen Unternehmen sind riesige Verlustbringer mit weit fortgeschrittener Dekapitalisierung und geringem Restrukturierungspotential. Aber die Regierung kann so ihren direkten Einfluß auf die Wirtschaft behalten.

Viele der großen Staatsunternehmen produzieren große Verluste und benötigen ständige staatliche Alimentierung und sonstige staatliche Hilfestellungen, um nicht sofort zugrunde zu gehen. Diese Betriebe beschäftigen aber eine große Anzahl von Menschen. Privatisierung und Umstrukturierung wären mit größeren Entlassungswellen und ökonomischen Schocks verbunden - mit entsprechenden Wirkungen auf die politische Existenz der Regierung. Außerdem kam und kommt den Großbetrieben eine wichtige Rolle bei der sozialen Sicherung und in vielen sozialpolitischen Bereichen zu, womit bei einer Transformation dieser Betriebe auch wichtige Teile des sozialen Netzwerks entfallen. Auch in dieser Hinsicht dient also die Beibehaltung des Status Quo der Aufrechterhaltung des sozialen und damit politischen Friedens.

Die Regierung mischt sich immer mehr in das Funktionieren der Wirtschaft, anstelle sich durch aktive Transformationsbemühungen aus dieser zurückzuziehen. Damit perpetuiert sie also aus rein politischen Gründen ihre gesellschaftliche Kontrolle, obwohl dies ökonomisch kontraproduktiv und krisenverschärfend wirkt.

Der geknebelte Privatsektor als Selbstbedienungsladen des Regimes

Trotzdem konnte sich seit 1991 ein relativ bedeutender privater Sektor vor allem durch Gründung von Kleinst- und Kleinunternehmen entwickeln. Von den über 200.000 registrierten Privatunternehmen in Jugoslawien sind allerdings nur weniger als 60.000 auch tatsächlich operativ tätig. Je nach zugrunde gelegter Bewertung befinden sich nur 10 bis 20% des Kapitals in Privateigentum, der Rest ist gesellschaftliches oder Staatseigentum bzw. kleinere Anteile sind verschiedene Mischformen. 90% der Beschäftigten im staatlichen und öffentlichen Sektor stehen nur 10% Beschäftigte im privaten Sektor gegenüber. Der Großteil der privaten Firmen sind kleine Unternehmen mit wenigen Angestellten und einer relativ dünnen Kapitalausstattung. Dennoch erwirtschaften diese 10% Be-

schäftigte im privaten Sektor nach neuesten Schätzungen 42% des Sozialprodukts.

In Serbien existiert also ein relativ großer privater Sektor, der zwar nicht die schwerwiegenden strukturellen Probleme des Landes vor allem im industriellen Bereich in kurzer oder mittlerer Frist lösen kann, der aber eine hoffnungsvolle Grundlage bietet, sollten ernsthafte Wirtschaftsreformen mit dem Ziel auf eine Systemtransformation beabsichtigt werden. Sie würden den wirklichen Unternehmern, die nicht am politischen Tropf des Regimes hängen, sondern nur gegen seine Bereicherungsversuche überleben, eine echte Chance bieten.

Diese Bereicherungsversuche untergraben die Existenz- und Entwicklungsbedingungen des privaten Sektors in Serbien. Während der öffentliche Sektor durch zahlreiche Maßnahmen geschützt und gefördert wird, trägt der Privatsektor die Hauptfinanzierungslast der defizitären Wirtschaft. Die privaten Unternehmen sind exzessiv besteuert, mit häufigen Änderungen der Besteuerung - auch rückwirkend - konfrontiert, zahlen hohe öffentliche Gebühren, haben kaum Zugang zu Fremdkapital und im Normalfall auch nicht zu Lizenzen und Konzessionen. Sie existieren in einem Kontext von starker, zunächst von der Administration ausgehender Unsicherheit und mangelnder Rechtssicherheit.

Andererseits dient der Privatsektor auch als Umverteilungs- bzw. Umwandlungsinstrument von öffentlichem/staatlichem Kapital in privates:

* Zum einen gibt es eine Reihe sog. "Funktionärs-, Ministerial- oder auch Phantomunternehmen". Dies sind Unternehmen, die kaum Beschäftigte, niedrigste Kosten und enorme Gewinne und Umsätze aufweisen. Über ihre Konten werden die Umsätze für große Rohstoff- und andere Vorproduktskontrakte für staatliche Firmen im Inland oder aus Importverträgen getätigt. Bei den großen gehandelten Umsätzen bleiben dann Kommissionszahlungen als prozentualer Anteil vom Umsatz, also hohe Gewinne, beinahe ohne Abzug von Kosten übrig. Der Zugang zu dieser Art von Geschäften ist natürlich mit äußerst nahen Beziehungen zum Regime verbunden, bzw. wird von seinen obersten Protagonisten selbst getätigt.

* Daneben existieren eine Reihe "Bereicherungsunternehmen", die von Managern staatlicher Firmen gegründet wurden, und die aus diesen in größerem Umfang Kapital in Form von Maschinen u.ä. zu weit unterbewerteten Preisen, aber auch Betriebskapital abziehen, Konzessionen, Kundenkontakte und Kontrakte, Lizenzen etc. mitnehmen. Voraussetzung für diese Art der Begünstigung ist allerdings ebenfalls die große Nähe zu Bürokratie und Regime, die sich innerhalb dieser Gruppe vor allem in der JUL organisiert haben.

Diese Art der Privatisierung in einer Umgebung, die in der Hauptsache nicht durch Märkte gesteuert wird, verschärft nicht nur die Vermögensverteilung, sondern schadet auch der tatsächlichen Effizienz und Produktivität dieser Unternehmen. In weiten Bereichen ersetzen "Klientel"-beziehungen zur Regierung den Wettbewerb am Markt.

Die nicht reformierte Wirtschaft als gesellschaftliche Basis der Reformgegner

In Serbien ist nun der Widerstand gegen eine wirkliche Transformation besonders groß, da wichtige Gruppen an der Verzögerung der Umstrukturierung interessiert sind. Anders ist auch eine so lange Verweigerungshaltung in der allgemein schlechten wirtschaftlichen und sozialen Situation politisch kaum erklärbar.

Die herrschende politische Schicht befürchtet, daß eine umfassende Privatisierung nicht nur eine empfindliche Einschränkung ihrer ökonomischen Verfügungsgewalt und Umverteilungskompetenz bedeutet, sondern daß von einer privat strukturierten, pluralistisch organisierten Wirtschaft auch starke Impulse zur Auflösung der politischen Monopolstrukturen ausgehen.

Auch weite Teile des Managements und der mittleren Funktionärsschicht sind an einer möglichst lang anhaltenden Verzögerung von Privatisierungs- und anderen Reformprozessen interessiert.

* Zum einen müssen viele, die ihre Position nur aufgrund von Korruption, politischen Beziehungen und Loyalitäten, Nepotismus usw. - kurz wegen ihrer passenden Position im informellen Netzwerk - und nicht aufgrund ihrer professionellen Qualitäten innehaben um ihre Existenz fürchten.

* Zum anderen haben diese Manager oftmals Techniken entwickelt um sich aus den staatlichen Firmen, ungeachtet deren tatsächlicher Ertragslage zu bereichern. Sie haben ausgefeilte Techniken entwickelt, um die Verluste ihrer Unternehmen an die Allgemeinheit weiterzugeben, während sie Teile des Kapitals (Fonds) oder auch Gewinne privatisieren.

* Eine besondere Variante dabei ist die Praxis, Betriebe oder einzelne Betriebsteile absichtlich herunterzuwirtschaften und so deren Wert zu minimieren. Bei einer später folgenden Privatisierung können diese Betriebe dann durch das Management zu günstigsten Preisen legal erworben werden.

* Dabei ist sich die Schicht der Wirtschaftsfunktionäre durchaus bewußt, daß solche Verschiebungen öffentlichen Vermögens in den Privatbereich für sie allenfalls eine gute Startposition im privaten Sektor bedeutet. Die "Haltbarkeit" von Privilegien ist in einer Kommandowirtschaft und in einer politischen Monopolsituation kurzfristig größer und zumindest

nicht den Risiken von Marktprozessen ausgesetzt.

Nicht zuletzt bleibt breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten in dieser Kriegs- und Bereicherungsökonomie kaum eine Alternative zum Festhalten am Status quo. Von grundlegenden Reformen und weitgehender Privatisierung bzw. der Herstellung tatsächlicher privater Eigentumsrechte müssen sie in erster Linie nur fürchten, ihren Arbeitsplatz im Rahmen der dann fälligen Umstrukturierungen zu verlieren. Die Belegschaft hat als Mehrheitsaktionär oftmals die Gelegenheit, den ökonomisch relevanten Privatisierungs- und Umstrukturierungsprozeß zu verhindern. Die für ein marktwirtschaftliches Funktionieren entscheidende Trennung zwischen den Eigentümerfunktionen und den Managementfunktionen erfolgt nicht. Daher ist auch eine breite Unterstützung der Oppositionsbewegung durch die Arbeiterschaft ausgeblieben. Die Arbeiter streiken und demonstrieren zwar für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Auszahlung von Löhnen, nicht aber für eine politische Opposition, die durch ihre Reformabsichten ihre momentane Situation gefährdet.

Daneben spielt in Serbien traditionell die Schattenwirtschaft, bzw. "graue Ökonomie" eine bedeutende Rolle bei der Milderung sozialer Härten, die in der offiziellen Wirtschaft entstehen. Der Anteil der Schattenwirtschaft wird manchmal sogar auf bis zu 40% des Sozialprodukts geschätzt, je nach dem welche Tätigkeitsbereiche zu diesem Sektor gezählt werden und wie die Größen im einzelnen bestimmt werden. Nicht zuletzt, da die Ausweichmöglichkeit in die Schattenwirtschaft den politisch-sozialen Druck auf die Regierung mildert, sind die Eindämmungsversuche dieses florierenden Gesellschaftsbereichs durch die Regierung relativ gering. Die Untergrundwirtschaft ist umgekehrt auch wenig an einer klar regulierten Marktwirtschaft interessiert, die ihre Existenzbedingungen gefährdet.

Die Wirtschaft überlebt dank geheimnisvoll finanzierter Importe

1996 war die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nach der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen zunächst durch einen leichten Aufwärtstrend und stabilisierende Faktoren gekennzeichnet. So stieg die Industrieproduktion 1996 um durchschnittlich 7%, das Sozialprodukt um 5,8%, der Wechselkurs des Dinar (100 Dinar = ca. 30,-DM) war (auch auf dem Schwarzmarkt) relativ stabil, die Inflationsrate war mit ca. 60% die niedrigste seit zehn Jahren und nur halb so groß wie 1995. Allerdings erreichte damit das Sozialprodukt gerade mal 55% seines Niveaus von 1989, die Industrieproduktion sogar nur 40%. Ökonomische Institute halten aber diese offiziellen Statisti-

ken für eine Schönfärberei, die das Bruttoinlandsprodukt um ca. 50% überschätzen.

Seit Dezember 1996 war die Entwicklung bei vielen wirtschaftlichen Indikatoren eher besorgniserregend. Das Wachstum hat zu einem hohen und zunehmenden Handelsbilanzdefizit geführt, das ein Volumen von 50% der gesamten Industrieproduktion erreicht hat. Die Importe entsprachen im letzten Quartal 1996 in etwa den durchschnittlichen Monatswerten der Vorkriegszeit (1984 -1989), während der Export nur 57% der Vorkriegszeit erreichte. Bei einem Handelsbilanzdefizit von 2,260 Mrd. \$ wurde lediglich eine Importdeckung von 44,9% erzielt - gegenüber einem Wert von 83% 1989.

Die Exportschwäche resultiert nicht nur aus der Desintegration traditioneller Märkte, sondern aus hausgemachten Problemen wie

- * der niedrigen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, ihrem technologischen Rückstand, der nachlassenden Produktqualität und der fortschreitenden Dekapitalisierung sowie

- * der realen Aufwertung des Dinars um 27% im Jahresverlauf 1996.

Die Deckung des hohen Außenhandelsdefizits ist eines der Geheimnisse des serbischen Modells:

- * Überschüsse aus dem Dienstleistungsbereich, durch den Devisenkauf durch Inländer und kurzfristige Lieferantenkredite helfen, hinterlassen aber immer noch ein Leistungsbilanzdefizit von ca. 1,4 Mrd. \$, dessen Deckung in keiner offiziellen Statistik erscheint.

- * Der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten ist Jugoslawien nach wie vor versperrt. Die Wiederaufnahme in die internationalen Finanzorganisationen ist an relativ klare Bedingungen geknüpft, die das Regime bisher nicht akzeptieren will, obwohl dies die dringend notwendigen Umschuldungsverhandlungen blockiert.

- * Ausländische Direktinvestitionen haben nachweislich nicht stattgefunden.

- * Die offiziellen Devisenreserven sind mit geschätzten 200 bis 300 Millionen \$ zu niedrig.

- * Devisenkonto jugoslawischer Unternehmen im Ausland, die diese noch vor den Sanktionen zur Vermeidung der Devisenablieferungspflicht und des Zwangsumtauschs zu offiziellen Kursen an die Nationalbank angelegt hatten, und während der Hyperinflation weiter anfüllten, decken nur einen geringeren Teil des Defizits, da während der letzten vier Jahre jährlich ein Defizit von 1,5 bis 2 Mrd. \$ anfiel.

Es bleibt also für die Deckung des größten Teils des Leistungsbilanzdefizits nur eine Erklärung aus sog. "inoffiziellen" (staatlichen?) Devisenreserven im

Ausland, die auch für die Deckung der erneuten hohen Defizite in den ersten 3 Monaten 1997 herangezogen wurden. Aber wenn diese zwangsläufig beschränkten Mittel aufgebraucht sind, droht dem importabhängigen System der Kollaps.

Die albanische Karte als neuer politischer Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise?

Das Modell politisch manipulierter Ökonomie stößt auf außenwirtschaftliche Grenzen, die ihrerseits politisch bedingt sind. Denn der Zugang zu internationalen Krediten hängt in der gegenwärtigen Phase von der politisch motivierten Haltung der Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank, EBRD) und großen Geber-/Gläubiger ab. Der Ausschluß Jugoslawiens von diesen internationalen Institutionen und die nicht geregelte Auslandsschuld verwehren ihm neue Kapitalzuflüsse. Außerdem ist Jugoslawien nicht in die Handelsorganisationen und das System der internationalen Handelsbegünstigungen integriert. Vorläufig versucht die Regierung, durch den Verkauf von großen Staatsbetrieben an das Ausland an frisches Kapital zu gelangen. Neben Verhandlungen zu einer Auslandsbeteiligung am größten Autohersteller Zastava stehen große Betriebe des öffentlichen Versorgungsbereichs, nämlich die staatliche Telefongesellschaft und der staatliche Stromerzeuger auf der Verkaufsliste.

Zur Aufnahme in die internationalen Institutionen müßte Milosevic auf alle Bedingungen der internationalen Gemeinschaft eingehen. Selbst dann käme es realistischere Weise wahrscheinlich nicht vor Ende des Jahres zu einer tatsächlichen Kreditgewährung. Und trotz dieser politischen Konzessionen könnte sich das Regime immer noch weigern, die mit einer größeren Kreditgewährung durch die Weltbank oder den internationalen Währungsfonds normalerweise verbundenen Auflagen für die interne Wirtschaftspolitik (Privatisierungs- und Stabilisierungsanstrengungen) zu erfüllen.

Eine Einforderung der eigentlich fälligen Auslandsschuld oder auch nur eines Teils, bzw. der fälligen Zinszahlungen, hätte unter den momentanen wirtschaftlichen Gegebenheiten ohnehin einen sofortigen Zusammenbruch zur Folge, bzw. man würde einer solchen Forderung schlichtweg nicht nachkommen. Eine Regelung dieses Problems wird aber immer dringender.

Allerdings hat sich in den letzten Monaten für Milosevic eine völlig neue politische Option aus der internationalen Entwicklung ergeben, die dieser offensichtlich auch zu nutzen gedenkt: Die totale Destabilisierung Albaniens hat der internationalen Staatengemeinschaft drastisch die Gefahren und das mögliche Ausmaß von Krisen in der gesamten Balkanregion vor Augen geführt.

Eines der wichtigsten politischen Probleme in Serbien ist für die internationale Politik seit längerem ohnehin die Lösung des Kosovoproblems, wo die albanische Bevölkerungsmehrheit um Unabhängigkeitsrechte von Serbien kämpft, und wo die stets latente Gefahr größerer bewaffneter Auseinandersetzungen droht. Im Hinblick auf die anarchische Entwicklung in Albanien könnte nun Milosevic - ähnlich wie bei der Einbindung der bosnischen Serben in den Daytoner Friedensprozeß - klarmachen, daß er denjenigen Machtfaktor repräsentiert, der das Problem lösen oder eskalieren lassen kann.

Das demonstrative Fernbleiben der Regierung von den diversen Gesprächen über eine Verständigung über den Kosovo in den letzten Wochen (z.B. in New York) kann in dieser Richtung interpretiert werden. Als Preis für eine Lösung des Kosovoproblems könnte Milosevic dann eine sofortige Kreditgewährung und günstige Schuldenregelung aushandeln. Eine Strategie, die sicherlich zu einem weiteren Wahlsieg für Milosevic und seine Partei verhelfen könnte.

Diese Ausgabe der Politikinformation Osteuropa beruht auf einem Papier von Cornelia Lück-Jarczyk

Seeing Yugoslavia Through a Dark Glass: Politics, Media and the Ideology of Globalization

by Diana Johnstone

Years of experience in and out of both mainstream and alternative media have made me aware of the power of the dominant ideology to impose certain interpretations on international news. During the Cold War, most world news for American consumption had to be framed as part of the Soviet-U.S. contest. Since then, a new ideological bias frames the news. The way the violent fragmentation of Yugoslavia has been reported is the most stunning example.

I must admit that it took me some time to figure this out, even though I had a long-standing interest and some knowledge of Yugoslavia. I spent time there as a student in 1953, living in a Belgrade dormitory and learning the language. In 1984, in a piece for *In These Times* [1], I warned that extreme decentralization, conflicting economic interests between the richer and poorer regions, austerity policies imposed by the IMF and the decline of universal ideals were threatening Yugoslavia with "re-Balkanization" in the wake of Tito's death and desanctification. "Local ethnic interests are reasserting themselves", I wrote. "The danger is that these rival local interests may become involved in the rivalries of outside powers. This is how the Balkans in the past were a powder keg of world war." Writing this took no special clairvoyance. The danger of Yugoslavia's disintegration was quite obvious to all serious observers well before Slobodan Milosevic arrived on the scene.

As the country was torn apart in the early nineties, I was unable to keep up with all that was happening. In those years, my job as press officer for the Greens in the European Parliament left me no time to investigate the situation myself. Aware that there were serious flaws in the way media and politicians were reacting, I wrote an article warning against combatting "nationalism" by taking sides for one nationalism against another, and against judging a complex situation by analogy with totally different times and places [2]. "Every nationalism stimulates others", I noted. "Historical analogies should be drawn with caution and never allowed to obscure the facts." However, there was no stopping the tendency to judge the Balkans, about which most people knew virtually nothing, by analogy with Hitler's Germany, about which people at least imagined they knew a lot, and which enabled analysis to be rapidly abandoned in favor of moral certitude and righteous indignation. However, it was only later, when I was able to devote considerable time to my own research, that I realized the extent of the deception -- which is in large part self-deception.

I mention all this to stress that I understand the im-

mense difficulty of gaining a clear view of the complex situation in the Balkans. The history of the region and the interplay of internal political conflicts and external influences would be hard to grasp even without propaganda distortions. Nobody can be blamed for being confused. Moreover, by now, many people have invested so much emotion in a one-sided view of the situation that they are scarcely able to consider alternative interpretations.

It is not necessarily because particular journalists or media are "alternative" that they are free from the dominant interpretation and the dominant world view. In fact, in the case of the Yugoslav tragedy, the irony is that "alternative" or "left" activists and writers have frequently taken the lead in likening the Serbs, the people who most wanted to continue to live in multi-cultural Yugoslavia, to Nazi racists, and in calling for military intervention on behalf of ethnically defined secessionist movements [3] -- all supposedly in the name of "multi-cultural Bosnia", a country which, unlike Yugoslavia, would have to be built from scratch by outsiders.

The Serbs and Yugoslavia

Like other Christian peoples in the Ottoman Empire, the Serbs were heavily taxed and denied ownership of property or political power reserved for Muslims. In the early years of the nineteenth century, Serb farmers led a revolt that spread to Greece. The century-long struggle put an end to the Ottoman Empire.

The Habsburg monarchy found it natural that when one empire receded, another should advance, and sought to gain control over the lands lost to the Ottoman Turks. Although Serbs had rallied to the Habsburgs in earlier wars against the Turks, Serbia soon appeared to Vienna as the main obstacle to its own expansion into the Balkans. By the end of the nineteenth century, Vienna was seeking to fragment the Serb-inhabited lands to prevent what it named "Greater Serbia". The Austro-Hungarian Empire took control of Bosnia-Herzegovina and fostered the birth of Albanian nationalism (as converts to Islam, Albanian feudal chieftains enjoyed privileges under the Ottoman Empire and combated the Christian liberation movements).

Probably because they had been deprived of full citizens' rights under the Ottoman Turks, and because their own society of farmers and traders was relatively egalitarian, Serb political leaders throughout the nineteenth and early twentieth centuries were extremely receptive to the progressive ideals of the French

Revolution. While all the other liberated Balkan nations imported German princelings as their new kings, the Serbs promoted their own pig farmers into a dynasty, one of whose members translated John Stuart Mill's "On Liberty" into Serbian during his student days. Nowhere in the Balkans did Western progressive ideas exercise such attraction as in Serbia, no doubt due to the historic circumstances of the country's emergence from four hundred years of subjugation.

Meanwhile, intellectuals in Croatia, a province of the Austro-Hungarian Empire increasingly rankling under subordination to the Hungarian nobility, initiated the Yugoslav movement for cultural, and eventually political, unification of the South Slav peoples, notably the Serbs and Croats, separated by history and religion (the Serbs having been converted to Christianity by the Greek Orthodox Church and the Croats by the Roman Catholic Church) but united by language. The idea of a "Southslavia" was largely inspired by the national unification of neighboring Italy, occurring around the same time.

In 1914, the Austro-Hungarian Empire seized the pretext of the assassination of the Archduke Francis Ferdinand to declare war and crush Serbia once and for all. When Austria-Hungary lost the world war it had thus initiated, leaders in Slovenia and Croatia chose to unite with Serbia in a single kingdom. This decision enabled both Slovenia and Croatia to go from the losing to the winning side in World War I, thereby avoiding war reparations and enlarging their territory, notably on the Adriatic coast, at the expense of Italy. The joint Kingdom was renamed "Yugoslavia" in 1929. The conflicts between Croats and Serbs that plagued what is called "the first Yugoslavia" were described by Rebecca West in her celebrated book, *Black Lamb and Grey Falcon*, first published in 1941.

In April 1941, Serb patriots in Belgrade led a revolt against an accord reached between the Kingdom of Yugoslavia and Nazi Germany. This led to Nazi bombing of Belgrade, a German invasion, creation of an independent fascist state of Croatia (including Bosnia-Herzegovina), and attachment of much of the Serbian province of Kosovo to Albania, then a puppet of Mussolini's Italy. The Croatian Ustashe undertook a policy of genocide against Serbs, Jews and Gypsies within the territory of their "Greater Croatia", while the Germans raised SS divisions among the Muslims of Bosnia and Albania.

In Serbia itself, the German occupants announced that one hundred Serbian hostages would be executed for each German killed by resistance fighters. The threat was carried out. As a result, the royalist Serbian resistance (the first guerrilla resistance to Nazi occupation in Europe) led by Draza Mihailovic adop-

ted a policy of holding off attacks on the Germans in expectation of an Allied invasion. The Partisans, led by Croatian communist Josip Broz Tito, adopted a more active strategy of armed resistance, which made considerable gains in the predominantly Serb border regions of Croatia and Bosnia and won support from Churchill for its effectiveness. A civil war developed between the Mihailovic's "Chetniks" and Tito's Partisans -- which was also a civil war between Serbs, since Serbs were the most numerous among the Partisans. These divisions between Serbs -- torn between Serbian and Yugoslav identity -- have never been healed, and help explain the deep confusion among Serbs during the breakup of Yugoslavia.

After World War II, the new Communist Yugoslavia tried to build "brotherhood and unity" on the myth that all the peoples had contributed equally to liberation from fascism. Mihailovic was executed, and school children in post-war Yugoslavia learned more about the "fascist" nature of his Serbian nationalist "Chetniks" than they did about Albanian and Bosnian Muslims who had volunteered for the SS, or even about the killing of Serbs in the Jasenovac death camp run by Ustashe in Western Bosnia.

After the 1948 break with Moscow, the Yugoslav communist leadership emphasized its difference from the Soviet bloc by adopting a policy of "self-management" supposed to lead by fairly rapid stages to the "withering away of the State". Tito repeatedly revised the Constitution to strengthen local authorities, while retaining final decision-making power for himself. When he died in 1980, he thus left behind a hopelessly complicated system that could not work without his arbitration [4]. Serbia in particular was unable to enact vitally necessary reforms because its territory had been divided up, with two "autonomous provinces", Voivodina and Kosovo, able to veto measures taken by Serbia, while Serbia could not intervene in their affairs.

In the 1980s, the rise in interest rates and unfavorable world trade conditions dramatically increased the foreign debt Yugoslavia (like many "third world" countries) had been encouraged to run up thanks to its standing in the West as a socialist country not belonging to the Soviet bloc. The IMF arrived with its familiar austerity measures, which could only be taken by a central government. The leaders of the richer Republics -- Slovenia and Croatia -- did not want to pay for the poorer ones. Moreover, in all former socialist countries, the big political question is privatization of State and social property, and local communist leaders in Slovenia and Croatia could expect to get a greater share for themselves within the context of division of Yugoslavia into separate little states [5].

A this stage, a gradual, negotiated dismantling of

Yugoslavia into smaller States was not impossible. It would have entailed reaching agreement on division of assets and liabilities, and numerous adjustments to take into account conflicting interests. If pursued openly, however, it might have encountered popular opposition -- after all, very many people, perhaps a majority, enjoyed being citizens of a large country with an enviable international reputation. What would have been the result of a national referendum on the question of preservation of Yugoslavia?

None was ever held. The first multiparty elections in postwar Yugoslavia were held in 1990, not nationwide in all of Yugoslavia, but separately by each Republic -- a method which in itself reinforced separatist power elites. Sure of the active sympathy of Germany, Austria and the Vatican, leaders in Slovenia and Croatia prepared the *fait accompli* of unilateral, unnegotiated secession, proclaimed in 1991. Such secession was illegal, under Yugoslav and international law, and was certain to precipitate civil war. The key role of German (and Vatican) support was to provide rapid international recognition of the new independent Republics, in order to transform Yugoslavia into an "aggressor" on its own territory. [6]

Political Motives

The political motives that launched the anti-Serb propaganda campaign are obvious enough. Claiming that it was impossible to stay in Yugoslavia because the Serbs were so oppressive was the pretext for the nationalist leaders in Slovenia and Croatia to set up their own little statelets which, thanks to early and strong German support, could "jump the queue" and get into the richmen's European club ahead of the rest of Yugoslavia.

The terrible paradox is that very many people, in the sincere desire to oppose racism and aggression, have in fact contributed to demonizing an entire people, the Serbs, thereby legitimizing both ethnic separatism and the new role of NATO as occupying power in the Balkans on behalf of a theoretical "international community".

Already in the 1980s, Croatian and ethnic Albanian separatist lobbies had stepped up their efforts to win support abroad, notably in Germany and the United States [7], by claiming to be oppressed by Serbs, citing "evidence" that, insofar as it had any basis in truth, referred to the 1920-1941 Yugoslav kingdom, not to the very different post-World War II Yugoslavia.

The current campaign to demonize the Serbs began in July 1991 with a virulent barrage of articles in the German media, led by the influential conservative newspaper, the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ). In almost daily columns, FAZ editor Johann Georg Reismüller justified the freshly, and illegally,

declared "independence" of Slovenia and Croatia by describing "the Yugo-Serbs" as essentially Oriental "militarist Bolsheviks" who have "no place in the European Community". Nineteen months after German reunification, and for the first time since Hitler's defeat in 1945, German media resounded with condemnation of an entire ethnic group reminiscent of the pre-war propaganda against the Jews [8].

This German propaganda binge was the signal that times had changed seriously. Only a few years earlier, a seemingly broad German peace movement had stressed the need to put an end to "enemy stereotypes" (*Feindbilder*). Yet the sudden ferocious emergence of the enemy stereotype of "the Serbs" did not shock liberal or left Germans, who were soon repeating it themselves. It might seem that the German peace movement had completed its historic mission once its contribution to altering the image of Germany had led Gorbachev to endorse reunification. The least one can say is that the previous efforts at reconciliation with peoples who suffered from Nazi invasion stopped short when it came to the Serbs.

In the Bundestag, German Green leader Joschka Fischer pressed for disavowal of "pacifism" in order to "combat Auschwitz", thereby equating Serbs with Nazis. In a heady mood of self-righteous indignation, German politicians across the board joined in using Germany's past guilt as a reason, not for restraint, as had been the logic up until reunification, but on the contrary, for "bearing their share of the military burden". In the name of human rights, the Federal Republic of Germany abolished its ban on military operations outside the NATO defensive area. Germany could once again be a "normal" military power -- thanks to the "Serb threat".

The near unanimity was all the more surprising in that the "enemy stereotype" of the Serb had been dredged up from the most belligerent German nationalism of the past. "Serbien muss sterben" (a play on the word *sterben*, to die), meaning "Serbia must die" was a famous popular war cry of World War I [9]. Serbs had been singled out for slaughter during the Nazi occupation of Yugoslavia. One would have thought that the younger generation of Germans, seemingly so sensitive to the victims of Germany's aggressive past, would have at least urged caution. Very few did.

On the contrary, what occurred in Germany was a strange sort of mass transfer of Nazi identity, and guilt, to the Serbs. In the case of the Germans, this can be seen as a comforting psychological projection which served to give Germans a fresh and welcome sense of innocence in the face of the new "criminal" people, the Serbs. But the hate campaign against Serbs, started in Germany, did not stop there. Elsewhere, the willingness to single out one of the Yu-

goslav peoples as the villain calls for other explanations.

Media Momentum

From the start, foreign reporters were better treated in Zagreb and in Ljubljana, whose secessionist leaders understood the prime importance of media images in gaining international support, than in Belgrade. The Albanian secessionists in Kosovo or "Kosovars" [10], the Croatian secessionists and the Bosnian Muslims hired an American public relations firm, Ruder Finn, to advance their causes by demonizing the Serbs [11]. Ruder Finn deliberately targeted certain publics, notably the American Jewish community, with a campaign likening Serbs to Nazis. Feminists were also clearly targeted by the Croatian nationalist campaign directed out of Zagreb to brand Serbs as rapists [12].

The Yugoslav story was complicated; anti-Serb stories had the advantage of being simple and available, and they provided an easy-to-use moral compass by designating the bad guys.

As the war in Bosnia-Herzegovina got underway in mid-1992, American journalists who repeated unconfirmed stories of Serbian atrocities could count on getting published, with a chance of a Pulitzer prize. Indeed, the 1993 Pulitzer Prize for international reporting was shared between the two authors of the most sensational "Serb atrocity stories" of the year: Roy Gutman of *Newsday* and John Burns of *The New York Times*. In both cases, the prize-winning articles were based on hearsay evidence of dubious credibility. Gutman's articles, mostly based on accounts by Muslim refugees in the Croatian capital, Zagreb, were collected in a book rather misleadingly entitled *A Witness to Genocide*, although in fact he had been a "witness" to nothing of the sort. His allegations that Serbs were running "death camps" were picked up by Ruder Finn and widely diffused, notably to Jewish organizations. Burns' story was no more than an interview with a mentally deranged prisoner in a Sarajevo jail, who confessed to crimes some of which have been since proved never to have been committed [13].

On the other hand, there was no market for stories by a journalist who discovered that reported Serbian "rape camps" did not exist (German TV reporter Martin Lettmayer [14]), or who included information about Muslim or Croat crimes against Serbs (Belgian journalist Georges Berghezan for one [15]). It became increasingly impossible to challenge the dominant interpretation in major media. Editors naturally prefer to keep the story simple: one villain, and as much blood as possible. Moreover, after the German government forced the early recognition of Slovenian and Croatian independence, other Western powers

lined up opportunistically with the anti-Serb position. The United States soon moved aggressively into the game by picking its own client state – Muslim Bosnia – out of the ruins.

Foreign news has always been much easier to distort than domestic news. Television coverage simply makes the distortion more convincing. TV crews sent into strange places about which they know next to nothing, send back images of violence that give millions of viewers the impression that "everybody knows what is happening". Such an impression is worse than plain ignorance.

Today, worldwide media such as CNN openly put pressure on governments to respond to the "public opinion" which the media themselves create. Christiane Amanpour tells the U.S. and European Union what they should be doing in Bosnia; to what extent this is coordinated with U.S. agencies is hard to tell. Indeed, the whole question of which tail wags the dog is wide open. Do media manipulate government, does government manipulate media, or are influential networks manipulating both?

Many officials of Western governments complain openly or privately of being forced into unwise policy decisions by "the pressure of public opinion", meaning the media. A particularly interesting testimony in this regard is that of Otto von Habsburg, the extremely active and influential octogenarian heir to the defunct Austro-Hungarian Empire, today member of the European Parliament from Bavaria, who has taken a great and one might say paternal interest in the cause of Croatian independence. "If Germany recognized Slovenia and Croatia so rapidly," Habsburg told the Bonn correspondent of the French daily *Figaro* [16], "even against the will of [then German foreign minister] Hans-Dietrich Genscher who did not want to take that step, it's because the Bonn government was subjected to an almost irresistible pressure of public opinion. In this regard, the German press rendered a very great service, in particular the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* and Carl Gustav Ströhm, that great German journalist who works for *Die Welt*."

Still, the virtually universal acceptance of a one-sided view of Yugoslavia's collapse cannot be attributed solely to political designs or to sensationalist manipulation of the news by major media. It also owes a great deal to the ideological uniformity prevailing among educated liberals who have become the consensual moral conscience in Northwestern Euro-American society since the end of the Cold War.

Down With the State

This ideology is the expression in moralistic terms of the dominant project for reshaping the world since the United States emerged as sole superpower after

the defeat of communism and collapse of the Soviet Union. United States foreign policy for over a century has been dictated by a single overriding concern: to open world markets to American capital and American enterprise. Today this project is triumphant as "economic globalization". Throughout the world, government policies are judged, approved or condemned decisively not by their populations but by "the markets", meaning the financial markets. Foreign investors, not domestic voters, decide policy. The International Monetary Fund and other such agencies are there to help governments adjust their policies and their societies to market imperatives.

The shift of decision-making power away from elected governments, which is an essential aspect of this particular "economic globalization", is being accompanied by an ideological assault on the nation-state as a political community exercising sovereignty over a defined territory. For all its shortcomings, the nation-state is still the political level most apt to protect citizens' welfare and the environment from the destructive expansion of global markets. Dismissing the nation-state as an anachronism, or condemning it as a mere expression of "nationalist" exclusivism, overlooks and undermines its long-standing legitimacy as the focal point of democratic development, in which citizens can organize to define and defend their interests.

The irony is that many well-intentioned idealists are unwittingly helping to advance this project by eagerly promoting its moralistic cover: a theoretical global democracy that should replace attempts to strengthen democracy at the supposedly obsolete nation-state level.

Within the United States, the link between anti-nation-state ideology and economic globalization is blurred by the double standard of U.S. leaders who do not hesitate to invoke the supremacy of U.S. "national interest" over the very international institutions they promote in order to advance economic globalization. This makes it seem that such international institutions are a serious obstacle to U.S. global power rather than its expression. However, the United States has the overall military and political power to design and control key international institutions (e.g., the IMF, the World Trade Organization, and the International Criminal Tribunal for Former Yugoslavia), as well as to undermine those it dislikes (UNESCO when it was attempting to promote liberation of media from essentially American control) or to flout international law with impunity (notably in its Central American "back yard"). Given the present relationship of forces, weakening less powerful nation-states cannot strengthen international democracy, but simply tighten the grip of transnational capital and the criminal networks that flourish in an environ-

ment of lawless acquisition.

There is no real contradiction between asserting the primacy of U.S. interests and blasting the nation-state barriers that might allow some organized defense of the interests of other peoples. But impressed by the apparent contradiction, some American liberals are comforted in their belief that nationalism is the number one enemy of mankind whereas anything that goes against it is progressive.

Indeed, an important asset of the anti-nation-state ideology is its powerful appeal to many liberals and progressives whose internationalism has been disoriented by the collapse of any discernable socialist alternative to capitalism and by the disarray of liberation struggles in the South of the planet.

In the absence of any clear analysis of the contemporary world, the nation-state is readily identified as the cause of war, oppression and violations of human rights. In short, the only existing context for institutionalized democracy is demonized as the mere expression of a negative, exclusive ideology, "nationalism". This contemporary libertarian view overlooks both the persistence of war in the absence of strong States and the historic function of the nation state as framework for the social pact embodied in democratic forms of legislative decision-making.

Condemnation of the nation state in a structuralist rather than historical perspective produces mechanical judgments. What is smaller than the nation state, or what transcends the nation state, must be better. On the smaller scale, "identities" of all kinds, or "regions", generally undefined, are automatically considered more promising by much of the current generation. On the larger scale, the hope for democracy is being transferred to the European Union, or to international NGOs, or to theoretical institutions such as the proposed International Criminal Court. In the enthusiasm for an envisaged global utopia, certain crucial questions are being neglected, notably: Who will pay for all this? How? Who will enforce which decisions? Until such practical matters are cleared up, brave new institutions such as the ICC risk being no more than further instruments of selective intervention against weaker countries. But the illusion persists that structures of international democracy can be built over the heads of States that are not themselves genuinely supportive of such democracy.

The simplistic interpretation of the Yugoslav crisis as Serbian "aggression" against peaceful multi-cultural Europe, is virtually unassailable because it is not only credible according to this ideology but seems to confirm it.

It was this ideology that made it possible for the Croatian, Slovenian and Albanian secessionists and their supporters in Germany and the United States in particular to portray the Yugoslav conflict as the

struggle of "oppressed little nations" to free themselves from aggressive Serbian nationalism. In fact, those "little nations" were by no means oppressed in Yugoslavia. Nowhere in the world were and are the cultural rights of national minorities so extensively developed as in Yugoslavia (including the small Yugoslavia made up of Serbia and Montenegro). Politically, not only was Tito himself a Croat and his chief associate, Edvard Kardelj, a Slovene, but a "national key" quota system was rigorously applied to all top posts in the Federal Administration and Armed Forces. The famous "self-management socialism" gave effective control over economic enterprises to Slovenians in Slovenia, Croats in Croatia and ethnic Albanians in Kosovo. The economic gap between the parts of Yugoslavia which had previously belonged to the Austro-Hungarian Empire, that is, Slovenia, Croatia and Serbia's northern province of Voivodina, on the one hand, and the parts whose development had been retarded by Ottoman rule (central Serbia, the Serbian province of Kosovo, Bosnia-Herzegovina, and Macedonia) continued to widen throughout both the first and second Yugoslavia. The secession movement in Slovenia was a typical "secession of the rich from the poor" (comparable to Umberto Bossi's attempt to detach rich Northern Italy from the rest of the country, in order to avoid paying taxes for the poor South). In Croatia, this motivation was combined with a comeback of Ustashe elements which had gone into exile after World War II.

The nationalist pretext of "oppression" was favored by the economic troubles of the 1980s, which led leaders in each Republic to blame the others, and to overlook the benefits of the larger Federal market for all the Republics. The first and most virulent nationalist movements arose in Croatia and Kosovo, where separatism had been favored by Axis occupation of the Balkans in World War II. It was only in the 1980s that a much milder Serbian nationalist reaction to economic troubles provided the opportunity for all the others to pinpoint the universal scapegoat: Serbian nationalism. Western public opinion, knowing little of Yugoslavia and thinking in terms of analogies with more familiar situations, readily sympathized with Slovenian and Croatian demands for independence. In reality, international law interprets "self-determination" as the right to secede and form an independent State only in certain (mostly colonial) circumstances, none of which applied to Slovenia and Croatia [17].

All these facts were ignored by international media. Appeals to the dominant anti-State ideology led to frivolous acceptance in the West of the very grave act of accepting the unnegotiated breakup of an existing nation, Yugoslavia, by interpreting ethnic secession as a proper form of "self-determination", which

it is not. There is no parallel in recent diplomatic annals for such an irresponsible act, and as a precedent it can only promise endless bloody conflict around the world.

The New World Order

In fact, the breakup of Yugoslavia has served to discredit and further weaken the United Nations, while providing a new role for an expanding NATO. Rather than strengthening international order, it has helped shift the balance of power within the international order toward the dominant nation states, the United States and Germany. If somebody had announced in 1989 that, well, the Berlin Wall has come down, now Germany can unite and send military forces back into Yugoslavia -- and what is more in order to enforce a partition of the country along similar lines to those it imposed when it occupied the country in 1941 -- well, quite a number of people might have raised objections. However, that is what has happened, and many of the very people who might have been expected to object most strongly to what amounts to the most significant act of historical revisionism since World War II have provided the ideological cover and excuse.

Perhaps dazed by the end of the Cold War, much of what remains of the left in the early nineties abandoned its critical scrutiny of the geostrategic Realpolitik underlying great power policies in general and U.S. policy in particular and seemed to believe that the world henceforth was determined by purely moral considerations.

This has much to do with the privatization of "the left" in the past twenty years or so. The United States has led the way in this trend. Mass movements aimed at overall political action have declined, while single-issue movements have managed to continue. The single-issue movements in turn engender non-governmental organizations (NGOs) which, because of the requirements of fund-raising, need to adapt their causes to the mood of the times, in other words, to the dominant ideology, to the media. Massive fund-raising is easiest for victims, using appeals to sentiment rather than to reason. Greenpeace has found that it can raise money more easily for baby seals than for combatting the development of nuclear weapons. This fact of life steers NGO activity in certain directions, away from political analysis toward sentiment. On another level, the NGOs offer idealistic internationalists a rare opportunity to intervene all around the world in matters of human rights and human welfare.

And herein lies a new danger. Just as the "civilizing mission" of bringing Christianity to the heathen provided a justifying pretext for the imperialist conquest of Asia and Africa in the past, today the protection of

"human rights" may be the cloak for a new type of imperialist military intervention worldwide.

Certainly, human rights are an essential concern of the left. Moreover, many individuals committed to worthy causes have turned to NGOs as the only available alternative to the decline of mass movements -- a decline over which they have no control. Even a small NGO addressing a problem is no doubt better than nothing at all. The point is that great vigilance is needed, in this as in all other endeavors, to avoid letting good intentions be manipulated to serve quite contrary purposes.

In a world now dedicated to brutal economic rivalry, where the rich get richer and the poor get poorer, human rights abuses can only increase. From this vast array of man's inhumanity to man, Western media and governments are unquestionably more concerned about human rights abuses that obstruct the penetration of transnational capitalism, to which they are organically linked, than about, say, the rights of Russian miners who have not been paid for a year. Media and government selectivity not only encourages humanitarian NGOs to follow their lead in focusing on certain countries and certain types of abuses, the case by case approach also distracts from active criticism of global economic structures that favor the basic human rights abuse of a world split between staggering wealth and dire poverty.

Cuba is not the only country whose "human rights" may be the object of extraordinary concern by governments trying to replace local rulers with more compliant defenders of transnational interests. Such a motivation can by no means be ruled out in the case of the campaign against Serbia [18]. In such situations, humanitarian NGOs risk being cast in the role of the missionaries of the past - sincere, devoted people who need to be "protected", this time by NATO military forces. The Somali expedition provided a rough rehearsal (truly scandalous if examined closely) for this scenario. On a much larger scale, first Bosnia, then Kosovo, provide a vast experimental terrain for cooperation between NGOs and NATO.

There is urgent need to take care to preserve genuine and legitimate efforts on behalf of human rights from manipulation in the service of other political ends. This is indeed a delicate challenge.

NGOs and NATO, Hand In Hand

In former Yugoslavia, and especially in Bosnia-Herzegovina, Western NGOs have found a justifying role for themselves alongside NATO. They gain funding and prestige from the situation. Local employees of Western NGOs gain political and financial advantages over other local people, and "democracy" is not the people's choice but whatever meets with approval of outside donors. This breeds arrogance among the

outside benefactors, and cynicism among local people, who have the choice between opposing the outsiders or seeking to manipulate them. It is an unhealthy situation, and some of the most self-critical are aware of the dangers [19].

Perhaps the most effectively arrogant NGO in regard to former Yugoslavia is the Vienna office of Human Rights Watch/Helsinki. On September 18, 1997, that organization issued a long statement announcing in advance that the Serbian elections to be held three days later "will be neither free nor fair". This astonishing intervention was followed by a long list of measures that Serbia and Yugoslavia must carry out "or else", and that the international community must take to discipline Serbia and Yugoslavia. These demands indicated an extremely broad interpretation of obligatory standards of "human rights" as applied to Serbia, although not, obviously to everybody else, since they included new media laws drafted "in full consultation with the independent media in Yugoslavia" as well as permission meanwhile to all "unlicensed but currently operating radio and television stations to broadcast without interference" [20].

Human Rights Watch/Helsinki concluded by calling on the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE) to "deny Yugoslavia readmission to the OSCE until there are concrete improvements in the country's human rights record, including respect for freedom of the press, independence of the judiciary and minority rights, as well as cooperation with the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia".

As for the demand to "respect freedom of the press", one may wonder what measures would satisfy HRW, in light of the fact that press freedom already exists in Serbia to an extent well beyond that in many other countries not being served with such an ultimatum. There exist in Serbia quite a range of media devoted to attacking the government, not only in Serbo-Croatian but also in Albanian. As of June 1998, there were 2,319 print publications and 101 radio and television stations in Yugoslavia, over twice the number that existed in 1992. Belgrade alone has 14 daily newspapers. Six state-supported national dailies have a joint circulation of 180,000, compared to around 350,000 for seven leading opposition dailies [21].

Moreover, the judiciary in Serbia is certainly no less independent than in Croatia or Muslim Bosnia, and almost certainly much more so. As for "minority rights", it would be hard to find a country anywhere in the world where they are better protected in both theory and practice than in Yugoslavia [22].

For those who remember history, the Human Rights Watch/Helsinki ultimatum instantly brings to mind the ultimatum issued by Vienna to Belgrade after the Sarajevo assassination in 1914 as a pretext for the

Austrian invasion which touched off World War I. The Serbian government gave in to all but one of the Habsburg demands, but was invaded anyway [23].

The hostility of this new Vienna power, the International Helsinki Federation for Human Rights, toward Serbia, is evident in all its statements, and in those of its executive director, Aaron Rhodes. In a recent column for the International Herald Tribune, he wrote that Albanians in Kosovo "have lived for years under conditions similar to those suffered by Jews in Nazi-controlled parts of Europe just before World War II. They have been ghettoized. They are not free, but politically disenfranchised and deprived of basic civil liberties". The comparison could hardly be more incendiary, but the specific facts to back it up are absent. They are necessarily absent, since the accusation is totally false. Ethnic Albanians in Kosovo have never been "politically disenfranchised", and even Western diplomats have at times urged them to use their right to vote in order to deprive Milosevic of his electoral majority. But nationalist leaders have called for a boycott of Serbian elections since 1981 -- well before Milosevic came on the scene -- and ethnic Albanians who dare take part in legal political life are subject to intimidation and even murder by nationalist Albanian gunmen [24].

In order to gain international support, inflammatory terms such as "ghetto" and "apartheid" are used by the very Albanian nationalist leaders who have created the separation between populations by leading their community to boycott all institutions of the Serbian State in order to create a de facto secession. Not only elections and schools, but even the public health service has been boycotted, to the detriment of the health of Kosovo Albanians, especially the children [25].

Human Rights Watch's blanket condemnation of a government which, like it or not, was elected, in a country whose existence is threatened by foreign-backed secessionist movements, contrasts sharply with the traditional approach of the senior international human rights organization, Amnesty International.

What can be considered the traditional Amnesty International approach consists broadly in trying to encourage governments to enact and abide by humanitarian legal standards. It does this by calling attention to particular cases of injustice. It asks precise questions that can be answered precisely. It tries to be fair. It is no doubt significant that Amnesty International is a grassroots organization, which operates under the mandate of its contributing members, and whose rules preclude domination by any large donor. In the case of Yugoslavia, the Human Rights Watch/Helsinki approach differs fundamentally from that of Amnesty International in that it clearly aims not at

calling attention to specific abuses that might be corrected, but at totally condemning the targeted State. By the excessive nature of its accusations, it does not ally with reformist forces in the targeted country so much as it undermines them. Its lack of balance, its rejection of any effort at remaining neutral between conflicting parties, encourages disintegrative polarization rather than reconciliation and mutual understanding. For example, in its reports on Kosovo, Amnesty International considers reports of abuses from all sides and tries to weigh their credibility, which is difficult but necessary, since the exaggeration of human rights abuses against themselves is regularly employed by Albanian nationalists in Kosovo as a means to win international support for their secessionist cause [26]. Human Rights Watch, in contrast, by uncritically endorsing the most extreme anti-Serb reports and ignoring Serbian sources, helps confirm ethnic Albanians in their worst fantasies, while encouraging them to demand international intervention on their behalf rather than seek compromise and reconciliation with their Serbian neighbors. HRW therefore contributes, deliberately or inadvertently, to a deepening cycle of violence that eventually may justify, or require, outside intervention.

This is an approach which, like its partner, economic globalization, breaks down the defenses and authority of weaker States. It does not help to enforce democratic institutions at the national level. The only democracy it recognizes is that of the "international community", which is summoned to act according to the recommendations of Human Rights Watch. This "international community", the IC, is in reality no democracy. Its decisions are formally taken at NATO meetings. The IC is not even a "community"; the initials could more accurately stand for "imperialist condominium", a joint exercise of domination by the former imperialist powers, torn apart and weakened by two World Wars, now brought together under US domination with NATO as their military arm. Certainly there are frictions between the members of this condominium, but so long as their rivalries can be played out within the IC, the price will be paid by smaller and weaker countries.

Media attention to conflicts in Yugoslavia is sporadic, dictated by Great Power interests, lobbies, and the institutional ambitions of "non-governmental organizations" -- often linked to powerful governments -- whose competition with each other for financial support provides motivation for exaggerating the abuses they specialize in denouncing.

Yugoslavia, a country once known for its independent approach to socialism and international relations, economically and politically by far the most liberal country in Eastern Central Europe, has already been torn apart by Western support to secessionist move-

ments. What is left is being further reduced to an ungovernable chaos by a continuation of the same process. The emerging result is not a charming bouquet of independent little ethnic democracies, but rather a new type of joint colonial rule by the international community, enforced by NATO.

FOOTNOTES

Diana Johnstone was the European editor of *In These Times* from 1979 to 1990, and press officer of the Green group in the European Parliament from 1990 to 1996. She is author of *The Politics of Euromissiles: Europe in America's World* (Verso/Schocken, 1984) and is currently working on a book on the former Yugoslavia. This article is an expanded version of a talk given on May 25, 1998, at an international conference on media held in Athens, Greece.

1) "The Creeping Trend to Re-Balkanization", In *These Times*, 3-9 October 1984, p.9.

2) "We Are All Serbo-Croats", In *These Times*, 3 May 1993, p.14.

3) "Ethnically defined" because, despite the argument accepted by the international community that it was the Republics that could invoke the right to secede, all the political arguments surrounding recognition of independent Slovenia and Croatia dwelt on the right of Slovenes and Croats as such to self-determination.

4) See Svetozar Stojanovic, "The Destruction of Yugoslavia", *Fordham International Law Journal*, Volume 19, Number 2, December 1995, pp 341-3.

5) For an excellent and detailed account of the economic and constitutional factors leading to the breakup of Yugoslavia, see Susan Woodward, *Balkan Tragedy*, Brookings Institution, 1995.

6) Recognition of the internal administrative borders between the Republics as "inviolable" international borders was in effect a legal trick, contrary to international law, which turned the Yugoslav army into an "aggressor" within the boundaries its soldiers had sworn to defend, and which transformed the Serbs within Croatia and Bosnia, who opposed secession from their country, Yugoslavia, into secessionists. This recognition flagrantly violated the principles of the 1975 Final Act (known as the Helsinki Accords) of the Conference on, now Organization for, Security and Cooperation in Europe (CSCE), notably the territorial integrity of States and nonintervention in internal affairs. Truncated Yugoslavia was thereupon expelled from the OSCE in 1992, sparing its other members from having to hear Belgrade's point of view. Indeed, the sanctions against Yugoslavia covered culture and sports, thus eliminating for several crucial years any opportunity for Serbian Yugoslavs to take part in international forums and events where the one-sided view of "the Serbs" presented by their adversaries might have been challenged.

7) In Washington, the campaign on behalf of Albanian separatists in Kosovo was spearheaded by Representative Joe DioGuardi of New York, who after losing his Congressional seat has continued his lobbying for the cause. An early and influential convert to the cause was Senator Robert Dole. In Germany, the project for the political unification of all Croatian nationalists, both communist and Ustashe, with the aim of seceding and establishing "Greater Croatia", was followed closely and sympathetically by the Bundesnachrichtendienst (BND), West Germany's CIA, which hoped to gain its own sphere of influence on the Adriatic from the breakup of Yugoslavia. The nationalist unification, which eventually brought former communist general Franjo Tudjman to power in

Zagreb with the support of the Ustashe diaspora, got seriously underway after Tito's death in 1980, during the years when Bonn's current foreign minister, Klaus Kinkel, was heading the BND. See Erich Schmidt-Eenboom, *Der Schattenkrieger: Klaus Kinkel und der BND*, ECON Verlag, Düsseldorf, 1995.

8) This point is developed by Wolfgang Pohrt, "Entscheidung in Jugoslawien", in *Bei Andruck Mord: Die deutsche Propaganda und der Balkankrieg*, edited by Wolfgang Schneider, Konkret, Hamburg, 1997. A sort of climax was reached with the 8 July 1991 cover of the influential weekly *Der Spiegel*, depicting Yugoslavia as a "prison of peoples" with the title "Serb Terror".

9) The slogan was immortalized in the 1919 play by Austrian playwright Karl Kraus, "Die letzten Tage der Menschheit".

10) Albanians in Albania and in Yugoslavia call themselves "Shqiptare" but recently have objected to being called that by others. "Albanians" is an old and accepted term. Especially when addressing international audiences in the context of the separatist cause, Kosovo Albanians prefer to call themselves "Kosovars", which has political implications. Logically, the term should apply to all inhabitants of the province of Kosovo, regardless of ethnic identity, but by appropriating it for themselves alone, the Albanian "Kosovars" imply that Serbs and other non-Albanians are intruders. This is similar to the Muslim party's appropriation of the term "Bosniak", which implies that the Muslim population of Bosnia-Herzegovina is more indigenous than the Serbs and Croats, which makes no sense, since the Bosnian Muslims are simply Serbs and Croats who converted to Islam after the Ottoman conquest.

11) The role of the Washington public relations firm, Ruder Finn, is by now well-known, but seems to have raised few doubts as to the accuracy of the anti-Serb propaganda it successfully diffused. See especially: Jacques Merlino, *Les VÉRITÉS yougoslaves ne sont pas toutes bonnes à dire*, Albin Michel, Paris, 1993; and Peter Brock, "Dateline Yugoslavia: The Partisan Press", *Foreign Policy* #93, Winter 1993-94.

12) No one denies that many rapes occurred during the civil wars in Croatia and Bosnia-Herzegovina, or that rape is a serious violation of human rights. So is war, for that matter. From the start, however, inquiry into rape in Bosnia-Herzegovina focused exclusively on accusation that Serbs were raping Muslim women as part of a deliberate strategy. The most inflated figures, freely extrapolated by multiplying the number of known cases by large factors, were readily accepted by the media and international organizations. No interest was shown in detailed and documented reports of rapes of Serbian women by Muslims or Croats." The late Nora Beloff, former chief political correspondent of the *London Observer*, described her own search for verification of the rape charges in a letter to *The Daily Telegraph* (January 19, 1993). The British Foreign Office conceded that the rape figures being bandied about were totally uncorroborated, and referred her to the Danish government, then chairing the European Union. Copenhagen agreed that the reports were unsubstantiated, but kept repeating them. Both said that the EU had taken up the "rape atrocity" issue at its December 1992 Edinburgh summit exclusively on the basis of a German initiative. In turn, Fran Wild, in charge of the Bosnian Desk in the German Foreign Ministry, told Ms Beloff that the material on Serb rapes came partly from the Izetbegovic government and partly from the Catholic charity Caritas in Croatia. No effort had been made to seek corroboration from more impartial sources. Despite the absence of solid and comprehensive information, a cottage industry has since developed around the theme. See: Norma von Ragenfeld-Feldman, "The Victimization of Women: Rape and the Reporting of Rape in Bosnia-Herzegovina, 1992-1993", *Dialogue*, No 21, Paris, March 1997; and Diana Johnstone, "Selective Justice in The Hague", *The Nation*, September 22, 1997, pp 16-21.

13) See Peter Brock, *op.cit.* See also, Diana Johnstone, *op.cit.* A *Witness to Genocide* by Roy Gutman was published by Macmillan,

1993.

14) Martin Lettmayer, "Da wurde einfach geglaubt, ohne nachzufragen", in *Serbien muss sterben: Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg*, edited by Klaus Bittermann, Tiamat, Berlin, 1994.

15) Interview with Georges Berghezan, 22 October 1997.

16) Jean-Paul Picaper, *Otto de Habsbourg: Mémoires d'Europe*, Criterion, Paris, 1994, pp 209-210.

17) See: Barbara Delcourt & Olivier Corten, *Ex-Yougoslavie: Droit International, Politique et Idéologies*, Editions Bruylant, Editions de l'Université de Bruxelles, 1997. The authors, specialists in international law at the Free University of Brussels, point out that there was no basis under international law for the secession of the Yugoslav Republics. The principle of "self-determination" was totally inapplicable in those cases.

18) The matter is complex and far from transparent, but there is some grounds to believe that both the Western hostility to and Serbian voters' support for Slobodan Milosevic and his ruling Serbian Socialist Party, is the fact that his government has been slow to privatize "social property" using the same drastic methods of "shock treatment" applied in other former socialist countries.

19) From his experience in Zagreb, British sociologist Paul Stubbs has written critically about "Humanitarian Organizations and the Myth of Civil Society" (*ArkZin*, no 55, Zagreb, January 1996): "Particularly problematic is the assertion that NGO's are 'non-political' or 'neutral' and, hence, more progressive than governments which have vested interests and a political 'axe to grind'. [...] This 'myth of neutrality' might, in fact, hide the interests of a 'globalized new professional middle class' eager to assert its hegemony in the aid and social welfare market place. [...] The creation of a 'globalised new professional middle class' who, regardless of their country of origin, tend to speak a common language and share common assumptions, seems to be a key product of the 'aid industry'. In fact, professional power is reproduced through claims to progressive alliance with social movements and the civil society whereas, in fact, the shift towards NGO's is part of a new residualism in social welfare which, under the auspices of financial institutions such as the World Bank and the International Monetary Fund, challenges the idea that states can meet the welfare needs of all. [...] A small number of Croatian psycho-socially oriented NGOs have attained a level of funding, and a degree of influence, which is far in excess of their level of service, number of beneficiaries, quality of staff, and so on, and places them in marked contrast to those providing services in the governmental sector. One Croatian NGO, linked to a US partner organisation, has, for example, received a grant from USAID for over 2 million US dollars to develop a training programme in trauma work. The organisation, the bulk of whose work [...] is undertaken by psychology and social work students, now has prime office space in Zagreb, large numbers of computers and other technical equipment, and is able to pay its staff more than double that which they would obtain in the state sector.

20) At the time, some 400 radio and television stations had been operating in Yugoslavia with temporary licenses or none at all. The vast majority are in Serbia, a country of less than ten million inhabitants on a small territory of only 88,361 square kilometers.

21) Figures from "State Media Circulation Slips", on page 3 of the June 8, 1998 issue of *The Belgrade Times*, an English-language weekly. There is no doubt that press diversity in Serbia has profited from the extremely acrimonious contest between government-backed media (which are not as bad or as uniform as alleged) and opposition media seeking foreign backing. Without this ongoing battle, the government would almost certainly have managed to reduce press pluralism considerably, but it is also fair to point out that the champions of independent media need to keep exaggerating the perils of their situation in order to attract ongoing financial

backing from the West, notably from the European Union and the Soros Foundation. Private foreign capital is also present: the relatively mass circulation tabloid *Blic* is German-owned.

22) Serbia is constitutionally defined as the nation of all its citizens, and not "of the Serbs" (in contrast to constitutional provisions of Croatia and Macedonia, for instance). In addition, the 1992 Constitution of the Federal Republic of Yugoslavia (Serbia and Montenegro) as well as the Serbian Constitution guarantee extensive rights to national minorities, notably the right to education in their own mother tongue, the right to information media in their own language and the right to use their own language in proceedings before a tribunal or other authority. These rights are not merely formal, but are effectively respected, as is shown by, for instance, the satisfaction of the 400,000-strong Hungarian minority and the large number of newspapers published by national minorities in Albanian, Hungarian and other languages. Romani (Gypsies) are by all accounts better treated in Yugoslavia than elsewhere in the Balkans. Serbia has a large Muslim population of varied nationalities, including refugees from Bosnia and a native Serb population of converts to Islam in Southeastern Kosovo, known as Goranci, whose religious rights are fully respected, and who have no desire to leave Serbia.

23) After obtaining support from Berlin and the Vatican for war against Serbia, Vienna on July 23, 1914, delivered a 48-hour ultimatum to Belgrade containing a list of ten demands, of which the Serbian government accepted all but one: participation of Austrian officials in suppressing anti-Austrian movements on Serbian territory. This refusal was the official reason for Austria's declaration of war on July 28, 1914, which began World War I. See Ralph Hartmann, *Die ehrlichen Makler*, Dietz, Berlin, 1998, pp.31-33. Hartmann, who was East German ambassador to Yugoslavia from 1982 to 1988, sees German policy toward Yugoslavia as a relentless revenge against the Serbs for the events of 1914 which led to the destruction of the Austro-Hungarian Empire.

24) The March 24, 1998 report of the International Crisis Group entitled "Kosovo Spring" notes that: "In many spheres of life, including politics, education and health-care, the boycott by Kosovars of the Yugoslav state is almost total." In particular, "Kosovars refuse to participate in Serbian or Yugoslav political life. The leading Yugoslav political parties all have offices in Kosovo and claim some Kosovar members, but essentially they are 'Serb-only' institutions. In 1997 several Kosovars accused of collaborating with the enemy [i.e., the Serbian State] were attacked, including Chamijl Gasi, head of the Socialist Party of Serbia in Glogovac, and a deputy in the Yugoslav Assembly's House of Citizens, who was shot and wounded in November. The lack of interest of Serb political parties in wooing Kosovars is understandable. Kosovars have systematically boycotted the Yugoslav and Serbian elections since 1981, considering them events in a foreign country." The ICG, while scarcely pro-Serb in its conclusions, nevertheless provides information neglected by mainstream media. This is perhaps because the ICG addresses its findings to high-level decision-makers who need to be in possession of a certain number of facts, rather than to the general public. Gasi was not the only target of Albanian attacks on fellow Albanians in the Glogovac municipal district, situated in the Drenica region which the "Kosovo Liberation Army" (UCK) tried to control in early 1998. Others included forester Mujo Sejdi, 52, killed by machinegun fire near his home on January 12, 1998; postman Mustafa Kurtaj, 26, killed on his way to work by a group firing automatic rifles; factory guard Rusdi Ladrovci, ambushed and killed with automatic weapons apparently after refusing to turn over his official arm to the UCK; among others. On April 10, 1998, men wearing camouflage uniforms and insignia of the Army of Albania fired automatic weapons at a passenger car carrying four ethnic Albanian officials of the Socialist Party of Serbia including Gugna Adem, President of the Suva Reka Municipal Board, who was gravely injured; and

Ibro Vait, member of the National Assembly of the Republic of Serbia and President of the SPS district board in the city of Prizren. Numerous such attacks have been reported by the Yugoslav news agency Tanjug, but Western media have shown scant interest in the fate of ethnic Albanians willing to live with Serbs in a multi-ethnic Serbia.

25) In March 1990, during a regular official vaccination program, rumors were spread that Serb health workers had poisoned over 7,000 Albanian children by injecting them with nerve gas. There was never any proof of this, no child was ever shown to suffer from anything more serious than mass hysteria. This was the signal for a boycott of the Serbian public health system. Ethnic Albanian doctors and other health workers left the official institutions to set up a parallel system, so vastly inferior that preventable childhood diseases reached epidemic proportions. In September 1996, WHO and Unicef undertook to assist the main Kosovar parallel health system, named "Mother Theresa" after the world's most famous ethnic Albanian, a native of Macedonia, in vaccinating 300,000 children against polio. The worldwide publicity campaign around this large-scale immunization program failed to point out that the same service had long been available to those children from the official health service of Serbia, systematically boycotted by Albanian parents. Currently, the parallel Kosovar system employs 239 general practitioners and 140 specialists, compared to around 2,000 physicians employed by the Serbian public health system there. Serbs point out that many ethnic Albanians are sensible enough to turn to the government health system when they are seriously ill. According to official figures, 64% of the official Serbian system's health workers and 80% of its patients in Kosovo are ethnic Albanian. It is characteristic of the current age of privatization that the "international community" is ready to ignore a functioning government service and even contribute to a politically-inspired effort to bypass and ultimately destroy it. But then, Kosovo Albanian separatists, aware of the taste of the times, like to speak of Kosovo itself as a "non-governmental organization". These facts are contained in the "Kosovo Spring" report of the International Crisis Group.

26) The ICG "Kosovo Spring" report noted that the two main Kosovar human rights groups, Keshelli and the Helsinki Committee, closely linked to nationalist separatist leaders, "provide statistical data on 'total' human rights violations, but their accounting system is misleading. For instance, of the 2,263 overall cases of 'human rights violations' in the period from July to September 1997, they cite three murders, three 'discriminations based on language...' and 149 'routine checkings'. By collating minor and major offences under the same heading, the statistics fail to give a fair representation of the situation. Kosovars further lose credibility by exaggerating repression when speaking to foreign visitors."

Arbeiterklasse und Nationalismus in Jugoslawien

aus der Wildcat 61

Ende der 80er Jahre war ich mehrmals in Jugoslawien, auch in Vukovar... Von »ethnischen Konflikten« redete damals niemand. Der Krieg hat all das verändert. Ich habe seit Beginn des Krieges nach Material gesucht, um zu verstehen, was passiert: Es ist schwer, sich durch die Bücher, Zeitschriften und Infos durchzufinden. Das meiste, was hier in den Massenmedien kommt, ist parteiisch gegen »die Serben«, für Kriegseinsätze des Westens (als WEU, NATO oder UNO) und eine deutsche Beteiligung daran und vertritt mehr oder weniger offen die Interessen eines deutschen Imperialismus, der gerade seine Rolle in Europa neu definiert. Anderes Material ist ergiebiger für das Verständnis der historischen Hintergründe der heutigen Entwicklungen und des Jugoslawismus. Der Artikel versucht, aus diesem Material Thesen zu formulieren: Als in Jugoslawien die kapitalistische Entwicklung blockiert war, wurden Arbeiterkämpfe in nationalistische Mobilisierungen umgedreht. Wie konnte das geschehen? Die Antwort auf diese Frage ist ein Schlüssel zum Verständnis der jetzigen Situation in Jugoslawien. Noch viel mehr interessiert uns natürlich die Frage, wie die Entwicklung eine andere Richtung bekommen könnte, wie sich die Logik des Massakers, der Vergewaltigungen, des Hasses zwischen »ethnischen Gruppen« und schließlich der internationalen Militäreinsätze stoppen läßt. Es wäre vermessen, wenn wir so täten, als hätten wir auf diese Fragen eine Antwort.

Jugoslawien - Experimentierfeld für die militärische Form der Neuordnung

Der Krieg in Jugoslawien ist sehr spezifisch in seinen Ursachen und seinen Abläufen. Trotzdem handelt es sich nicht einfach um einen »lokalen Bürgerkrieg«. Von den beteiligten Kräften und von den Interessen her, die in und mit diesem Krieg verfolgt werden, ist es ein internationaler Konflikt. International werden auch seine Auswirkungen sein. Hier werden Weichen gestellt für die kommenden Entwicklungen. Hier funktioniert der Übergang zur Marktwirtschaft nicht friedlich, hier gibt es massive »Transformationsprobleme«, hier muß die Neuordnung militärisch durchgesetzt werden.

Bis zur Wende in den sozialistischen Staaten war das jugoslawische Regime ein Modell, das vom Westen unterstützt wurde. In der Zeit der »Blockkonfrontation« bis 1989 stellte es eine mögliche ökonomische Alternative zu den staatskapitalistischen Regimes im Osten dar. Nach der Wende fiel diese internationale Funktion Jugoslawiens weg und damit das Interesse am Erhalt dieses Systems, bzw.

es entstand sogar ein Interesse an der Zerstörung der bisherigen Ordnung. Diese wurde vom Westen - die BRD allen voran - mit diplomatischen, finanziellen und - auch damals schon - militärischen Mitteln forciert. An vielen einzelnen politischen Manövern kann man deutlich erkennen, wie westliche Regierungen den Konflikt angeheizt haben. Beispielsweise Genschers Ermunterung der kroatischen Nationalisten: Er tönte sinngemäß, die BRD würde Kroatien anerkennen, wenn das Blutvergießen weiterginge. Ein eindeutiges Signal an die militanten Nationalisten, ihre Aktionen zu intensivieren, was auch prompt geschah. Die scheinbaren Widersprüche etwa zwischen der Balkanpolitik der USA und der BRD entpuppen sich im Ergebnis für die jugoslawische Bevölkerung als geschickt dosierte arbeitsteilige Kriegstreiberei.

Der Westen wollte offensichtlich die Eskalation der vorhandenen Konflikte zum Krieg.

So kann es nicht um die Frage gehen, ob die UN militärisch interveniert oder nicht; die Frage ist, ob der Westen seine Intervention ausweitet.

Vieles deutet darauf hin; auch darauf, daß sich der Konflikt noch einige Zeit - vielleicht Jahre - hinzieht, daß vielleicht sogar ein permanenter regional begrenzter Kriegszustand aufrechterhalten wird, der mal auf »Sparflamme« gehalten und bei Bedarf wieder hochgekocht wird.

Der Jugoslawien-Krieg ist eine militärische Form der Neuordnung, deren Auswirkungen weit über das Territorium des ehemaligen Jugoslawiens rausgehen. Jugoslawien ist - wenn auch nicht Modell für die Entwicklung in der GUS - so doch Experimentierfeld für die Ukraine, Rußland und Aserbaidschan.

Die zweite Remilitarisierung Deutschlands

Der Jugoslawien-Krieg wird benutzt, um die deutsche Öffentlichkeit auf Kriegskurs zu trimmen. Auf der technischen Ebene ist die Umstrukturierung der Bundeswehr für ihr »neues Aufgabenprofil«, sprich die Aufstellung von Schnell-Interventionseinheiten, längst im Gange. Auf der politischen Ebene werden die Gesetze den neuen Anforderungen angepaßt. Das größte Problem bleibt aber die Remilitarisierung der Köpfe. Auf dieser Ebene sind die Herrschenden im letzten halben Jahr ein gutes Stück vorangekommen. Wir müssen davon ausgehen, daß es momentan sehr wenig Widerstand gegen die »zweite Remilitarisierung« gibt. Zwar steigen die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer und gibt es gerade unter den ArbeiterInnen einen weitverbreiteten Neutralismus à la »Was haben wir dort unten eigentlich verloren«; aber dies ist ein hilfloser Neutralismus/Pazifismus, der,

wenn sich die Situation im Osten zuspitzen sollte, wegkippen wird; der schon jetzt zu schwach ist, um sich seiner Einbindung in die Legitimationsstrategien der Herrschenden zu entziehen.

Seit Beginn des Jugoslawien-Krieges haben wir mit ansehen müssen, wie leicht eine öffentliche Meinung manipulierbar ist. Perfekter noch als im Golfkrieg. Zwar hat mensch auch in den Fernseh-Berichten über Sarajewo als »neueste Eskalation der Kämpfe« seltsamerweise dieselbe Granate an derselben Stelle im selben Hotel einschlagen sehen, wo sie schon in der Woche vorher detoniert war. Aber während im Golfkrieg allen klar war, daß die Filme zensiert waren, kann die Berichterstattung zu Jugoslawien bis jetzt den Anschein des Objektiven unangetastet aufrechterhalten.

Um die Hintergründe des Krieges zu begreifen, müssen wir nicht nur die Fernsehbilder, sondern vor allem die politischen Bilder und Motive, die uns serviert werden, vollständig in Frage stellen. Dieser Artikel kann keine umfassende Analyse des Konflikts in Jugoslawien sein. Wir gehen z.B. nicht ein auf die Politik der imperialistischen Mächte und ihr Interesse am Entstehen und Aufrechterhalten des Krieges, auf die Migrationsbewegungen oder das Phänomen der Banden. Im Zentrum des Artikels steht die Frage, wie die Widersprüche des Klassenkampfes das Erstarken des Nationalismus in Jugoslawien begünstigt haben.

Die Vorkriegszeit: Krise und Arbeiterkämpfe

Die 80er Jahre waren von einer heftigen Krise geprägt. Die neuen Spaltungen, das Aufkommen des Nationalismus und der Zerfall des jugoslawischen Staates sind ohne diese Krisenentwicklung nicht zu verstehen.

Bis Ende der 70er Jahre hatte die jugoslawische Arbeiterklasse ihren Lebensstandard ständig steigern können. Anfang der 80er gingen die Herrschenden zum Gegenangriff über: Die »Austeritätspolitik«, die sich in unzähligen Programmen, Gesetzen und Reformversuchen ausdrückte, sollte die Ansprüche der Menschen begrenzen und zurückschrauben.

Ein wesentlicher Hebel dieses Angriffs war die Inflation, deren Ausmaß folgendes Beispiel illustriert: Bis zu Titos Tod war die größte Banknote der 5 000-Dinar-Schein. Er trägt Titos Bild und wurde von vielen verächtlich »Leiche« genannt. In den 80er Jahren kamen in immer kürzeren Abständen immer größere Scheine raus. 1988 war man beim 50 000-Dinar-Schein angelangt.

Der 20 000er zeigt den bosnischen Bergmann Sirota-novic und wird nur »Sirotank« genannt, was soviel bedeutet wie kleines Waisenkind. Sirotanovic war ein »Held der Arbeit«: Er besiegte sein russisches Pendant Stachanov und hielt den Weltrekord im Kohle-

brechen. 1988 fand eine Zeitung heraus, daß Sirota-novic, inzwischen Rentner, sich von seiner Rente kaum noch ernähren konnte (seine 1,3 Millionen Dinar waren 1989 weniger als 200 Mark wert). Die Verarmung des Staatshelden wurde zum öffentlichen Skandal und war gleichzeitig ein deutliches Symbol für die Krise eines Systems, das bis Anfang der 80er Jahre eine Industrialisierung mit hohen Wachstumsraten und vergleichsweise großen Zugeständnissen an die ArbeiterInnen organisiert hatte.

Im Zuge der Sparpolitik wurden die Preisbindungen und die Subventionierung vieler Waren aufgehoben. Selbst der »Wächter über unseren Lebensstandard«, das »Volksbrot« vom Mehltyp 850, verteuerte sich ständig, allein von März bis Juni 1989 um 655 Prozent, was vor allem die RentnerInnen und Arbeitslosen hart traf. Sie mußten von ihren arbeitenden Familienmitgliedern mitversorgt werden, deren eigene Bedingungen sich innerhalb von zehn Jahren drastisch verschlechtert hatten. Die Löhne sanken von 1978 bis 1988 um etwa 30 Prozent, bezogen auf die Kaufkraft für Grundnahrungsmittel. Nach einer anderen Statistik ist das Realeinkommen der Beschäftigten zwischen 1979 und 1985 um 45 Prozent gesunken¹. Staatliche Statistiken über die Reallohnentwicklung sind immer mit Vorsicht zu genießen, erst recht unter den Bedingungen der Hyperinflation. Ein häufig angewandter Trick war, die Lebenshaltungskosten eines Monats mit einem Lohn zu vergleichen, der - wenn überhaupt - am Anfang des folgenden Monats ausgezahlt wurde, wenn die Lebenshaltungskosten u.U. schon doppelt so hoch waren.

Alle Sparmaßnahmen der Regierung waren unmittelbar mit dem IWF und den westlichen Gläubigerbanken koordiniert.

1970 lag Jugoslawiens Auslandsverschuldung bei 2,2 Mrd. Dollar, zehn Jahre später war sie auf mehr als 17 Mrd. Dollar angestiegen. Zur Verdeutlichung einige Zitate von westlichen »Wirtschaftsexperten«: »Die Situation wurde zugespitzt durch den »2. Ölpreisschock« (1979), die dadurch bedingte Rezession in den westlichen Abnehmerländern und die alle Schuldnerländer überaus empfindlich treffenden Zins-sprünge auf den westlichen Kapitalmärkten.«²

»1980 werden [...] Zweifel an der Bonität Jugoslawiens laut. Die jugoslawische Regierung gerät in Zugzwang. Sie wurde den Erwartungen [des IWF und der Gläubigerstaaten] zunächst gerecht, indem sie im Herbst 1982 ein rigoroses Austerity-Programm einführte. Die Gläubiger gewähren Zahlungsaufschub. [...]

Gelegentlich wird die Ansicht geäußert, die Banken hätten durch ihr Verhalten bis zu einem gewissen Grad die Liquiditätsprobleme erst geschaffen, zu deren Lösung dann spektakuläre internationale Rettungsmaßnahmen erforderlich wurden. Diese Einschätzung

ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen.«³
Kreditgewährungen und Kreditrestriktionen waren der Hebel, um die Ausbeutung zu intensivieren:

»Die Exporte in westliche Industrieländer stiegen bis 1983 um 28%. Doch darf man nicht vergessen, wie dieses günstige Ergebnis zustandekam: Die Exportsteigerungen wurden nicht durch höhere Produktion erzielt, sondern durch Umleitung der Warenströme vom Binnenmarkt in Hartwährungsländer.«⁴

»[...] es besteht weitgehende Einigkeit sowohl der westlichen Partner untereinander als auch mit der jugoslawischen Seite, daß das Zustandekommen und die erfolgreiche Abwicklung des Kreditpakets von der strikten Einhaltung der vom IWF an Jugoslawien ergangenen Richtlinien [Anm.d.V.: Lohnstopp, Preisliberalisierungen, Entlassungen] abhängt. Dieses Maßnahmenbündel scheint mittlerweile so effektiv formuliert und durch vierteljährliche und sogar monatliche Kontrollen - auch der binnenwirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens - in seiner Wirksamkeit abgesichert, daß auf Seiten der westlichen Geschäftsbanken, als Hauptkreditgeber, das nötige Vertrauen wiederhergestellt sein mußte. Der Verweis auf die Auflagen des neutralen IWF dürfte auch der jugoslawischen Regierung die Aufgabe etwas erleichtern, die nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen innenpolitisch durchzusetzen. [...] Die erfahrungsgemäß immer wieder auftauchenden innenpolitischen Probleme dürften nach unserer Meinung im Rahmen des Beherrschbaren bleiben.«⁵

Die Frage ist, inwieweit sich die Regierungen hinter dem »neutralen IWF«, den angeblichen äußeren, finanzpolitischen Sachzwängen und einer nationalistischen Haltung von »Wir sitzen alle in einem Boot gegen das internationale Kapital« verschanzen konnten. Andererseits: Stimmt es, daß viele der Streiks nach 1987 im Bewußtsein der Streikenden auch gegen den IWF gerichtet waren?

Die Beantwortung dieser Fragen ist wichtig, weil die zukünftigen Verhältnisse, unter denen in »Jugoslawien« gelebt und produziert wird, möglicherweise sehr direkt international gesteuert werden. Also Fabriken und Agrarkonzerne unter den Bedingungen der Besatzung und UNPROFOR-Zonen, deren Funktion vielleicht nicht mehr in der Trennung der Bürgerkriegsparteien, sondern in der Absicherung neuer Ausbeutungsverhältnisse gegen die ArbeiterInnen besteht.

Die Arbeiterkämpfe der 80er Jahre

Vor dem Hintergrund der Austerität haben die Arbeiterkämpfe stark zugenommen. Darin liegt einer der wesentlichen Schlüssel zum Verständnis der weiteren Entwicklung.

Wenn der Nationalismus, die Ethnisierungen und die

Spaltungen ausschließlich ein Projekt der Machthaber wären, hätte sich der Konflikt nie derart zugespitzt. Die Milosevic, Tudjman und Seselj aller Republiken und Regionen wären isolierte Demagogen geblieben. Viele Kämpfe und soziale Bewegungen, die zunächst nicht nationalistisch waren, wurden umgedreht oder haben eben sich selbst »umgedreht«. Natürlich haben die Medienpropaganda und die nationalistischen Einpeitscher gewirkt, aber eben auf einem »fruchtbaren Boden« innerhalb der Kämpfe, den entscheidenden Schwachpunkten der Bewegungen, den Keimen des Nationalismus, die sie gewissermaßen in sich trugen. Ab 1988 gibt es hier kein statistisches Material mehr. Im Dezember 1989 sollen in Serbien, Montenegro und Makedonien 650 000 ArbeiterInnen gestreikt haben, im April 1991 allein 700 000 Metall- und TextilarbeiterInnen in Serbien. Es soll sogar nach Beginn des Krieges Streikaktionen gegeben haben, z.B. in der Vojvodina, wo streikende ArbeiterInnen Eisenbahnlinien besetzt haben. Für ein Land im Krieg sind Streiks »Vaterlandsverrat«, in Kroatien genauso wie in Serbien. Es gab Berichte, daß Milosevic die Panzer auf dem Weg zur Front gleichzeitig zur Einschüchterung der Bevölkerung benutzt hat: gegen den »inneren Feind« in der Form rebellischer Belegschaften.

Die Eskalation 1987

Die Streiks in Jugoslawien hatten 1987 eher den Charakter von kurzfristigen und begrenzten Arbeitsniederlegungen. Meistens blieben sie auf wenige Stunden oder höchstens einige Tage begrenzt. Außerdem waren sie stark betriebsbezogen. Anlaß war meist, daß die Löhne zurückgehalten oder nur teilweise ausgezahlt worden waren. Die Streiks wurden in der Regel sehr schnell beendet, indem über die Gewerkschaft und die Institutionen der Arbeiterselbstverwaltung mit dem Management verhandelt wurde, und dieses dann Zugeständnisse machte. Noch Ende 1986 wurde von offizieller Seite betont, die Streiks seien nicht gegen das System gerichtet, sondern das Resultat individueller betrieblicher Probleme. Die Streiks seien nicht etwa paradox (als Streiks gegen den »selbstverwalteten und eigenen« Betrieb), sondern eine Art Korrektiv des Systems der Selbstverwaltung.

Zwei spektakuläre Bewegungen

erschütterten diese Sichtweise und sprengten die bisherigen Formen: der Bergarbeiterstreik in Labin/Istrien im April 1987 und der Textil-, Gummi- und LederarbeiterInnenstreik in Vukovar im Juli 1988. Die Bergwerke in Labin hatten in Jugoslawien eine starke symbolische Bedeutung. 1921 gehörten die

Labiner Bergarbeiter zu den Avantgarden des damaligen Kampfzyklus. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Bergwerk mit pompöser Geste den Arbeitern »überreicht«; ein Mosaik in der Ortsmitte trägt die Aufschrift: »Das Bergwerk gehört uns«.

Der Streik 1987 dauerte für dortige Verhältnisse völlig unüblich 33 Tage.

Auch die Ziele des Streiks gingen über das bislang Übliche raus: Neben einer hundertprozentigen Lohn-erhöhung, was aber angesichts der hohen Inflationsraten in den 80er Jahren nichts besonders Spektakuläres war, forderten sie die Ablösung von Teilen des Managements und der Betriebsgewerkschaftsführung. Die streikenden Bergarbeiter waren hauptsächlich Bosnier. Die bosnischen Arbeiter machten üblicherweise die miesen Jobs und waren außerdem von den traditionellen Verhandlungsmechanismen teilweise ausgeschlossen: zum einen weil sie aus einer anderen Republik kamen, zum anderen, weil die Arbeiterselbstverwaltung insgesamt eine Domäne der höher qualifizierten ArbeiterInnen war. Die bosnischen Bergarbeiter forderten von der Republikgewerkschaft - also vom kroatischen Staat - Kredite für den Wohnungsbau zuhause in Bosnien. Außerdem verlangten sie die Bezahlung der Streiktage, was bis dahin in Jugoslawien nicht üblich war - und auch nicht so nötig, wenn die Streiks nur zwei Stunden oder einen Tag dauerten.

Eines der beiden Bergwerke wurde Anfang 1988 dichtgemacht, um das Unruhepotential, d.h. die Bosnier rauszukriegen.

Eine zweite spektakuläre Bewegung hat dazu beigetragen, die Streikwelle zu eskalieren und zu »politisieren«: Im Juli 1988 streikten 10 000 ArbeiterInnen eines Textil-, Gummi-, und Lederkombinats bei Vukovar in Slawonien (Kroatien). Das Belgrader Außenhandelsministerium verhinderte mit der Umsetzung von IWF-Direktiven die Einfuhr von Rohmaterial (oder Halbfertigprodukten), weswegen es in Borovo keine Arbeit und auch keinen oder weniger Lohn gab. In dieser Situation genügte es nicht mehr, die Betriebsleitung anzugreifen. 5000 ArbeiterInnen fuhren nach Belgrad, besetzten das Parlament und verlangten den Rücktritt des zuständigen Ministers. An der Spitze der Demos trugen sie Tito-Bilder als Symbol des Jugoslawismus und der Selbstverwaltung. Vukovar und Borovo sind serbisches Siedlungsgebiet in Kroatien. Der Streik wurde von Serben und Kroaten gemeinsam getragen. Das war neben der Parlamentsbesetzung der herausragende Aspekt des Streiks.

Ausgerechnet in Borovo Selo kam es 1991 nach den Scharmützeln an den Plitvicer Seen zu den ersten Schießereien zwischen Kroaten und Serben. Später

finden hier die heftigsten militärischen Aktionen von beiden Seiten statt. Vukovar wurde 1991 in Schutt und Asche gelegt; sowohl die serbische als auch die kroatische Bevölkerung ist geflohen. Heute ist die Gegend »UN-Schutzzone«.

Wir wissen nicht, wie lange die Einigkeit der ArbeiterInnen aus Vukovar und Borovo Selo nach dem Streik weiter bestanden hat. Es ist aber sicher kein Zufall, daß Kräfte, die auf eine Spaltung aus waren, genau hier die gemeinsame Basis zerstören mußten. Auf welche unterschiedlichen Interessen bei den serbischen und kroatischen Bewohnern konnten sich die serbischen und kroatischen Bewaffneten (später Bullen und Armee) beziehen, die im Mai 91 dort zu schießen begannen? Haben sie die Spaltung erst erzeugt oder bloß verstärkt? Soweit wir wissen, spielten beim Streik 1988 kroatischer Nationalismus oder serbische Forderungen nach Loslösung der Region von Kroatien noch keine (bedeutende?) Rolle. Allerdings hatte sich eine Art Anti-Zentralismus gegenüber Belgrad herausgebildet, der möglicherweise ein Ansatzpunkt für die spätere Entwicklung zum Nationalismus war.

1987/88 weitete sich die Streikbewegung im ganzen Land und von den Fabriken auf den Dienstleistungssektor aus: In Krankenhäusern, Schulen, Zeitungsredaktionen, bei der Müllabfuhr und anderwo wurde die Arbeit niedergelegt.

Der zweite wichtige Einschnitt in der Streikbewegung war Ende 1989/Anfang 1990. Der damalige Premierminister Markovic forcierte eine Wirtschaftsreform, die die Privatisierung der Betriebe, die Aufhebung der Strukturen der Arbeiterselbstverwaltung und die Abschaffung bestimmter Garantien für die ArbeiterInnen beinhaltete. Schon in der Beratungsphase kam es in allen Republiken zu heftigen Proteststreiks. Das Gesetz mußte schon bald revidiert werden, die praktische Umsetzung war nicht durchsetzbar. Damit war klar, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus nicht ohne weiteres möglich war. Es bedeutete auch, daß der letzte Versuch des jugoslawischen Regimes, in einem Kraftakt alles umzukrempeln und dabei das Regime zu erhalten, gescheitert war.

Das Scheitern der Reform bedeutete das Aus für Pläne, nach denen sich eine Konföderation der jugoslawischen Republiken baldestmöglich an die EG assoziieren sollte. Solche Pläne waren in verschiedenen Variationen von allen Fraktionen der Macht in Belgrad, in den Führungsetagen der einzelnen Republiken und auch in den Planungsstäben des internationalen Kapitals angesteuert worden.

Der Plan von Markovic war nicht der erste Reformversuch in Jugoslawien, er war aber sozusagen die letzte Chance einer Umstrukturierung. Und er wurde von der Arbeiterklasse blockiert.

Wer waren die Träger dieses Widerstands? Waren es

tatsächlich ArbeiterInnen aller Schichten und aller Arten von Betrieben? Oder war die Streikwelle begrenzt auf die Betriebe, in denen die Selbstverwaltung funktionierte, also die wirtschaftlich erfolgreichen? Dann hätte auch diese Bewegung die Spaltung der Klasse reproduziert.

Ein Ökonom äußerte sich zu den Problemen der Transformation folgendermaßen:

»Auch muß für die Binnenwirtschaft mit einem deutlichen Rückgang der Produktion, sinkendem Lebensstandard und einem signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Fortschritte bei der Transformation des Wirtschaftsystems in eine Marktwirtschaft setzen aber insbesondere angesichts der unter Umständen erforderlichen Schocktherapie einen festen politischen Rückhalt in der Bevölkerung voraus.«⁶

Die Streikwelle gegen den Markovic-Plan läßt darauf schließen, daß dieser Rückhalt in keiner der Republiken vorhanden war.

Für die Herrschenden in den Republiken, in Belgrad und in Bonn entstand genau daraus die Notwendigkeit der Neuzusammensetzung der Arbeitskraft, der staatlichen Herrschaft, des Kapitals, sowie der gesamten sozialen Beziehungen durch Krieg. Ein wichtiges Instrument dabei war das Anheizen nationalistischer Propaganda und ihre Militarisierung.

Möglich wurde das durch eine Ethnisierung der Kämpfe von unten. Also serbische ArbeiterInnen, die sich mit ethnischen und nationalistischen Parolen gegen die kroatische Regierung stellen; kroatische ArbeiterInnen, die die Zentralgewalt in Belgrad als KroatInnen kritisierten.

Genauer zu untersuchen wäre hier, wie die Übergänge von Streiks zu nationalistischen Bewegungen, zu den »serbischen Meetings« aussahen. Kann man überhaupt von direkten Übergängen, einem »Umdrehen« sprechen, oder war es so, daß die Streiks ins Leere liefen und in diesem »Vakuum« dann nationalistische Aktionen Fuß fassen konnten? Mit genau demselben wirtschaftlichen Projekt und mit der offenen Ankündigung der »Schocktherapie« kamen jedenfalls die neuen Regierungen in Kroatien und Slowenien an die Macht bzw. konnten sich in Serbien an der Macht halten. Offensichtlich waren die militärischen Konflikte das »Schmiermittel« für Umstrukturierungen und sollten die nötige Loyalität der Bevölkerung herstellen.

Kroatien

Nach der militärischen Besetzung des Kosovo wurde das serbische Siedlungsgebiet in Kroatien zum Ausgangspunkt der Militarisierung. Bedeutende Teile der Krajina-Serben bewaffneten sich und schlossen sich verschiedenen militärischen Gruppen an.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die Politik der kroatischen Regierung, speziell die kroatische Verfassung von 1990, die für die SerbInnen ganz materielle Auswirkungen hat. Viele Garantien und bürgerliche Rechte werden für Nicht-KroatInnen zur Disposition gestellt. Eine mögliche Folge ist der Verlust der Rente, von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld; eine andere der Verlust des Arbeitsplatzes.

Die Herabstufung der kroatischen Serben ist ein Hebel, um den »Personalüberhang« in den Betrieben zu beseitigen, Entlassungen durchzudrücken, eben die sogenannten »Transformationsprobleme« zu bewältigen, auf die das Kapital in ganz Osteuropa stößt. Wir haben keine genauen Zahlen über den aktuellen Stand der Privatisierung. Nach serbo-jugoslawischen Angaben sind je nach Republik zwischen 60 und 75 Prozent der Betriebe privatisiert. Dies sind hauptsächlich die kleinen Betriebe, für die das nötige Kapital da ist, und wo es keinen massiven Widerstand der ArbeiterInnen gibt. Die Diskriminierung der als überflüssig und unloyal eingestuften Serben und der Krieg haben der kroatischen Regierung die Möglichkeit gegeben, ein Verstaatlichungsgesetz als Vorstufe zur Privatisierung durchzusetzen. Der Anteil, den die Arbeiter im Zuge der Privatisierung erwerben durften, war zunächst auf 20 Prozent begrenzt; auf massive Proteste hin wurde er auf 40 Prozent erhöht.

Die serbischen Nationalisten griffen die Situation der Krajina-Serben auf, die Regierung in Belgrad unterstützte sie politisch, finanziell und später mit Waffen. So ließen sich die Krajina-Serben in eine Zwickmühle drängen. Auf der einen Seite steht der neue kroatische Staat, der sie unter ethnischen Vorwänden als Arbeiter angreift. Auf der anderen Seite der serbische Staat, der auf ihrem Rücken und mit ihnen Politik gegen Kroatien macht. Dazwischen gewissermaßen als Katalysator die Cetniks und Ustase als Kettenhunde der Regierungen in Serbien und Kroatien, die die nötige Spannung für die Eskalation von »bürgerkriegsähnlichen Unruhen« zum Krieg erzeugt haben.

»Ethnische« Homogenisierungen in den anderen Republiken

Auch in Slowenien wurden zuallererst die »Gastarbeiter« aus den anderen Republiken entlassen. Im Kosovo wurde etwa die Hälfte der albanischen ArbeiterInnen entlassen und durch SerbInnen ersetzt. So auch im Bergwerk Stari Trg in Trepca, was in der Revolte 1989 eine wichtige Rolle spielte. Die Bergarbeiter traten in den Hungerstreik gegen die Drohungen aus Belgrad, die Autonomie des Kosovo zu beschneiden. Im März 1993 sind die serbischen Arbeiter, die anstelle der Albaner jetzt dort arbeiten, ebenfalls in den Hungerstreik getreten. Sie verlangen die Auszahlung der Löhne und Lohnerhöhung. Die »Eth-

nisierung«, in diesem Fall die »Serbisierung«, hat den Machthabern in Belgrad keine Ruhe verschafft, auch wenn die serbischen Bergarbeiter betonen, es handle sich um einen »ökonomischen« und nicht politischen Streik, und sich von den Albanern abgrenzen.

Wenig wissen wir über diese Zusammenhänge in Bosnien, das einmal so etwas wie ein »Jugoslawien im Kleinen« war; in den Städten wie Tuzla und Sarajevo hatten sich die ethnischen Linien mehr als sonst irgendwo verwischt. Jetzt ist er mehr oder weniger aufgeteilt, und die »ethnische Homogenisierung« schreitet voran. Bosnien war ein Zentrum industrieller Produktion, speziell Rüstungsproduktion. Es wäre interessant zu wissen, ob die »ethnischen Homogenisierungen« für die Betriebe dort ähnlich als Hebel funktionieren, um den »Personalüberhang« zu beseitigen.

Macht der ArbeiterInnen - Schwäche des Klassenkampfes

Es gab in den 80er Jahren eine massenhafte Kampf-bewegung gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Die jugoslawischen ArbeiterInnen hatten offenbar eine Macht entwickelt, die für das internationale Kapital entschieden zu weit ging. Die institutionelle Form dieser Macht war das System der Arbeiterselbstverwaltung.

Andererseits scheint genau diese Form des »Deals« auch die wesentliche Begrenzung der Kämpfe gewesen zu sein. Die meisten Kämpfe in den 80er Jahren gingen nicht über den Rahmen der Arbeiterselbstverwaltung hinaus. Eine weitergehende Perspektive wurde nicht entwickelt. Das war letztendlich die Bedingung für das Scheitern der Bewegungen und das Aufkommen des Nationalismus. Um das zu verdeutlichen: Die ArbeiterInnen hatten relativ große Möglichkeiten, auf die Lohnhöhe und die gesamte Politik »ihres« Betriebes Einfluß zu nehmen - Wirtschaftsplaner bezeichneten das oft als »die Achillesverse der Selbstverwaltung«. Die Folge dieser auf den Einzelbetrieb bezogenen Vereinbarungen waren sehr große Lohnunterschiede zwischen einzelnen Branchen, aber auch zwischen verschiedenen Firmen derselben Branche und Region. Die Streikbewegungen haben sich ab 1987 zwar verallgemeinert, liefen aber doch vor dem Hintergrund einer vielfach aufgesplitterten und unterschiedlichen Situation.

Ein zweiter Aspekt scheint uns wichtig dafür, wieso die Streiks die Entwicklung nicht aufhalten konnten, also erfolglos blieben:

Die Arbeitsplätze im gesellschaftlichen Sektor waren den Jugoslawen wichtig, weil große Teile des Sozialsystems (Rente, Wohnungsbau, Wintervorräte, Krankenversicherung, auch für die Familienangehörigen) direkt an die Betriebszugehörigkeit gebunden

waren. Gleichzeitig war die Arbeitsmoral spektakulär niedrig. Für die Manager und Wirtschaftsplaner war die niedrige Arbeitsproduktivität Anlaß für eine endlose Kette von Reformen. Keiner dieser Reformen gelang es, die JugoslawInnen zum Malochen zu bringen. Mit dem Verfall der Löhne zerbröckelte die Arbeitsmoral weiter.

Der Job im Staatssektor wurde immer mehr zum Grundeinkommen, zu dem auf alle möglichen Arten hinzuverdient wurde:

Seit der gescheiterten Zwangskollektivierung nach dem 2. Weltkrieg war für viele JugoslawInnen die eigene Landwirtschaft eine Möglichkeit, den Lebensstandard zu verbessern. Zur Erntezeit ging die Absentismus-Rate in den Betrieben in die Höhe. Dazu kamen Schwarzjobs in vielerlei Formen, kleine Geschäfte, Devisenüberweisungen von ArbeitsmigrantInnen.

Vielleicht gab auch diese relative Unabhängigkeit von der Lohnarbeit, d.h. vom regulären Lohn, dem Regime in den 80er Jahren die Möglichkeit, die Austeritätspolitik durchzusetzen.

»Nebeneinkünfte wie Devisenüberweisungen der Gastarbeiter, Schwarzarbeit, kleine Wirtschaftsvergehen, Überstunden, der Waren- und Devisenschwarzmarkt sowie weitere phantasievolle Tricks haben mehr zum sozialen Frieden beigetragen als alle leeren Erklärungen der Staats- und Parteiführungen. [...]

48% aller Beschäftigten in Ljubljana gehen in den Nachmittags- und Abendstunden einer zusätzlichen Beschäftigung nach.«⁷

»1983 trugen die persönlichen Einkommen der Beschäftigten durchschnittlich nur mit 62% zum Budget eines privaten Haushalts bei. Der Rest setzte sich aus folgenden Komponenten zusammen: Schwarzarbeit, Nebenerwerbslandwirtschaft, Überweisungen aus dem Ausland, Abhebungen vom Sparkonto.«⁸

Auch die hohe Mobilität der jugoslawischen ArbeiterInnen (als stark ausgeprägte Binnenmobilität und als Arbeitsemigration in den Westen) hatte in den 70er Jahren eine Homogenisierung der Ansprüche zur Folge, ermöglichte einen hohen Lebensstandard und gab vielen ArbeiterInnen einen sehr klaren Blick für die »Segnungen des Westens«. Genau diese Mobilität vereinfacht jetzt möglicherweise die Vertreibungen. Vielleicht war sogar die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen in der BRD oder bei Verwandten in anderen Landesteilen im Kalkül der Militärs enthalten.

Die Spaltungen in der Klasse, die Unterschiede zwischen den Regionen, der Nationalismus von unten

Nach dem zweiten Weltkrieg war die Industrialisie-

rung Jugoslawiens und die Schaffung einer »modernen« industriellen Arbeiterklasse für die neuen Machthaber kein einfaches Unterfangen. Um dabei die Macht der zahlenmäßig und politisch wachsenden Arbeiterklasse und ihre Homogenisierung zu begrenzen, wurden alte Spaltungslinien ethnischer Art zum sogenannten Dezentralismus der modernen jugoslawischen Gesellschaft modernisiert. Die Schaffung relativ autonomer nationaler Ökonomien diente als Puffer zwischen Regime und Arbeiterkampf. Die ethnischen »Unterschiede«, die verschiedenen, auch gegeneinander gerichteten Nationalismen sind ein Erbe der komplizierten politischen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts. In mehreren Kriegen eskalierten sie zum Gemetzel, vor allem im Zweiten Weltkrieg, getragen von reaktionären Bewegungen wie Cetniks und Ustase. Die kommunistischen Partisanen traten ab 1943 als reguläre Armee auf und befriedeten Jugoslawien mit einer anti-ethnischen Ideologie. Aber die ethnischen Spaltungen waren für das Tito-Regime nicht einfach ein schreckliches Erbe der Geschichte, sondern wurden unter der Hand in Form des Bundesstaates in die Phase der Industrialisierung nach dem Krieg »rübergerettet«.

Schon die Kämpfe von ArbeiterInnen während der 68er Studentenbewegung wurden in einzelnen Regionen in eine nationalistische Mobilisierung umgedreht (»Kroatischer Frühling«). Die diversen Finanztransfers zwischen »entwickelten« und »unterentwickelten« Regionen wurden politisiert und deren »Ungerechtigkeit« den ArbeiterInnen als Wurzel ihrer Probleme verkauft.

Das System der Arbeiterselbstverwaltung beseitigte nicht die großen Unterschiede zwischen den Republiken und Regionen. Bis Ende der 60er Jahre lagen die Löhne im Vergleich der einzelnen Regionen relativ dicht beieinander. Die maximale Differenz soll bei ca. 2 : 1 gelegen haben. Das »Gesetz über die Einkommen innerhalb der Arbeitsorganisationen« 1969 und die Wirtschaftsreformen von 1974 und 1976 öffneten die Schere. Um die Produktivität zu steigern, wurde die Konkurrenz zwischen den Belegschaften der einzelnen Betriebe angeheizt. Die Löhne wurden stärker an den Betriebserfolg gebunden; die Folge waren Lohnunterschiede bis zum Verhältnis 8 : 1 für die gleiche Arbeit in verschiedenen Betrieben derselben Branche.

Zumindest bis 1987 können wir also davon ausgehen, daß die Kämpfe zwar sehr massiv und allgemein waren, aber daß sie aus einer vielfach gespaltenen und differenzierten Situation heraus entstanden. Die Gesamtheit dieser Spaltungen und Unterschiede war die Bedingung für die relative Erfolglosigkeit der Kämpfe der 80er Jahre. Sie konnten den Angriff auf die Lebensbedingungen nur teilweise zurückschlagen, sie waren zu einem großen Teil defensive Kämpfe

gegen die Austerität und konnten keine Perspektive vermitteln. Dies ist sicher einer der wichtigsten Gründe dafür, wieso sich viele der Bewegungen von Agitatoren wie Milosevic und tausend anderen in nationalistische Bewegungen umdrehen ließen.

Die Konflikte in Jugoslawien sind nicht im »Ethnischen« begründet. An ihrer Wurzel liegt der soziale und materielle Konflikt innerhalb einer vielfach gespaltenen Arbeiterklasse. Dieser Konflikt innerhalb der Klasse wurde »ethnisiert«. Diese »Ethnisierung« ging sicherlich auch »von unten« aus. Der Terror gegen die multiethnische bosnische Bevölkerung, der Versuch, »Grenzen durch die Ehebetten« zu ziehen, legen aber den Schluß nahe, daß die »Ethnisierung« (der Konflikte, der Regionen, der Betriebe, der Familien...) in dieser Dimension und die derart heftige Militarisierung des Konflikts ein Projekt »von oben« ist, um die Menschen gefügig zu machen für den globalen Kapitalismus im nächsten Jahrhundert.

In Tuzla konnte die »Ethnisierung« noch nicht durchgesetzt werden. Unabhängig von ihrer ethnischen oder kulturellen Zugehörigkeit stellen sich die BewohnerInnen gegen die diversen militärischen Gruppen. Innerhalb von wenigen Tagen unterschrieb ein großer Teil der Bevölkerung der Stadt eine Unterschriftensammlung gegen die Ethnisierung. Und genau solche Orte werden zum bevorzugten Ziel der Angriffe.

UN - Fuck off!!

Die seltsame Einmütigkeit, mit der Milosevic, Tudjman und die westlichen Regierungen der ersten Entsendung von UNO-Blauhelmen zustimmten, hatte ihren Grund darin, daß die relative Ruhe in Kroatien, in dieser Situation garantiert durch EG und UNO, die Voraussetzung für den nächsten Schachzug war. Der Rückzug der kroatischen und serbischen Truppen von der Front in Kroatien war eine Truppenverlagerung an die nächste Front in Bosnien.

Die UN-Truppen in Kroatien sind seit ihrer Stationierung unmittelbar in die Strategie von Tudjman und Milosevic eingebunden. Sie sichern die Gebietsgewinne der beiden Kriegsparteien und verschaffen ihnen die »Luft« für den Krieg in Bosnien. Wäre ihre mögliche Stationierung nicht angekündigt worden, hätten weder Tudjman noch Milosevic (bzw. seine Kettenhunde?) derart massiv agiert.

Im Augenblick besteht ein militärisches Ziel aller drei Parteien in Bosnien darin, die UN »herbeizuschießen«. Jedes Engagement der westlichen Regierungen in Bosnien, auch sogenannte »rein diplomatische« für den »Frieden«, könnten dazu dienen, den nächsten Krieg zu eröffnen. Jede Verstärkung von UNO- »Friedens-Truppen« in Bosnien

kann eine Entlastung der restjugoslawischen Regierung und eine Freisetzung der jugoslawischen Armee für »neue Aufgaben« weiter im Südosten bedeuten. Auch die Hilfslieferungen nach Sarajewo hatten nicht das Ziel, das Elend der Menschen zu lindern. Im Gegenteil: in einem Krieg, der gegen die Bevölkerung geführt wird, ist Nahrung eine Waffe; aber nicht nur der Entzug von Nahrung, sondern gerade die Kombination von Entzug und Versorgung mit Nahrung. Ohne die humanitären Lieferungen der UN wäre der Krieg in Bosnien wahrscheinlich längst beendet. Viele Menschen in Bosnien begreifen inzwischen diese Funktion der UNO. Sie sagen: wenn die UNO den Krieg nicht beendet, solle sie besser ganz abhauen. Und vielleicht ahnen viele, daß die sogenannten Friedenstruppen nach einem Waffenstillstand die klassische Funktion einer Besatzungsarmee einnehmen werden, die die geordnete Wiederaufnahme der Arbeit zu monatlichen Löhnen um die 50-100 DM durchdrücken und Brotrevolten und Streiks verhindern. ■

Fußnoten

- 1) Jens Reuter: Sinkender Lebensstandard in Jugoslawien, in: Südosteuropa, 1985; Altmann/Schrettl: Zum Prozeß der wirtschaftlichen Stabilisierung, in Südosteuropa 5/83
- 2) Altmann/Schrettl: Zum Prozeß der wirtschaftlichen Stabilisierung, in Südosteuropa 5/83
- 3) ebd.
- 4) ebd.
- 5) ebd.
- 6) ebd.
- 7) Jens Reuter: Inflation und sinkender Lebensstandard, in: Südosteuropa, 10/89
- 8) ebd.

Zur Diskussion über die Vergewaltigungen

Während des Jugoslawienkriegs wurden die systematischen Kriegsverbrechen an Frauen zum ersten Mal zu einem wichtigen Thema, das von feministischen, humanitären, linken und kirchlichen Gruppen aufgegriffen wurde. In Slowenien und Kroatien sind im Sommer Camps geplant, die sich mit der Kriegssituation und den Vergewaltigungen auseinandersetzen werden. In den Flüchtlingslagern v.a. in Kroatien, wo hauptsächlich Frauen, Alte und Kinder sind, sind viele freiwillige FlüchtlingshelferInnen aus vielen Ländern aktiv. Außerdem arbeiten antimilitaristische Gruppen in der Unterstützung der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.

In den Medien wurden die Berichte über die Vergewaltigungen zunächst unterdrückt. Dann begann eine massive Kampagne, in der die Vergewaltigungen voyeuristisch dargestellt und propagandistisch dazu

benutzt wurden, die militärische Intervention zu legitimieren.

Außer zu Propagandazwecken waren Vergewaltigungen im Krieg bisher noch nie in diesem Maß ein öffentliches Thema. Dies ist gerade im Vergleich zur Inszenierung des Golfkriegs auffällig, wo mensch außer einem ölverschmierten Vogel - und nicht mal der war echt - keinerlei Opfer gesehen hat.

Die Kriegsberichterstattung schafft es nicht, den Krieg zu schönen. Also versucht sie die Empörung - auch die der Frauen und Linken - für ihre Zwecke zu funktionalisieren.

Wir wollen nicht die Frauen kritisieren, die versuchen, in diesem Krieg konkrete Projekte zu finden, die sie uneingeschränkt unterstützen können, statt nur dumm zu labern. Längst nicht alle dieser Gruppen sind für die Intervention der NATO oder WEU. Trotzdem reproduzieren viele der Diskussionen ungewollt die Vorstellung vom »humanen Krieg«, indem sie sich ausschließlich gegen Vergewaltigungen stellen. Wichtig ist ein Prozeß der Klärung, in dem die Widersprüche der Hilfsaktionen offen diskutiert werden und die Abgrenzung zu den falschen Frauenfreunden deutlicher wird. Warum sagt eine Freiburger Unterstützerinnengruppe, daß das kroatische Regime »wegen dem Krieg leider kein Geld für die geflohenen Frauen hat«? Das läßt sich doch rundrehen: Dem kroatischen Regime ist es ganz recht, wenn die Ernährung der Flüchtlinge von Leuten hier übernommen wird. Das Gesparte wird in Waffen angelegt. Wie ist konkrete Hilfe von hier aus möglich, ohne gleichzeitig kriegsunterstützend und kriegsverlängernd zu wirken?

Wieso schreibt eine Mannheimer Gruppe gegen Vergewaltigungen und Krieg auf einem Flugblatt folgendes: »Diese Frauen haben alles verloren: ihre Selbstachtung, ihre Lebensperspektive und ihre Heimat, ihre Familien, ihre nationale Identität« (Hervorhebung von mir).

Im Gegenteil: Die Vergewaltigungen sind Bestandteil der Herstellung einer bestimmten »nationalen Identität«, der Ethnisierung, der Zerstörung einer sozialen Situation, in der »nationale Identität« eben viel weniger eine Rolle spielte. Wenn es anders gemeint sein sollte, nämlich so, daß diese Frauen und ihre Kinder vielleicht vergleichbar den PalästinenserInnen in eine extrem mobile und instabile soziale Situation gezwungen werden, muß mensch das so benennen, und nicht den Verlust der »nationalen Identität« bedauern. Wieso versuchen Leute, die Ethnisierung nachzuvollziehen, indem sie herausstellen, daß »die« »Serben« »mehr« und »systematischer« vergewaltigen, als »die« »Kroaten« und »Bosnier«?

Das eigentliche Problem ist doch nicht, ob die Vergewaltiger Kroaten, Serben, Bosnier oder UN-Soldaten sind, sondern daß sie vergewaltigen und daß

mittels der Vergewaltigungen und Vertreibungen neue gesellschaftliche Verhältnisse durchgesetzt, das Selbstbewußtsein und die relative Machtstellung der Frauen gebrochen und die Spaltung entlang ethnischer Linien verstärkt werden sollen.

Amnesty International gibt 20 000 bis 60 000 Fälle von Vergewaltigungen an. Wichtiger als die genauen Zahlen zu kennen, wäre es, zu verstehen, wie die Situation und Stellung der Frauen im ehemaligen Jugoslawien wirklich war und welche Funktionen die Vergewaltigungen nicht nur für den Krieg, sondern auch für die Gesellschaft haben, die von den kriegsführenden Kräften angestrebt wird.

Diese Diskussion gibt es bislang nicht, was sich vielleicht auch darin ausdrückt, daß in den verschiedenen Aktionen hier keine jugoslawischen Arbeiterinnen beteiligt sind.

Auch in »ruhigen« Regionen haben die Vergewaltigungen zugenommen. Sowohl in Kroatien, als auch in Serbien wurde versucht, die Abtreibung zu erschweren. In Serbien wurde das nur deshalb nicht durchgezogen, weil die serbische Regierung mit einem Verbot der Abtreibung ihre Bevölkerungspolitik im Kosovo schwächen würde.

Welche Stellung der Frauen mit den Vergewaltigungen angegriffen wird, wird deutlicher vor dem Hintergrund der sozialen Entwicklung bis Ende der 80er Jahre. Der Prozeß der Industrialisierung von den 50er Jahren bis Ende der 70er Jahre hat zu einer massiven und schnellen Landflucht geführt. Im Gefolge dieser Landflucht und der Arbeitsmigration der Männer kam es zur »Feminisierung und Vergreisung« der Dörfer. In allen wichtigen Positionen waren Frauen, und auch die ganze Arbeit wurde von Frauen gemacht. Die Männer waren nur im Urlaub da. Noch in den 70er Jahren war die Armut in Jugoslawien eine ländliche Armut, ganz stark eine der Frauen.

In den 80er Jahren, mit Beginn der Krise, änderte sich die Stellung der Dörfer. Die Löhne in den Industrien wurden per Inflation und Preissteigerungen aufgefressen. Wer Beziehungen zum Land hatte, konnte sich wegen der Lebensmittel glücklich schätzen. Die Armut verwandelte sich von einer ländlichen in eine städtische. Damit wurde das, was in der Phase der Industrialisierung lediglich die Ergänzung des offiziellen Lohns war, die klassische Domäne der Frau, immer wichtiger für die Ernährung der Familie. Die Stellung der Frauen wurde dadurch stärker.

Angesichts dieser Veränderungen, die sich in verschiedenen Abstufungen vom Nordwesten bis zum Südosten abspielten, sind die Vergewaltigungen ein wesentlicher Teil zur Neudefinition der Stellung der Frauen und damit der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse.

Wie sich diese in den verschiedenen gesell-

schaftlichen Bereichen auswirken wird, können wir nur ahnen. Die Tourismusindustrie basierte überwiegend auf weiblicher Arbeitskraft. Die Privatisierung dieser bislang »selbstverwalteten« Industrie war eines der kroatischen Kriegsziele nach innen. Um diese Industrie für Neckermann, TUI und Club Med profitabel zu machen, muß die Arbeitskraft diszipliniert werden. Die Hungerlöhne der ArbeiterInnen, die mittels Krise und Krieg durchgesetzt wurden, werden auf Dauer nur haltbar sein, wenn »Heim und Herd« im Sinne des Kapitals funktionieren. Die Landwirtschaft - bisher »unproduktiv« - kann nur gegen die Frauen in den Dörfern in Agrarkonzerne umgewandelt werden, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Die Armut, die durch den Krieg erzeugt wird, bleibt nur »sozial beherrschbar«, wenn die Armen entsprechend gedemütigt sind.

Die einzelnen Vergewaltiger agieren nicht bewußt mit diesen Motiven. Aber was sie machen und was sie vielleicht damit erreichen, ist notwendig für die nächste Phase kapitalistischer Entwicklung. Der Kampf gegen Vergewaltigungen ist daher nicht nur Widerstand gegen eine wesentliche Kriegswaffe, sondern auch Kampf gegen die Geschlechterhierarchie in einer neuzusammengesetzten Arbeiterklasse. ■

Yugoslavia: from wage cuts to war

von Wildcat/England

The war in former Yugoslavia has raged for more than four years and has attracted more media attention per death than any other war in history. Bourgeois commentators endlessly speculate about the military and political balance of forces, in other words about the significance of the war for this or that fraction of their class. To understand its significance for our class, the world proletariat, we have to look at the effect of the war on the class struggle and vice versa. We have to examine the struggles which the war was launched to repress and the struggles which it provoked amongst the proletarians directly affected by it. This is not any easy task given the lack of reliable sources of information.

The news from the Balkans is likely to remain depressing but this shouldn't stop us analysing how the bourgeoisie were able to get away with this assault on our class and how the proletariat resisted. The future large-scale effective resistance to capitalist war which we hope to see, and which as communists we work towards, will not fall out of the sky – it will develop out of already existing struggles, however limited, and the lessons which proletarians have been able to learn from them.

Like the last Gulf War the outbreak of war in Yugoslavia was an attack on a rebellious and relatively affluent section of the world proletariat. As in the Gulf, the war led to an almost immediate and catastrophic fall in their living standards. There the similarity ends. Unlike the Gulf states, Yugoslavia does not contain vitally important raw materials or other economic resources. During the Cold War it was important politically and militarily as a bridge between East and West. Now the nations of ex-Yugoslavia are of no more importance to world capital than dozens of others across the globe.

Although the interests of the most powerful states in the region are not primarily concerned with immediate business opportunities, we should not forget that there is plenty of money to be made in any war. It's no coincidence that the country which lobbied hardest for the lifting of the arms embargo against ex-Yugoslavia is the USA, which is also the world's leading arms producer, with over half the world arms market.

The importance of the Yugoslav conflict for world capital is primarily ideological – it's a testing ground for finding out which nations, national alliances and capitalist institutions proletarians are really prepared

to believe in and die for. It is more a media and political event than a military one. With the creation of the "International War Crimes Tribunal" in Holland the world's most powerful states can simultaneously shed crocodile tears for the dead of the war and use the threat of International Law to do deals with the warring parties (for example, by the indictments against Karadic and Mladic). As usual the small-fry will be scape-goated while their political masters will remain free to plan more massacres.

For the Western media it is a matter of contrasting the barbarism of the war with the civilised, humanitarian values of the Western politicians who, of course, are doing their best to bring about peace, and of hiding the fact that it was the "Westernisation" of the barbarian East which brought about the war. The media daily invoke the words "ethnic cleansing" as if they are describing some evil which is unique to the war in ex-Yugoslavia, or even unique to the evil Serbs. They want to make us forget that institutionalised pogroms and forced migrations have always been part of the history of those war machines known as nations. Examples include: the "repatriation" of Germans from Eastern Europe sanctioned by the Allies in 1945; the 1923 Treaty of Lausanne between Greece and Turkey, sponsored by the League of Nations, which required an exchange of populations amounting to one third of the Greek population or the "ethnic cleansing" carried out by Western European immigration officers every day – which will certainly intensify against Yugoslav refugees now that "peace" is officially declared.

The media's vilification of "the Serbs" follows a well-worn pattern. Serbia was the region of Yugoslavia in which there was the greatest resistance both to the IMF-led austerity programmes of the 1980s and to the war when it began in late 1991. For the media and other sources of bourgeois propaganda the most evil dictators are always those who confront a rebellious section of the working class. Supposed opposition to the regime provides a justification for measures against the proletarians who live under it – starvation-inducing trade sanctions, travel restrictions, military attacks and the encouragement of racist attitudes towards anybody who has had the misfortune to live under that regime. Liberal calls to "isolate the regime" always mean, in practice, "isolate the contagion of class struggle".

A less important ideological offensive has been the

attempt to create a bloc of Orthodox nations – Russia, Serbia, Greece etc. There have also been attempts by Saudi Arabian-backed charities and paramilitary groups to turn the largely secular so-called Muslims of Bosnia-Herzegovina into actual practitioners of the Islamic religion. These have largely been unsuccessful. Coupled with this are attempts by Islamic regimes to get their citizens to join with their rulers in condemning the Western powers for ignoring the plight of their Islamic brothers.

The UN has again played its role of ideological camouflage for the bourgeoisie. The UN may be universally reviled for being "incompetent", "lacking political will", "soft on the Serbs" and so on, but we can not be allowed to doubt that it is, or can be, an instrument of peace, a humanitarian whole which is greater than the sum of its warmongering parts. This requires that the complicity of UN troops in massacres is carefully hidden. The latest "peace initiative", starting with the bombing of Republika Srpska military installations in September 1995 by US warplanes under the aegis of NATO, is yet another attempt by the US government to demonstrate that American might is right and proper. That it is not likely to lead to lasting peace in the region is shown by the simple fact that it involves the lifting of the arms embargo, enabling Croatia to become an even stronger military power, and the Bosnian forces to reduce their dependence on an alliance with Croatia. In the discourse of anti-imperialism the Western powers are generally assumed to have some sinister hidden plan for countries at war, usually linked to the idea that the imperialists want "a strongman in the region". But why have just one strongman when you can have two or three? The "imperialist" powers have not significantly favoured one side or the other, they have simply created the conditions where the war will keep going – as they did in the Iran-Iraq war, which lasted for eight years and killed a million people without the borders shifting by as much as one metre!

War and Capital Accumulation

Capitalist society is characterised by a war of all against all at all levels. At the level of the capitalists themselves there is a continuous struggle over markets leading to the continuous "revolutionising of the means of production". Capitalists who fail to adopt the latest methods of production must quickly catch up or risk being eliminated entirely. State intervention measures such as nationalisation and state subsidies can alleviate the effects of competition for some sectors but only by taking surplus value away from other, more profitable, sectors. Capitalists can never just sit back and let the profits roll in – they

have to keep devising new methods of squeezing more surplus value out of the proletariat. When the working class organises itself collectively to resist this process the tension in society can become unbearable for the capitalists – they can't restructure but at the same time they must. War is an obvious "solution" to their problems. From the point of view of capital as a whole, rebellious, and potentially rebellious, proletarians are sent off to massacre each other. From the point of view of individual capitalists, and capitalist fractions, they can solve their short term profitability problems by immediately imposing a whole series of austerity measures (from price increases to the militarisation of labour) on "their own" working class and by directly seizing markets and capital assets from other capitalists.

The bourgeois media like to tell us that war destroys everything – the implication being that it is a folly that nobody, bar mad dictators, could consciously wish for. In reality war destruction is often a lot more selective than they would have us believe. For example, the bombing of Dresden in February 1945 left its industry almost untouched. In Bosnia the nationalist militias couldn't be expected to show quite the same precision as RAF Bomber Command but they generally avoided direct military confrontation with the UN. Consequently, in each town where the UN had a presence its base was situated on the main industrial plant, ensuring that only residential districts were shelled.

An important feature of conflicts within the ruling class in the former "Eastern Bloc" since 1989 has been the tendency for more modern, competitive fractions of capital to dissociate themselves from less competitive ones by waging a struggle against the centralised states which share out surplus value between more competitive and less competitive capitals. This can be seen in the secession of the Baltic states from the Soviet Union, in the fighting between Armenia and Azerbaijan over Nagorno Karabakh, in the separation of the Czech Republic from the Slovak Republic and so on. These divisions often conveniently correspond to historic linguistic, religious and other "ethnic" divisions. Where these ethnic divisions don't exist they can always be invented. This is precisely the course which the war took in Yugoslavia.

The first of the republics to declare its secession was Slovenia. This was the republic with the most modern industry and most developed trade with the West. The bourgeoisie of Slovenia also had another very straightforward economic reason for seceding. Slovenia was Yugoslavia's border with Western Europe. Most of the duty on Western goods was there-

fore paid at this border. Secession was a major blow to the hard currency finances of the Yugoslav state, and an immediate gain for the new Slovenian state. The brief (10 day) war which Slovenia experienced in June-July 1991 helped enormously in creating the national unity required for restructuring. Within Yugoslavia (while it was still in one piece) the Republics of Slovenia and Serbia came to represent the two most extreme political poles. The Slovene leadership, who had economic power but little political and military power, stood for a less centralised "Confederal" state. The Serbian leadership, who had a growing monopoly of military and political power but declining economic power, stood for increased centralisation of the state under Serbian domination. The Slovene Communists were the first to walk out of the 14th (last) Congress of the League of Communists of Yugoslavia (LCY) when it broke up in early 1990. They immediately ceased contributing their portion of the "Fund for Underdeveloped Regions" earmarked for Serbia – an act of war if ever there was one!

In Bosnia and large parts of Croatia, successive waves of "ethnic cleansing" have created a more and more atomised population, ready to go to wherever they are least likely to be massacred and to work for almost nothing. The US "Dayton peace plan" supposedly allows for refugees to return to their homes but this is obviously bullshit. All sides have seen to it that it is almost impossible for most refugees to return. Amongst other things they have carried out the systematic destruction of housing – for example, after over-running Krajina, causing the flight of almost the entire Serb population, the Croatian Army destroyed over 60% of houses and plundered virtually all of them. Official backing for the refugees' right to return will simply encourage the poor to fight each other more ferociously over who gets the remaining houses.

Hundreds of thousands of Yugoslavs are now living in refugee camps in Germany where they have been told they will be sent back to "their own" country as soon as it is declared "safe" (at the time of writing German politicians are already talking about doing this now that there is "peace"). These refugees have almost no rights at all, apart from the most important right granted by bourgeois society – the right to work! Around Berlin, for example, they might get the chance to earn 2DM per hour working in a factory or 1DM per hour as a servant in the homes of the rich. The effect of this on the overall rates of pay of all workers in Germany hardly needs spelling out.

In Serbia, Croatia and Bosnia austerity has often

taken the simple form of workers not being paid. In the Bosnian government controlled regions of Bosnia workers have carried on working for months on end without being paid because it's for the good of their country. Trade union delegations to Western Europe are happy to point this out. In Croatia there was a solid rail strike in early 1995 against unpaid wages. The media denounced the strikers as "pro-Serb" traitors and the strike was broken largely by the Minister of Defence threatening that all the strikers would be drafted and sent to the front lines.

As we have already discussed in our article on Somalia in Wildcat 17, war is also an important means by which capital expropriates the peasantry. Before the war Yugoslavia was still a largely peasant country. Unlike in the Soviet Union, the Socialist collectivisation of agriculture never got very far. Even industrial workers in large towns maintained links with the countryside, which took the edge off absolute poverty. Now much of the countryside has been ruined. In Bosnia not only have hundreds of villages been destroyed but fertile fields have been liberally sown with millions of land mines, making them unusable for decades. Much of the fiercest fighting has taken place in rural areas and ex-peasants have fled to urban areas. As always, the bourgeoisie are "expanding the populations of cities and saving millions from the idiocy of rural life".

Causes of the War

The first military clashes took place on 17 August 1990 in the Krajina region of Croatia after the local Serbian nationalist party had organised a referendum on political autonomy for the mostly Serb area. From then on the political and military tensions between the republics of Serbia and Croatia escalated rapidly leading to a state of full-scale war in August 1991, supposedly around the issue of the status of the Serbs living within the borders of the Republic of Croatia. This war did not happen by mistake. It had been painstakingly prepared in advance by both sides in direct response to the movement of struggle launched by the proletariat and making use of the weaknesses of that struggle.

In this preparation Serbian nationalism played the most important role. There were two reasons for this. Firstly, there was the central role that the fraction of the ruling class associated with the Republic of Serbia played in the administration of the army, the police and the state bureaucracy. Secondly, there was the fact that significant numbers of people who considered themselves to be Serbs (or who could be persuaded to consider themselves to be Serbs with the help of media misinformation and physical threats)

could be found in all the regions of Yugoslavia apart from Slovenia and Macedonia. Serbian nationalism thus had a potential to divide and terrorise the proletariat across almost the whole of Yugoslavia in a way that other ethnic nationalisms didn't. In this sense the dominant Western media view that "the Serbs started all the trouble" has an element of truth in it, although, being itself a nationalist point of view, this deliberately ignores the fact that the most serious resistance to the war effort would develop in Serbia itself. The ideology of Serbian nationalism (in so far as it can be distinguished from other nationalist ideologies) is analogous to Zionism – the Serbs are a historically persecuted people who suffered horrific massacres at the hands of the Nazis (and, of course, during 500 years of Turkish rule, the Balkan wars, World War I...); the threat of genocide (a favourite Serbian nationalist word) could return at any moment if national unity falters; the Croats were given their own state by the Nazis during World War II so all Croats are Nazis (and Germany was the most enthusiastic supporter of Croatian independence, so say no more...); anybody whose grandparents visited the mosque now and again must be a crazed Islamic fundamentalist.

The Working Class Mobilises

With the death of Tito in 1980 a terrible secret came to public notice, the size of the national debt – this was at least \$14 billion. It had grown to this size for much the same reasons as elsewhere – increases in energy prices as a result of the "oil shock" of 1974 and the policy of high interest rates by the Western powers. At the beginning of 1980 Yugoslavia became a member of the IMF and in 1981 it received the largest amount of credit ever given by this organisation. In 1983/4 Yugoslavia carried on funding negotiations with 600 Western banks as well as the IMF. The IMF called on the Yugoslav government to impose wage cuts on insolvent businesses, to lift price controls, to increase interest rates and to devalue the Dinar by 25%. The larger banks were propped up with foreign credit and given the function of closing down smaller insolvent banks which had made loans to unprofitable businesses. This was an attempt to deal with a major structural problem in Yugoslavia's economy – its financial institutions were completely mixed up with its industry so many businesses, particularly ones with politically powerful bosses, could effectively print themselves money by granting themselves unlimited credit. In other words, Yugoslavia was expected to carry out an East European variant of the "anti-inflation" measures being carried out in the US and Western Europe.

In 1984 a wave of strikes broke out, starting in Macedonia, which was mostly against redundancies. For example, a textile firm was to have been closed, taking away the jobs of majority of the local population. Three hundred workers successfully struck for 46 days against the dismantling of self-management and in the name of the masses against the "bureaucratic mafia". faced with this kind of militancy the government could not carry out its aims. The number of successful bankruptcy proceedings actually decreased from 156 in 1979 to 97 in 1985. Instead the banks printed more and more Dinars in order to try to reduce wages without closing unprofitable businesses.

Meanwhile, attempts at direct wage cuts continued. In Summer '85 the Koper port administration announced a wage cut because of alleged under-usage of the harbour capacity. The strike was broken after two days by means of sackings and police repression against ringleaders but it led to strikes almost all over Yugoslavia. In the course of the strikes the state controlled unions became almost completely discredited, not least because they had supported all the state's austerity programs. In Slovenia several large factories had struck and workers had handed in their union cards. In Kosovo the miners had struck, partly against corrupt union bosses who were forced to resign.

In March 1986 the government of Milka Planinc stepped down because it was completely unable to impose the IMF's austerity program. The new government, under Prime Minister Mikulic, promised a six-month pay freeze and price rises. This was not to be. The workers forced through an 8% rise in real wages over the course of that year – according to the unions the workers were "eating up the equipment and machines". Once again the government devalued the Dinar and brought a new banking law into effect designed to create bankruptcy of unprofitable businesses through preventing them from obtaining unsecured loans. The first company to go under was a building firm in Titograd (now Podgorica). 2000 workers were sacked and unemployment in Titograd rose to 20%. Then followed the famous "scandal" of the Bosnian food distribution group Agrocomerc. This company effectively printed money for itself on a scale of several hundred million dollars. Its director was one Fikret Abdic, who later set up an independent Bosnian statelet backed by the UN. In Macedonia, Montenegro and Kosovo (the poorest regions) all the banks failed and many enterprises were simply abandoned. Unemployment jumped to 1.2m – in a country of 24m. Inflation reached 130%.

At the end of February 1987, in response to an increase in various prices, a wage freeze and an intensification of work, several strikes broke out which were described as "wildcat" by the authorities. For a month and a half there were some 80 strikes without warning across Yugoslavia, particularly in Croatia. The authorities threatened sackings and military intervention but the movement continued to grow. After a short interruption at the beginning of April a strike developed in the coalfield of Labin which lasted for 30 days. The miners demanded the cancellation of all price increases, a 95% increase in wages (a common demand at this time) and a change of mine management. Faced with the possibility of the strike spreading the bosses conceded a wage increase of more than 40% and dismissed various unpopular functionaries.

Demonstrations in front of the Republican parliaments by striking workers became common. In July 10 000 workers in a shoe and tyre company went on strike – 5 000 of them went to Belgrade to demand the doubling of their wages and the resignation of the former director, who was then Minister of Foreign Trade. They called for the dismissal of the whole management as well as the whole of the town council of Vukovar. They didn't just go to shout out their demands to the Federal Parliament but also to express solidarity with workers in Belgrade and to call for a general strike throughout Yugoslavia. This represented an important break with the republic-by-republic containment of the movement.

At the end of May 1988 another strike movement broke out, mostly in the mining and transport sectors in Serbia and Bosnia-Herzegovina, in response to a "redistribution of revenue" law being passed by the Federal Parliament which would have meant dramatic cuts in wages. In October of the same year there were violent clashes between workers and special police units in Montenegro. For two days Titograd was cut off by the units but the movement still led to the resignation of Montenegro's government. Shortly afterwards the government of the "autonomous province" of Vojvodina also felt obliged to resign. Finally, in December 1988 the federal government itself resigned and reconstituted itself under the aegis of Prime Minister Ante Markovic.

Markovic announced the stunningly original program of freeing prices, restricting credit and devaluing the Dinar. This led to another wave of strikes during the first months of 1989 with the now familiar call for 95% wage increases. Industrial unrest continued throughout the year. In December 1989, 650 000 labourers from Serbia, Montenegro and Macedonia

declared themselves on strike against government policy and once again called for 95% pay rises. The enterprise bosses gave in, contrary to government directives, and granted the demands. Over the course of the year workers managed to force an increase in real wages of around 25%. The resistance to this new austerity programme was particularly strong in Serbia. In Slovenia there was a successful spate of bankruptcies and the emergence of significant unemployment for the first time, but in Serbia the authorities were forced to ignore the wage freeze and to continue bailing out bankrupt enterprises. Within months the average income in Serbia equalled that of Slovenia, with no corresponding increase in productivity. In September 1989, 10 000 striking workers demonstrated in Belgrade and Skopje and threatened to launch a general strike if the Federal government didn't stop inflation. They also demanded that the Deutschmark should be the principle currency they were paid in. As in Britain and elsewhere in the 1970s, inflation was transformed from a weapon of the bosses into a focus for political mobilisation by the workers, who understood that it wasn't enough just to screw more money out of each individual enterprise.

In February and March of the same year Kosovo exploded. There were strikes and uprisings in all the towns of this province – police stations were attacked, trains were attacked, shops were plundered, cops were shot at from the roofs of houses. The university was occupied. Secondary school students boycotted classes. A State of Emergency was declared, followed by a curfew on 27 March. The next day the Serbian parliament voted unanimously for the Autonomous Provinces of Vojvodina and Kosovo to lose their constitutional autonomy and become fully integrated into Serbia. The immediate aim of this was to legalise the suppression of the uprisings by troops from outside the province but it also fitted in well with the Kosovo policies of Serbian nationalist politicians and gave Serbia two more votes on the collective Federal Presidency which contained one representative from each of the six republics and two Autonomous Provinces of Yugoslavia.

The strike movements in the 1980s had many positive features, apart from their sheer size. The strikes were completely unofficial (due to the unions being openly part of the state bureaucracy) and were often very active, involving occupation of work-places to prevent scabbing. There were also numerous demonstrations and blockages of roads in solidarity with the strikes. Yugoslav workers had never been domesticated into the Western European style of strike where everyone goes home and watches TV until the union

tells them to go back to work. For this reason any official figures relating to number of strikes or days on strike (even figures used by us!) should be taken with a large pinch of salt. Here we are not talking about well-defined "labour disputes" which begin and end at set times with a specific list of demands. It was not unusual for one factory to have more than one wildcat strike in the same week or even for there to be two separate strikes going on in the same factory at the same time.

Despite the simultaneity of the struggles, they were uncoordinated, tending to confine their scope to specific provinces. This was the main weakness that the bourgeoisie came to exploit. This was helped by the fact that, like other manifestations of the class struggle in Eastern Europe, workers' anger was overwhelmingly directed at the "corrupt, bureaucratic, one-party state". This sort of perspective fitted in very well with the projects of the nationalists who could present themselves as the "voice of the people" which had long been suppressed by the evil Communists. This "subjective" factor was also helped along by the "objective" economic factor that austerity and restructuring had not been completely held back. Economic divisions between the regions had been exacerbated. For example, unemployment in Slovenia was still only 1 or 2%, while in Kosovo it had reached 30%. This intensified regional resentments within the working class – "the Croats are privileged", "Serbs and Montenegrins are poor because they are lazy". Since the 1970s jobs for migrant workers in Western Europe had become less available. As a consequence more and more workers from the poorer regions (e.g. Serbia) were migrating to Slovenia instead, leading to the usual divisions between natives and immigrants.

The Bourgeoisie Responds

Slobodan Milosevic began his exploitation of these divisions by making a successful bid for leadership of the Serbian League of Communists in September 1987. The issue which he made use of was the status of the Serb and Montenegrin minority in Kosovo, where there was a large Albanian majority (around 95%). The media, increasingly under the control of Milosevic's faction, began to pump out stories about how Serbs in Kosovo were being driven from their homes and faced "genocide" at the hands of "terrorist separatist" Albanians. In reality there was hardly an Albanian nationalist movement, let alone a separatist one, and what there was certainly didn't have the means to drive out Serbs. The Kosovo issue was also chosen because of the symbolic nature of Kosovo in Serbian nationalist mythology – it was the site of an important battle in 1389 where the Serb forces were

crushed by the Turks, leading to almost five centuries of Ottoman Turkish rule. Serbian nationalists celebrate the anniversary of this battle as if it was a victory, in much the same way that British nationalists remember Dunkirk. In concrete terms the use of this mythology helped to mobilise all the Serbian nationalist forces behind Milošević's faction, from academics and novelists to the Party, the media, and the Orthodox Church.

Milošević organised a series of large-scale rallies and demos throughout Serbia, Vojvodina, Kosovo and Montenegro which were used to force the resignation of Yugoslavist LCY bureaucrats so that they could be replaced with Serbian nationalist LCY bureaucrats. This was known as the "anti-bureaucratic revolution". Serbian nationalism in general was as much about recuperating discontent amongst "Serbian" proletarians as it was about intimidating non-Serbs throughout Yugoslavia. In 1988, for example, rallies were deliberately held in Montenegro to capitalise on an upsurge of unrest which developed after the Republic declared itself bankrupt. As soon as Marković's austerity programme was unveiled it was attacked by the Belgrade press as "anti-Serbian". Because of this role it could provide a social-democratic framework for making the necessary strategic concessions to the working class without encouraging them to ask for even more. Milosevic's faction always understood very well that in order to maintain national unity the policy must be, to some extent, "guns and butter". Milosevic's election victory in December 1990 wasn't just a result of monopoly control of the media. He had arranged an illegal loan (of around \$1.7 billion) from Serbia's main bank to the Serbian government. He used this to grant hefty wage and pension increases.

The climax of the nationalist demo movement was the celebration of the 600th anniversary of the battle of Kosovo on 28 June 1989 in which a million or so Serbs from all over Yugoslavia and the world were gathered on the site of the famous battle for a festival of Serbian cultural kitsch and nationalist speeches. The significance of such a gathering so soon after Kosovo had been shaken by uprisings, and pacified by tanks, should be obvious. This gathering was a triumph for Milosevic, sealing his domination of Serbian politics from then on.

At the beginning of 1989 radio transmitters in Vojvodina were redirected to beam Serbian nationalist propaganda into Bosnia-Herzegovina and the Serb-populated regions of Croatia and Serbian nationalist rallies began to be held in Croatia. In the same year Serbian nationalist militias armed by the state

began to be trained in Serbia – these would later form the shock troops of the Serbian side of the war in Croatia and Bosnia-Herzegovina. Throughout 1990 and up to the outbreak of war in 1991 Serbia's Interior Ministry secretly supplied weapons to Serbian nationalists based in the majority Serb areas of Croatia and Bosnia-Herzegovina.

The opportunity for civil war offered by Milosevic was gratefully seized with both hands by Tudjman. One of the first actions taken when Tudjman's party came to power was the repeal of a large chunk of the Titoist legislation protecting the rights of national minorities – a calculated attempt to encourage the growing nationalist paranoia in Serb regions of Croatia. This was followed by the systematic sacking of Serbs from government jobs and many private companies. There was a whole series of other measures designed to incite ethnic divisions – names of streets and squares were changed so as to erase anti-fascism, Socialism and anything to do with Serbia; the "Croatian" language was officially re-invented, supposedly without "Serbian" words; the flag of the new ruling party became the official national flag and was flown everywhere. Tudjman's famous comment during his election campaign that "I am doubly happy that my wife is neither a Serb nor a Jew" was hardly likely to endear him to people whose grandparents had been murdered by Croatian Nazis.

In Slovenia the leaders of the Communist League had promoted a campaign of Slovenian national pride in the mid-1980s around the slogan "Slovenia My Homeland", which consisted primarily of a series of TV adverts portraying the beauty and diversity of the Slovene countryside. Tee-shirts displaying this noxious slogan also became extremely popular. Later they increasingly used the media to blame the other republics for the country's economic ills. However, it was the political forces emerging outside the Communist League which had the greater influence on the development of Slovenian nationalism. In the 1980s a whole range of Western style single-issue campaigns arose – ecology, conscientious objection to the military, human rights and even gay rights. No doubt most of the idealistic young people and intellectuals who participated in these movements would have been horrified by the idea that their efforts would be used to contribute to the break-up of Yugoslavia and hasten the descent into civil war, but nevertheless this is so. By the late 1980s the Republic of Slovenia's Youth Organisation had ceased to serve the LCY and become a major focus of opposition to the regime. In particular its newspaper *Mladina* ("Youth") had become a major thorn in the side of the military. On 31 May 1988 Janez Jansa, a senior *Mladina* writer on

military affairs was arrested on suspicion of betraying military secrets. Later two more journalists and a non-commissioned officer were arrested after classified documents were found at the newspaper's office. The trial of the four led to a massive public campaign in their support and although they were initially sentenced to terms of between 5 months and 4 years they ended up serving much reduced sentences. The trial of the four was very widely seen as an attack on Slovenia since the JNA (Jugoslovenska narodna armija, "Yugoslav People's Army"), with its overwhelmingly Serb and Montenegrin officer corps and Serbo-Croat (not Slovenian) as its language of command, was perceived as a Serb institution. Jansa was to become Minister of Defence a year before Slovenia declared independence and played a major role in organising its 10-day war. Similarly, when the Slovenian opposition, with massive popular support, organised a rally in Ljubljana in February 1989 to condemn human rights abuses in Kosovo, it provided an opportunity for the Communist leadership in Slovenia to openly defy the LCY for the first time.

The first "free" (i.e. multi-party) elections held in the Republics of Yugoslavia, in 1990, were a veritable referendum on war. In all the major protagonist Republics: Slovenia, Croatia, Serbia and Bosnia-Herzegovina, ethnic nationalist parties won clear victories over Yugoslavist representatives of the old Communist League and non-ethnic liberal parties. Elections in Slovenia were won by Demos ("Democratic Opposition of Slovenia"), a coalition of five opposition parties who were so confident of their ability to break away from Yugoslavia that they immediately began preparations for issuing a new Slovenian currency. In Serbia in December, Milosevic's Socialist Party of Serbia (SPS) won 194 out of the 250 Assembly seats. In Croatia, Tudjman's HDZ won enough seats to form a homogenous HDZ government. Even in supposedly "multi-ethnic" Bosnia the three ethnic parties gained over two thirds of the votes cast, enabling them to carve up power between them. Effectively, the citizens of Yugoslavia were asked: "Are you in favour of ethnic slaughter? Yes/No". Voting for ethnic nationalist parties legitimised secession – the secession of Croatia from Yugoslavia, of the Serb minority from Croatia, of the Serb and Croatian minorities from Bosnia and so on. In any nation state secession is an act of war.

Having won seats in the Croatian parliament the Serbian Democratic Party (SDS) MPs did not take them up. Instead they formed the "Union of Communes of Luka and Northern Dalmatia" out of the six constituencies they had won. It had its own parliament, the Serb National Council, in Knin. Its first act

was to declare its independence from Croatia. It immediately received the protection of the JNA which had already disarmed the territorial defence forces of Croatia and Slovenia (although Slovenia managed to keep a large part of its weapons). The creation of this mini-state constituted a major act of economic warfare against Croatia by Serbia since it cut major road and rail routes between Zagreb and Dalmatia, disrupting production and immediately wrecking the Dalmatian tourist industry. This pattern was to be repeated in Bosnia-Herzegovina with the SDS constituencies there.

These political manoeuvres were not enough in themselves to silence the working class – only heavy artillery and nationalist death squads could do that. In the meantime the class struggle carried on. For example, in April 1991, 700 000 workers struck in Serbia, almost a third of the Republic's workforce. Many had not been paid since before the December elections.

In March 1991 there was an impressive riot against the regime in Belgrade. The occasion was the calling of a demo on March 9 by the "opposition" parties in the Serbian Parliament, principally the SPO (Srpski Pokret Obnove, "Serbian Movement of Renewal") led by Vuk Draskovic. They were protesting about bias in the official media. The demo was banned by the government and everyone knew it would lead to a massive confrontation with the forces of order. As such it attracted almost everyone who had a grudge against the regime. The nationalist supporters of the organising parties were undoubtedly out in force as they had travelled from all over Serbia but they were quickly joined by large numbers of workers who hadn't been paid for months, together with students, school kids and the unemployed. Most of the participants were not carrying flags or banners of any description and a few people even burned the flags of Yugoslavia and Serbia. The police had been preparing for the event for several days with thousands of them being returned from occupying Kosovo. They were all equipped with riot shields and gas masks. The demo was due to start at noon in Republic Square. Half an hour before this a major riot had already broken out in and around the square. The crowd initially drove the police out of the square. They then listened to nationalist speeches while the police reorganised to attack them with tear gas and water cannons. This in turn led to several hours of intense rioting in which shops and banks were smashed throughout the centre of town and police vehicles were torn apart by rioters armed with rocks and iron bars. A cop was killed, as was one demonstrator when the cops drew their pistols and fired on the crowd. Order

was only restored when JNA tanks appeared on the streets in the evening. Draskovic was arrested and held for several days which worked wonders for his political credibility – leading liberal intellectuals to campaign for the release of a man who would later send his own nationalist militia ("The Serbian Guard") to fight in Croatia and Bosnia.

The next day saw more rioting as students who had participated in a series of meetings marched toward the centre of town from Student City, a huge collection of crumbling high-rise concrete blocks situated across the Sava river. Fighting began on the Brotherhood and Unity Bridge and simultaneously in the centre of Belgrade – clearly a large number of non-students had immediately taken the opportunity to attack the pigs. This, though, was a more orthodox political demo with thousands of students carrying placards and banners calling for Milosevic to resign. After more fighting with the cops the demonstrators managed to occupy Terazije, a main thoroughfare South of Republic Square. This led to a week-long vigil involving hundreds of thousands of people which became a veritable tribune of the people with non-stop speechifying by students, academics, lawyers, famous actors and, apparently, even the odd worker. The demands put forward by this tribune were purely political. There were calls for the resignation of various top state functionaries and for the non-SPS media to be allowed to function without hindrance. Most of these were eventually granted and everyone went home.

Both these demos were highly politically ambiguous. They expressed both the depth of social discontent and the ease with which it could be recuperated into nationalist and liberal politics.

The War Begins

The Croatian nationalist irregulars lagged behind their Serbian counterparts but by early 1991 the more militant elements of the HDZ, together with the more extreme Croatian nationalist formations, were distributing weapons and blowing up homes and shops belonging to Serbs. Throughout Spring and Summer 1991 there were numerous small provocative actions by both sides. The JNA was regularly intervening on the side of the Serb nationalists by safeguarding their territorial gains. As the ten-day war started in Slovenia there was a drastic upsurge in fighting in three areas of Croatia between Serb irregulars and the JNA on one side and the Croatian police and the Republic's embryonic army, the National Guard, on the other. In regions such as Eastern Slavonia and Banija nationalist militias arrived in the villages and carried out massacres according to ethnic criteria, forcing

those of the "wrong" ethnic group to flee either to the large towns or to other rural areas where they would be under the "protection" of the rival militia. The people carrying out these actions were generally not from the local area. It was not a question of people who'd lived side by side for decades suddenly deciding to kill each other. Neither was it an eruption of long-suppressed ethnic hatreds, as the media make out. It was a well-organised state policy. Most of the Serb irregulars came from organisations led by well-known political figures in Serbia, such as the Chetniks led by Vojislav Seselj of the Serbian Radical Party and the Arkanovci (literally: "those who belong to Arkan") led by Arkan, a mafia-style gangster from Belgrade. Many of the Croatian irregulars were recruited from Croatian migrants who had returned to fight for their endangered fatherland. Others were simply mercenaries. Many of the actions carried out by the JNA were not even ethnic cleansing – they would simply blow villages apart with heavy artillery, forcing the entire population, irrespective of supposed ethnicity, to flee wherever they could. These operations came to be aimed more and more at the big towns such as Osijek.

It is no coincidence that the first big town to be destroyed was Vukovar, which was besieged and bombarded by the JNA for three months, starting in July. There was almost certainly complicity between the two sides – in Croatia there were widespread rumours that the Croatian government had prevented arms getting through to the city's defenders. Militarily the JNA needed a quick and easy victory to boost the morale of its increasingly mutinous troops and politically Croatia needed a spectacular Serb atrocity to show the world media. Both were happy to devastate a traditionally militant section of the working class which was proving to be resistant to ethnic segregation. The inhabitants tried to organise an armed resistance which was separate from that of the nationalists – when the JNA entered the town a whole series of corpses were found which had been shot from behind, summarily executed for refusing to join the National Guard or the Croatian nationalist irregulars.

Resistance

In Croatia there was relatively little resistance to mobilisation orders (except among those considered to be Serbs) but in Serbia and Montenegro there was massive resistance to conscription into the JNA. Significantly, all called-up Albanians refused to join the JNA – this was a significant blow in itself given that there are up to 1.5 million Albanians in Serbia. There

was also widespread desertion affecting all sections of the army, even military intelligence personnel! In December 1991, after numerous JNA victories, the Croatian forces began to achieve important successes. This signified that the JNA was beginning to disintegrate. The level of disaffection in the ranks became apparent in the form of a widespread petty insubordination similar to that of US troops during the Vietnam War – soldiers failed to wear proper uniform, refused to salute officers, drank alcohol and took drugs on duty... In the words of one JNA conscript who described an officer trying to tell him off for some minor infringement of regulations: "he knew he couldn't make me do what he wanted because I had a Kalashnikov and six hand-grenades and he didn't know quite what I was going to do with them". One conscript in the Knin region stole a tank and drove it all the way back to Belgrade, parking it in front of the Federal Parliament as a protest against the war. For this eminently sane act he was confined to a mental hospital.

In Belgrade thousands of young men were regularly sleeping at a different flat every night to avoid the call-up and draft dodging became downright fashionable! When a mass mobilisation of reservists was ordered, only 10% of those liable turned up. In many villages whole communities cooperated in resistance by warning each other about the approach of the military. All over Serbia and Vojvodina young men hid themselves with the help of their families and friends, and tens of thousands fled the country. According to an article in *Le Monde Diplomatique* (June 1994) the total number of draft dodgers and deserters who have fled ex-Yugoslavia is over 100 000.

When stories began circulating that hundreds of Montenegrin reservists were being killed in Slavonia, resistance to the war developed even more swiftly than in Serbia. This was the reason for the JNA's offensive into Eastern Dalmatia and its attack on Dubrovnik – the virtually non-existent Croatian resistance provided an opportunity for easy victories (and a great deal of plunder) for the Montenegrin conscripts.

In December the duration of military service was extended from 12 months to 15 months and the army admitted that more than 10 000 reservists had refused to join their units. The military authorities threatened draft dodgers and deserters with long prison sentences under Article 121 which even prescribed the death penalty for a deserter who left the country. Some draft dodgers who had made a public protest against being mobilised were grabbed off the street,

imprisoned for 2 or 3 days, and then sent to the front to clear mine fields.

In addition to the steady individual attrition of the JNA there were numerous collective revolts, although these never coalesced into an organised movement. The biggest refusal took place at Kragujevac, a garrison town in central Serbia, where 7 000 reservists presented themselves at the call-up without their arms. They shut themselves in the camp and refused to move. The military authorities ended up exempting all of them from service and had to content themselves with just putting them on a local employers' black list. At the end of August 1991, 700 reservists from Smederevo refused to be taken from Bosnia to the war zone in Croatia. In November 1991, 200 reservists stood in front of the office of the district president in Valjevo until their commander signed their military books stipulating that their service was complete. On 18 December, at Markušica, on the front in Slavonia, 700 reservists refused to fight after already having done their 45 days of recall. A general ordered the arrest of their officers but backed down when troops threatened to shoot him. At the beginning of January 1992, 150 reservists deserted as a group from the front at Osijek after spending more than a month on the front line and returned to Belgrade to protest at their conditions of life. In March 1992, more than 700 reservists on leave at Gornji Milanovac revolted and refused to return to the front in Eastern Slavonia. There were also numerous revolts by reservists from Vojvodina who frequently mutinied or ran away, irrespective of whether they were "Serbs" or "Hungarians" or whatever. Thousands of soldiers were brought before courts martial.

The undermining of the JNA didn't stop the war but it definitely shortened it in Croatia – Milosevic and Tudjman were to sign a UN/US brokered peace treaty on 2 January 1992. When the war in Bosnia began in April 1992 it followed much the same pattern as in Croatia with the JNA protecting the territorial gains of the Serbian nationalist militias. But the JNA, now called the VJ, withdrew from Bosnia in May, leaving large quantities of equipment and officers with the newly-formed Bosnian Serb Army (that is, the army of Republika Srpska). This army rapidly conquered around two thirds of Bosnia-Herzegovina but there followed a period of more or less stalemate between the competing sides which lasted until mid-1995. This undoubtedly constituted an incredibly gloomy episode in proletarian history – throughout former Bosnia-Herzegovina massacres, mass deportations, mass rapes and all the other horrors of capitalist warfare reigned on a scale not seen in Europe since 1945. But even in conditions like these national unity

is never as complete as the bourgeois media would have us believe. This is shown by the fact that all sides have had to use terror to make proletarians participate in the armed forces – in besieged Sarajevo young draft dodgers have been seized from cafes by the military police and immediately taken to dig trenches on the front lines (Guardian, 2 November 1993). In the Serb nationalist held regions of Bosnia and Croatia in Spring 1995 there were a whole series of summary executions of people accused of desertion, insubordination and stealing from the army (War Report, June 1995). Martić (the Knin leader) and Karadžić even had to issue a public appeal for deserters to return to their units by July 5 or face prosecution. Charity workers have reported their convoys being robbed by "armed ex-soldiers". The lack of national unity is also shown by the "morale problems" reported by military commanders on all sides and, particularly clearly, by events in Banja Luka in September 1993.

Mutiny!

The mass revolt in the ranks of the Bosnian Serb Army in Banja Luka (the largest town in the Republika Srpska region of former Bosnia-Herzegovina) in September 1993 was the most significant act of rebellion by soldiers in the whole of the war. The political consciousness of the participants was almost certainly pretty reactionary. Their slogans and demands essentially corresponded to the usual patriotic whining about how "war profiteers" were having an easy life while decent patriots were giving their lives at the front. But even if what they were thinking about was "a fair day's pay for a fair day's killing", in their actions they undermined the war effort (and stopped it dead for several days) by putting their needs before the needs of capital's war economy.

On 10 September three units of the Bosnian Serb Army, the First Army Corps of Krajina, the 16th Motorised Unit and the First Armoured Brigade, mutinied on their return to the front. They drove into town in their armoured cars and took over the main official buildings, notably the local radio and TV stations, the town hall and the Head Quarters of the Army. They were led by an "emergency general staff" led by NCOs and sub-alterns.

Their demands were for an increase in their pay (which stood at around \$1 per month for an ordinary soldier) and the arrest of "war profiteers, who instead of standing watch in the trenches are getting rich with the blessing of those in power". A black list of 700 profiteers was drawn up and they began arresting them, including the mayor of Banja Luka! The insur-

gents seized the power stations and provided the town with an uninterrupted electricity supply, something it hadn't had for months. The rebels began broadcasting from the TV station but this was quickly blocked as the transmitters were located in other parts of Bosnia. Soldiers in other brigades began to send telegrams of support but the movement did not generalise in a practical way, although newspaper reports on 14 September said that rebellion had spread to other units such as in Sokolac near Sarajevo.

The movement was defeated by its acceptance of the trap of negotiations and even parliamentarism – at one stage the leadership of the mutiny called for the anticipated general election to be brought forward. In one unit pay was negotiated for, in another it was the question of the dismissal of certain "corrupt" officers or politicians... After a week the movement was over. The state gave the mutineers 10 days leave and a promise to address their social demands, while some leaders of the mutiny were arrested.

The Future

However inspiring the Banja Luka mutiny may have been (at least when it started), and however much all sides may have suffered attrition of their forces by desertion we must stress that it is the soldiers and potential soldiers of the JNA/VJ who have shown the most significant resistance to the war effort. This largely explains the lack of direct involvement by Serbia in the war in Bosnia-Herzegovina for most of the time that it has raged. Over the last three years or so there have been recurring panics about the VJ becoming directly involved in the war again, but these have proved to be the result of mere sabre-rattling by Milosevic. The attack on Krajina by the Croatian Army in August 1995 was the most recent example. This time there was a general mobilisation in Serbia and Montenegro with military officials knocking on the doors of potential recruits all over Belgrade. They knew that just sending out draft papers was a waste of time! Tanks were sent to the Croatian border. Once again there was widespread avoidance of the call-up. In Montenegro only 6% of those called up reported to the barracks (War Report, October 1995). Even in these parts of ex-Yugoslavia, though, the anti-draft resistance has not taken on any kind of organised form, apart from small knots of people who know each other well.

But it is no use simply bemoaning the lack of organisation of our class brothers and sisters in the Balkans. As long as proletarians remain trapped within the walls of nationality they will continue to be taken by surprise whenever "their" ruling class starts to send them to the battlefields, they will continue to look for

some local solution to their problems, to hope against all reason that some peace agreement will hold or that some more humane fraction of capital will come to power. This war has been a great success for the bourgeoisie. Firstly, in the short term, they have crushed resistance to economic restructuring. Although the heavy guns are temporarily silent the war against the proletariat continues in its "peaceful" forms – millions of workers continue not to be paid and austerity deepens. Secondly, they have significantly advanced one of their most important projects of the last two centuries, the nationalisation of the proletariat. This is not only true within ex-Yugoslavia itself but also in the neighbouring states. For example, both Greece and Bulgaria have profited from the use of the "Macedonian question". In Greece the major political parties were able to organise two major nationalist demonstrations in 1992 which together mobilised around 10% of the Greek population. We cannot deny that our project, the re-internationalisation of the proletariat, has suffered a serious setback.

As communist internationalists the most important way we can show solidarity with proletarians in ex-Yugoslavia is, of course, by taking up the struggle against "our own" bourgeoisie. It was, above all, the isolated nature of the class struggle in Yugoslavia and, in particular, the success of the introduction of the free market in the rest of Eastern Europe, which enabled, and compelled, the bourgeoisie to impose such a bloody solution to their problems. However, this should not be an excuse for failing to create solid links of international solidarity. It is only by building such links that the rich experience of resistance to restructuring and war gained by proletarians in ex-Yugoslavia can be shared with the rest of us and that we can share our experiences of struggle with them. This may not sound like a very inspiring conclusion given the sheer scale of the crime against our class which the international bourgeoisie have got away with, but it is the only realistic course of action and the only way to prepare ourselves for the class battles of the future – battles which the bourgeoisie will undoubtedly try to win by means of the tried and trusted methods of nationalism and war.

The workers' movement in Serbia and ex-Yugoslavia - an anarchist view

by Aleksandar Simic / Revolutionary Group TORPEDO

The Workers' Movement in Ex-Yugoslavia until the First World War

With the growth of industrial production in Western Europe in the late 19th century the inexorable process of industrial development also began in the regions of former Yugoslavia. Industrialization had led to a migration of the rural population into the cities and the formation of a working class. The division of society into new classes (capitalist class, middle class, working class), class conflicts, and the continuing process of industrialization led the working class to a point where it desperately needed its own forms of class organization. The first socialist ideas and experience in organizing the workers were brought to the regions of former Yugoslavia by members of the progressive intelligentsia who had been educated in the countries of Western Europe, in particular in the Austro-Hungarian monarchy, Switzerland and France. They had become acquainted with socialist ideas during their studies, had accepted them, talked them through in discussion circles, participated in the work of diverse groups and organizations, and later brought these ideas and the corresponding experience back to their home regions.

One of the first to have taken on socialist ideas was Zivojin Zujovic who adopted Proudhon's teachings while studying law and economics in Munich and Zurich. He was the first socialist in Serbia and later the teacher of Svetozar Markovic, organizer and theoretician of the Serbian workers' movement and one of the founders of the Serbian Social-Democratic Party.

Socialist ideas spread to other areas inhabited by Southern Slavs. During the uprising in Bosnia-Herzegovina led by Vasa Pelagic in 1875 there were many anarchists among the insurgents - Manojlo Hrvacanin, Kosta Ugrinovic and others. The uprising was also joined by many Italian and Russian anarchists (even Malatesta made two attempts to enter Bosnia-Herzegovina).

At the beginning of April 1871 John Most travelled to Ljubljana (Slovenia) and took up contact with members of the Workers' Society. This society, whose President was Matija Kunc, spread Most's ideas. Anarchist demonstrations were held in Croatia in Rovinj (1904) and Split (1908). The teacher Milos Krpan maintained contact with Swiss anarchists until 1898. He spread anarchist ideas among the group called the Independent Socialists. In 1909 and 1910 Krpan also tried to set up an international anarchist commune in the vicinity of Slavonski Brod. The Austro-Hungarian authorities fiercely resisted this

plan. The Croatian and Slovenian socialists involved were cruelly persecuted and harsh sentences were handed down at trials held in Zagreb, Celovec and Grac.

In Macedonia there was a pronounced national liberation struggle and many socialists were involved in activities in this direction. Mention should be made of the Ilinden (St Elijah's Day) Uprising in 1903, during which the Republic of Krusevo was proclaimed. This was the first socialist republic in the Balkans and lasted almost three months. The struggle for national and social liberation in the southern Slavic lands under the control of Austria-Hungary culminated on 28 June 1914 in Sarajevo, Bosnia-Herzegovina, when the group 'Mlada Bosna' (Young Bosnia) assassinated the heir to the Austro-Hungarian throne, Archduke Franz Ferdinand. The group was composed of freedom fighters inspired by anarchist ideas. At the trial of the group of assassins Nedeljko Cabrinovic (who threw the first bomb at Franz Ferdinand but which didn't explode) declared that his participation in the assassination plot was inspired by anarchist ideas.

What was more significant for the group Mlada Bosna, however, was its close contact with the Slovenian group 'Preporod' (Rebirth). The Preporod group began to form in 1911-12 around the newspaper of the same name. Until 1914 the two groups were linked by the common idea of the liberation of the southern Slavs' lands and the creation of a united, south Slavic revolutionary youth movement.

In the Voivodina at that time the greatest influx of socialist ideas was from Hungary. Errico Malatesta held a very well attended lecture in Pancevo in 1904. At the time of conflicts with the authorities there were large socialist demonstrations in the small town of Bavaniste. Workers and peasants were fired at by the authorities and fired back. After the pioneering work of Zivojin Zujovic quite a number of intellectuals in Serbia took up anarchist ideas. Among them were Pera Todorovic, founder of the first socialist newspaper in Serbia ('Rad', 1874) and friend of Bakunin's from Zurich where he studied educational theory, and Jovan Zujovic, the famous geologist and later President of the Serbian Academy of Sciences. The ideas of anarcho-syndicalism were first propagated in Serbia in 1906 in the paper 'Proleter' by the supporters of direct action (the so-called 'Direktasi'), by the left wing of the Serbian Social-Democratic Party, and in the paper 'Radnicka borba' (Workers' Struggle). The leading figure of Serbian anarcho-syndicalism was Krsto Cicvaric who founded many

newspapers and was active as a writer, propagandist and revolutionary agitator.

The divisions which existed within the international workers' movement meant that these representatives of the progressive intelligentsia also took up different ideas (as we have already seen). This also led to divisions within the new and growing south Slavic workers' movement. Of the various factions present it was social-democracy which began to gain the upper hand.

Since social-democracy was less radical in its position towards parliamentary activity and class struggle and was thus less of a danger to capital it was accepted by capitalism on an international scale and certain concessions were made towards it. Social-democratic parties gathered strength, provoked the split in the First International, and in some countries began to fight for state power. These parties accepted the capitalist forms of struggle and were used by capital as a means of combatting radical sections of the workers' movement. Parallel to the development in the international workers' movement as a whole, in the regions of former Yugoslavia the social-democratic party (e.g. the Serbian Social-Democratic Party, SSDP, founded in 1903) also gained strength to the detriment of the truly revolutionary movement. The first trade unions also formed and came together in 1903 to constitute the General Workers' League of Serbia. However, the entire union movement in Serbia was taken over quickly and easily by the SSDP. On 12th July 1914 the General Workers' League of Serbia suspended all forms of activity when Austria-Hungary declared war on Serbia and the King and the government ordered general mobilization. It is of interest to note that Mayday, the international workers' day, was first celebrated in Slovenia in 1890, in Croatia in 1892 and in Serbia in 1893.

During the First World War

Socialist struggle did not end during the war, however. Intellectuals fled the country, in France a General Union of Serbian Workers was set up within the French Confederation of Labour and until 1917 had branches in all the larger French cities. Serb emigres in France also set up the so-called Workers' Chamber, and there was also an active group of Serbian workers in Switzerland.

Shortly before the end of the First World War, owing to the repeated defeats of Austria-Hungary's armies and the accelerated decay of its power structures, very well organized groups of workers and peasants would have had the opportunity to take power with scarcely a struggle. They did not do this, however, and took a completely indifferent stance to the transition from Austro-Hungarian domination to that of

the newly established 'Kingdom of the Serbs, Croats, and Slovenes'.

The Period between the Wars

Before the First World War and the unification of Slovenia, Croatia and Serbia in one state (initially called the 'Kingdom of the Serbs, Croats, and Slovenes', later the 'Kingdom of Yugoslavia') numerous Communist cells were formed. These later merged in April 1919 to form the Socialist Workers' Party of Yugoslavia (SRPJ/K), which later changed its name to Communist Party of Yugoslavia (June 1920), and in 1952 finally became the Communist League of Yugoslavia (CLY). Between the two world wars this organization played the most significant role in organizing and leading the working class.

The union movement began to regenerate, free of the influence of political parties. Thus the paper 'Radnicke novine' (Workers' News) announced on 2nd December 1918 that, thanks to rank and file initiative, the re-establishment of the dissolved union organizations had been in process since the previous month. As is always the case when socialist organizations are set up from below, there was soon to be action. The first protest rally was held on 23rd December 1918. What was significant about that rally was the participation of women, who made up a large majority of those present.

The first strike in Belgrade broke out in January 1919. It was a tailors' and seamstress' strike. That same month there was a strike in provincial Serbia at the Vrska Cuka mine. In February 1919 after Filip Filipovic's return from abroad the unions took a turn to the left. Their demands were no longer of a purely economic nature. They became real centres of revolutionary activity. This was influenced by the creation of the Hungarian Socialist Republic and the situation in the whole of Europe at that time.

Thus on 20th and 21st July 1919 the first political general strike was organized in solidarity with the Soviet Republics in Hungary and Russia. At that time the need arose for contacting similar organizations in other parts of the country. The most significant contact between representatives of the working class in Serbia, Bosnia-Herzegovina, Croatia and Slovenia occurred at the end of January 1919 at the National Conference of the Social-Democratic Party of Croatia and Slovenia.

A Trade-Union Unification Congress was held in Belgrade on 20th April 1919 and as a result the Central Workers' Union Council of Yugoslavia (CRVJSJ) was founded, covering 250 000 organized workers. In order to gain a complete picture of the strength of the union movement at that time mention should also be made of the 25 000 unionized workers and farmers

organized outside the CRVSJ. After this 'preparatory phase' workers' struggle ignited in April 1920 - at one point in time there were 50 different strikes going on in Serbia. There were the armed conflicts with the police and armed forces which the authorities sent in against the strikers. The workers defended themselves and replied in kind. The first anti-militarist actions also took place. Appeals were directed at the soldiers and policemen not to shoot at their brother workers and farmers but to join with them in common struggle. For these reasons the state and the government of the day resorted to extreme methods. At the end of 1920 the 'Obznana' (Proclamation) was issued - a law banning union organization, revolutionary work, strikes, and any assembly of workers. Police and soldiers broke into union offices and workers' clubs, seizing all documents and property. At the same time the capitalist class began an offensive: wages were cut, working hours were lengthened, there was a wave of sackings. Very often it was the most militant workers who were targeted - they lost their jobs, were evicted from their flats, and were often taken for interrogation with their whole family. Many influential representatives of the working class rose up against the Proclamation. But all their actions and all the protests of the working class were ignored. It was not until several months later that the government finally offered to condone workers' and union organization again, but only under special conditions. The government demanded that unions and workers' associations be organized purely on an economic basis. It also demanded that a representative of the authorities be present at all meetings and events, that all documents be made accessible to the authorities, and that all sources of income be declared. The working class could not accept such shameful conditions. Dragisa Lapcevic (one of the founders of the class-conscious workers' movement) proposed at a secret meeting on 8th April 1921 that the conditions imposed by the authorities be rejected and that unions and workers' associations continue their work regardless of the Proclamation. Unfortunately his proposal was not accepted.

The disarray of the working class was a signal to the centrist wing of the union movement that their chance had come. Respecting the spirit and word of the Proclamation they re-established the General Workers' League of Serbia (GRSS) on 22nd May 1921 and the very next day cut all ties with the Communist Party of Yugoslavia (CPY). However, the centrists did not have much success in organizing the revolutionary-minded workers and farmers. The membership of the GRSS did not exceed 2500-3000 organized workers and farmers. The monarchist regime brutally suppressed the CPY. It was banned and forced to operate underground for a long time. However, as the

only force which workers could see as offering any opportunity for organization, it attracted a great number of members and sympathizers. Well-educated people and students joined, as did workers and farmers. In 1928 the Party split along communist, socialist and social-democratic lines. This also led to a split in the trade-union movement resulting in formation of a radical left-wing block (oriented towards Moscow and following the line of the Third International), a rightist tendency (still true to the line of the Second International although it had already been superseded), and a centrist platform which vacillated between the two mentioned positions.

From these divisions it was the CPY and the union faction oriented towards the Third International which was to emerge the strongest. As already mentioned, they took the leadership of the working class and were able to maintain it with the help of both material and ideological support from the USSR. Due to this assistance the CPY was the largest and best prepared organization of the Yugoslav working class on the eve of the Second World War.

The Yugoslav Working Class and the Second World War

However, the true face of the CPY leadership was revealed in the course of the war and revolution (1941-45). Influential and educated members who had begun to see mistakes in the work of the Central Committee led by Tito (Josip Broz) were liquidated. Any potential criticism or possibility of challenge to the leadership was nipped in the bud. With the defeat of the Yugoslav army in just six days at the beginning of the war the peoples of Yugoslavia began collecting weapons, munitions and other strategic material. Not long after the capitulation of the Kingdom of Yugoslavia the first forms of organized resistance to the fascists emerged. These resistance groups differed widely in their political orientation. Some were purely bands of robbers; others were militias organized purely at a local level as a form of defense against the fascist troops and the bandits mentioned; others were of a rightist, monarchist persuasion (Chetniks, and the groups led by Nedic and Ljotic) whose goal was 'the liberation of the country from the occupier' and the return of the King. There were also fascist organizations (Ustashi) that committed chauvinist atrocities which even soldiers of the German Wehrmacht were sometimes not safe from. There were also a range of quisling organizations throughout the country. However, there was also a significant number of independently organized Partisan groups without a firm political orientation. The CPY attempted to unite these units under its control at all costs. There were instances of fighting between

Partisan units under the control of the CPY and those Partisan groups which were still autonomous, particularly early in the war when the CPY co-operated with General Draze Mihajlovic's Chetniks towards the common goal of 'liberating the country from the occupier'. The CPY and its 'General Staff of the National Liberation Army and Yugoslav Partisan Detachments' broke off their co-operation with Mihajlovic's Chetniks in 1941. (Mihajlovic's Chetniks only differed from other Chetnik forces to the extent that they did not collaborate with the Wehrmacht.)

However, the Partisan units were poorly armed, loosely organized, had little military experience, and suffered major defeats in the course of 1941 and 1942. The CPY also suffered serious setbacks in the towns and cities - its members and sympathizers were hounded, arrested, tortured, shot or sent to concentration camps. However, the resistance struggle went on. Partisan detachments continued to fight, and their sympathizers in the towns and cities created diversions and carried out acts of sabotage.

In the middle of 1943 and towards the end of the year the National Liberation Movement under control of the CPY recovered from its earlier setbacks by insisting on an increase in the percentage of Party members in the Partisan detachments. It also placed political commissars in all Partisan detachments in its sphere of influence - these commissars were to carry out political propaganda and put through the idea of the leading role of the CPY.

Upon the insistence of the 'General Staff of the National Liberation Army and Yugoslav Partisan Detachments' the Partisan detachments were united in late 1943. It was evident that a leading Party member was always present when Partisan detachments were unified into a battalion or brigade. Experienced Party cadre was put in charge of the newly-formed units, and of course a political commissar from the Party was always in attendance.

On 29th November 1943 the second meeting of the National Anti-Fascist Liberation Council of Yugoslavia was held in Jajce (Bosnia-Herzegovina). By exploiting the people's struggle to liberate themselves from the fascist troops and by skillfully avoiding radical revolutionary impulses, the CPY here laid the foundations of what was later to become the first constitution of the Federal People's Republic of Yugoslavia (ultimately passed in 1946). Under the veil of patriotism, anti-nationalism and a quasi-revolutionary verbiage the 'General Staff of the National Liberation Army and Yugoslav Partisan Detachments' gradually amassed substantial forces. Soon what had been known as the 'National Liberation Army and the Yugoslav Partisan Detachments' was transformed into the 'National Liberation Army of Yugoslavia'. Even captured Chetniks and Ustashi were accepted

into the Partisan detachments if they declared they would 'fight for the people'. An army that had grown in this way could not possibly be a revolutionary army, an agent of revolutionary change, especially since up until the very end of the war the 'General Staff of the National Liberation Army of Yugoslavia' applied nothing but purely partisan tactics. In all attempts at directly confronting the combined Wehrmacht and quisling forces it suffered heavy losses and was forced to withdraw. The 'General Staff of the National Liberation Army of Yugoslavia' (in actual fact the CPY) only won the war due to the weakening of the fascist armies on all other fronts and the great assistance given by the Soviet Red Army, which practically bore the entire burden of driving the fascist troops out of Yugoslavia.

The Post-War Period

By the end of the war the CPY and the 'National Liberation Army of Yugoslavia' had been completely purged of 'undesirable' elements and were prepared for dictatorship. They said this was the dictatorship of the proletariat, but in reality it was a dictatorship of the Party. And not of the Party as a whole, but rather of its narrow circle of leading cadre.

The country was first called 'Democratic Federal Yugoslavia', later the name was changed to 'Federal People's Republic of Yugoslavia'. In 1963 it was renamed the 'Socialist Federal Republic of Yugoslavia'. All workers' organizations and all other social initiatives and functions were put under Party control. The country entered a period of state capitalism skillfully termed 'real-existing socialism'. These changes were officially embodied in the new constitution passed in 1946. The Constitution declared all natural resources and all the significant means of production to be 'People's property under state control'. At the end of that same year a program of nationalizing private businesses was carried out in 42 branches of the economy. In August 1945 a partial agricultural reform was carried through, affecting mainly the north and north-west of the country. The remainder of the economy was covered by the nationalization of 1948. Nationalization was one of the main methods of establishing a 'socialist sector of the economy'. The system of planned economy was also introduced at this stage. State agencies ran the economy directly and in accordance with set goals.

The new ruling class, later dubbed the 'red bourgeoisie', only had to make a few more moves to secure its power in the longer term. Immediately after the war farcical 'democratic' elections were held at which the CPY led by Tito won a large majority of the votes (almost 100%), dealing the bourgeois-democratic parties a resounding defeat. Having gained

power the CPY banned all other parties and persecuted leading members of those parties, branding them 'enemies of the revolution'. After the elections the Yugoslav ruling class, in agreement with the ruling class of the USSR (personified by the CPSU), started a very transparent dispute. This 'conflict' between the CPY and the CPSU culminated in 1948 when the CPY carried out major purges of its military, party and civic leadership to remove so-called 'Cominform agents', members who were in favour of the Cominform resolution on the situation in the CPY. These people ended up in Yugoslav prisons, the most infamous of which was the prison camp on the island Goli otok in the Adriatic. Due to the CPY's rejection of the Cominform resolution the USSR and the entire Warsaw Pact imposed an embargo on trade and any other exchange with the Federal People's Republic of Yugoslavia. This economic embargo lasted five years, and after it was lifted the Yugoslav ruling class finally took all power into its hands. It should be mentioned that the goal of this staged conflict was not simply to reinforce the power of the inner circle of the ruling class, but also to open a necessary invisible bridge between the 'communist' East and the capitalist West. In this period the development of industry was oriented towards agriculture. Farmers and demobilized Partisans were forced to join collective farms. The energy sector also grew and strengthened. The growth of heavy industry was pushed ahead, though exclusively in the richer parts of the country, which only served to deepen the antagonisms inherited from pre-war Yugoslavia. Strained relations with neighbouring countries which were members of the 'socialist' bloc, but also the Cominform resolution and the catastrophic harvests of 1950 and 1952 led to farmers' rebellion, which served as an excellent excuse for the state to introduce the forced sale or outright confiscation of agricultural products. Such practices were to become virtually common practice.

The Period of 'Socialist Development'

By luring the working class with a relatively high standard of living, brutally suppressing all forms of rebellion and - what is more significant - controlling every form of workers' organization, the CPY (later renamed 'Communist League of Yugoslavia', CLY) succeeded in disorienting the working class, disabling any attempts at independent workers' organization and getting rid of militant workers and radical theoreticians.

There was a growing tendency of the Yugoslav working class to set up self-managed bodies of its own on the basis of the experience of other revolutionary struggles throughout the world. As an answer to this, as early as 1950 the authorities introduced limited

forms of self-management in industry. The introduction of partial self-management gave workers the illusion that they had the right to manage and plan production and to market their enterprises' produce. In this situation where the old capitalist state has been replaced by new state capitalism and where in reality there has not been any revolutionary change at all, the Yugoslav working class was bound to soon express its dissatisfaction.

So it was that the first recorded post-war strike was held from 13-15 January 1958 by the miners at the Trbovlje and Hrastnik mining complexes in Slovenia. 4000 workers took part in the strike which ended in victory, or rather with the fulfillment of the strikers' log of claims. But the deeper causes of the strike were not eliminated, nor would they be by any future strike in the Socialist Federal Republic of Yugoslavia.

In order to isolate and suffocate working class struggle and - more importantly for the class in power - to prevent it spreading all forms of workers' struggle were subjected to the proven treatment of a media blackout accompanied by the spreading of false information. Thus the CLY leadership did not talk about strikes until 1969. By that time there had already been 2000 recorded strikes. There were no illegal unions in Yugoslavia; at least we have found no information indicating the existence of any such unions. The only legal union was the 'Trade-Union League of Yugoslavia'. Participation by the union leadership in the organization of strikes was virtually nil, so it is fair to say that all strikes in Yugoslavia were essentially wildcat strikes directly initiated by the working class. To be sure, there is some indication that working class militants who had become functionaries of the one legal union occasionally participated in the initial stage of organizing a strike. But such people were swiftly rooted out of the union and ruthlessly repressed, only to be replaced by 'proven cadre' faithful to the ruling class and the regime. In order to fulfill the strikers' demands, maintain social stability in the country, and cover the great losses of the unprofitable economy, the Yugoslav leadership decided to take out new credits from the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank (WB). Thus Yugoslavia fell into the familiar trap of debt slavery. Gradually the Yugoslav working class began to lose its class consciousness, floundering in the consumer culture cleverly served from the West. It was in such a weakened condition that the Yugoslav working class entered the eighties, a decade in which massive changes were to ensue.

The Collapse of Yugoslavia

In the eighties Yugoslav workers and farmers took to

the streets increasingly often demanding a better life, better working conditions, better management of industry and better running of the country as a whole. Because of the difficult economic situation at the time, exacerbated by galloping inflation, there was a stark increase in internal migration from rural areas to the cities (at one time 60% of the Yugoslav population lived directly from agriculture, although only 38% lived in rural areas). There was also a wave of emigration to Western European countries, in particular to West Germany and Austria. In 1980 Yugoslavia joined the IMF and in 1981 it received one of the biggest credits approved in that period. Due to the jump in the world market price of fossil fuels Yugoslavia's foreign debt at this time amounted to 14 thousand million US dollars. As early as 1983 Yugoslavia began conducting negotiations towards re-scheduling its debt repayments. As a condition the IMF demanded the curtailment of payments to unprofitable enterprises, which for years had maintained social stability in almost all regions of the country. It also demanded the liberalization of prices, a rise in the interest rate, and a further 25% devaluation of the dinar. International capital had begun its assault on Yugoslavia.

However, the reply was a series of strikes and rebellions which resulted in the number of liquidations of unprofitable enterprises declining from 156 in 1979 to 97 in 1985. In order to finance unprofitable enterprises and maintain social stability the Federal Bank of Yugoslavia began to issue increasingly large amounts of money which had no economic cover.

One of the last initiatives of the legal union in Yugoslavia was to support the government's efforts in 1986 to close down unprofitable enterprises. After this the workers no longer allowed the union to speak in their name. In 1986 Slobodan Milosevic appeared on the Yugoslav political stage just after returning from further education in the USA. At this time Milosevic was a member and functionary of the CLY. The conflict in the CLY which ultimately resulted in its disintegration began in 1987 at the meeting of the Central Committee of the Communist League of Serbia. In his irresistible striving for power Milosevic reached into the arsenal of nationalism, and at precisely the moment when the people of Yugoslavia were seeking change he began to demand the annulment of the autonomy of the autonomous provinces within Serbia - Voivodina and Kosovo - in order to benefit Serbia. In the beginning Milosevic was supported by the voters and this was sufficient to enable him to take power from the hands of the old and superseded faction of state capital. Milosevic gathered around him a circle of faithful supporters and thus strengthened his hold on the Serbian leadership and his position in the Yugoslav federation. This caused

dissatisfaction among the local capitalist class in the other Yugoslav republics, who all the more frequently began talking about their individual republics ceasing from Yugoslavia. Milosevic continually fuelled these tendencies through his centralist cum Serbian nationalist politics. For example, in 1989 he recommended managers and businessmen in Serbia to avoid Slovenian products, and in 1990 this recommendation became a full-fledged embargo on the import of goods from Slovenia and Croatia.

Friction and conflict of this kind between the local capitalist class only exacerbated a situation which was already very strained. Workers and farmers, deprived of their traditional class organizations for solidarity and struggle, were forced to work in two or more jobs at the same time just in order to survive, and were further disoriented by the pressures of galloping inflation. They were then beset by nationalist demagogues of various persuasions, by various 'democrats' demanding change, and by a range of new, national leaders. Initially these leaders attracted masses of disaffected members of the working class who they promptly used to launch themselves on their desired political trajectory. In this way new parties were established in Yugoslavia: DEMOS in Slovenia, HDZ in Croatia, SPO and many others in Serbia, SDA in Bosnia-Herzegovina, etc. These were all parties of a nationalist hue which did their utmost to ridicule the entire tradition of class struggle.

As a result of these conflicts within the Yugoslav red bourgeoisie and the interests of international capital war broke out in Yugoslavia in 1991.

1991 - the Working Class and the War

The war was preceded by a massive national-chauvinistic media campaign. Politicians, writers, public figures and even sportsmen and sportswomen began competing to sing the praises of 'their' native country and 'their' people. All means available were used to sow panic and hatred in people. It was necessary to attain this 'critical mass' of nationalism in order to legitimize the war. In the initial armed conflicts it was mainly professional soldiers and mercenaries who carried the brunt of the fighting. The Yugoslav People's Army, made up as it was of the sons of workers and farmers from throughout Yugoslavia on compulsory military service, initially was not involved to any significant extent. It is significant that quite a number of criminals had been pardoned and were involved in the initial fighting. There were also mercenaries from a range of countries, numerous political emigres (such as sons of old Chetniks or Ustashi), and a large number of fascists and neo-fascists. It was largely these groups that committed the atrocities which attracted so much media attention

to the war - their aim was to step up the hatred and create artificial differences between members of the working class in different regions of Yugoslavia. This is further underlined by the fact that nationally-mixed militias were initially organized in the towns and cities of Yugoslavia directly affected by the war. The aim of these militias was to ward off the aggressor, and it was not uncommon for Croats, Serbs and Muslims to stand at the barricades together to defend their homes which had stood together for centuries. Local nationalist leaders were thus obliged to take radical steps to control disobedient members of 'their own' national group. To this end they again used mercenaries, fanatical volunteers and criminals. People in all parts of Yugoslavia resisted the war and the nationalist madness. Some figures suggest that over 100 000 people fled from Serbia alone because of the war. In Serbia there were recorded instances of mass desertion where whole army units left their positions and went home. There were cases of collective conscientious objection, e.g. in the village of Tresnjevac in Voivodina where all the male residents refused to enlist in 1991, or in the years that followed, which brought them into serious conflict with the civilian and military authorities. There were also big demonstrations and student protests, but unfortunately this resistance was weak and not well organized. All unions and political parties supported the war or were in agreement with there being a 'military option'. Public stances and declarations against the war were only made by peace organizations of the petty-bourgeois variety.

Rump Yugoslavia in 1993

After the collapse of the 'Socialist Federal Republic of Yugoslavia' the 'Federal Republic of Yugoslavia' (FRY) was established, consisting of Serbia with its provinces Voivodina and Kosovo, and Montenegro. The war had torn major gaps in the FRY's budget which had to be filled. The leadership resorted to using inflation as a tool. It printed massive quantities of totally worthless inflationary money in order to pay wages, to buy up foreign currency on the black market, and to guard social stability. The unlimited printing of new money led the inflation rate to rise to the proportions of hyper-inflation. Gradually the black market became the only market in the country which actually functioned. Towards the end of 1993 the exchange rate of the dinar even rose at one stage by a mind-boggling 100% per hour against the German mark, which was the main currency on the black market. In this very unstable political and economic situation it was important that workers' struggle strengthen. In 1993 there was an untold number of strikes which hit all branches of the economy, both in

the industrial sector and beyond it. One strike followed another. The climax came at the very end of 1993 when there was a call to a general strike which was followed by all the workers of the Serbian power-supply industry, the miners in a range of mines, and the railway workers.

This put the authorities under pressure and they were forced to abandon their plundering of the people by means of inflation. In January 1994 the new 'convertible' dinar was introduced. Inflation dropped away almost over night, which is one more proof of the fact that the inflation was actually strictly controlled. But the plundering of the people didn't slacken. The whole period of intensive exploitation of the working class in Yugoslavia from the beginning of the debt crisis until today is characterized by the fact that the shameless plunder has never stopped, but only changed form.

The working class became aware of this and realized the necessity of an organized form of struggle. Independent unions began to arise, trying to operate independently of the state and the various political parties. Unfortunately, seduced by the anti-Communist euphoria which has dominated the ex-'socialist' countries since the fall of the Berlin Wall, they also try to be 'independent' of the necessity of class struggle. Currently all the independent unions operate as purely economic associations of workers, producing their own 'democratic' demagogues and leaders who with time, if they prove to be good at destroying the workers' movement, will be co-opted into the social groups close to the ruling class.

Of the existing political parties which claim to be workers' parties or have a promising name of this kind, it is only the Marxist-Leninist 'Partija rada' (Party of Labour) which rejects the struggle for political power and makes working class struggle its goal. All the other parties in Serbia have sunk in the swamp of parliamentarianism. The current situation in the FRY is not unique and cannot be viewed in isolation from developments in the rest of the world. If we look closely we can find stark parallels with the situation in Mexico, in some Asian countries, and in the states that have arisen since the collapse of the USSR. The forces of the 'capitalist international' obviously aim to stifle workers' struggle and towards this end they employ their effective and time-honoured strategy of killing the spirit of the working class and alienating the class from itself. A climate of instability is being created everywhere, which is accompanied by crises, shocks and confusion; everywhere new leaders are being created with a thousand masks to appear in a thousand different roles; their only function, however, is to disunite the working class, to yoke it with new chains and fetters to allow further unhindered exploitation and plunder.

The Prospects of the Organized Working Class

As we have seen, there is no organized worker's movement on the territory of the former SFRY with the exception of several small, isolated groups. The revolutionary task of all progressive forces should therefore be to create working class organizations and link them up in order to build a united front. This is no easy task, but it is a particularly pressing need today where the state and its various agencies (such as the state-controlled unions, factory management, and politicians) are going on the offensive. Having already made a killing, they are now also trying to curtail and abolish the rights which working people have won through the struggles of generation upon generation of ordinary workers. Not only has the system of state repression and control been re-consolidated since the war, but we are also faced with the task of recreating class consciousness from the very beginning. This demands a reexamination of the revolutionary movements of the past, finding their mistakes, working on educating the working masses and setting up new organizations for the struggles of the class. Under no circumstances may workers' struggle be restricted to simply formulating economic demands. It must be based on a thorough knowledge of the existing society and the relations in it and on an understanding of the revolutionary role of the working class. In the regions of the former SFRY it is crucial that the working class establish its own organizations and, on an internationalist basis, create a broad front against local nationalisms and sections of the capitalist class which devotedly serve the current globalization of capitalism through privatization, killing the spirit of local sections of the working class, impoverishing them, lowering wages, spreading existential insecurity at every level of social life... Our goal must be to link up with the general struggle of the workers world-wide. The struggle must not be waged only at a local level with local goals. It is important to stress that the working class in rump Yugoslav and all other parts of the former SFRY needs the assistance of comrades from abroad. This aid can be of various forms. It need not be purely material - often it is even more useful and appropriate to directly or indirectly link up members of the working class which are as yet unacquainted, which is often the case in the parts of ex-Yugoslavia currently engulfed by war.

Help from comrades abroad can also take the form of them passing on to us their experience of revolutionary organization, reproducing material for us in Serbo-Croat, helping us get hold of literature in Serbo-Croat sometimes to be found abroad... There are very many ways of helping a weak movement and the choice depends solely on the fantasy of the comrades prepared to help.

Pozarevac, Serbia, November 1995

P.S. This paper is not a finished product but only part of a much more extensive study.

Translated from Serbo-Croat by Will Firth

SOURCE MATERIAL

- 1) Trivo Indjic, 'Anarchism in Yugoslavia', in 'BLACK FLAG', 9/90.
- 2) Dr. Petar Milosavljevic, 'Polozaj radnicke klase Srbije 1918-1929', 1972, Belgrade.
- 3) Milica Milenkovic, 'Sindikalni pokret u Srbiji 1918-1920', 1971, Belgrade.
- 4) 'Tokovi revolucije - Zbornik istorijskih radova, VIII', 1972, Belgrade.
- 5) 'Vidici', no. 229, 1984, Belgrade.
- 6) Osteuropaarchiv, 'Jugoslawien: Klassenkampf, Krise, Krieg', 1992, Berlin.

IF YOU WANT PEACE, PREPARE FOR CLASS WAR

von der griechischen Gruppe TPTG

What is everywhere and almost on a daily basis proved is that the propaganda of the ruling class is not relied solely upon the hired bands of lackeys (media scum and academics), but it is also propped up by the confusing ideologies of their self declared enemies. The rulers' power lies in their skill in stuffing their slaves with words to the point of making them the slaves of their words, Vaneigem once said. And he was right.

During the last year there was much political debate between Greek and (Slav) Macedonian bureaucracies upon the name, the constitution and the symbols of the new Macedonian state. Two large nationalist demonstrations were held by the major political parties in Greece in order to put pressure on EEC bureaucracy to stop backing our neighboring nation-state's claims on the name »Macedonian«. The first one took place in February 92 in Thessaloniki and the second one in Athens last December. Over one million people took part in them (that is one in ten Greeks) and apart from the Trotskyists and some other Leninists who opposed the demonstrations, agitating for »the right of (Slav) Macedonia to self-determination« - a bourgeois statist concept derived from Lenin, which cost them harsh persecutions on the part of the Law - few »anti-authoritarian« groups managed to confront nationalist propaganda, at least on theoretical terms. The majority of the so-called anti-authoritarians and anarchists, never having inquired seriously into the complex concrete interconnection between representative democracy, nation-state, army and wage system, found themselves agitating for anti-militarist and, simultaneously, pro-nationalist ideas! The reason of this confused state of mind is to be found in the fact that people - »anti-authoritarians« being no exception to this - have constantly determined themselves and arranged their relationships in line with the ruling ideas of their epoch; ideas of God, of normality, of nationality, etc. To paraphrase Marx and Gabel, the nationalist ideology, which is an ideology of the ruling class, tends to build on people's false consciousness of their actual life-process a pseudo-history, which instead of explaining, e.g. the »Greeks« through history, claims to explain history through the »Greeks«. The nationalist pseudo-historical method consists of theoretical crystallizations that rest on the continuous repetition of familiar, fixed signs and on the remembrance of historical events interpreted metaphysically. We need to debunk this ideology whose starting point is a

certain form of consciousness taken as a living individual.

HISTORY AS A NIGHTMARE

According to the nationalist ideology there are no autochthonous minority ethnic groups in Greece. Whenever one indignantly points them out, this is what the lackeys answer back: »Real Greeks, who someone, somehow, sometime converted them to another religion or language or just peasants who are behind the times, not yet completely integrated into civilisation«. One of these »non-existent« ethnic groups are the Slav-Macedonians living - or, according to the bureaucrats, supposed to live - in northern Greece. Their politically correct name is »bilingual Greeks«. According to official historiography they were among those fighters that liberated Macedonia - this »sacred place of Hellenism for over 3000 years« - from the domination of Turks and Bulgarians. Contrary to what is generally believed, inventing myths is an expensive hobby and some people, whether they like it or not, will have to foot the bill. Slav-Macedonians became »our compatriots« by anything but peaceful means. Even Evangelos Kofos, a representative of the Greek state's foreign policy, admitted during the sixties, that the dictatorial government in 1936, for one, had adopted a policy of forced assimilation: »In a series of administrative measures, the Slavophones were forbidden to speak their Slavonic dialect in public, and deportations to the islands assumed a non-discriminatory character« (1). Those »Slavophone« peasants called themselves Makedontsi, a word with a rather regional than national connotation. Ethnologically speaking, they are kin to the Slav-speakers of the former Yugoslav Macedonia.

Before being turned into a battleground for competing nationalist scum, Macedonia was just a geographical entity, part of the Ottoman Empire. This ethnologically mixed region, which included Kosovo (see map 1), was mainly inhabited by Turkish and Albanian Muslims and Orthodox Slavs, Greeks and Vlachs. According to Hilmi Pasha's census (1904) the Orthodox Greek-speakers of Macedonia constituted 10% of the entire population, while in Aegean Macedonia, which nowadays is part of the Greek state, 30% of the population were Greek-speakers, 30% Slav-speakers, 30% Muslims and 10% Vlachs, Jews, Gypsies and others (2). It's obvious that prior

to the nationalist wars for Macedonia in the early 20thC, the identity of the inhabitants was determined by religion, and to a lesser degree, language.

The ecclesiastical dispute that broke out in the 1860s between the Ecumenical Patriarchate of Constantinople and the Bulgarian Exarchate was soon transformed into a nationalist confrontation between Greeks and Bulgarians. On the one hand, Greek nationalists, fearing that the neutral attitude of the Ecumenical Patriarchate towards nationalist disputes could not serve their goals, sought to Hellenize the institution of the Church in Macedonia. On the other hand, by the early 1890s a narodnik group, known as IMRO (Internal Macedonian Revolutionary Organization), advocating a peasant uprising against Ottoman administrators and landowners, was founded by Slav-speaking democrat federalist intellectuals. According to the Articles, the aims of the organization were to »gather into one entity all discontented elements in Macedonia and the area of the Aegean, regardless of nationality, in order to achieve, by means of revolution, complete political autonomy for these areas« (3). From the very beginning, IMRO came into direct opposition to the Bulgarian Church and the most chauvinist Bulgarians in Sofia who tried to bring them under their own control.

After the Ilinden peasant uprising organized by the Slav revolutionaries in 1903 (4), the Greek state reacted to a possible escalation of the Slav-Macedonian uprising and the Bulgarian propaganda. They formed numerous armed gangs and sent them to Macedonia where they co-operated with the Turkish army and the great landowners against the Bulgarian and Slav-Macedonian bands as well as the poor peasants who were mostly indifferent in nationalist disputes. During the »Macedonian Struggle« (1904-1908), the Bulgarian and the Greek gangs tried to Hellenize or Bulgarize the Christian population violently. According to Kofos, »terrorism in Macedonia was the culmination of a quarter of century of conflicting nationalist propagandas in a region whose peoples had, more or less, no formulated national consciousness, but were guided by the expediency of the moment and the instinct for self-preservation.« (5)

We know from the memoirs of the fighters of the »Macedonian Struggle« that a certain faction of the Patriarchal clergy contributed largely to the nationalist struggles. Under duress or under threat of ecclesiastical anathema, the Slav population of Macedonia was changing from »Bulgarian« to »Greek« from one day to the next. Greek nationalist ideology found itself in more favourable conditions, since a large section of the Christian peasant population of Macedonia, especially in the central and southern areas,

were loyal to the Ecumenical Patriarchate, a religious institution of the Byzantine and the Ottoman Empires, which, although a supranational organization, was under the control of a Greek-speaking hierarchy and had never ceased to be a vehicle of the Greek language, which was the official language whereby Christian ideology had been spread through the centuries.

Nationalist use of Christianity in Europe. It's always the same old story! »All the members of the clergy«, Mirabeau declared in the Assembly in August 1789, »are merely officials of the state. The service of the clergy is a public function; just as the official and the soldier, so also the priest, is a servant of the nation«. Rudolf Rocker was right in regarding national consciousness and national citizenship as a political confession of faith. »National states«, he wrote in 1933, »are political church organizations; the so-called national consciousness is not born in man, but trained into him. It is a religious concept; one is a German, a Frenchman, an Italian, just as one is a Catholic, a Protestant, or a Jew« (6).

»When the great war comes, Macedonia will become Greek or Bulgarian according to who the winner is. If it is occupied by Bulgarians, they will render the population into Slavs. If we occupy it, we will Hellenize them all till Eastern Rumelia«. Harilaos Trikoupis, Prime Minister of Greece, at several times between 1875 and 1893.

The fate of Macedonia was decided during the Balkan Wars (1912-13), when the concerted efforts of the Greek, Serbian and Bulgarian armies managed to end Ottoman rule in the European provinces of the Empire. Since there were no beforehand negotiations concerning the drawing of the lines of their future territorial settlement in Macedonia, the three powers were determined to grab as much territory as they could and embrace any opportunities resulting from the military or diplomatic situation. By the end of the wars Serbia and Greece had hit the jackpot in Macedonia, since Bulgaria had paid more attention to the Thracian Front where it beat Turkish army almost completely, a fact that turned the great European powers against it.

After a series of treaties from 1913 to 1920, Bulgaria annexed 10% of the Macedonian territory, while Serbia and Greece annexed 38% and 52% respectively. The Greek state not only had the lion's share occupying rural territories where no Greek-speaking population could be found but it also succeeded in conquering the most advanced financial centres in Macedonia.

The compulsory exchange of the Greek-speaking and the Slav-speaking population of eastern Macedonia between Greece and Bulgaria in 1920 as well as the dramatic transfer of a million, mostly Greek-speaking, Christians from Turkey to Greece and 350.000 Muslims from Macedonia to Turkey, under the treaty of Lausanne in 1923, marked the final stages in the national bureaucracies' efforts to organize ethnic--linguistic and cultural homogeneity in their newly constructed cages.

So the notorious Eastern Question ended: in blood and tears... Thousands of Greeks, Turks and Slavs died in the refugee shanty towns away from their native lands. Nevertheless, every cloud has a silver lining! Those of the refugees and the soldiers who had survived the wars, were given full citizenship and became small land holders or a cheap labor-force. Once the nation-states in the Balkans had, in one way or another, been formed and the agrarian reforms and the new labor markets had come into operation, one could have supposed that from then on capitalism would start functioning »peacefully«. However, this was not true, since nationalist ambitions and lower classes' demands had in no way been satisfied. At least as far as Slav-Macedonians (or Croats) were concerned.

During the inter-war period, the Yugoslav governments (composed mainly of Serb bureaucrats) renamed their part of Macedonia to Vardar Banovina and thousands of landless Serb peasants were transferred to the region to assist in the assimilation of the native Slavs. The official Serbo-Croat language became compulsory in schools and public life.

The situation was even worse in the part of Macedonia under Greek occupation. The bulk of the Greek-speaking refugees were settled in Macedonia and this was a »national scheme« far more systematic than the previously mentioned Serbian one. It is of great importance to note that, contrary to recent Greek nationalist propaganda, the Greek government of 1926 declared Slav-Macedonians a distinct ethnic minority which could have schools in its own language. However, since Bulgarians demanded the use of the Bulgarian language and Serbs the Serbo-Croat one as the language of those schools, Greek bureaucrats started treating this minority as non-existent and began changing the names of the Slav inhabitants and their villages into Greek, forbidding, as we have already mentioned, any public use of their language and deporting or imprisoning hundreds of dissidents -a campaign that lasted until the late 50s. Today this assimilation process has almost been completed.

In Bulgaria, things worked out in a different way.

After the Balkan Wars, the IMRO militants took refuge in Bulgaria and were soon transformed into a political and financial racket supporting whomever, from extreme right to the left, was willing to forward their nationalist plans (7).

NATIONALISM AND LENINISM

In early twenties, after having crushed the proletarian revolution in Russia, the Bolsheviks began employing the Comintern as the main organ of their foreign policy. In such »underdeveloped« countries as in the Balkans, where there was no significant and politically organized workers' movement to be utilized, they favoured collaborations between the »communist« parties and the nationalist, allegedly national liberation, movements. IMRO was one of these movements. In 1924, the Bulgarian »communist« party entered into an alliance with IMRO in order to set the seizure of power in Bulgaria going. In a few months the alliance had broken up but the leftist faction of IMRO remained loyal to BCP's project of a Balkan federation that would include a »united and independent Macedonia« (8).

What is important in all these political manoeuvres is that from the twenties onwards the Balkan Leninists had become a significant vehicle of nation-building projects in the area. In the forties, Marshall Titors stalinist party, which had beat the Nazis and won the Yugoslav civil war leading the anti-fascist struggle of the multi-ethnic peasantry, would re-interpret the federalist ideology of the twenties. It created a federal state and recognized, theoretically at least, to each of the »nations of Yugoslavia« the »right to self-determination, including the right to secession«. Besides Slovenia, Croatia, Bosnia-Herzegovina, Serbia and Montenegro, a »state of the Macedonian people and the Albanian and Turkish minorities« was created. The YCP's initial objectives were to create a Macedonian republic that would include Pirin (Bulgarian) Macedonia as well as a part of Greek Macedonia and also form a South-Slav federation that would include Bulgaria and Albania under their hegemony. Stalin's conflict with Tito in 1948 brought an end to such ambitious plans. The Greek and Bulgarian stalinists sided with Coninform and Tito stopped supporting the Greek guerillas giving a fatal blow to the stalinist-led rebellion in July 1949. 35.000 Slav-Macedonian partisans were forced to emigrate from Greece and many of them took refuge in Yugoslav Macedonia (9).

CITIZENSHIP AND THE INCORPORATION OF THE PEASANTS AND THE WORKERS INTO THE NATION-STATE

»Political emancipation is certainly a big step forward. It may not be the last form of general human emancipation, but it is the last form of human emancipation within the present world order. Needless to say, we are here speaking of real, practical emancipation«. Karl Marx, On the Jewish Question

The new Macedonian state, whose first premier was Dimitar Vlahov, the old leader of the leftist faction of IMRO, was the political outcome of the anti-fascist and anti-imperialist struggle of its inhabitants against Nazi/Bulgarian occupation and Great Serb chauvinism. It was on this basis, as well as on the material concessions to peasants that the Macedonian bureaucracy traced a route to nation-building. The creation of the new nation was patterned on the schemes concocted by all previous Balkan bureaucracies during the nineteenth and twentieth centuries' social and political struggles. The new state class declared themselves liberators of the people; turned a regional name - Makedonski - into national; transformed the Slav Macedonian idiom - on which the Bulgarian language is based as well - into a »pure« literary language; set up an autocephalous Macedonian Orthodox Church; invented a unique Macedonian history and a distinct Macedonian tradition; proposed an unredeemist ideology of the »brothers who are still in bondage« and, here you are, a new nation in the Balkans was born in the same way that the Greek, Serbian and Bulgarian imagined communities had been created.

The nationalization of the European peoples was the main political and social consequence of the last two centuries' class struggles. These class struggles were mainly peasant struggles against the landowners and the foreign conquerors and were given voice through the nationalist-democratic ideology, the people's army and its leadership. They led up to the formation of the modern bureaucratic class which was shaped by the collaboration of old and new rulers (politicians, democrat intellectuals, administrators, the military, etc.). Their greatest preoccupation was to organize the nationalist indoctrination of the younger generations, disintegrate the peasant communities and the guilds and legitimize the civil society, which was already under formation, through law regulations; a society where a person sacrifices her/himself to the abstract notion of the citizen, i.e. the private individual, the mere member of the multitude. Thus the bureaucrats paved the way for the merchants, the industrialists and the bankers, who themselves had taken part in the social struggles, at least as financial supporters, and who managed to reorganize human work into »free« labor, i.e. wage labor, cutting the communities into separate households, adaptable to

changes in space and time and suitable for overt exploitation. The myth of the nation, enveloped in sentiments and memories of the »liberation« struggles, unites these separate parts. Equality in the heaven of the nation-state's universality counteracts inequality in the earthly, real life. The state that poses as a guardian/representative of an allegedly undifferentiated society is the universal power that unifies the competitive private interests. The contradiction of the political nation-state lies in the fact that it unifies the separate parts through separation, since it is simultaneously the mediator that safeguards and guarantees the perpetuation of the private interests and the continuation of the dissociation of private and public life (10). The internationalist proletarian movement of the 19thC, the only social movement that could put an end to the extension of the nationalist-democratic ideology, because it was seeking for real, practical emancipation beyond the present world order (11), gradually degenerated after the promising period of the First International and the federative Commune of 1871, and split into national parliamentary »workers« parties. Those parties identified socialism with »nationalization of the means of production« as well as seizure of the political power and led the proletariat to the Leninist-Stalinist tragedy. After World War II, the second proletarian assault on class society, culminating in the struggles of the late sixties and strengthened by a large scale revolt of the middle class youth of the »developed« capitalist countries, brought the internationalist perspective to the fore again and provoked the western bureaucrats and capitalists to act accordingly. In the Eastern bloc things took a dramatic course. After the events in Hungary in 1956, the Stalinists could not impede the spreading of the class struggles, in other words they could not organize scarcity and silence effectively anymore. The successive struggles and especially those in Poland during the 70s and the 80s, exposed the counter-revolutionary nature of the non-market, industry-based variation of the Oriental despotism of the Russian empire. Besides that, the non-soviet empire as well as the Yugoslav federation to some extent, were prison houses of nations and various ethnic groups. The eastern proletariat being unable to act against the bureaucrats as a class seeking for its self-suppression, stood against the emperor as if he was a mere conqueror, that is on a national basis, hence they climbed the chariot of the nationalist-democratic ideology of their leaders (Walesa, Yeltsin, Tudjman, Milosevic,...) (12). - Wherever these leaders - mostly former members of the disintegrated bureaucracy and now ambitious »national heroes« - have been involved in free-for-all wars, the proletariat at the worst of times has become cannon fodder and at the best mere defenders of their lives.

THE WAR OFFICERS TURN TO PEACE-MAKERS (AND VICEVERSA)

There are three methods of approach to the war in former Yugoslavia that certainly lead to false considerations on the social and political situation there. The first and most popular of them is dominated by the humanitarian-pacifist beliefs and it assumes that the war is simply the product of evil-minded politicians and thugs and rests its hope for a cease-fire on the military intervention of the United Nations of Amerika. The second one is based on the Leninist ideology and sees through the war a struggle of oppressed nations for »national independence«. The third one holds that behind the so-called civil war, the various nationalist factions are serving the divergent interests of the great western powers. It reminds us of the one-sided estimation of Rosa Luxemburg who, during the Balkan Wars and the First World War, supported the view that »Serbia itself is only a pawn in the great game of world politics« (13). The first method and especially the last one are the most absurd of all since they bring out a police concept of history. The events in Yugoslavia cannot be understood in terms of good or evil individual action neither can be explained as the result of an external action. As far as the Trotskyist illusions are concerned, the »heroic« era of the so-called national liberation struggles has long passed. One has to turn one's attention to the history of class antagonisms in former Yugoslavia after World War II.

Wedge between Western capitalist and Stalinist regimes, the Yugoslav »communist« bureaucracy managed to survive thanks to its longstanding reconciliation with the proletariat and the peasantry (see the law on workers' self-management in 1950 and the redistribution of land after the war). The reconciliation drew to an end in the sixties when the disputes between the centralists, the local state officials and the enterprise managers over matters of development policy led to the 1965 liberal economic reform. According to Neil Fernandez, the liberal-conservative strife was »a confrontation between on the one hand rulers who stressed a degree of Croat and Slovene independence along with economic efficiency, and on the other hand those who were concerned with the preservation of the machinery of centrally directed investment, the all-round development of the national capital, and the pre-eminence of Belgrade and the largely Serb administrative apparatus« (14). So, the reforms not only legitimized capitalism in Yugoslavia by decentralizing investment policy, reducing wages and jobs (esp. in the so-called »political« factories) and liberalizing foreign trade; they also revealed that the economic and political conflicting interests were rapidly being transformed into North-South nationa-

list confrontations.

The failure of the internationalist radical wing of the Belgrade student movement in 1968 to unite themselves with workers fighting against wage-freezes and income inequality (15) - and vice versa - and thus put forward continuous autonomous struggles for a truly self-managed society, was followed by large-scale demonstrations in Pristina in November 1968 calling for Kosovo's autonomy and, most remarkably, nationalist demonstrations in Croatia in 1971-2 that led eventually to the establishment of a new constitution in 1974. The constitution turned Kosovo and Vojvodina into autonomous provinces and made Yugoslavia a confederation of semi-sovereign states with independent economic policy, their own police force and the right to put a veto on any new federal laws.

The League of »communist« bureaucrats tried to preserve their central unifying role as »representatives of the workers« by reinforcing the only two all-Yugoslav institutions, i.e. the army and the so-called workers' self-management. In the following years, both attempts to militarize social relations to some extent and cast the »workers' councils« for the part of a reformist political party in the Yugoslav comedy failed completely. By the mid '80s the technocratic leadership cadres and the local bureaucrats had prevailed over the centralist ideologues. The Yugoslav »People's« Army could not offer a bond to hold the country together because it was the armed hand of the Party and as long as the Party was rapidly disintegrating it merely became the armed hand of the most powerful nationalist faction in the Party: the »Great Serb« nationalists.

The Belgrade intellectuals' petition of January 1986 to the authorities to act against the alleged »genocide« of the Serb minority in Kosovo, was the kick-off for the regeneration of Serb nationalism. The constitutional changes and the Serb military rule which incorporated Kosovo into the body of the Serbian state, gradually prompted the rest of the local bureaucracies to start moving towards total independence. But the very root of the nationalist resurgence is to be found in the class struggles of the second half of the eighties.

During 1986-9 the federal government, by general consent of every local leadership, tried to totally integrate the Yugoslav economy into the restructuring world capitalism. Their first move, in February 1987, under the guidelines of IMF - their main foreign creditor - was to cut wages and increase unemployment and was soon followed, in 1988-9, by the change of the legal framework of the capitalist

relationship: abolition of pseudo-self-management, liberalization of the labour market, decentralization of the banking system, etc. The strike wave that broke out in early 1987 against the bureaucrats, the trade unions and the workerist cadres in the mines and the factories of Croatia and Serbia was astonishing and the government threatened to send troops and tanks against the workers. The struggle continued without a break: 1623 strikes and 365000 strikers in 1987; 1360 strikes in the first 9 months in 1988. Among the demands was the 100% increase in wages! The local bureaucracies were obliged to play their last card: nationalist ideology.

Nationalism that had already been used in previous decades to regiment social contradictions by convincing workers in one republic that their poverty is due to the inefficiency of the workers and the leaders in the other republic, reached in the late 80s its explosive point. Social control could no longer be exerted by discredited »socialist« ideologues. A renewed legitimation of bureaucracy and capitalism could only be achieved through the creation of nation-states which would manage to divide, police and recompose the proletariat on the basis of a new reconciliation between state and civil society. The leaders clearly saw that in order to maintain and extend their power they had to create new social cages by inventing a new form of citizenship, a new type of »general interest«. By 1989 the mass demonstrations had already become nationalist parades. Things were on the right way... And they still are... (16)

War-making against real or factitious »external enemies« is part and parcel of nation-state making. The members of the western ruling class are well aware of this, the nationalization of peoples in their states having been completed long ago. Professor John Mirshimer, for example, wrote in New York Times, two months ago, that the creation of homogeneous states in former Yugoslavia calls for the mapping out of new borders and the transfer of populations. On March 25, 1991 Tudjman and Milosevic met secretly in Karadjordeva and agreed to partition Bosnia between them (17), thus forcing through war a non-nationalist, non religion-fanatical population to take sides. The partition was backed up by the great powers in a London conference in August 1992. Ethnic cleansing was carried out not only by Serbian and Croat army and gangs but by UN convoys as well. They organized the evacuation of Muslim refugees from Srebrenica and other places and the exchanges of hundred thousand prisoners. Now the Serbian army has occupied 70% of the Bosnian territory and 20% is in Croatian possession (see map 2). Peace is just going to bring to an end whatever war has left incomplete (18). We can't say from here whether the proletarians and the peasants, regardless of nationali-

ty, will resist all »peace-makers«, like they did against all war officers in Vukovar and during the first months of the war in Bosnia and whether their reactions will continue to be mainly defensive ones.

IF YOU WANT PEACE, PREPARE FOR CLASS WAR

None of the bureaucracies of the Balkan states is out of the nationalist game. The Greek bureaucrats and capitalists that antagonized the new Macedonian ruling class, blocking the international recognition of their state, trying to keep them at the worst possible place in the new hierarchical inter-state system in the Balkans - even making plans of turning that former Yugoslav republic into a protectorate of theirs - have made a lot of concessions in the last months. But the results of the intense nationalist propaganda during 1992 are still largely observable. All the pseudo-antagonisms (left wing/right wing parties, trade unions/-bosses, etc.) have collapsed into a nationalist united front against the strikers and the high school students and managed, with the help of mass media scum, to push their struggles out of the limelight. What is worse, we saw most of our friends, comrades, people we work with fall victims of the deceptive pro-Serb Greek government propaganda. We will deal extensively with the very root of this despicable stance elsewhere. Moreover, the future looks bleak. When Milosevic, Greece's best ally in the Balkans, sooner or later, finds himself in need of a new war in the south; when the oppressed Albanians in Kosovo and Macedonia (see map 3) take to the streets again, the Greek proletariat - being indoctrinated for so long by racist ideas against Albanians and their neighbours in general - will probably continue not to be able to turn against war, that is to turn against Greek leaders, who are equally responsible for all the war crimes committed until now as well as for those yet to come.

The failure of the workers' movement in Serbia and Greece to radically oppose nationalism and war testifies that fighting against the results of the hierarchical capitalist relationship is not enough. Unless wage-laborers understand that any form of political emancipation or permanent reform is impracticable nowadays; unless they understand that this war is a reaction against their own struggles, however modest they may be; that national governments are one as against the proletariat; and unless they start fighting for the abolition of wage labour and representative democracy, the future transformation of our countries into local units of the EEC will surely be preceded by even darker years of nationalism. The Balkan societies have been caught in a dangerous trap. The bureaucrats on the one hand look forward to a supranatio-

nal European capitalism and on the other hand they need nationalism to regiment working class reactions against austerity measures. The wage-laborers falter from defensive struggles to privatization, from conservatism to contestation. These are times for the best or the worst. A real transitory period - but to what?

L. May 1993

NOTES

- (1) E.Kofos, *Nationalism And Communism In Macedonia* (Thessaloniki, 1964), p.50.
- (2) »Assessing population figures is problematic due to the tendency to exaggerate the number of the Greek or Slav populations, depending on which side is making the assessment«. H.Poulton, *The Balkans* (London, 1991), p.175. As it is the case in Bosnia, centuries of mixed marriages in Macedonia had resulted in bilingual or even polyglot families.
- (3) E. Kofos, op.cit., p.25.
- (4) Thousands of peasants took part in the revolution. The town of Krusovo, near Monastir (see map 1), inhabited by Slavs, Albanians and Vlachs, was seized by the rebels and the »Krusovo Republic« was proclaimed. They put into practice a kind of proportional representative democracy and made an appeal for unity to all ethnic groups in Macedonia, even inviting the Muslim workers to join the common struggle against the Ottoman landowners. It was an infantile disorder of the early nationalist-democratic movement and, after it was crushed by the Ottoman army, it never reappeared in this area.
- (5) E.Kofos, op.cit., p.35.
- (6) R.Rocker, *Nationalism And Culture* (Minnesota, 1978), pp.174
- (7) Elizabeth Barker, *Macedonia; Its Place In Balkan Power Politics* (London, 1950), p.37. Also Joseph Rothschild, *The Communist Party Of Bulgaria; Origins And Foundations* (New York, 1959).
- (8) In 1925 in Vienna, Victor Serge had met the editors of *La Federation Balkanique*, the »communist« backed, multi-lingual review published there from 1924. »Around the great conception of Balkan Federation«, he wrote in his memoirs (Oxford, 1978, pp.180-1), »there swarmed hordes of secret agents, impressarios of irredentism, pedlars of the influential word, night-walking politicians engaged in six intrigues at a time; and all these smart gentlemen, with their over-gaudy neckties, sought to harness the unbridled energy of the Comitajis (Slav-Macedonian and Bulgarian gangs) and sell it to and fro to any buyer. There was the Italian wing, the Bulgarian wing, the Yugoslav wing, two Greek tendencies, one monarchist and one republican, ideologies, personal cliques, and vendettas. We knew the cafes in which the revolvers of any given group lay in wait, watched from the cafe opposite by those of another«.
- (9) »A continuous legacy of the civil war has been the numbers of people who fled from Greece, including some 25-30000, according to the association of Refugee children from Greek Macedonia and Red Cross estimates, of children aged between two and 14... The property of the refugees was confiscated by the Greek government by Decree 2536/53 which also deprived them of their Greek citizenship. The Greek government later (in the 80s!) enacted a law so that the property would be returned to refugees who are 'Greek by birth' ie. to those who renounce their Macedonian nationality and adopt Greek names. Greece also has consistently denied entry visas to these refugees except in a few cases to attend funerals but even then with difficulty«. H.Poulton, op.cit., p.180. Evacuation of whole villages and confiscation of property were essential parts of Serbs' and Croats' final solution in Bosnia. The concentration camps were used to systematically put pressure on the Muslims to

make statements that they surrender their property to »the authorities« ie. Serbs.

(10) »Tagore called the nation 'organized selfishness'. The term is well chosen, but we must not forget that we are always dealing with the organized selfishness of privileged minorities which hide behind the skirts of the nation, hide behind the credulity of the masses«. R.Rocker, op.cit., p.250-1.

(11) »It is one of the great purposes of the Association to make the workmen of different countries not only feel but act as brethren and comrades in the army of emancipation«. Documents of the First International, 1864-70, in K.Marx, *The First International And After* (London, 1974), p.86.

(12) »Any action 'that could raise the danger of a threat to the freedom and statehood of the fatherland must be avoided', (Walesa said on December 16, 1980) and on the 17th, he really went overboard: 'The time has come for a concerted effort to surrender the strike weapon and negotiate a return to economic security and social peace... Society needs order at this time'. The dedication of the memorial to the Gdansk martyrs of 1970-71 on December 16 was an appropriate symbol of the significance of the 'victory' that the Gdansk accords represented. It was a touching and ominous demonstration of national unity: oppressors and workers, gunmen and their prey, executioners and widows of victims, all carefully surrounded by the new police (the security forces from the shipyard union), all intoning the national anthem and all blessed by the Church, by Solidarity and by the Party. A workers' defeat was enacted here«. Henri Simon, *Poland 1980-82* (Detroit, 1985), p.38-9.

(13) See *The Junius Pamphlet, Rosa Luxemburg*

(14) Yugoslavia: *Capitalism And Class Struggle 1918-1967*, in Yugoslavia (BM BLOB London WC1N 3XX), p.15.(15) »A survey of work stoppages in 1964-66 found that 165 of the 231 stoppages in 1965 were due to 'incorrect distribution of personal incomes'«. Duncan Blackie, *The Road To Hell, International Socialism* 53, p.34.(16) »I remember how police officers during informational discussions wanted me to become a nationalist (informational discussion is when they arrest you without a warrant; there is absolutely no public record of such an arrest; it can last anytime between one hour and few days; the longest I was held was 12 hours). Obviously, there was a plot behind it. It didn't work with me. But it worked with millions of others... With clever use of historical statehood and ethnic symbols they got most of the citizens already tired of great ideas and philosophy and political experiments onto their side. With even smarter flirting with the terms 'freedom' and 'independence' they got non-statist-nationalist soccer hooligan youth as their weapon. The Croatian Democratic Union, a ruling Croatian nationalist party, even uses Bakunin in their review to explain their struggle for independence as an opposition to Bolshevik enforced Yugoslav unity ... Even anarchists found the shelter in the ethnic-thing that almost swallowed everybody in all of Eastern Europe«. Ivo Skoric, *Yugoslavery, Love and Rage*, August 1991, p.6,12.

(17) *Financial Times*, 27 June 1991. At that time, 700.000 workers were on strike.

(18) It is awful to notice how history repeats itself. Before the Balkan Wars, Serbs and Greeks took advantage of British plans about a new administrative division of Macedonia according to nationality, in order to propose their territorial claims in the area. It's always a Vance-Owen plan that paves the way to partitions.